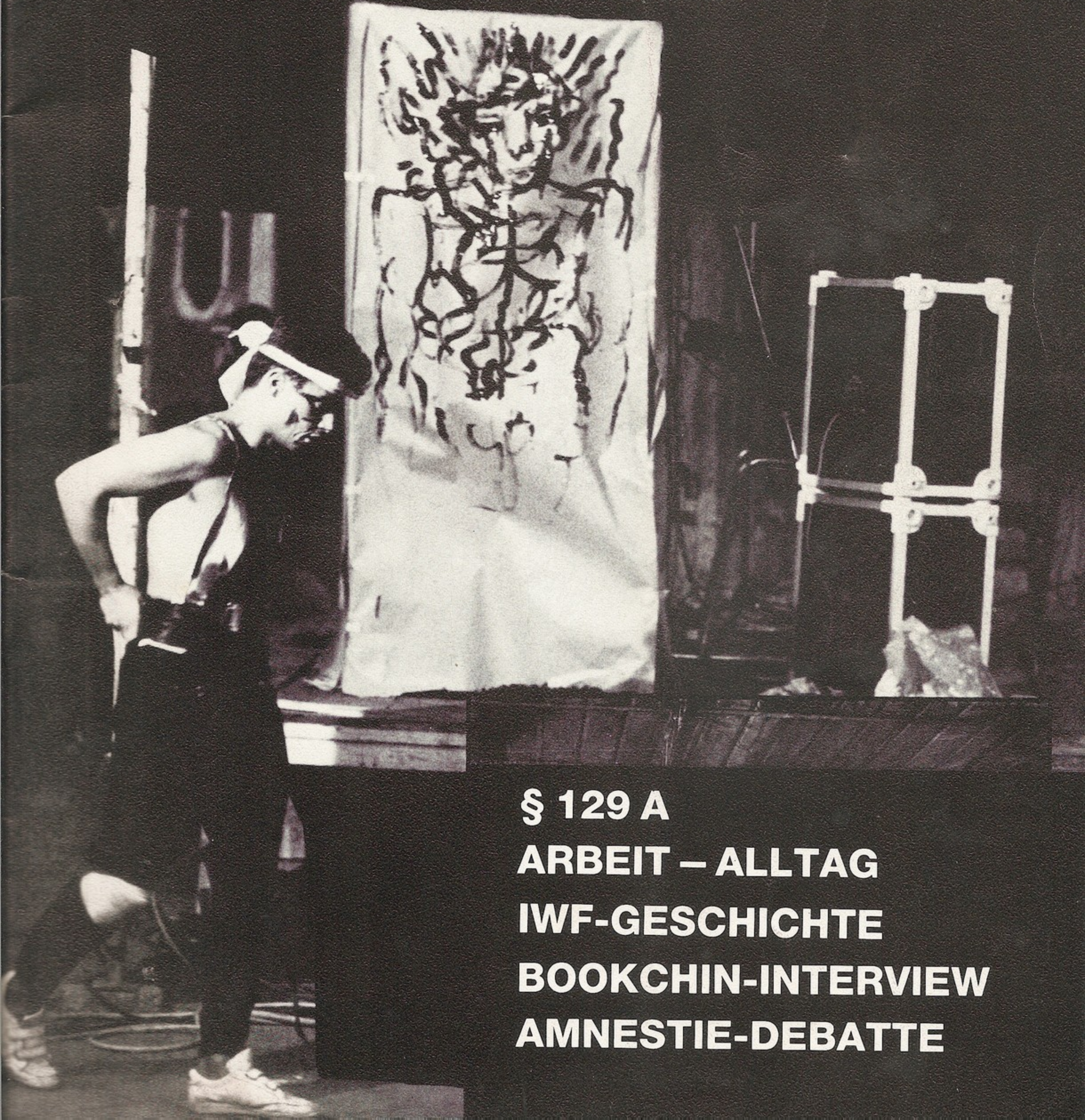
NR.27 1/88 5.- DM

schwarzer FADEN

VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT



§ 129 A

ARBEIT – ALLTAG

IWF-GESCHICHTE

BOOKCHIN-INTERVIEW

AMNESTIE-DEBATTE

EDITORIAL

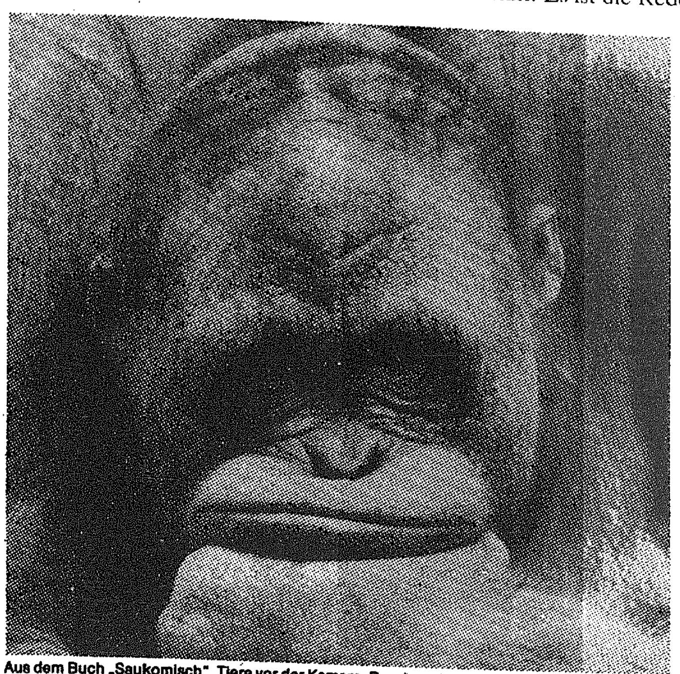
Während Redaktionssitzung und Lay Out in Grafenau (Nr.26) fielen in Frankfurt die Schüsse an der Startbahn West, begann die (Des-)Informationspolitik des BKA; – der Satz der Ausgabe war fertiggestellt, so daß wir nicht mehr in der Lage waren, darauf einzugehen. Inzwischen fühlen wir uns, – wie so viele –, von der Vielzahl der Stellungnahmen fast erschlagen und beschränken die Auseinandersetzung mit diesem Thema auch in dieser Ausgabe. Wir verweisen alle, die mit dieser Entscheidung unzufrieden sind auf die letzten Ausgaben der *Aktion* (Frankfurt) und der *Atom* (Göttingen), die zahlreiche verschiedene Gruppen zu Wort kommen lassen. Nur soviel: als AnarchistInnen fühlen wir uns tatsächlich *nicht* verantwortlich, auch nicht irgendwie abstrakt politisch, wie dies in so manchen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht wurde. Die Tat – ob aus »revolutionären« oder »provokativen« Motiven heraus begangen – hat, in der Situation aus der heraus sie geschah, nichts mit anarchistischer Politik und Veränderungsabsichten zu tun. Eine übereifrige Diskussion umGewaltfreiheit ist deshalb genauso abzulehnen wie eine, die sich ausschließlich um Repression und Distanzierung dreht. Wenn überhaupt eine Diskussion sinnvoll sein kann, dann die über unsere Vorstellung von nicht-bürgerlicher Moral und Ethik und unsere politischen Perspektiven hier und heute. Doch diese Diskussion wird wenig geführt und darin liegt eine bedenkliche Unfähigkeit eines Großteils der Szene, der als erstes immer »Verrat« (an der heiligen Sache der Revolution?? Welcher? Mythen statt Wirklichkeit???) wittert, wo offene Auseinandersetzung und Infragestellung angesagt wäre. Daß eine offene Diskussion im Rhein-Main-Gebiet derzeit von den repressiven Maßnahmen behindert wird, ist uns dabei klar; trotzdem glauben wir feststellen zu können, daß viele von uns (?) gar nicht diskutieren wollen, – und an deren Adresse richtet sich unsere Kritik.

Die politische Situation für die autonome und anarchistische Szene ist (wieder) schwieriger geworden; die Hetze in bürgerlichen Medien hat sich wie zu Anfang der 70er Jahre »Anarchisten = Terroristen« von der RAF weg auf die »Autonomen/Anarchisten = Gewalttäter« verlagert. Der Staat scheint sich unter dem eingebildeten und selbsterzeugten (Journalisten schreiben für den Verfassungsschutz!) Druck (rechter) Öffentlichkeit einmal mehr unter dem Zugzwang von Erfolgen zu fühlen und nutzt sein geschaffenes Instrumentarium zu mehr als konstruierten und kläglich begründeten Verhaftungen. So betroffen dies macht und so wichtig die Unterstützung der Verhafteten ist, so darf sich die Szene nicht weiterhin nur auf diese Auseinandersetzungsebene einlassen. Auf den *Libertären Tagen* wurde nicht umsonst festgestellt, daß wir zu sehr in Szenezusammenhängen kleben, daß eine politische Öffnung unabdingbar ist. Und nun? Alles vergessen? Die Diskussion um die Schüsse, um die Repression begrenzt weite Teile der Szene nahezu 100%ig auf sich selbst, während »draußen« – in der bundesrepublikanischen Realität – fast unkommentiert, die Dinge passieren, (ob Barschel, Waffenschiebereien nach Südafrika, Nukem-Alkem, OHU-Inbetriebnahme, Umrüstungspläne statt Abrüstung, Asylpolitik, Opportunismus der GRÜNEN etc. etc.), die uns eigentlich in die Offensive hätten bringen können. Selbst unsere eigenen Themen (Amnestie, Strukturen schaffen, Alltagsdiskussion, §129a-Erweiterung, IWF-Kongreß, Atommülltransporte etc.) waren fast vom Tisch und sind nur auf dem Umweg über die tatsächliche Repression wieder Gegenstand! Von einer offensiven Kampagne und phantasievollen Aktionen gegen eines der neuen Gesetze oder für eine Amnestie sind wir momentan jedenfalls verdammt weit weg.

btr. SF – Anspruch und Wirklichkeit

Ein neues Jahr, für den *SF* das achte, beginnt und bevor wir noch Gelegenheit hatten, uns Gedanken zu machen, wie es weiterzuarbeiten gilt, hatten wir bereits die erste fundierte Kritik vorliegen, die wir als konstruktive Aufforderung verstehen wollen, unsererseits uns mehr an unseren eigenen Vorgaben zu orientieren und an Euch, uns auch in dieser Richtung mit Beiträgen zu unterstützen:

»Die Erwartungen und Hoffnungen, die ich in den SF gesetzt habe, haben sich nicht erfüllt. In Euren Editorials und anderswo habt Ihr mehrfach geschrieben, der *SF* sei Eurer Intention nach ein »Diskussionsforum für eine Gesamtperspektive«, eine Zeitschrift mit dem Ziel, »die Geschichte der Kämpfe für die Freiheit zuanalysieren und für die Gegenwart und Zukunft Ansatzpunkte zur Einschätzung und zum Handeln beizusteuern« (*SF-7*). Später habt Ihr erklärt, der *SF* verfolge das Ziel, ein »Diskussionsforum für libertäre Ansätze aller Art« zu werden (*SF-12*). In meinen Augen ist er das nicht geworden. In einer früheren Nummer habt Ihr die Zeitschrift *Bakunist* aus dem Jahre 1926 vorgestellt, die den Anarchisten der 20er Jahre vorwarf, sie betrachteten »die Wirklichkeit vom Standpunkt eines sogenannten ›anarchistischen Ideals‹ aus, wobei sie natürlich finden, daß sie ›schlecht‹ ist. Eine genaue Untersuchung dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit scheint ihnen vollkommen überflüssig – eben weil sie ›schlecht‹ und ›fluchwürdig‹ ist. Übrigens wird diese Gesellschaftsordnung ja doch bald durch die ›soziale Revolution‹ untergehen – wozu sich also mit ihr beschäftigen?« (*SF-7, S.29*)



Aus dem Buch „Saukomisch", Tiere vor der Kamera, Rasch und Röhring Verlag

Selbstverständlich beschäftigt sich der *SF* mit dieser Gesellschaft, doch fokussiert sich diese Beschäftigung auf einen eingeengten Bereich, zumeist auf einen solchen, der unmittelbar mit den Bezugs- (oder Flucht-)Punkten der »Bewegung« zu tun hat, die jedoch nicht oder nur selten den Blick über den eigenen Tellerrand wirft. Wo ist die Analyse, die sich damit beschäftigt, wie soziale Realität geschaffen und bestimmt wird? Wo ist eine kritische, libertäre Theorie der Medien, die in dieser Gesellschaft eine entscheidende soziale Kraft darstellen? Wo ist beispielsweise so eine Analyse wie die von *Todd Gitlin*, der den Einfluß der Medien (Presse & Fernsehen) auf die Formung der Neuen Linken untersucht und daraus theoretische Überlegungen und Strategien aus einer undogmatisch-marxistischen Sicht abgeleitet hat? Wenn über Medien geredet wird, dann nur im Zusammenhang, wie sie über Autonome, den Spanischen Bürgerkrieg etc. berichten, wie sie die »Wirklichkeit« verzerrt darstellen, aber nicht, wie sie die Erfahrung von Realität beeinflussen. Zwar ist die *Medienwerkstatt Freiburg* in der Kulturnummer (*SF-18*) zu Wort gekommen, aber eine Infragestellung dieser Positionen (vor allem des Konzepts Reversibilitätsmöglichkeit der Medien à la Münzenberg, Brecht, Enzensberger et al.) fand nicht statt. Es ist die Rede von »libertären Medien«, aber werden Medien schon dann libertär, wenn sie nur mit einem libertären Inhalt gefüllt werden? Das ist nur *ein* Punkt; andere Beispiele ließen sich noch hinzufügen.

Eine Analyse der historischen und aktuellen Ereignisse findet in meinen Augen in einem nur sehr beschränkten Maße statt. Es wäre vonnöten, längere Artikel zur Diskussion zu stellen, in denen in einer gewissen Tiefe analysiert wird. Stattdessen gibt es Erlebnisaufsätze über Tagungen und »Konferenzen«, wo Allgemeinplätze vorherrschen oder dort gehaltene Diskussionsbeiträge in stark zusammengefaßter (und subjektiv verzerrter) Form zum Besten gegeben werden.

Da ist Filmkritik (wenn sie denn diesen Namen verdient), die einzig solche Filme oder Filmemacher behandelt, die irgendwie irgendwas mit »Anarchismus« zu tun haben

..., ohne in die Tiefe zu gehen, ohne auch selbst nur wenigstens der liberalen Kracauer-Forderung zu entsprechen, nach der »die in den Durchschnittsfilmen versteckten sozialen Vorstellungen und Ideologien« enthüllt werden sollten, um den »Einfluß der Filme selber überall dort, wo es nottut, zu brechen....«

Inhalt ★

Impressum

HERAUSGEBER: Trotzdem-Verlag/FLI
V.i.S.d.P.: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Mitarbeit: Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen; wir suchen immer ÜbersetzerInnen von theoretischen (Vorsicht: polit-soziologischen!) Beiträgen aus dem Spanischen, Italienischen, Französischen und selbst Englischen – wir können viele von euch mit solcherart politischer Arbeit (und somit dezentralisierter SF-Mitarbeit) eindecken! Da wir den Anarchismus offensiv vertreten wollen, (d.h. ihn und uns nicht so einfach ins kriminelle Abseits abdrängen lassen wollen), bevorzugen wir namentlich bzw. von Gruppen gezeichnete Beiträge; lassen uns aber im Bedarfsfall auch von der notwendigen Anonymität überzeugen; bei theoretischen Beiträgen ist vorherige telefonische Absprache sinnvoll; Photos, Graphiken etc. sind willkommen.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden Mitglieder der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht; Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung; Ausnahme: für aufwendige (Photo-)Interviews (die gegen Vorabsprache mit uns auch von Nicht-Redaktionsmitgliedern für den SF, geführt werden, können Zuschüsse bezahlt werden.
Nachdrucke gegen Quellenangabe sind nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und gegen Belegexemplare ausdrücklich erwünscht!
KNASTFREIEXEMPLARE bleiben solange das Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Auflage: 2500 Exemplare; Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag Grafenau; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Weiterverarbeitung: Libellus-Verlag, Stuttgart.
Erscheinungsweise: vierteljährlich; Photos: ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern (Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des ABO-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.)
Anzeigenpreise: 1 Spalte 200.-DM + MWST; 1/2-Seite: 350.-DM; 1 Seite: 1000.-DM. Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt; Dauerkunden 50%!

Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Postfach 1159, 7043 (neu!) Grafenau-1; Tel.: 07033 – 44273; ISSN: 0722 – 8988.

Einzelnummer: 5.-DM
4 Nummern: 15.- DM
Außerhalb des deutschen Postbezirks: 16.- DM
8 Nummern: 30.-/32.- DM
Probenummer: ältere Ausgaben, nur gegen Rückporto (0,70/0,90)!
Sondernummer ARBEIT: 5.- DM
Sondernummer NOSTALGIE (Artikel aus den Nrn. 0 - 12): 10.- DM
Sondernummer Feminismus: 6.- DM (Ende Mai 1988)
Bezahlung bitte vor der 1. Lieferung bzw. bei Verlängerung des ABOs nach der letzten Nummer des alten Zeitraumes. Ihr erspart uns viel Arbeit, wenn ihr bezahlt ohne die Rechnung abzuwarten. Merci und Salud!
SF-Konto: F. Kamann, Ktonr.: 574 63 - 703, Postscheckamt Stuttgart

Redaktionsschluß Nr.28 Sondernummer Feminismus: 9.4.88
Anzeigenschluß: 15.4.88
Redaktionsschluß Nr. 29 (3/88): 1.6.88
Anzeigenschluß Nr. 28: 10.6.88

SF-Spendenliste:
E.E., Hannover 70.-; H.F., Offenbach 5.-; H.F., Weil 35.-; K.K., Bremen 15.-; TDL, Berlin 20.-;A.S., Münster 5.-; B.G., b.Pforzheim 35.-; G.G., b.Mainz 20.-; K.N., Frankfurt 5.-; G.S., Bremen 15.-; R.R:, Amberg 10.-; U.K., Münster 10.-; JLK, Hamburg 15.-; A.W. Bielefeld 5.-; D.H., Hamburg 5.-; A.S., Bielefeld 5.-; B.W., Idstein 35.-; R.H., Neumarkt 20.-; F.M., Bonn 5.-; U.A., München 10.; T.R., Darmstadt 15.-; D.S., Barcelona 9.-; B.H., Kreuzlingen 30.-; A.G., Wuppertal 15.-; U.K, Billerbek 30.-; (merci!)
Spenden im monatlichen Dauerauftrag (unsere Traumvorstellung):
(3 mehr als zuletzt!!): FJM, Dortmund 15.-; N.H., Nürnberg 100.-; T.A., Bad Hersfeld 60.-; E.T., Nürnberg 20.-; W.F., Berlin 20.-.
Spenden für die Sondernummer Feminismus: alter Stand 165.-
Z.Z., XY 120.-; M.S., Solingen 15.-; K.W., Alsbach 10.-; B.S., Tübingen 20.-.

SF/Rowohlt-Interna:
Der Rowohlt Verlag hat uns schriftlich zugesichert, daß der Lupus-Text aus SF-23 in Zukunft *nicht* mehr Bestandteil des rororo-Buchs der Gebrüder v. Braunmühl sein wird.

Photo: Wolfgang Haug



Kassensturz – Ein paar Wochen danach

von Lupus



Photo: **Per Odd Svenberg**

Wir wollen hier versuchen, unsere Auseinandersetzungen bezüglich der Ereignisse um den 2.11. innerhalb unserer autonomen Zusammenhänge ein stückweit nachvollziehbar zu machen. Zum einen, weil wir eine Verantwortung gegenüber anderen autonomen, militanten Zusammenhängen haben; zum anderen, weil wir unsere eigene Glaubwürdigkeit daran messen, wie wir mit unserer Selbstkritik, aber auch der solidarischen Kritik, die außerhalb unseres autonomen Spektrums geübt wurde, praktisch umgehen.

Vielleicht fällt es uns jetzt einfacher, auf die Ereignisse vom 2.11. nocheinmal zurückzukommen. Nicht nur, um die ersten Reaktionen (z.B. Flugblätter) besser nachvollziehen zu können, sondern auch die Bedingungen, unter denen die 2.11. Demos stattfanden (-finden?). Es war eigentlich ein 2.11. wie die Jahre zuvor auch. Es war klar, daß wir zu einem offensiven Vorgehen, an dem wir uns nicht hindern lassen, nicht in der Lage sind. Dazu haben sich die »Kräfteverhältnisse« viel zu sehr zugunsten der Polizei verschoben – wie im Jahr zuvor waren mehr von denen an der Startbahn, als Militante auf unserer Seite. Das Konzept war von daher notgedrungen defensiv, d.h. es ging uns nicht – zuallererst – darum, das Startbahnprojekt an einem konkreten Punkt anzugreifen, sondern die *Präsenz militanten Vorgehens durchzusetzen.* [Einschub aus einem Lupus-Papier vom November '87; SF-Red.]

»Wie bei allen anderen Aktionen anläßlich des 2.11. richtet sich unser Widerstand gegen die Startbahn und nicht gegen die gegen uns eingesetzten Polizisten. Unser Konzept war, wie schon in den Jahren zuvor, die Mauer und die Existenz der Startbahn anzugreifen und gerade deshalb ist es unser Ziel gewesen, der Polizei auszuweichen, anstatt uns auf eine militärische Konfrontation einzulassen.«]

Deshalb orientierten sich unsere Vorbereitungen zum 2.11. vor allem am Schutz der Demo. Uns selbst zum Ziel zu machen und eben nicht die Startbahn, war auch immer das Dilemma, das in den Vorbereitungen mit zur Sprache kam, daß wir uns in diesem Widerspruch seit langem befunden haben, ist sicherlich eine Kritik, die auch wir an uns selbst wiederholt geübt haben, ohne jedoch zu einer gemeinsamen Antwort gekommen zu sein (»Militanz als Selbstzweck«).

Und wie im Jahr zuvor ging es an diesem 2.11. vor allem darum, uns die Möglichkeit militanten Widerstands weder durch das Faktum Startbahn, noch durch die überlegene Polizeipräsenz nehmen zu lassen. Die Demo wurde in Richtung Mauer durchgesetzt und nach einigen »symbolischen« Angriffen auf die Mauer erfolgte der gemeinsam gesicherte Rückzug. Zu unserem Schutz war der Einsatz von Schußwaffen weder gemeinsam geplant, noch diskutiert, noch notwendig. Durch den gewährleisteten Schutz der Demo konnten Verletzte und Festgenommene weitgehend verhindert werden. Im Rahmen des Konzepts und unserer Möglichkeiten war es ein Erfolg. Mit diesem Gefühl haben sich die meisten auf den Weg nach Hause gemacht, bis sie nichtsahnend in die ausgelöste Ringfahndung und die 1. Verhaftungswelle gerieten. Fast alle erfuhren von den Toten frühestens aus dem Radio oder von den sie festnehmenden Polizisten. So kam es z.B. zu einer grotesken Situation, als ein auf offener Straße Festgenommener im Polizeigewahrsam nachfragte, worum es sich diesmal handelt. »Ihr habt 2 von uns umgelegt«, brüllte ihn der Bulle an. Der Genosse mußte unwillkürlich lachen und erwiderte: »Ja, ja, 'ne bessere Erklärung ist euch auch nicht eingefallen.« – Vielen ging es so, daß sie ihre Erlebnisse imWald am 2.11. mit den Toten nicht zusammenkriegten. So als ob es 2 verschiedene Ereignisse, 2 verschiedene Orte gegeben hätte, zufällig zum selben Zeitpunkt. Als ob mitten in einen uns bekannten Film eine Filmszene aus einem völlig anderen Film dazwischen geschnitten worden wäre.

Vielleicht wird daraus auch verständlich, daß sehr Viele von uns auf die Folgen dieser Ereignisse in keinster Weise vorbereitet waren. Das Gefühl, von den Ereignissen und Folgen gänzlich überrascht und überrollt zu werden und die Unfähigkeit, die tödlichen Ereignisse dem gemeinsamen Handlungsablauf zuzuordnen, bestimmte die Anfangsreaktionen fast aller. Mit einem Brandanschlag oder einer Strommastenaktion konfrontiert zu werden, wäre sicherlich eine Sache gewesen. Aber mit einem Mord konfrontiert zu werden, mit 4mal lebenslänglich Knast, sprengte die Vorstellungskraft und vor allem das gewohnte Handlungsmuster aller. Für diese beiden Toten wollte niemand stellvertretend den Kopf hinhalten, weder politisch noch mit seinem Leben. Dieses panikartige Gefühl, damit nichts zu tun haben zu wollen, war vielleicht auch ein wesentlicher Grund dafür, daß jemand anderes gefunden werden mußte, dem/der mann/frau es »zutraute«.

Das wirklich Erschreckende aber waren gar nicht die Toten selbst, sondern die Tatsache, daß wir uns alle *zuerst* in unseren eigenen Reihen umschauten, wer es hätte sein können. Fast niemand kam auf die Idee, zuerst auf die andere Seite zu schauen, weil so etwas *nur* der anderen Seite zuzutrauen ist. Diese Selbstverständlichkeit haben wir verloren, nicht aus Gedankenlosigkeit oder fehlendem Feindbewußtsein, sondern aus *Mißtrauen der eigenen militanten Bewegung gegenüber.*

Zuviel ist in letzter Zeit passiert – unter uns, als daß wir diesen notwendigen Trennungsstrich zwischen uns und der Gegenseite, zwischen militanten Aktionen und Staatsschutzaktionen hätten klar und zweifelsfrei ziehen können, die lebensgefährlichen Verbrennungen von Uschi während einer Mastaktion in Offenthal, das Kippen eines Strommasten auf eine befahrene Landstraße, die Vergewaltigung durch einen Typ mithilfe seiner Freundin und die darauf folgende Bestrafungsaktion in der Hafenstraße, die Denunziation und das Zusammenschlagen eines Frankfurter Genossen aufgrund haltloser Spitzelvorwürfe, die existenzvernichtende »Entlarvung« eines angeblichen Spitzelpärchens anläßlich der CARP-Auseinandersetzungen in Berlin . . . haben viele von uns an der Glaubwürdigkeit und Unverkennbarkeit militanten Vorgehens zweifeln lassen. Dieses Mißtrauen, vor allem aber die fehlenden Konsequenzen unter uns allen, fallen heute auf uns bleiern zurück. *In die Risse aus Mißtrauen, fehlendem Selbstbewußtsein und gebrochenen »Wir-Gefühl« setzten die Fahnder erfolgreich den Hebel an, um in unsere autonomen/libertären Zusammenhänge einzubrechen.* (»Mensch, hör mal, die anderen haben schon gesungen, du wärst doch ein Idiot, wenn du als einziger das Maul hälst« – »Sei ruhig, wir wollen gar nichts hören, du bist fertig, die anderen singen bereits wie die Fischerchöre. . .«).

Wirkliche politische wie praktische Solidarität mit den Gefangenen und Verfolgten schließt für uns deshalb mit ein, uns alle mit der politischen Konsequenz auseinanderzusetzen, daß wir es überhaupt für *möglich* halten, daß wir solche Aktionen auch Leuten aus unseren eigenen Reihen zutrauen. Ein entscheidender Grund dafür ist, daß unser diffuses autonomes Selbstverständnis eher wie eine Lederjacke ist, die man an- und auszieht, fastimmer eine Nummer zu groß, mit dem Vorteil, daß »alles« drunter paßt! Autonomie ist eher ein Niemandsland als eine revolutionäre Utopie, aus der heraus wir unsere eigenen Schritte und Handlungen klar und unterscheidbar bestimmen können.

Wir haben an der Startbahn zu verschiedenen Anlässen (Strommastaktion, Molli auf eine besetzte Wanne, Frauenblockdemo am 14.4.87) eine Militanzdiskussion geführt. Wir haben verlangt, daß wir uns gemeinsam und solidarisch über unterschiedliche Vorgehensweisen auseinandersetzen, um zu gemeinsamen Handlungsebenen zu kommen. Letztendlich blieben jedoch unsere Unterschiedlichkeiten nebeneinander stehen, z.T. gegeneinander, nicht selten sprachlos, unvermittelt und ohne Konsequenz. Aus der Ohnmacht heraus, nicht anderen unserer Meinung nach »richtige« Umgehens- und Vorgehensweise aufzwingen zu wollen (oder zu können?), entwickelte sich unter uns eine Gruppenmentalität, die soziale und politische Verantwortung nur noch für den eigenen Zusammenhang übernahm. Unsere politische Verantwortung als ein Teil autonomer/militanter Bewegung blieb gezwungenermaßen oft abstrakt und moralisch appellierend. Vor diesen »schwimmenden« Grenzen kollektiver Verbindlichkeiten stehen wir heute.

Der staatliche Strafanspruch und/oder »Selbstjustiz«

Um dies eindeutig zu sagen: wir billigen diesem (aber auch keinem kommunistischen) Staat nicht zu, über unsere Handlungen zu richten. Selbst wenn jemand aus unseren Reihen geschossen hat, gibt es keinen Grund, diese Person auszuliefern, weder durch Aussagen, noch durch Anerkennung staatlicher Gesetze und Justiz. Wir sind für die Abschaffung aller Knäste, egal, ob es sich um Junkies, Zuhälter, Vergewaltiger, Mörder/-innen oder Faschos handelt. Wenn wir also den Staat nicht beauftragen oder dazu legitimieren, den Schutz unserer sozialen und politischen Identität zu gewährleisten – weder durch schärfere – Gesetze gegen Vergewaltiger, noch durch staatlich sanktionierte Verbote von Fascho-Organisationen z.B. – wie schützen wir uns dann selbst?

Es wäre vermessen, von uns zu behaupten, *wir* könnten das »Elend«, das dieses System tagtäglich produziert, aus der Welt schaffen. Wir fühlen uns selbst viel zu oft diesen verschiedenen Formen menschenverachtender Gewalt ausgeliefert – während der Staat es wegschließt (den dysfunktionalen Anteil versteht sich), verschließen wir nur zu oft die Augen. Unser Inseldasein ist eine Möglichkeit und vielleicht Notwendigkeit, dieser uns bedrohenden Gewalt aus dem Weg zu gehen. Doch wenn wir es mit der Parole von einer »Gesellschaft ohne Knäste« ernst meinen, dann müssen wir diesen Gedanken radikal zuende denken: gerade weil wir dem Staat absprechen, über uns zu urteilen, müssen wir selbst regeln, Grenzen und letztendlich »Strafen« entwickeln, zum Schutz unserer Bewegung, zum Schutz unserer sozialen und politischen Identität!

Wie verhalten wir uns also konkret gegenüber allen, die durch ihre Aussagen andere belastet, verraten und/oder in den Knast gebracht haben?

Wo beginnt politische Unverantwortlichkeit, wo Verrat, wo endet unsere Solidarität?

Wir *alle* tragen Verantwortung für die Ereignisse gerade *nach* dem 2.11., für das, was wir unterlassen haben, um mit der Repressionsolidarisch, ja offensiv umzugehen: *diejenigen*, die die Diskussion um Militanz nicht konsequent geführt haben; *die*, die sich dieser – bis heute – entzogen haben; *diejenigen*, in deren Zusammenhänge sich die Beschuldigten und Gefangenen noch gestern bewegt haben, aber heute wie »heiße Kartoffeln« fallen gelassen werden; *diejenigen*, die ein »spielerisches« Verhältnis zur Bewegung, zu militanten Aktionen hatten, und erst jetzt – über die konkrete Bedrohung – kapieren, daß sie es so ernst nicht gemeint haben . . .

Einige sind in den Verhören umgefallen und haben ausgesagt – aber es gibt noch mehr, die »umgefallen« sind, ohne ein Wort zu sagen. All das hatten wir – mehr oder weniger – im Kopf, als die erste Aussagewelle über uns hereinstürzte. Obwohl einige Beschuldigte sich selbst und andere belastet haben, sicherten wir allen unsere soziale und politische Solidarität zu. Wir haben z.T. existentielle Bedingungen erst schaffen müssen, über deren Notwendigkeit sich offensichtlich einige nicht bewußt waren.

Wir haben uns darum gekümmert, daß alle Gefangenen und Verfolgten materiell und politisch versorgt sind, damit unsere Solidarität auch und gerade für sie spürbar wird. Wir haben die Aussageverweigerungskampagne (Projekt Artur?) in Gang gesetzt, die das Aussage- und Verratskarussell zum Stoppen bringen sollte, wir haben die juristischen Möglichkeiten und Grenzen benannt, mit denen wir konfrontiert sind. Wir haben vor allem die politische Dimension dieser Repressionswelle versucht aufzuzeigen, damit niemand mehr sagen kann, er/sie wäre überrascht worden und hätte nicht gewußt, was – auch scheinbar belanglose – Aussagen für Folgen nach sich ziehen können.

[Einschub aus dem schon zitierten Lupus-Papier vom November '87; SF-Red.:

– »Die Beschlagnahmungen bei den über 50 Hausdurchsuchungen, die Aussageerpressungen über Drohungen mit dem § 129a oder Beihilfe zum Mord, der gezielte Schlafentzug vor den Verhören, die Verhörmethoden selbst mit versteckten Angeboten, daß man ein »gutes Wort« für sie/ihn einlegt, beim Haftrichter, die »Beweise« (Photos von Sonntagsspaziergängen z.B.), die in den Verhören den Beschuldigten zur Identifizierung vorgelegt werden, gerade weil sie nichts mit dem Mord zu tun haben, die Vorladungen unter Androhung von Beugehaft, die gemeinsame Beteiligung des K42 (Politische Polizei), Sonderkommission Strom und BKA/LKA an den Ermittlungstätigkeiten verfolgen ganz klar erkennbar drei Ziele:

1. die Offenlegung der Namen, Strukturen, der »OrganisatorInnen« innerhalb der Startbahnbewegung.
2. die Identifizierung der »Aktivisten«, ihre Bedeutung und Strukturen innerhalb und über die Startbahn hinaus.
3. die Suche nach Kleingruppen, vor allem im Zusammenhang mit den Strommastaktionen im Rhein-Main-Gebiet.«]

Kurzum: Wir haben uns bemüht, die offensichtlich gewordenen Schwächen und Fehler nicht auf die »schwächsten« Glieder einer Kette abzuwälzen, sondern in der »Breite« der (Startbahn-)Bewegung zu suchen, d.h. unter uns allen. Deshalb sagen wir auch mit aller Konsequenz: wer heute, morgen, noch Aussagen macht, andere belastet, der/die weiß, daß er/sie nicht nur sich selbst verrät, sondern auch die Bewegung. Es muß Schluß sein, mit der permanenten Angst, die sich aus den *eigenen* Reihen nährt, durch Aussagen, die weitere Hausdurchsuchungen, Festnahmen undHaftbefehle ermöglichen. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir nicht mehr bereit sind, uns zwischen dem Fahndungsapparat und der Verantwortungslosigkeit einzelner aufreiben zu lassen. Wir haben bis heute praktische wie politische Solidarität auch mit denen geübt, die andere belastet haben. Einige haben diese Solidarität und die Basis für gegenseitiges Vertrauen durch weitere – strafbelastende – Aussagen in Frage gestellt bzw. gebrochen. Wir erwarten von Euch, daß ihr die Basis für gegenseitiges Vertrauen wiederherstellt, wenn ihr noch an unserer Solidarität interessiert seid. So schwer das auch ist:

– Wir erwarten von Euch, daß ihr Euch der (Startbahn-)Bewegung gegenüber erklärt! Es gibt genug Wege, dies öffentlich zu tun.
– Wir erwarten von Euch, daß ihr keinerlei weitere Aussagen mehr macht!
– Wir erwarten von Euch, daß ihr Euch direkt mit den Personen in Verbindung setzt, die ihr belastet habt!

Dies ist für uns die Voraussetzung, uns allen wieder mit offenen Augen zu begegnen.

Wenn ihr unsere Solidarität nicht erwidert, werden wir Euch aus unseren sozialen und politschen Zusammenhängen ausschließen. Wir werden Eure Namen veröffentlichen, zum Schutz vor möglichen weiteren Belastungen und zum Schutz der Bewegung. Wir wünschen und hoffen, daß es dazu nie kommt.



Linksradikalismus ist »anschlagsrelevant« und fällt unter § 129a

von Nelly Jung

Kurz vor Weihnachten 1987 war das BKA am Zug: am Freitag, dem 18.12.87 wurden in der Großaktion unter Regie des Generalbundesanwalts im Ruhrgebiet, im Kölner Raum und in Hamburg insgesamt 33 Wohnungen durchsucht, darunter das Essener Gen-Archiv und die Bochumer und Hamburger Taz-Redaktion. 23 Personen wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, zahlreiche Unterlagen und Materialien wurden beschlagnahmt. Am 20.12. dann wurde in Köln die österreichische Journalistin und langjährige *EMMA*-Redakteurin *Ingrid Strobl* bei der Rückkehr in ihrer – bereits am 18.12. aufgebrochenen und durchsuchten – Wohnung erwartet und dort verhaftet. Neben ihr befindet sich bis heute noch die Hamburger Setzerin *Ursula Penselin* in U-Haft; – die Vorwürfe lauten auch bei ihr auf Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in einer »kriminellen Vereinigung« nach § 129a, konkret bezogen auf die »Revolutionären Zellen« bzw. deren weiblichen Arm, die »Rote Zora«. Desweiteren laufen im Zusammenhang der Razzia 20 Ermittlungsverfahren nach § 129a.

Ingrid Strobl wird zusätzlich die Beteiligung an einem konkreten Anschlag vorgeworfen: dem Sprengsatz auf die Lufthansa in Köln am 26.10.86. Die RZ hatte den Anschlag mit der Rolle der Lufthansa bei der Abschiebung von Flüchtlingen in die »Dritte Welt« begründet – und ihrer Beteiligung am Prostitutionstourismus – »Bumsbomber nach Bangkok und Manila«. Ingrid Strobl hat sich ihrerseits in vielen Artikeln besonders mit der Situation von Frauen in der »Dritten Welt« befaßt, ihrer mehrfachen Ausbeutung. Gründet sich darauf der *Verdacht*? Als *Beweis*mittel dient ein Weckerkauf: Das Verkaufspersonal eines Uhrengeschäfts und die Aufnahme einer über dem Eingang installierten Videokamera sollen angeblich bezeugen, daß Ingrid Strobl einen Wecker desselben Fabrikats kaufte, den die RZ *laut Bundesanwaltschaft »stets für ihre Sprengsätze benutzt«* – und der angeblich auch bei dem Anschlag in Köln zum Einsatz kam (vgl. taz, v. 18.1.88, Frauenseite). Da das BKA *»weiß«*, daß »der Kauf von Bauteilen von Anschlagsvorrichtungen *nur* durch *Mitglieder*« erfolgt – ist demnach Ingrid Strobls Mitgliedschaft für die Ermittlungsbehörden erwiesen. Bereits seit Februar 1987 wurde gegen sie ermittelt – *dies war ihr auch bekannt!* Obwohl dies für sie kein Anlaß war, sich der Verfolgung zu entziehen – sie ist immerhin österreichische Staatsbürgerin – befindet sie sich nun in München in Haft: mit der »Begründung« der Fluchtgefahr.

Die Haftbegründungen bei *Ursula Penselin* sind nicht weniger fadenscheinig – hier fehlt überhaupt ein konkreter Tatvorwurf. Ausreichen soll:

– daß sie sich zusammen mit anderen Frauen öffentlich kritisch mit der aggressiven Bevölkerungspolitik der Gentechnologie und Humangenetik befaßt, daß sie also über persönliche Kontakte in den Kreisen der radikalen Kritikerinnen verfügt.

Nach mehreren Anschlägen der *Roten Zora* gegen gen- und reproduktionstechnologische Einrichtungen und Forschungsstätten in der BRD gilt dieses Thema beim BKA inzwischen als »anschlagsrelevant«. Mangels *konkreter* Verdachtsmomente gegen einzelne werden nun zunächst *alle* Frauen verdächtigt, die sich kritisch dazu äußern oder sogar organisieren. Bestes Beispiel: die Durchsuchung im Gen-Archiv Essen und die Beschlagnahmung der dortigen Adressenkarteien – mit denen nun sicherlich die BKA Computer gefüttert werden, um weitere Verdächtige zu produzieren.

Zusätzlich wirft man *Ursula Penselin* vor, sich mit anderen Frauen in einer »konspirativen« Wohnung getroffen zu haben. Zumindestens stuft das BKA diese als solche ein. Dort sei auch die Quittung für einen Bananenstecker gefunden worden, wie er für An-

schläge benutzt werden *könnte*, sowie Flugblattreste, Lötkolben und Lötzinn (vgl. Taz, a.a.O.). Obwohl all diese Beschuldigungen völlig vage und beliebig erscheinen und nach Meinung der Anwältinnen der Inhaftierten zur Eröffnung von Verfahren niemals ausreichen, ist etwas bereits gelungen:

– die Betroffenen und ihre ablehnende Haltung zu den gen- und reproduktionstechnologischen Angriffen auf Frauen und ihre Gebärfähigkeit, sowie gegen die behindertenfeindliche Humangenetik – als »terroristisch« zu diffamieren.

Dies ist nicht zuletzt bestimmten Berichterstattern der bürgerlichen Presse zu verdanken, die sich ausschließlich auf die Polizeiverlautbarungen beziehen und die Tatvorwürfe zu Tatbeteiligungen umformulieren. Bestes Beispiel waren die Meldungen über die Hamburger Solidaritätsdemonstration für die Inhaftierten – die als Demonstration von Sympathisanten von inhaftieren »Mitgliedern der RZ« dargestellt wurden (vgl. Stuttgarter Nachrichten etc.).

Zum anderen stehen *Ursula Penselin* und *Ingrid Strobl* unter den besonderen Haftbedingungen der Ermittlungsverfahren nach § 129a, und werden durch diese ausgeklügelte Form der Freiheitsberaubung einem ganz speziellen psychologischen Druck ausgesetzt: *»Ich sitze hier allein auf einem Flur, alle anderen Zellen rechts und links sind leer, kein Fenster, sondern hoch oben (das Gebäude ist sehr alt) Milchglas mit einer kleinen Blechklappe zum Kippen, dadurch soll theoretisch Luft reinkommen . . . Davor ist kleindurchlöchertes Blech – nicht etwa Luft! . . . Einzelhofgang sowieso, Anwaltsbesuch mit Trennscheibe . . .«, schreibt Ingrid Strobl.* (Taz, 18.1.88, S.9).

Sie sind urplötzlich aus ihren persönlichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen gerissen. *Ingrid Strobl* arbeitete gerade an einem Buch über Frauen im Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung in Spanien und Frankreich, das noch dieses Jahr bei Fischer erscheinen soll. Die Zeitspanne zwischen den einzelnen Haftprüfungsterminen werden immer länger, sie sind kaltgestellt.

Da jeder Versuch einer Kontaktaufnahme zu den Inhaftierten ebenfalls unter den Verdacht »kriminelle Beziehungen« fallen kann – alle Korrespondenz läuft über den Ermittlungsrichter – bildet sich zusätzlich zur Gefängnismauer *eine Mauer der Berührungsangst*. Begründet das BKA die letzten Durchsuchungsaktionen doch fast alle mit angeblichen »terroristischen Kontakten«. Für die Bundesanwaltschaft steht fest, daß sich die »Rote Zora« in einem Organisations- und Aktionsprinzip »enger persönlicher Beziehungen« zwischen Frauen bestimmter Kreise ansiedelt, die sich »intensiv« mit Themen wie Gen- und Biotechnik auseinandersetzen, in *offener* Form – Demonstrationen, Kongresse, Aufbau eines Archivs. Daneben würden unter »konspirativen Umständen« Treffen vereinbart und durchgeführt, wo Diskussionen »militant aufgearbeitet« und Anschläge vorbereitet würden (vgl. Taz, a.a.O.). Unter diesen Voraussetzungen ist natürlich eine effektive Verteidigung kaum möglich, da jede Zeugin selbst unter Verdacht steht, ihre Vernehmung dazu benutzt werden kann, auch ihr eigenes »Umfeld« zu durchleuchten. Und zu einer »kriminellen Vereinigung« – inFrankfurt erkennbar am Konstrukt der »Gruppe Eichler« – benötigt das BKA nur 3 Perssonen!

Verhaftet wird momentan – das zeigt ja gerade diese jüngste Durchsuchungsaktion – nicht mehr aufgrund konkreter Verdachtsmomente sondern *nach Raster*!

Die Ermittlungsbehörden verlassen sich gerade da, wo sie wie bei den RZ keine konkreten Anhaltspunkte haben, auf ihre Computer. Diese erstellen mittels all der im Zuge solcher Razzien gewonnenen Daten (Adressen) Szenediagramme, aus denen dann »besonders Verdächtige« herausgefiltert werden. Die Fahnder tappen nun besonders bei den Aktionen der RZ und der Roten Zora nach wie vor im Dunkeln, da diese sich – anders als die RAF – nicht hierarchisch oder ausschließlich im Untergrund organisieren. Auch haben sie sich bei ihren Anschlägen immer auf Diskussionsthemen und Auseinandersetzungspunkte der Linksradikalen und der neuen sozialen Bewegungen bezogen, welche zudem in Teilen der Bevölkerung auf kritische Sympathie stießen: die Auseinandersetzung um die Atomenergie, öffentliche Verkehrsbetriebe, repressive Flüchtlingspolitik, Südafrikapolitik, deutsche Industrie und Arbeitskräfte in der 3. Welt – und jetzt die Gentechnologie.

Um diesen Sympathiebonus auszuschalten und gleichzeitig vor der kritischen Beschäftigung mit solchen, nun »anaschlagsrelevanten« Themen abzuschrecken – nimmt das BKA *bewußt* keine Trennung zwischen Inhalten und Mitteln von Politik vor, sondern setzt beides unbesehen gleich. Mit der Sympathisantenhetze im Deutschen Herbst verfügt man auf diesem Gebiet bereits über genügend Erfahrung. Das heißt aber: egal, wie die einzelne zu den konkreten Aktionen der RZ stehen mag, egal, ob sie diese als politische Aktionen unterstützen kann oder nicht, egal, ob die Art und Weise eines Anschlags in das eigene Konzept überhaupt paßt – jede gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, in die sich die RZ mit einem Anschlag aus ihrem politischen Verständnis heraus einbringt, **ist** »anschlagsrelevant«, also mit polizeilichen Mitteln verfolgbar.

Gerade deshalb gilt es, sich die tatsächlichen Relationen vor Augen zu halten:

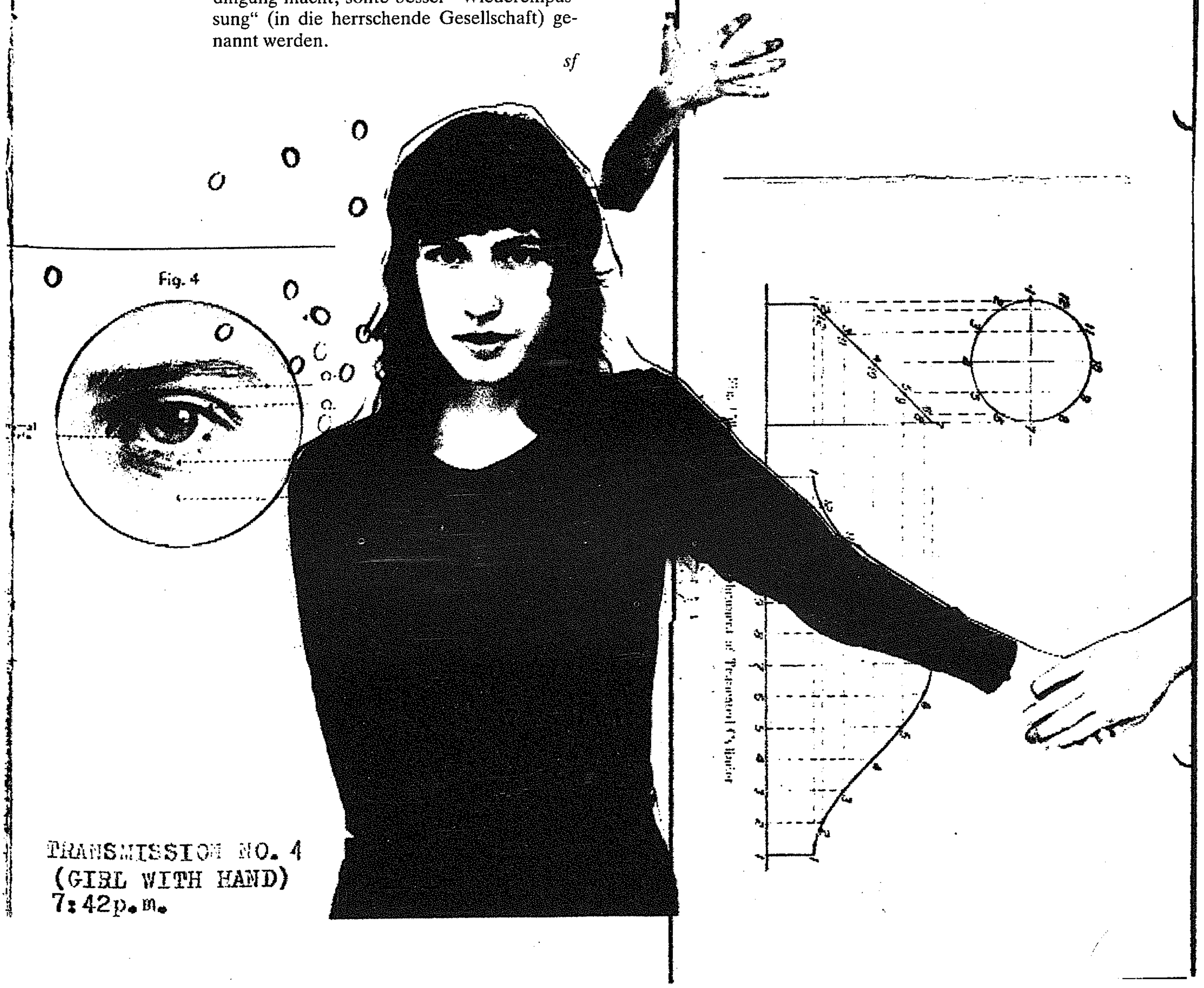
– der Staat spekuliert darauf, daß sich die Angst vor politischer Verfolgung, vor Kriminalisierung *auf die Themen*, auf die politische Auseinandersetzung überhaupt erstreckt. Und er spekuliert auf die zermürbende und zeitintensive Distanzierungswelle, die der Linken, der Frauenbewegung ihre eigenen originären Ansätze zunehmend dominieren könnte – so daß die Repression und die Diskussion der Anschläge *das* zentrale Thema wird. Und daß dieses die Weiterentwicklung eigenständiger politischer Konzepte überlagert.

Amnestie-Debatte – Die Verlaufsform einer deutschen Diskussion. Eine Zwischenbilanz

von Klaus Bittermann

Folgende zwei Beiträge befassen sich mit der wiederaufgegriffenen Amnestiedebatte; während *Klaus Bittermann* Entwicklung und aktuellen Stand der Diskussion kritisch (nach allen Seiten) zusammenfasst, unternimmt *Rainer Kreuzer,* ein Vertreter der Linken Liste Frankfurt, eine politische Begründung für die Amnestieforderung jenseits aller (grünen) Harmonisierungswünsche. Die Redaktion des *SF* unterstützt die politische Amnestieforderung, allerdings nicht nur für die RAF, wie dies in *Kreuzers Beitrag* getan wird, sondern für *alle* politischen Gefangenen als ersten Schritt im Kampf gegen Knast und repressives System und als Antwort auf die zunehmende Kriminalisierung weiter Teile des kritischen linksradikalen Spektrums (– egal mit welchen Vorwänden auch immer dies derzeit begründet wird). Dabei geht es um eine Amnestie, die diesen Begriff nicht aushöhlt: eine "Amnestie", die Distanzierung von der eigenen Vergangenheit zur Bedingung macht, sollte besser "Wiedereinpassung" (in die herrschende Gesellschaft) genannt werden.

sf





»Teils zu langjähriger, teils zu lebenslanger Haft verurteilt, sitzen noch immer jene einzelnen hinter Beton, die damals den Protest aller gegen den Vietnamkrieg etwas zu wörtlich genommen hatten, also so, wie er gemeint gewesen war. Wenn kein Wunder geschieht, werden diese einzelnen, von denen manche seit 10 Jahren eingesperrt sind, die Zellen entweder am Krückstock oder im Sarg verlassen."

Mit dieser Erinnerung an ein verdrängtes Kapitel deutscher Geschichte leitete *Wolfgang Pohrt* seinen »*Vorschlag für eine Amnestie-Kampagne*« Anfang 1984 ein. Die Begründung war so einfach wie einleuchtend: Das Konzept des bewaffneten Kampfes war gescheitert, die Kämpfer der RAF saßen größtenteils im Gefängnis, d.h. statt den geschlagenen Gegner zu vernichten, war nunmehr der Zeitpunkt gekommen, ihn zu amnestieren, um mit dieser großzügigen Versöhnungsgeste zu verdeutlichen, wie die Machtverhältnisse nach wie vor lagen.

Aber während sich der Staat damals gerade anschickte, an dem RAF-Dissidenten Peter-Jürgen Boock, der seine Taten nicht nur nicht leugnete, sondern auch bereute, ein Exempel zu statuieren, um mit dem Urteilsspruch von dreimal lebenslänglich plus 15 Jahre die anscheinend um ihre Existenz bangende Staatssouveränität zu verteidigen, sah die linke und liberale Öffentlichkeit in diesem kompromißlosen Gebaren des Staates eher einen Grund über den Amnestievorschlag zu schweigen als ihn durch eine öffentliche Diskussion zu unterstützen. So lehnte es z.B. der Rotbuch-Verlag im vornherein ab, als Koordinationsstelle für die Kampagne zu dienen.

Entsprechend flau sah auch die auf den Leserbriefseiten der *taz* geführte Diskussion aus. Aus der Notwendigkeit durch eine Amnestiekampagne eine Öffentlichkeit herzustellen, zu der die Politiker Stellung beziehen müssen und die es der Staatsanwaltschaft schwer gemacht hätte, ein Urteil zu fällen, das man nur als Wiedergutmachung für die ungesühnten nationalsozialistischen Verbrechen interpretieren konnte, wurde ein Stellungskrieg um Positionen, die keinen Anspruch aufRealität erheben konnten.

Es waren also nicht nur die deutschen Gerichte, die in der unverhohlenen Rache ihr Souveränitätsprinzip zu Grabe trugen und nicht zur Kenntnis nahmen, daß sie durch die Amnestierung der politischen Gefangenen vielmehr ihre Macht und ihr Ansehen unterstreichen können, es war auch die Linke selbst, die den Vorschlag mit Empörung zurückwies. Zunächst wurde moniert, daß dieser Vorschlag doch nicht ohne die Betroffenen gemacht werden könne; d.h. die Gefangenen müßten sich zu Wort melden, um zu bekunden, ob sie eine derartige Kampage für sinnvoll hielten. Natürlich hielten die RAF-Gefangenen nichts von einer Amnestie und insofern handelte es sich um einen rhetorischen Einwand. Sowenig sie jedoch gefragt worden waren, ob sie in das Gefängnis kommen wollten, sowenig war die Notwendigeit gegeben, die Gefangenen um Erlaubnis zu fragen, da es ihnen selbstverständlich freistehen würde, diesen Aufenthaltsort wieder aufzusuchen.

Überhaupt witterte man hinter dem Vorschlag Verrat und Kollaboration mit dem Klassenfeind. Eine unzulässige Unterscheidung sei z.B. getroffen worden zwischen politischen und normalen Gefangenen und eine Amnestierung nur der politischen Gefangenen vergißt die "über 70 000 in Knästen und Psychiatrien Eingemauerten und zeichnet sich nicht gerade durch das Bestreben aus, Bewußtsein für Klassensolidarität zu schaffen", so jedenfalls ließen *Ralf Reinders* und *Ronald Fritzsch* verlauten.

Diese Argumentation, die mit der Parole "Keine Amnestie für die Klassenjustiz! Freiheit für alle!" unterstrichen wurde, setzte zum einen eine existierende Bewegung voraus, die in der Lage wäre, wenn nicht schon die Forderungen von Reinders und Fritzsch zu erfüllen, so doch wenigstens Druck auszuüben, den der Staat nicht einfach ignorieren könnte – eine Vorstellung, der die Autoren nicht nur selbst skeptisch gegenüberstehen, sondern die sich auch beim besten Willen nicht verifizieren läßt. Zum anderen lehnten sie heroisch jede Vorzugsbehandlung ab; auch die normalen Gefangenen sollten amnestiert werden. Dagegen ließe sich nichts sagen, aber mit dieser noblen Geste verkannten sie, daß sie im Unterschied zum normalen Gefangenen deshalb sitzen, weil sie politisch motivierte Straftaten begangen haben mit dem erklärten Ziel, die Regierung zu stürzen.

Verärgerung rief jedoch vor allem die Begründung des Amnestievorschlags hervor. Daß der bewaffnete Kampf gescheitert sei, daß wollte man nicht unwidersprochen hinnehmen. Und daß "die RAF am Ende ist", wurde schon allein deshalb in Abrede gestellt, weil Wackernagel, Pohrt und der "Spiegel" "es behauptet" hätten. Einen Sieger in diesem Streit konnten die sich zu Wort meldenden Diskutanten ebenfalls nicht ausmachen und insofern sahen sie den Staat aus eben den gleichen merkwürdigen und undurchsichtigen Gründen bedroht wie dieser sich selbst.

Im »Konzept Stadtguerilla«, der programmatischen Gründungsschrift der RAF, hatte man die Tauglichkeit des theoretischen Anspruchs noch vom praktischen Erfolg abhängig gemacht. Inzwischen war der bewaffnete Kampf für seine Anhänger zu einem von jeglicher Legitimation befreiten Dogma geworden, das in Frage zu stellen, ihre heiligsten Überzeugungen verletzte. Folglich setzte die militante Linke Amnestie und Kapitulation gleich und wußte sofort, daß die Freilassung eines Gefangenen nur durch Verrat erkauft werden könne. Von dieser Prämisse nicht abzubringen, verlegten sie sich auf die Sprengung von Veranstaltungen, die die Amnestie zum Thema hatten, und bis heutesind solche Veranstaltungen nicht denkbar.

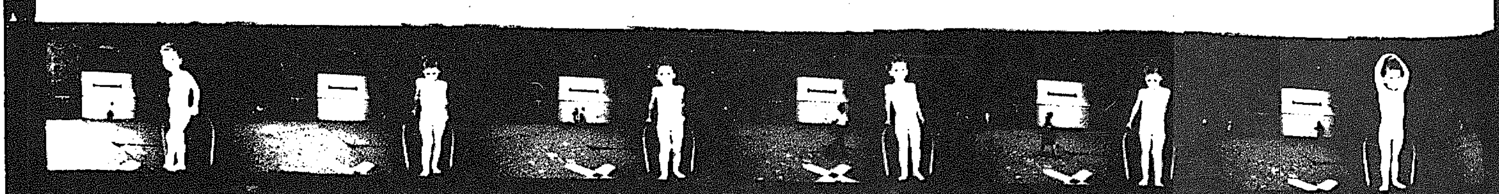
In dieser fast ausschließlich vom militanten Spektrum der Linken geführten Diskussion wurde eine Idee zu Grabe getragen, nur weil das unbezweifelbare Faktum des Scheiterns nicht mit gewissen Vorstellungen von der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen war. Als "Todschreiber des bewaffneten Kampfes" mußte Pohrt nach gut einem Jahr resigniert feststellen, daß man den Freunden des bewaffneten Kampfes sogar noch dankbar sein mußte, »denn nur die von ihnen angelieferte absolut idiotische Debatte hat dazu geführt, daß überhaupt noch von der Amnestie gesprochen wird, die bei den restlichen Linken auf das gleiche Interesse gestoßen ist wie bei den Behörden oder in der Öffentlichkeit, nämlich auf gar keins.«

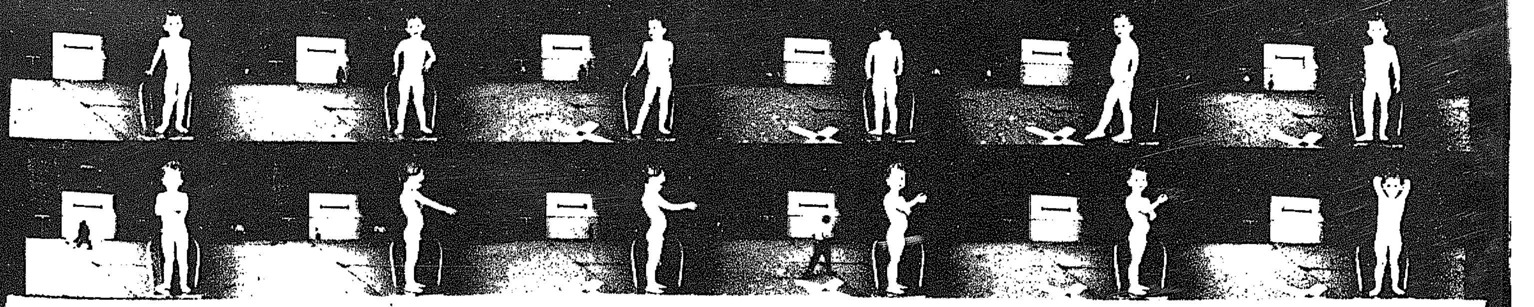
Darüber konnte auch nicht hinwegtäuschen, daß eine Zeitung wie der *Spiegel* im Rahmen ihrer Berichterstattung über den Boock-Prozeß den Amnestievorschlag vorsichtig aufgriff. Von der Öffentlichkeit unbeachtet, sprach 1985 niemand mehr über Amnestie und RAF. Stattdessen wandte sich das Interesse einer Jahreszahl zu, die andeutete, daß es nach 40 Jahren angebracht schien, sich endgültig über die im letzten Weltkrieg erlittene Niederlage hinwegzutrösten.

Erst als *Stefan Aust* mit seinem Zungenlöser "Der Baader-Meinhof-Komplex" 1986 einen Platz in der *Spiegel*-Bestsellerliste eroberte, war das verdrängte Thema wieder en vogue. Man plauderte mit roten Ohren über die unwiederbringlich vergangene schöne Zeit und der *Stern* lieferte ergänzend hierzu die Geschichte einer "Ex-Terroristin", die "hübsch mit hellen, wachen Augen und dunklen langen Haaren", der Sensationspostille verriet, daß "es keine Liebe in der RAF gab".

Diese Publicityverwertung verstanden die versprengten RAF-Militanten offenbar als Aufforderung, aus dem Schatten ihrer Protagonisten herauszutreten und sich selbst wieder in Erinnerung zu rufen. Zimmermann, Beckurts und von Braunmühl hießen ihre zur Strecke gebrachten Opfer. Nach diesen Anschlägen war das Klima für eine weitere Amnestiediskussion denkbar schlecht. Was jetzt auf der Tagesordnung stand, war wieder einmal eine Kritik der RAF, die in ihrer Entlarvungsfunktion jedoch weit hinter der authentischen Selbstdarstellung der Gruppe zurückblieb.

Daß aus der Amnestie dann doch noch eine öffentliche Kontroverse wurde, verdankt sie der die Geschichte der BRD nach Jahres-





zahlen sortierenden Medienwelt. Seit 1977 waren zehn Jahre vergangen und deshalb stand 1987 im Zeichen von zehn Jahre "Deutscher Herbst". Alle großen und überregionalen Zeitungen widmeten diesem Jubiläumsgedenktag langatmige Rekapitulationsartikel über die Gewissensnot der Regierung Schmidt und ergingen sich in tiefschürfenden Überlegungen zu dem vom Schicksal gezeichneten Folgen der auch heute noch gutgeheißenen Politik der Härte. Was damals begonnen hatte als Zeichen des Umdenkens in der Linken, die im Jahr der Schleyer-Entführung ihre kritische Distanz zum Staat aufgab, um zu einem seiner vehementesten Fürsprecher zu werden, fand zehn Jahre später immer noch keine rechte Anerkennung, denn die Regierung machte keine sonderlichen Anstalten das Thema Amnestie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Diese verstockte Haltung wiederum empörte den Bund der linksintellektuellen Demokraten, die die Gelegenheit der Regierung Kohl eines auszuwischen, beim Schopfe ergriffen, indem sie aufmüpfig nach Amnestie verlangten. *Wolf Biermann* jammert in der *ZEIT* zwar noch, daß er sich »die Solidarität mit diesen verdammten Terroristen aus den Tatzen saugen« muß und eigentlich weiß er auch gar nicht, warum überhaupt »mit Euch noch Worte wechseln«, da eh »alles längst zerredet ist«, aber trotzdem will er nicht abseits stehen, wenn die »Lebenslänglichen wieder ins Leben gezerrt« werden. Und *Antje Vollmer* gesteht in dicken Lettern »Wir sind verstrickt, auch schuldhaft«. Nach diesen den Jahrestag angemessen würdigenden Worten, mit denen die Wiederholungstäter sich noch einmal öffentlich an die Brust klopfen durften, konnte nun auch die ehrwürdige *ZEIT* es wagen, der Amnestieforderung Nachdruck in einem Kommentar zu verleihen. Zwar wollte man keinen Mord amnestiert wissen, aber man wollte alles tun, »was möglich ist, um potentielle Aussteiger aus der verteufelten Solidarität der Aussichtslosigkeit zu holen.«

Natürlich kann es nicht darum gehen, die lobenswerten Absichten des *ZEIT*-Kolumnisten zu tadeln, ist doch alles, was zur Freilassung auch nur eines einzigen Gefangenen führt, auch gerechtfertigt, aber der schwülstige Stil kündete bereits an, was von nun an in der Diskussion vorherrschen sollte. Versöhnung und eine Absage an die Gewalt waren gefordert, Feindbilder sollten abgebaut und die verhärteten Fronten aufgelöst werden, kurz, man sollte aufeinander zugehen und einen Dialog führen. Mit diesem Vokabular der Unverbindlichkeit machten vor allem die GRÜNEN um *Antje Vollmer* von sich reden.

Rückblickend auf die Diskussion zwei Jahre zuvor konnte man feststellen, daß damals trotz aller Vorbehalte fast noch inhaltlich argumentiert wurde. Im humanistischen Gefasel der Realpolitiker der GRÜNEN hingegen, das sich wie die Parodie einer Kohl-Rede anhörte, wurden all die Überzeugungen zur Disposition gestellt, mit denen die Protestbewegung ihre Bedeutung erlangt hatte. Es genügte nicht, Feindbilder zur Schärfung einer produktiven Auseinandersetzung zu akzeptieren; in der Logik der GRÜNEN führen Feindbilder direkt zum bewaffneten Kampf. Es genügt auch nicht, das der größte Teil der GRÜNEN Gewalt nie gutgeheißen hatte, sie auch nie in dem Verdacht standen, in ihrer Freizeit heimlich Strommasten umzusägen; das Gebot der Stunde hieß Versöhnung und Dialog.

In dieser vorgezogenen Weihnachtsstimmung, stieß dann auch eine Äußerung der grünen Fundamentalistin *Jutta Dithfurth*, daß der Staat nichts so sehnlich braucht wie den Terror, auf fast ebenso große Abscheu wie ein Anschlag der RAF auf einen Industriemanager. Aber anstatt wie jede andere Partei geschlossene Einheit zu demonstrieren, hatte sich *Jutta Ditfurth* auch den Zorn ihrer Kollegen von der anderen Fraktion zugezogen. »Viele Menschen«, ließ der Fraktionsassistent von *Waltraut Schoppe* wissen, würden durch ihre Worte »in individuelles Unglück getrieben«, zynisch treibe sie ihr Schindluder mit ihren »politischen Opfern«.

Positiv hingegen wurde die Initiative *Martin Walsers* bewertet, der in einem Anflug christlicher Nächstenliebe mit den Gefangenen gruppendynamische Sitzungen abhalten wollte, was diese, trotz aller politischen Differenzen, die man zu ihnen haben kann und trotz aller der daraus oft folgenden persönlichen Häme, nun wirklich nicht verdient haben.

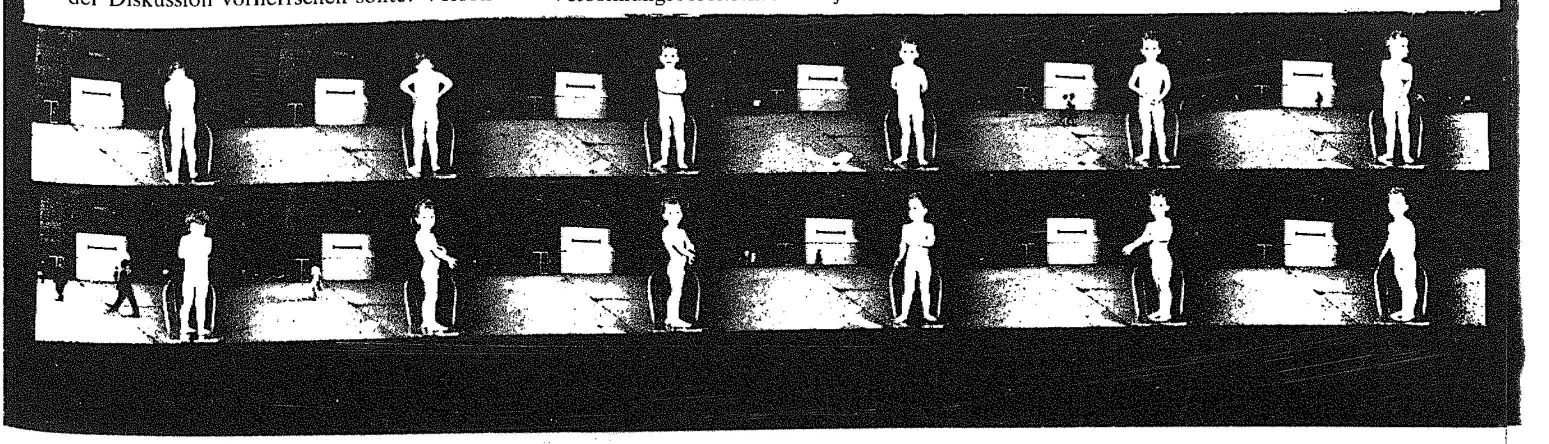
Jenseits des grünen Streits, jenseits der von der Regierung argwöhnisch beäugten Versöhnungsbereitschaft und jenseits der salbungsvollen Reden Weizäckers, Albertzs und Gollwitzers über Friede, Vergebung, Gnade und der Integration reuiger Sünder, ist das Thema Amnestie nun tatsächlich gesellschaftsfähig geworden. In *Tempo*, der Zeitschrift für die neue deutsche Welle, wurde das Thema zwar etwas umfrisiert zur »Amnestie für RAF-Aussteiger«, dafür fanden sich über 100 Prominente, die diese Frage vorbehaltlos mit Ja beantworteten. Zwar war man sich nicht immer über die Form einig, ob Amnestie, Begnadigung oder Neuaufnahme der Prozesse, aber die ihren Ausstieg glaubhaft begründenden RAF-Dissidenten sollten in die Versöhnungsgesellschaft wieder eingegliedert werden, denn was ist eine Familienzusammenführung ohne die verlorenen Kinder.

In den talkshows der Sendeanstalten waren plötzlich ehemalige bewaffnete Kämpfer zu sehen, Polizeibeamte, die im Schußwechsel mit der RAF verletzt worden waren, Politiker, Journalisten und Schriftsteller, die sich alle offenen Herzens gegen die unnötige Härte der deutschen Justiz aussprachen.

Von der ursprünglichen Intention des Vorschlags für eine Amnestiekampagne, die eine Freilassung aller politischen Gefangenen im Sinne hatte, ist dabei zwar nicht viel übrig geblieben, aber bei der deutschen Justiz muß selbst die überfällige Entlassung von Wackernagel und Schneider als Erfolg verbucht werden. Und wenn die linke Prominenz etwas zur Entlassung anderer RAF-Dissidenten beiträgt, dann ist das mit Sicherheit vernünftiger als alles andere, wofür sie sonst ihre Unterschrift spendet. Mehr scheint ihr nicht zuzumuten zu sein.

Ihre kategorische Verurteilung der RAF und ihre undifferenzierte Kritik der Gewalt allerdings trägt nun langsam Früchte, in deren Genuß nun ihre ehemaligen Gegner kommen, die feststellen müssen, daß diese Linke so schlecht doch gar nicht ist. »Der blinde Fleck« heißt ein neuerschienenes Buch zur RAF, Gewalt und Amnestie. Besser als jedes Zitat aus dem Buch ist hierzu eine Bemerkung von *Klaus Bölling* im *Spiegel*, der manche Sätze dieses Buches deshalb so »begierig« las, »weil sie sich nach einem Jahrzehnt trefflich zur Legitimation des eigenen Handelns eignen«.

•



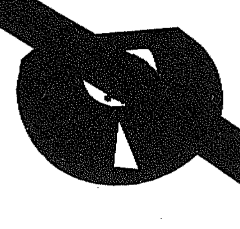
Amnestie und Geschichte

von Rainer Kreuzer
Linke Liste Frankfurt

Die Forderung nach Amnestie oder Gnade für die Gefangenen der RAF wurde anläßlich der zehnjährigen *Vergangenheit* des deutschen Herbstes von Politikern, Schriftstellern und einigen Gefangenen selbst in den Medien diskutiert. Fast scheint es eine Variante des bloßen Abfeierns gewesen zu sein, wenn nun die Forderung, nachdem sie im Oktober eifrig erhoben wurde, bereits wenige Wochen später hinter der Aktualität der Tagespolitik wieder verschwindet.

Nimmt man *Cohn-Bendit* beim Wort »Es geht um Menschen«, so sollte jener humanistische Beweggrund dieser Kampagne, diese doch über die Fixpunkte der willkommenen Jahrestage hinaustragen können. Diskutiert man die Amnestieforderung über ihre pragmatische Einbindung in die Strategie grüner Realpolitik hinaus, bis zum Problem der Sache selbst, so zeigt sich das Thema als viel zu ernst, um es der Konjunktur der Tagesthemen unterzuordnen. Die Forderung nach einer Amnestie muß für alle gestellt werden, für die »Abschwörer« genauso wie für die »Beschwörer« und sie muß weiterhin propagiert werden.

Zur Begründung einer Amnestiekampagne möchte ich im Folgenden drei Argumente vorstellen:

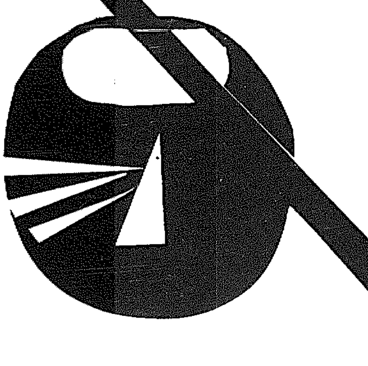


Radikaler Humanismus

Der Humanismus ist seit jeher, zumindest implizit, eine entscheidende Grundlage linken Politikverständnisses gewesen. Im Unterschied zum caritativen Humanismus, der über die strukturelle Basis unmenschlicher Zustände hinwegsieht und sich auf die Hilfe im Einzelfall reduziert, ist der Humanismus der Linken ein radikaler. Ein radikaler Humanismus, der das Recht auf ein menschenwürdiges, freies und glückliches Leben für alle Menschen fordert und alle gesellschaftlichen Verhältnisse, die dieses Recht verhindern, radikal verändern will. Der radikale Humanismus steht somit in einem voluntaristischen Verhältnis zur gesellschaftlichen Wirklichkeit und konfrontiert die Gesellschaft mit seinem subjektiv gesetzten Ideal von menschlichen Lebensbedingungen, die diese Gesellschaft nicht einlöst. Anders als die utopischen Entwürfe der vergangenen Jahrhunderte (z.B. Thomas Morus *Utopia*), in denen Ideale von gesellschaftlichen Zuständen dem Bestehenden unvermittelt entgegengesetzt und als etwaige Wahrheiten verabsolutiert wurden, müssen unsere heutigen Ideale als historisch bedingte mit der konkreten Analyse der Gesellschaft vermittelt werden. Es kann nicht mehr darum gehen, das positive Bild einer idealen Gesellschaft wie ein Architekt am Zeichenbrett zu entwerfen, sondern vielmehr darum, den bestehenden Verhältnissen ggenüber die historisch möglichen und von uns subjektiv gewollten Rechte des Menschen einzuklagen. Die bestehende Gesellschaft wird also mit Idealen von Rechten konfrontiert, nicht aber mit Idealen von sozialen Systemen.

In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 wurden erstmals die Rechte des Menschen auf Leben, Freiheit und auf sein Streben nach Glück anerkannt.

Die französische Revolution erkämpfte die grundlegenden Rechte des bürgerlichen Individuums, die formale Freiheit der Person, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Freiheit des Eigentums, der Produktion und des Handels. Die Befreiung von der feudalen und klerikalen Bevormundung, die Vereinigungs- und Vereinsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Religionsfreiheit und andere waren historische Errungenschaften, die es auch heute noch zu verteidigen gilt. Heute aber, rund zweihundert Jahre später hatsich der Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft enorm entwickelt, die materiellen Bedingungen, die der Konstitution der bürgerlichen Verfassungen zu Grunde lagen, sind mit den heutigen nicht mehr vergleichbar. Was an normativen Prinzipien damals revolutionär war, wird nun heute, wenn es nicht erweitert wird anachronistisch. Das, was nun an ökonomischem und technischem Potential in den europäischen Gesellschaften vorhanden ist, spottet den Zuständen, unter denen die meisten Menschen, auch in Mitteleuropa, leben müssen.

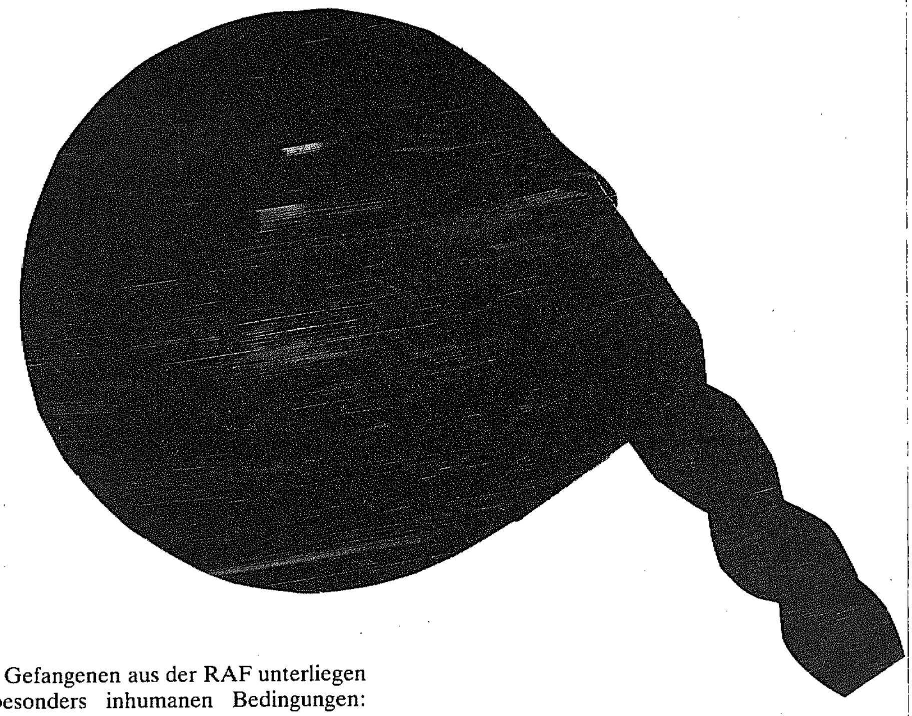


Auch die Grundrechte, die dem Bundesbürger im Grundgesetz zuerkannt werden, sind gegenüber dem, was an Grundrechten materiell möglich ist, völlig rückständig. Heute ist es längst an der Zeit, die Grundrechte wesentlich zu erweitern und die Rechte auf zufriedenstellende materielle Versorgung, auf selbstbestimmte Arbeit und auf physisch und psychische Unversehrtheit jedem zu garantieren.

Diese Rechte jedoch wären nicht über den parlamentarischen Entscheidungsweg realisierbar, denn sie wären wesentlich mehr als modifizierende Reformen des Kapitalismus, und deshalb nur durch die völlige Überwindung dieser Gesellschaftsformation möglich. Eine zufriedenstellende Versorgung eines jeden, unabhängig seiner Leistung würde dem Kapital die Herrschaft über die lebendige Arbeit entreißen, die arbeitende Bevölkerung würde sich sehr wahrscheinlich mittelfristig dem Diktat der Stechuhr entziehen.

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf Freiheit der Person findet sich im 2. Artikel des GG niedergeschrieben, jedoch mit der entscheidenden Einschränkung, daß auf gesetzlicher Grundlage in es eingegrifffen werden darf. D.h. in der Regel soll es als formales Recht gelten, jedoch bloß als ein Recht neben anderen, das dem Individuum jederzeit wieder auf rechtsstaatlicher Grundlage entzogen werden kann. Die Freiheit der Person ist also verletztlich, ebenso seine körperliche Unversehrtheit.

Gegenüber dem Feudalstaat und der faschistischen Diktatur ist die Rechtsförmigkeit der Staatsgewalt selbstverständlich ein Fortschritt, aber keineswegs die absolute Gestalt menschlicher Grundrechte. In der Verfassung der BRD werden einige Rechte somit bereits als Grundrechte antizipiert, jedoch nicht als solche normiert, sondern bloß als relative Rechte festgehalten. Der radikale Humanismus nun hat über diese Stufe der Grundrechte hinaus zu gehen und zunächst jene Rechte, die in der Verfassung als Grundrechte erscheinen, auch als solche zu konstituieren: In die Freiheit der Person und ihrer körperlichen Unversehrtheit darf niemals eingegriffen werden, auch nicht auf Grundlage eines Gesetzes. Der Zustand, in dem Menschen, aus welchen rechtmäßigen Gründen auch immer, in Gefängnissen ihrer Bewegungsfreiheit beraubt sind, ist aus radikal humanistischen Gründen abzulehnen.



Die Gefangenen aus der RAF unterliegen nun besonders inhumanen Bedingungen: Einzel- oder Kleingruppenisolation, Trennscheibe vor Besuchern, akustische und optische Deprivation, gestörte Nachtruhe und andere Schikanen. Allein vom radikal-humanistischen Standpunkt aus ist es also bereits geboten, gerade für alle RAF-Gefangenen zuerst für eine bedingungslose Amnestie einzutreten. Amnestie für die RAF soll aber nicht heißen, daß mit dieser spezifischen Freiheitsforderung der tausendfache »Strafvollzug« all der anderen Gefangenen in den Knästen akzeptiert würde. Der radikale Humanismus soll in diesem Zusammenhang vielmehr so etwas, wie ein grundsätzliche Ächtungder Gefängnisse begründen, ein allgemeines Gesetz, das nun auch in dem besonderen Fall der Amnestiefrage für die RAF seine Berechtigung findet.



Die Grundsätze eines radikalen Humanismus, einschließlich die Ablehnung der Gefängnisstrafe mag als unrealistische Träumerei erscheinen, innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung werden diese auch nicht einlösbar sein, als utopische Inhalte sind sie jedoch unverzichtbar. Gerade in einer Zeit, in welcher die utopischen Inhalte linker Politik zunehmend realpolitischem Opportunismus und autonomem Aktionismus geopfert werden, ist ein Diskurs über inhaltliche Ziele, jenseits der aktuellen Katastrophenabwehr, bestimmt nicht überflüssig. Als einziges Argument wäre der radikale Humanismus jedoch für die Amnestieforderung zu abstrakt, genausogut könnte man aus gleichen Gründen mit einer Amnestieforderung für die Bankräuber beginnen. Die konkrete Forderung nach einer Amnestie für die RAF kann sich jedoch noch auf andere, aktuelle und konkret historische Grundlagen beziehen.

Amnestie als Wiedergutmachung

Eine Amnestie für die RAF wäre in Deutschland keineswegs als ein vergebender Gnadenakt des Staates gegenüber seinen »verirrten Kindern« zu verstehen, so wie es etwa Weizsäcker umzudrehen versucht: Gnade, auch für unsere Terroristen, und waren sie einst noch so schrecklich, damit das Recht »in seiner humanen Vollzugsabsicht erst wirklich verständlich wird«. Ein feierlicher Point-d'honneur zum grauenhaften Alltag des Sicherheitsvollzugs. So verstanden wäre eine mögliche Amnestie als ein gültiges Geschenk der Herrschenden mit devoter Dankbarkeit entgegenzunehmen, nicht aber als eine berechtigte Forderung ihnen abzutrotzen.

Tatsächlich aber hat die Linke, einschließlich der RAF-Gefangenen, allen Grund, vom bundesdeutschen Staat eine Wiedergutmachung der schrecklichen Vergangenheit, die in Stammheim monumental bis in die Gegenwart reicht, zu verlangen: ein Staat, der bei seinem Aufbau weder personell, noch bei seinen ökonomischen Bedingungen mit der NS-Vergangenheit gebrochen hat, der bereits 1956 die KPD verbot, der in den 70er Jahren die Linke mit Berufsverboten diskriminierte und einige gar in eigens für sie eingerichtete Gefängnistrakte physisch und psychisch ruinierte, bis hin zum Tod von Holger Meins, Ulrike Meinhof und den Toten vom Deutschen Herbst. Auch wenn es für all das schreckliche Leiden und für die Toten keine Entschädigung geben kann, eine Abkehr zumindest von jener tödlichen Strategie hätte man schon lange erwarten können. Gäbe es in Deutschland wenigstens einen demokratischen Konsens in der Öffentlichkeit. "Aber was kann man schon erwarten, in einem Land, in dem nur die Brutalität Hochachtung genießt, in dem Mütter sich einst beim Führer dafür bedankten, daß ihr Sohn den Heldentod sterben durfte? Der Deutsche Herbst, in dem die gesamte Öffentlichkeit nicht nur »klammheimliche Freude«, sondern offene Begeisterung über den Tod der Gefangenen äußerte, in dem die deutschen Wüstenfüchse für ihr Blutbad in Somalia als Helden des Vaterlands geehrt wurden, machte unmißverständlich deutlich, daß Deutschland an seiner Tradition festhält.

Hätte wenigstens die Witwe Schleyers bei der Trauerfeier den Bundeskanzler geohrfeigt, so wäre vielleicht endlich der Konsens »was der Staat tut, ist wohlgetan« auch bei uns durchbrochen. Soaber blieb dem Staat jede Rechenschaft über seine Opfer wieder einmal erspart. In seiner Souveränität gestärkt, glauben nun auch die GRÜNEN eine jede Forderung niemals ohne Loyalitätsbekundung erheben zu dürfen.

Eine Amnestie ist nur durch eine breite oppositionelle Bewegung erreichbar. Bisher wurden Amnestien selten aus ethischen Gründen erlassen, in der Regel vielmehr aus den pragmatischen Motiven, eine oppositionelle Bewegung zu befrieden und den Legitimationsverlust des Staates zu kompensieren.



Die Amnestie, die 1970 für Teile der APO gewährt wurde, erfolgte ebenfalls auf dem Hintergrund einer, wenn auch abgeschwächten außerparlamentarischen Opposition. Sieht man also von den möglichen ethischen Motiven ab, so ist die politische Bedingung für eine Amnestie ein real bestehendes und gefährlich erscheinendes Legitimationsdefizit eines Staates – die Amnestie ein funktional sinnvolles Mittel zur Wiederherstellung der notwendigen Massenloyalität. Um eine Amnestie nun für die RAF realisieren zu können, muß somit dieser Zusammenhang im Umkehrschluß angewandt werden: Die Forderung nach einer Amnstie muß mit einem empfindlichen Legitimationsentzug einer starken Opposition gegenüber dem Staat einhergehen, so daß das eingehen auf die Forderung, und sei es über ernsthafte Kompromißangebote, als eine notwendige Reaktion erscheint.

Das Herangehen der GRÜNEN ist aus diesem Grunde nicht bloß falsch, sondern der Sache sogar abträglich. Je mehr die GRÜNEN, als Teil der politischen Opposition an die Seite des bestehenden Staates rücken, desto mehr gewinnt er an Legitimation und Souveränität. Eine Amnestie verliert dabei aus der Sicht der Herrschenden ihre rationalen Gründe.

Amnestie als Aneignung einer Geschichte

Die Aufgabe, die sich stellt, heute für eine Amnestie einzutreten, ist zugleich eine Chance, die 20jährige Geschichte der Neuen Linken für die Gegenwart wieder erfahrbar und fruchtbar zu machen. Die Forderung nach einer Amnestie, von der gesamten Linken getragen, wäre heute ein verantwortungsbewußtes Eingeständnis, daß es damals am Ende der 60er Jahre die gemeinsame Sache war, aus der heraus einige der Genossen in der Zerfallsphase der APO den Weg in den Untergrund wählten – nicht zuletzt auch aus Verzweiflung über den rapiden Verlust der antiautoritären Errungenschaften, der sich bei weiten Teilen der Bewegung deutlich machte. Als der Niedergang der APO in den Jahren 69/70 unverkennbar wurde, geriet die Spannung zwischen Lebenspraxis und revolutionärer Perspektive bei fast allen zum existentiellen Konflikt. Die Entscheidung für die Beamtenlaufbahn oder für den Untergrund, für die Therapie oder die Kaderorganisation wurde im damaligen Endzeitgefühl oft zufällig getroffen. Viele, die sich dann nach den ersten Anschlägen der RAF (Mai 1972) diffamatorisch von ihr distanzierten, konnten sicherlich ihr Glück, nicht selbst bei der Sprengstoffgeschichte dabei gewesen zu sein, häufig bloß ihrem sensibleren Gefahreninstinkt verdanken, weniger ihrer realpolitischen Vernunft.

Wenn die USA von der gesamten APO des Völkermordes bezichtigt wurde und es einige dann tatsächlich so ernst nahmen wie es gemeint war, so hat gerade die, heute scheinbar ihren Kinderschuhen entwachsene, Protestgeneration besonderen Anlaß, die Amnestieforderung auf ihre »realpolitische« Tagesordnung zusetzen – aber nun endlich ohne allzuviel Staatsapologetik.

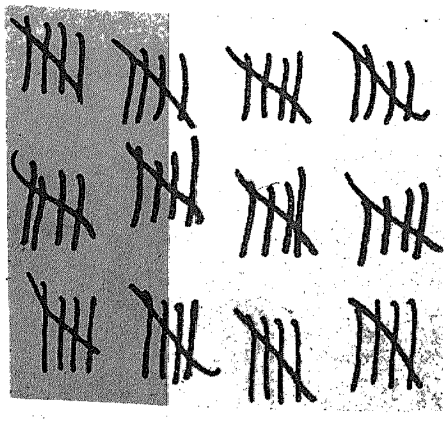
Auf die erste Offensive der RAF folgte zugleich die erste Verhaftungswelle von RAF-Mitgliedern. Die entscheidenden Guerilleros kamen hinter Gitter, die RAF war gescheitert. Was noch folgte, waren die vergeblichen Hungerstreiks, die mit Wasserentzug, Zwangsernährung oder uneingelösten Zusagen gebrochen wurden – die ebenfalls erfolglosen Befreiungsversuche der RAF (Geiselnahme in Stockholm und Schleyer-Entführung).



Daß eine Revolution in den nächsten Jahren zu erwarten sei, glaubten zu Beginn der 70er Jahre noch viele. Während die RAF offenbar davon ausging, daß diese wiederum verschlafen werde, wenn nicht endlich der erste Schuß fällt, so dachten andere, daß zuerst das richtige Parteistatut konzipiert werden müsse. Auf einen radikalen Umsturz schließlich wollten die meisten nicht verzichten.

Der Protest auf der Straße gegen den Vietnamkrieg ging, wenn auch vermindert, in den 70ern weiter; hinzu kam der Häuserkampf und die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen für die städtischen Verkehrsmittel. Seit 1973 formierten sich die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung, zunächst weitgehend unabhängig von der APO-Linken.

Erst seit der großen Brokdorf-Demo 1976 begann die Liason der radikalen Linken mit der Öko-Bewegung. Der destruktive Charakter der Produktivkräfte kam nun vielen erstmals ins Bewußtsein, der Fortschrittsoptimismus und das Vertrauen auf die Revolution wurden entscheidend gedämpft. Schließlich zeigte auch die Betriebsarbeit nicht die gewünschten Erfolge, für die man sich über Jahre hinweg der Fabrikdisziplin unterwarf. Auch die Proteste auf der Straße schienen in jener Zeit verstärkt Resignation nach sich zu ziehen. In dieser Situation trat nun das Konzept der Selbstbefreiung zunehmend in den Vordergrund. Der erst dann so richtig entdeckte Markt für alternative Produkte und Dienstleistungen expandierte sehr rasch. In Frankfurt wurden 1976 die Batschkapp, der Pflasterstransd, die Arbeiterselbsthilfe



(ASH) gegründet. In dem Redebeitrag der ASH am nationalen Selbsthilfekongress 1977 in Frankfurt wurden die resignativen Erfahrungen, die im Hintergrunmd ihrer Projektgründung standen deutlich ausgesprochen: »Einfach weglaufen ist nicht (. . .) Also rein in den Betrieb und agitiert, was das Zeug hält. Was wir dabei übersehen oder unterschätzt haben, ist die Tatsache, daß sich die lieben Kollegen nicht so ohne weiteres agitieren lassen wollten (. . .) Wir wollten den Zirkus doch nicht mehr mitmachen! Und stattdessen tun wir genau das Vorgeschriebene, stehen treubrav um 6.00 Uhr auf, dackeln in den Betrieb, tun unsere Arbeit, die möglicherweise noch gewissenhafter als irgendeiner der Kollegen. Weil wir ja auf keinen Fall rausfliegen wollten, weil wir ja ein politisches Ziel haben (. . .) Wir wollten uns befreien und haben uns dazu erst mal total vergewaltigt. (. . .) Andere Bereiche wurden wichtiger. In Frankfurt gings gerade im Kampf um die besetzten Häuser bös ab . . . die Forderung nach alternativem Wohnen: nicht isoliert in der Kleinfamlien-Dreizimmer-Einzelzelle, sondern in Großwohnungen mit anderen zusammen (. . .) Sobald der Druck von außen mit Geldverdienen wieder da ist, brechen die Wohngemeinschaften auseinander bzw. werden zu reinen Gemeinschaften zur Reduzierung der Lebenshaltungskosten. Und seither ist Ebbe bei den Linken. Aus der großen Rat- und Perspektivlosigkeit sind wir noch nicht raus . . .«

1977 war dann auch das Jahr des deutschen Herbsts, in dem diese Krise der Linken, die sich schon seit 1976 abzeichnete, nun mit staatlicher Repression als Zäsur endgültig vollzogen wurde. Der deutsche Herbst, der bereits mit der Fahndung nach jener »klammheimlichen Freude«, nicht nur jenes Göttinger Mescaleros begann, versetzte die Linke in Angst und Schrecken. Während der Schleyer-Entführung kam die Kunst der Distanzierung dann richtig in Mode. Am 17.9. bemühten sich sogar 177 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter über eine selbstfinanzierte Anzeige in der FR ihre Überzeugung von der Gewaltfreiheit allen zu bekunden. Im Frankfurter Spontiplenum schrumpfte von einer Woche zur anderen die Teilnehmerzahl von ca. 500 auf ca. 50 zusammen. Das tyrannische Gebärden des Staates traf die gesamte Linke und konsolidierte ihre Resignation. Besonders jene, die sich bis zum bitteren Ende nicht von der RAF distanzieren wollten, traf die Niederlage besonders nachhaltig (*»Wir können uns aber nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten.« Joschka Fischer, Juni 1976*).

Gerade die Genossen aus der Sponti-Metropole suchten dann später ihre revolutionären Jugendwünsche mit grüner Realpolitik zu sublimieren.

Zur hessischen Landtagswahl im Oktober 1978 formierte sich die GLH. Für die Frankfurter Spontis eröffnete nun die Ökobewegung einen ersehnten Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit. *»Seien wir doch ehrlich: wer von uns interessiert sich denn für Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?« (Joschka Fischer: Letzte Worte zur Wahl, Pflasterstrand 1978).*

Das Parteiexperiment schien immerhin eine vage Hoffnung zu bieten, die Relikte einstiger Utopie zumindest im Parlament noch bewahren zu können. *»Außerparlamentarische Alternativen gibt's keine, also warum nicht? Eben. Warum nicht, wo doch eigentlich nichts schief gehen kann. Gewinnt die Grüne Liste, wird man weitersehen, und verliert sie, so hat es wenigstens nichts geschadet. (. . .) Zur realpolitischen Möglichkeit kam bei uns noch ein EXISTENTIELLES Bedürfnis hinzu. Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-tun wird immer unerträglicher.« (Joschka Fischer, ebenda).*

War also das Parlament gegen Ende der 70er Jahre noch Experiment und Fluchtweg aus einer aktuellen Niederlage, so wird es nun spätestens seit Mitte der 80er Jahre von jener Genration verabsolutiert. Die zu Beginn noch beschworene Einheit von Parlamentsarbeit und sozialer Bewegung ist längst zerbrochen, übrig geblieben ist die Suche nach »anderen Mehrheiten« und »realistischen« Kompromißformeln für eine nicht existierende Koalition.



Mit Grund drängt es nun die *Realpolitiker* grüner Weltanschauung dazu, unter die Geschichte des Aufbruchs einen Schlußstrich zu ziehen. (*»Wir haben sie so geliebt, die Revolution«*) Ihre Bewältigung der Vergangenheit wird so zum Instrument eines geschichtsklitternden Pragmatismus, in dem die einstigen Niederlagen und Irrtümer einer Bewegung nun zur avantgardistischen Klugheit funktional uminterpretiert werden. Wenn auch die politischen Erfolge der GRÜNEN den »Realismus« einer gewissen Politik gebührend in Zweifel zu ziehen vermögen, so versteht man es zumindest, über das sukzessive Abschwören von einstigen Forderungen (z.B. NATO-Austritt und AKW-Stillegen), immer wieder Errungeschaften von »gebrochenen Tabus« vermelden zu können. Der Deutsche Herbst, ein Geburtshelfer der GRÜNEN, könnte so fast als eine besondere List der Vernunft erscheinen, mit welcher man sich, da nun eine Gestalt des Lebens alt geworden ist, schließlich versöhnen muß. »Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig.« (Hegel)

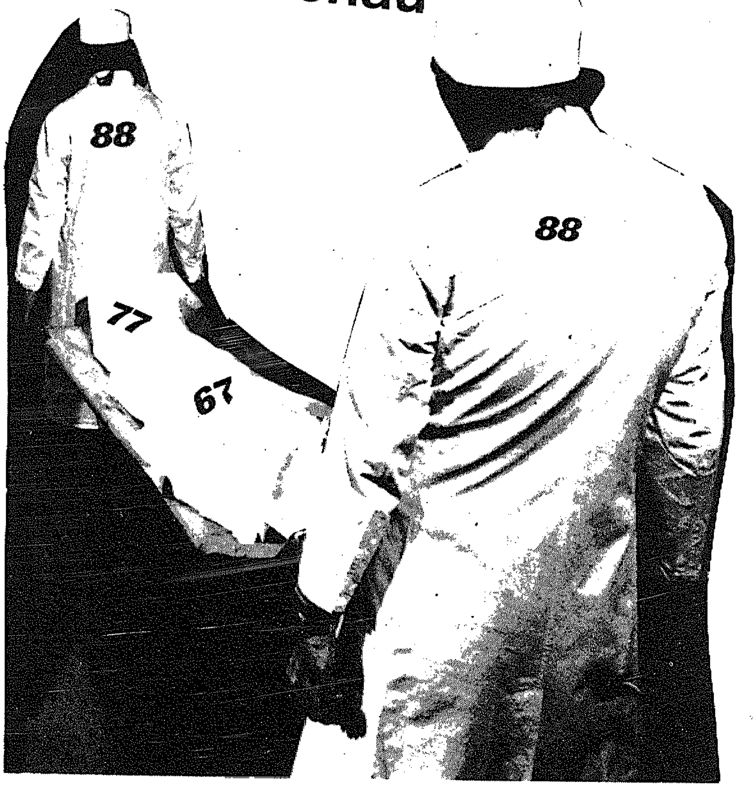
Die Forderung nach Amnestie, sofern sie nicht aus vermeintlicher Verantwortung für das falsche Allgemeine, aus übergeordnetem Wunsch nach einer allgemeinen Deeskalation geboren wurde, könnte auch aus der Notwendigkeit, das Trauma des deutschen Herbsts aufarbeiten zu müssen, motiviert sein. Würde die Amnestieforderung als Opposition verstanden, so könnte die erfahrene Ohnmacht aus ihrer Verdrängung gelöst und als bewußter Konflikt vielleicht bewältigt werden.

Eine Amnestie für die RAF wäre eine Amnestie für die verlorene Utopie, die sich heute einzig am Mythos vom bewaffneten Kampf wiederfindet. Je mehr die Linke sich dem Realitätsprinzip verpflichtete, verflüchtigten sich die utopischen Gehalte der Revolte in jene unergründlichen Winkel der Illegalität, die sich der Rationalität entwinden. So lange die Verdinglichung des Bewußtseins noch nicht total ist, wird das subjektive Bedürfnis nach einem ganz anderen Leben in irgendeiner Form präsent bleiben. Die einzige rationale Ausdrucksform dieses Bedürfnisses kann nur der Versuch zur kollektiven Umgestaltung der gesellschaftlichen Totalität sein.

Realpolitik wird auch dabei nicht verzichtbar sein. Sofern aber Realpolitik sich verabsolutiert und das Utopische verdrängt, wird eine Opposition der Schalheit des Bestehenden anheimfallen; das utopische Bedürfnis wird dann zur Mythenbildung drängen. Eine Amnestieforderung als Opposition würde den Reflex auf die utopischen Inhalte, die von der antiautoritären Bewegung in die Gründung der RAF eingingen, implizieren und diese in der Realität der Gegenwart bewahren. Eine Aneignung der Geschichte kann aber nicht als Versuch ihrer Wiederholung verstanden werden. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die die APO ermöglichten, haben sich längst gewandelt. Die Krise der Linken hatte auch objektive Ursachen, ihre Wege in die »Selbstbefreiung« und ins Parlament waren sicherlich keine unberechtigten Experimente. Heute wird aber deutlich, daß diese Experimente weitgehend mißlungen sind. Neue Experimente wären nun an der Zeit, in denen die utopischen Gehalte, die sich in der Geschichte der Neuen Linken finden, aufgehoben wären (im Hegel'schen Sinne von negieren und auf höherer Stufe bewahren).

»Deutscher Herbst« – Nabelschau oder Analyse?

von Martin Hoffmann



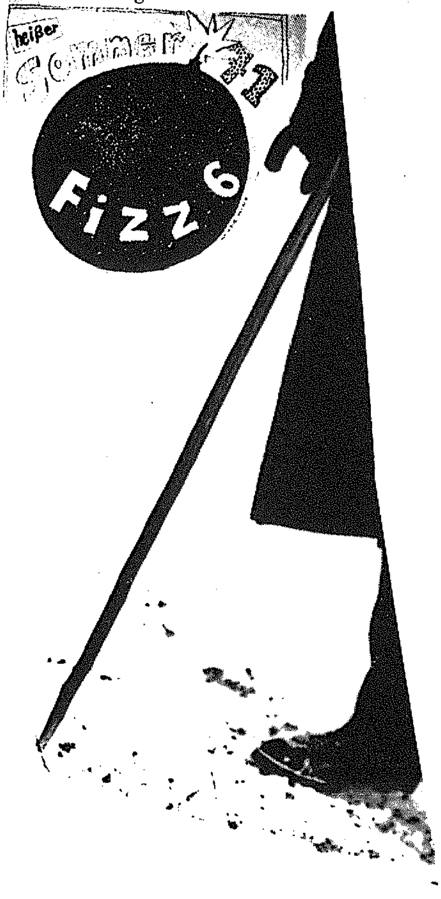
Über RAF, Widerstand und Perspektiven wurde letzten Herbst in vielen Städten gestritten. Gerade innerhalb der sensibilisierten Linken hätte diese Diskussion die Chance beinhaltet, sich im größeren Rahmen mit einem Teil der eigenen Geschichte zu beschäftigen und daraus Ansätze für neue Perspektiven zu entwicklen. Meines Wissens sind jedoch viele dieser Veranstaltungen in der allgemeinen Sprachlosigkeit bzw. dem allgemeinen Chaos untergegangen. Die Kluft zwischen den rechthaberischen Altlinken, die ihr eigenes Trauma aufarbeiten wollen, und den jetzt politisch aktiven Anarchos und Autonomen, deren Theorieinteresse oftmals sehr mager ist, scheint unüberbrückbar zu sein. Die Antiimps haben sich aus dem Herbst '77 Revival weitgehend rausgehalten. Ihre Hauptmobilisierung lief in Richtung Demo zum Stammheim-Jahrestag.

Die politische Realität des Herbsts '87 holte dann auch die vor sich hindösende Diskussion schlagartig wieder ein: Beschlagnahme des neuen Malik Buches das info; Startbahnschüsse, Hafenstraße, Durchsuchungen, Festnahmen, § 129a-Verfahren en masse usw. wurden zwangsläufig wieder Thema Nr.1.

Die immer noch notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit der Entwicklung in den letzten 20 Jahren sollte jedoch nicht von marktorientierten Jubiläen oder linken Feiertagen bestimmt sein.

Im 2. Halbjahr '87 sind ca. 20 Bücher zum Thema ›Studentenrevolte, Stadtguerilla, Herbst '77, Repression . . .‹ erschienen. Ein paar Veröffentlichungen bieten Ansätze zur weiteren Diskussion, manche sind überflüssig und einige ganz einfach ärgerlich.

Im folgenden werden **12 der Herbstneuerscheinungen** etwas näher betrachtet.



Von der ›Revolte‹ zur ›Revolution‹?

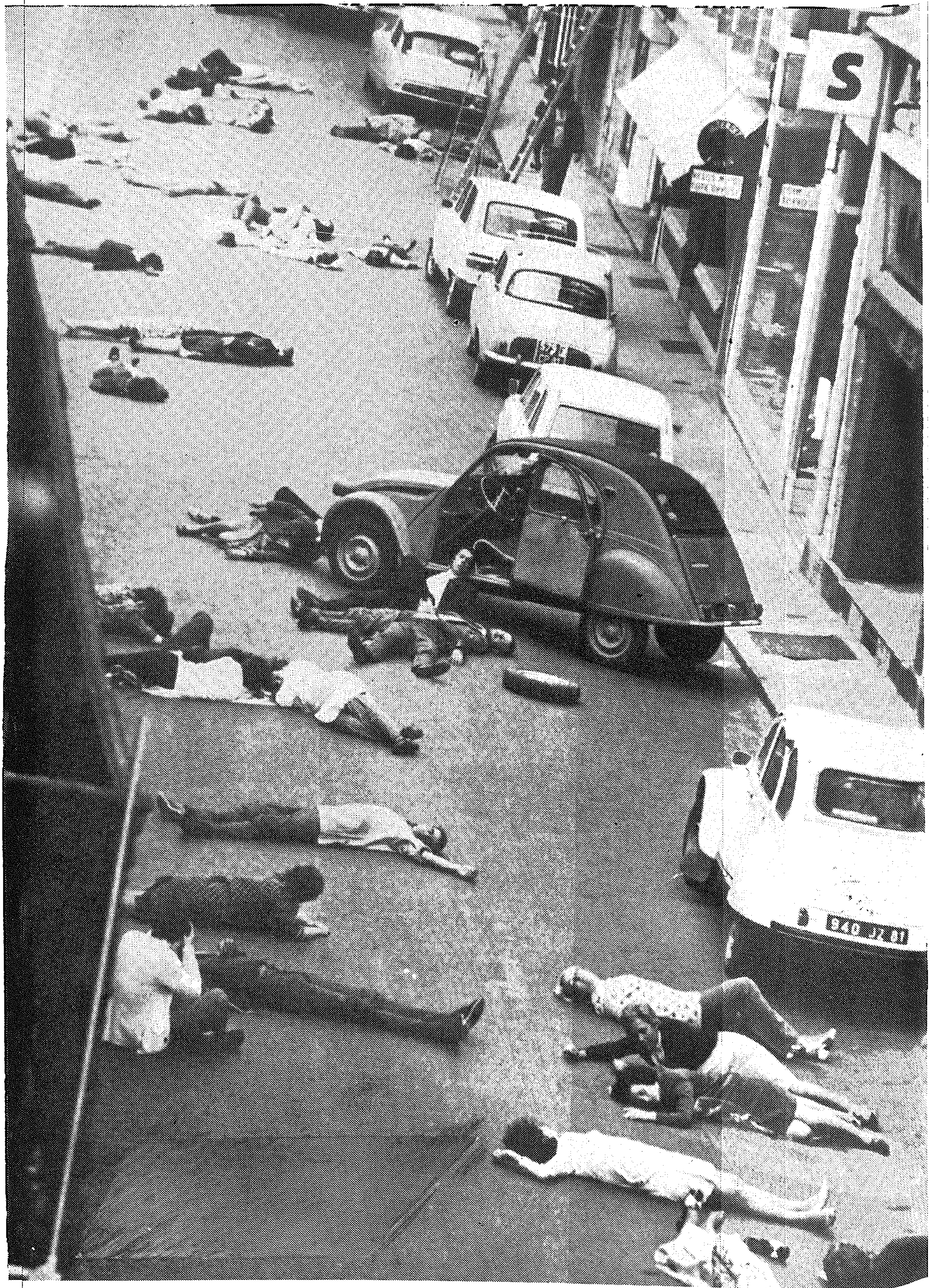
Wer sich intensiver mit der Entwicklung des bewaffneten Kampfes in der BRD beschäftigen will, kommt nicht umhin sich die Geschichte der Linken seit Kriegsende anzueignen. Die antiautoritäre Revolte '67/'68 ist darin wohl die wichtigste Phase. Viele Veröffentlichungen aus dieser Zeit sind mittlerweile vergriffen und nur noch über Bibliotheken oder in Antiquariaten zu bekommen. Notwendig und längst überfällig war deshalb der Reprint von **Internationaler Vietnam Kongreß 1968**, den der Verlag *Libertäre Assoziation* nun herausgegeben hat. Der Vietnam Kongreß am 17./18. Februar ist für viele damals ein einschneidender Punkt ihres politischen Denkens geworden. Er markiert den Höhepunkt des Protests gegen den Vietnamkrieg und der Internationalismusdebatte innerhalb der antiautoritären Bewegung. Die Dokumentation enthält Reden und Erklärungen u.a. von *Feltrinelli, Nirumand, Weiss, Fried, Anders, Dutschke, Habel, Krahl.* Die Themen waren *Die veitnamesische Revolution und die Revolution in der 3. Welt* und *Der antiimperialistische und antikapitalistische Kampf in den kapitalistischen Ländern.* In einem ausführlichen Nachwort wird versucht, eine Verbindung des Vietnam Kongreß '68 zu den weltweiten Kämpfen von '87/'88 und Ansatzpunkte für den Widerstand in den Metropolen (1988/IWF) aufzuzeigen. Ob diese antiimperialistische Analyse der letzten 20 Jahre für die heutigen Kämpfe jedoch neue Perspektiven aufzeigt, wird wohl je nach politischem Standort unterschiedlich bewertet werden. Doch das ist eigentlich nicht so wichtig. Die Beschäftigung mit dem Vietnam Kongreß '68 und seinen Strategiedebatten lohnt sich immernoch, zumal die gegenwärtigen Diskussionen oft von einer gewissen Schwerfälligkeit getragen sind.

Ein anderes Dokument aus jener Zeit ist der im Karin Kramer Verlag erschienene vollständige Reprint der ersten antiautoritären Zeitung **linkeck**. *linkeck* wurde gemacht von der gleichnamigen Kommune, d.h. Artikel schriben, layouten, drucken – alles in der WG Küche. Am 29.2.1968 erschien die Nr.1 – und wurde beschlagnahmt, ebenso fast alle folgenden Nummern. Die Gründe waren: Beleidigung, Aufruf zur Gewalt, Pornographie.

linkeck stand jedoch nicht nur im permanenten Zwist mit den staatlichen Behörden, sondern griff verbal auch immer wieder Strategien, Aktionen und Umgangsformen der SDS-Größen an. Die scheinbaren politischen Differenzen gipfelten dann z.B. in Druckplatten-Diebstählen der Genossen. Das Themenspektrum war bunt wie der erstmals eingeführte Irisdruck: Springer, SDS, K 1, befreite Sexualität, NS-Gesetze, Gewalt, Klauen, Polizei, Black Panther, Bakunin, Reich . . .

linkeck ist nicht *das* Dokument der Studentenrevolte, es zeigt jedoch ihren anarchistischen Teil. Aus der ersten radikalen Zeitung der militanten Gegenöffentlichkeit entstand dann auch **agit 883, Radikal**, der Blues setzte sich in Bewegung. Der Preis von 49,80 DM erscheint vielleicht manchen als etwas überhöht. Doch immerhin werden die Originalausgaben (einer Nummer) schon mit 15.- bis 20.-DM gehandelt, zudem hat dieser Reprint ein wirklich Lesenswertes 16-seitiges Vorwort eines der letzten immer noch umherschweifenden Haschrebellen.




S
940 JZ 81

Diskussion: Guerilla in der BRD

Die RAF als Hauptthema haben 6 im Herbst '87 erschienene Titel. Am meisten Furore hat wohl der von P. Bakker Schut herausgegebene Dokumentenband **das info – briefe von gefangenen aus der raf – aus der diskussion 1973–1977** gemacht. Das im Neuen Malik Verlag veröffentlichte Buch wurde, nachdem es einige Zeit unbehelligt verkauft werden konnte, Ende September in einer beispiellosen Staatsschutzaktion bundesweit beschlagnahmt. Eine breite öffentliche Kampagne gegen diese Zensurmaßnahme brachte dem Titel eine Publizität, die das *info* ansonsten nie bekommen hätte. Mittlerweile ist es wieder in jeder Buchhandlung erhältlich und die erste Auflage von 7000 Exemplaren vergriffen (siehe ausführlichen Bericht und Rezension in *SF-26, 4/87*). Sicher, schaden kann es nicht, daß so viele Leute sich wieder für authentische Schriften der RAF interessieren, auch wenn die tatsächlichen Motivationen zum Kauf dieses Buches höchst unterschiedlich gewesen sein werden. Der wichtigste Punkt in der ganzen Debatte um das *info* erscheint mir jedoch, daß ein auch in bürgerlichen Kreisen renommierter Verlag, solche Texte offensiv in die Öffentlichkeit bringt. Gerade weil der § 129a und seine willkürliche Anwendung als permanente Bedrohung über fast allen Diskussionen steht, ist es notwendig Wege zu finden, die oftmals halbkonspirative Ebene der Auseinandersetzung zu überwinden und die Diskussion öffentlich zu führen.

Die Veröffentlichung **Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) – Rote Armee Fraktion (RAF)** geht genau in diese Richtung. Der von der GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte herausgegebene Band mit Originalschriften der RAF und Texten der Staatsorgane bzw. ihrer Repräsentanten zeigt die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen RAF und BRD. DerSchwerpunkt der Dokumentation liegt auf den Jahren 1970–1977 – von der Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders »Die Rote Armee aufbauen« bis zum GSG 9 Einsatz in Mogadischu und dem Tod der Stammheimer Gefangenen. Gerade die unkommentierte Zusammen- und Gegenüberstellung der Texte macht diesen Band interessant. Daß er wichtige Beiträge von der Bewegung 2. Juni und den revolutionären Zellen zum Thema Stadtguerilla nicht enthält, ist zwar bedauerlich mindert aber keineswegs den Gebrauchswert. (Die Redaktion begründet die Eingrenzung im Vorwort). Sehr nützlich ist auch der ausführliche Anhang mit Literaturhinweisen.

Der Verlag Neue Kritik, einer von den letzten noch übriggebliebenen Sprachrohren der Neuen Linken, meldete sich auch wieder zu einem aktuell politischen Thema zu Wort. 10 Jahre nach dem Band »Ein deutscher Herbst« kam nun **Der blinde Fleck – Die Linke, die RAF und der Staat**. Schon in der Vorbemerkung wird die Zielsetzung des Buches klar: »Der vorliegende Band entstand aus dem Diskussionszusammenhang einer Gruppe, die sich Anfang 1986 mehrmals im Verlag getroffen hatte, um Bedingungen und Möglichkeiten einer Amnestie für politische Gefangene zu erörtern« . . . dies müsse jedoch verknüpft sein, »mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte«.

Es muß ja nicht unbedingt schlecht sein, wenn sich Altlinke mit ihrer eigenen Geschichte beschäftigen und Gedanken um politische Gefangene machen. Seltsam wird es nur, wenn diese Leute kaum noch Kontakt zu jetzt einsitzenden Gefangenen haben. Im September '87 sind die Macher des Buches dann auf die Idee gekommen, daß man auch die Gefangenen nach ihrer Meinung fragen müßte, bzw. daß sie auf 2-3 Seiten Schikanen aufzeigen sollten, unter denen politische Gefangene am meisten leiden (vgl. S. 253). Eigene Vergangenheitsbewältigung »Verdrängung des traumatisch erlebten Herbstes '77 begreifbar machen« (Vorbemerkung) auf Kosten der sich nicht wehren könnenden politischen Gefangenen?

Die Beiträge der AutorInnen (*K. Hartung, G. Schneider, A. Proll, C. Ensslin, U. Knapp, J. Bopp u.a.)* sind unterschiedlich – wenig Analyse, viel Selbstbestätigung. Am peinlichsten wohl die pastorale *Antje Vollmer* »Das hört nie auf. Nie mehr«, am brauchbarsten noch der von *Karl-Heinz Roth* »Zehn Jahre später« (der allerdings etwas deplaziert erscheint). Die Beiträge zur Amnestie-Debatte stammen von '79 und '84 – nichts Neues; ein paar »Interventionen« an die RAF – ebenfalls schon mal veröffentlicht; ein 8-seitger »Blick nach Italien« – zur dortigen Amnestiediskussion und dann ist auch fast schon Schluß. Ein bißchen Farbe bekommt dieser Band noch durch die 30-seitige Chronologie 1967–1986 über die Ereignisse und Entwicklungen der Auseinandersetzungen der Gruppen des bewaffneten Kampfes mit dem bundesrepublikanischen Staat.

Und daß der damalige Regierungssprecher Schmidts *Klaus Bölling* den *Blinden Fleck* in einer Spiegel Rezension voll des Lobes anpreist, spricht eigentlich für sich selbst.

Nix gerafft – 10 Jahre deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken ist der Titel des Buches von *Oliver Tolmein* und *Detlef zum Winkel*. Sie analysieren die Medienberichterstattung (von BILD bis ID) vor 10 Jahren und zeichnen somit ein Bild der politischen Athmosphäre des Jahres 1977, die geprägt ist von der Hetze in der bürgerlichen Presse und Ratlosigkeit bis sofortiger Distanzierung (*Langer Marsch, Links)* der Linken. Durch die Untersuchung wird deutlich, daß das sogenannte »Trauma DeutscherHerbst« vieler Altlinken ein Ergebnis von außen bestimmten Drucks ist; heute werden dann die schnellen damaligen Distanzierungen mit der richtigen politischen Analyse begründet. Die Autoren setzen sich kritisch mit den Positionen der RAF auseinander und zeigen, daß eine ernsthafte Diskussion über die Theorien der RAF bei großen Teilen der Linken bis heute nicht geführt worden ist. Infragegestellt werden jedoch nicht nur die realogrün wählenden Altspontis und ehemalige K-Grüppler, sondern auch die gegenwärtigen Autonomen und Antiimps. Am Beispiel einer Bakker Schut Veranstaltung zu Stammheim beschreiben sie die Unfähigkeit des Dialogs miteinander – halt so wie es jede(r) kennt. Die sich heute linksradikal oder revolutionär bezeichnende fundamentaloppositionelle Linke meint immer noch (genauso wie vor 10/15 Jahren) die Wahrheit mit Löffeln gefressen zu haben. Diskussionen werden zwar von allen Gruppen gefordert, wirklich geführt werden sie jedoch nur ganz selten.

Natürlich birgt auch dieses Buch einige Widersprüche in sich und hat keine Patentrezepte für eine radikal gesellschaftsverändernde Perspektive parat. Diskussionswürdig sind die dort aufgeführten Positionen jedoch allemal, – abgesehen von der etwas wenig hergebenden Berichterstattung über Malville [bei der die Autoren der Versuchung erlagen, eigene Erfahrung in den Vordergrund zu spielen; Anm. der SF-Red.]

Neben den beiden Dokumentenbänden **das info** und **RAF-BRD** ist **Nix gerafft** von Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel wohl das brauchbarste Buch zum Thema »RAF und Linke«.

Schon bei der Verlagsankündigung von Rotbuch im Sommer '87 schüttelten einige BuchhändlerInnen die Köpfe. Um was geht es da eigentlich, bei den **Einschüssen – 10 Jahre danach**, war die Frage. Allgemeine Phrasen ließen die Einschätzung von »Dabeisein ist alles« aufkommen. Im Dezember, also mit reichlicher Verspätung, erschien das Buch nun mit dem Untertitel **Besichtigung eines Frontverlaufs – Zehn Jahre nach dem deutschen Herbst**. Da einige Beiträge wirklich nicht schlecht sind, ist der Gesamteindruck des Buches nun doch nicht ganz so negativ, obwohl weiterhin offen bleibt, was die Herausgeber M. Sontheimer und O. Kallscheuer mit dieser Sammlung im Sinn haben. Da schreiben o.g. einen Kriegsbericht über das Verhältnis RAF zum Staat; Gunter Hofmann beschreibt das momentane Feeling in der Bundeshauptstadt; Gerald Klöpper berichtet von seinen Erfahrungen aus der Bewegung 2. Juni; Klaus Eschen analysiert die RAF-Prozesse im politischen Ausnahmezustand; die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin läßt sich über die Kontaktsperre im Parlament aus; Hartwig Hansen chronologisiert den Knastkampf; Johannes Eisenberg argumentiert für eine Entspannungspolitik zwischen Staat und RAF und zu guter letzt plaudert Dany Cohn-Bendit mit dem ehemaligen SPD Justizminister Hans Jochen Vogel.
Noch Fragen?



Unterschlagen werden soll auch nicht das Buch **Ihr habt unseren Bruder ermordet – Die Antwort der Brüder des Gerold von Braunmühl an die RAF. Eine Dokumentation**. Zur rechten Zeit (Sept. '87) in die richtige Diskussion (RAF/Amnestie) wirft Rowohlt in der aktuell-Reihe ein Bändchen auf den Markt. Zusammengestückelt aus RAF-Erklärungen, Brief der Braunmühl-Brüder, taz-Leserbriefen und dem zensierten Lupus Positionspapier zur Neubestimmung autonomer Politik aus dem *SF-23* (vgl. *SF-26 und diese Nummer)* wird es seine paar tausend LeserInnen gefunden haben und spätestens nächstes Jahr auf den Ramschtischen liegen. Trotz Verständnis für diepersönliche Motivation der Braunmühls in die Öffentlichkeit zu gehen, hinter einer solchen »Behandlung« des Themas steht eine klare Strategie: Abschwören, Schein-Amnestie, Entsolidarisierung . . . So notwendig die Diskussion über Positionen und Aktionen der RAF sind, ein solch kümmerlicher theoriearmer Großverlagsschnellschuß wird sie bestimmt nicht in Gang setzen.

Die verrückteste Lesung in der Geschichte Regensburgs

Der Ex-Terrorist Michael „Bommi" Baumann stellte sich im „Einhorn" vor / Die tragikomische Show eines Anarcho-Clowns



„Ich bin Anarchist und geh von unten nach oben!" Michael „Bommi" Baumann im Regensburger „Einhorn". *Foto: Holzberger*

Das war mit einiger Sicherheit die verrückteste „Lesung" in der Regensburger Stadtgeschichte. Aber wer von Michael „Bommi" Baumann, dem antirationalen Bauchmenschen, dem Kommunarden der Berliner „Kommune I", dem Mitbegründer der gewalttätigen Sponti-Anarcho-Gruppe „Bewegung 2. Juni" eine biedere Kulturveranstaltung oder eine richtungsweisende Polit-Debatte erwartet hatte, der war ganz einfach schlecht informiert. Für die Buchhandlung in der Wollwirkergasse war das von Anfang an eine riskante Sache.

Als der Autor der Bücher „Wie alles anfing" und „Hi Ho – Wer nicht weggeht, kommt nicht wieder" mit zirka 45minütiger Verspätung im „Einhorn" einlief, galt seine erste Order nicht etwa der revolutionären, sondern der alkoholischen Logistik: „Ein Bier und einen Wodka". Das ebenso defensiv wie souverän vorgebrachte Geständnis, er sei im Augenblick „halb besoffen", muß als ausgesprochenes Understatement gelten. Jeder hatte natürlich die Wahl zu gehen oder sich auf die Sache einzulassen.

Nun – ein Publikum, das wegen „Bommi" kommt, ist in der Regel nicht so pingelig. Es ließ sich sogar gefallen, daß der sichtlich entspannte Gast von einer Lesung kategorisch abriet: „Ick bin doch keen Popstar. Wenn ihr euch für det Buch interessiert, det könnta in jeder Buchhandlung klauen". Ein paar Querulanten pochten trotzdem auf die Erfüllung des Plakatversprechens und so schickte „Bommi", der ohnehin lieber Micky Maus liest, sich an, das bürgerliche Ritual „Autorenlesung" in wenigen Minuten zu pulverisieren, indem er mit dem Pionierzeigefinger eines Analphabeten ein paar Satzfolgen ins Mikrofon buchstabierte: „Was'n das hier? Ick bin ja selber erstaunt!" Wer jetzt noch nicht ging, der war wohl auch zum folgenden bereit.

In einem allgemeinen Sprach-und-Denk-Chaos ohnegleichen, in einem Verbalgestrüpp aus Mißverständnissen, Aggressionen, geistigen Kreisbewegungen und politischer Ratlosigkeit trug „Bommi" mit persönlicher Verve, mit verhangenen Augenwinkeln und gar nicht mal ohne subjektive Glaubwürdigkeit sein „politisches" Programm vor. Und das heißt: „Wie wir die Scheiße hier überwinden können". Aus humanitären Gründen ist der Berliner gegen jedes Gefängnis. Er fordert die Generalamnestie für alle inhaftierten Terroristen – nicht nur für die braven Marke Wackernagel. „Knast macht doch nicht besser!" Schön und gut! Und was kommt dann? „Die gehen nicht in die Kirche beten! Die machen weiter wie zuvor!" Welchen Grund, so fragte jemand, sollte dann der Staat haben, sie freizulassen? Aber solche Quertreibereien sind ja wohl nur „die alte Bild-Zeitungs-Scheiße".

In seinen Analogien und Argumenten verriet „Bommi" Baumann – es wäre falsch, das zu beschönigen – ungefähr soviel politischen Verstand wie ein Molotow-Cocktail. Außer einem keineswegs unverständlichen anarchistischen Grundgefühl ist da nichts zu entdecken: „Wenn du für den Staat bist, meinetwegen. Ich bin dagegen." Als er irgendwann von der faschistischen „Blutschuld" aller Deutschen anfing, konnte sich eine Zuhörerin nicht mehr halten: „Du laberst doch Scheiße, Mann!" Als er vergeblich den Vorschlag machte, mit einer Spontandemonstration auf die inhumane Haft der einsitzenden RAF-Leute hinzuweisen („Es sind doch genug Leute hier!"), kam der humoristische Zwischenruf: „Die sind alle noch zu nüchtern!"

Sicher, da waren auch Ansätze von tieferer Wahrheit: „Wir haben nichts erreicht. Nur Niederlagen. Aber vor 20 Jahren wären hier nie soviele Leute zusammengekommen. Mann, ihr wißt ja gar nicht, wie gut ihr seid. Ihr habt doch mehr Enertschie als die (gemeint sind die vom Staat)." Aber solche Aufmunterungen münden bei „Bommi" halt arg schnell in einen pathetischen Gesinnungs-Symbolismus, der mit Politik nichts mehr zu tun hat: „Gewinnste, verlierste – scheißegal! Aber du bist wenigstens anders gewesen als diese Ärsche."

Man fragte sich den ganzen Abend lang: Ist das alles jetzt peinlich kaputt oder erfrischend chaotisch? Das Rätsel muß wohl ungelöst bleiben. Am ehesten war es noch eine Tragikömodie. Aber mindestens eines ist „Bommi" Baumann gelungen. Er fiel in die Regensburger Szene wie ein alkoholgetränkter Katalysator. Er provozierte jenes Volk, das gekommen war, von einem alten Crack Anleitungen für den Kampf gegen den Staat einzuholen, zum schonungslosen Aufdecken der eigenen Karten. Und die heißen: Ratlosigkeit, Zerstrittenheit, Sprunghaftigkeit und Verwirrung. Als Stein des Anstoßes waren die Anarcho-Clowns schon immer gut.

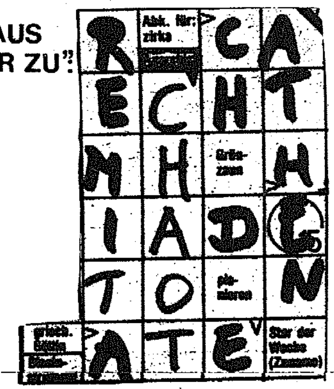
Man darf gar nicht daran denken: Dieser harmlose, schlichte, nette Chaot war nur wegen „Terminproblemen" nicht dabei, als Baader und Ensslin am 22. April 1968 nach Frankfurt fuhren, um ein Kaufhaus anzuzünden! *Manfred Stuber*

hautnah

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir unregelmäßig Artikel aus der bürgerlichen Presse zum Anarchismus; darunter können besonders auffällig denunziatorische sein, wie es sie gegen die »militanten Autonomen und militanten Anarchisten« zuletzt haufenweise gab; darunter sollen aber durchaus auch solche sein, die »uns« auf eine satirische Art beikommen wollen. Zu letzteren zählt der folgende Artikel von **Manfred Stuber** *aus der* **Mittelbayrischen Zeitung vom 2.11.1987**. *(Wir freuen uns über alle Artikel, die uns für diese Rubrik zugesandt werden; wenn's zuviele werden, veröffentlichen wir irgendwann eine »Presseschau«).*

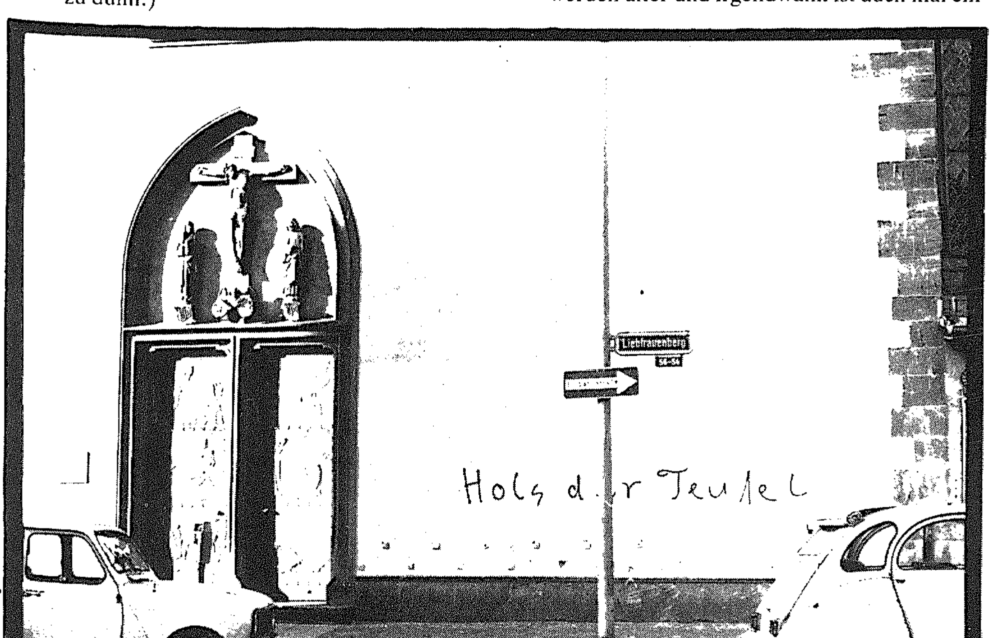


AUS "HÖR ZU":



Nicht über den Buchhandel zu beziehen ist die im letzten Jahr erschienene Dokumentensammlung der Revolutionären Zellen. Unter dem Titel **Der Weg zum Erfolg** sind dort auf 450 Seiten die 9 Ausgaben des *Revolutionären Zorns* (Mai '75 bis Oktober '86) nachgedruckt. Die, aus welchen Gründen auch immer, vernachläßigte Publizierung der *Rote Zora Texte* entfachte in der Taz eine Welle der Entrüstung. Daraufhin wurde eine Zusatzbroschüre mit Texten der Roten Zora (jedoch auch nicht vollständig) herausgebracht.

Obwohl diese Dokumentation auf dunklen Wegen, jenseits einer breiten und manchmal interessierten Öffentlichkeit an die LeserInnen gebracht wurde; dem Staatsschutz fiel sie natürlich auf. Im November '87 durchsuchten BKA-Beamte die Berliner Buchhandlung *AurorA* und die Setzerei *Gegensatz*. Aus der Buchhandlung schleppten sie einige Kisten mit Geschäftsunterlagen raus, nahmen den Inhaber für 8 Stunden fest und interessierten sich besonders für sein Adreßbuch. Bei *Gegensatz* beschlagnahmten sie Computerdisketten, die erst nach 4 Wochen wieder herausgegeben wurden, natürlich war innerhalb der 4 Wochen an ein vernünftiges Arbeiten bei Gegensatz nicht zu denken. Wie immer ging es ihnen darum, Strukturen innerhalb der Szene zu finden, ohne konkrete Beweise (Herstellung, Vertrieb . . .) zu haben. Inwieweit das obligatorische § 129a Verfahren nun durchgezogen wird bleibt abzuwarten. (Dieser kleine Rückblick nur als Information für die vielen Nicht-Berliner, denn im dortigen Taz-Teil berichtete diese unsere Zeitung darüber, für eine bundesweite Nachricht schien der Taz die ganze Geschichte wohl aber etwas zu dünn.)



Vergangenheitsbewältigung als Literatur

Im Rahmen des allgemeinen Erinnerungsrummels ist auch eine literarische Bearbeitung zu verzeichnen. Und da Stammheim vielleicht noch etwas zu delikat erscheint bietet sich Mogadischu ja geradezu an. In seinem Roman **Fensterplatz Mogadischu** protokolliert F.C. Delius den »Alptraum einer modernen Gesellschaft – zwischen Terror, Politik und Medien« (so der Klappentext). Nur bruchstückhaft und ganz am Rande geht Delius auf den Zusammenhang »Schleyer, Stammheim, Mogadischu« ein. Vielleicht wäre er ansonsten in Gewissensnöte gekommen und hätte die Ablehnung der Entführung von den Gefangenen in Stammheim bzw. deren Tod am 18.10.77 öffentlich verarbeiten müssen. So quält sich die Protagonistin des Romans Andrea Boländer auf 260 Seiten durch ihre Gefangenschaft. Sie reflektiert ihre Beziehung, jammert ununterbrochen über die in der Hitze stinkende Scheiße, kann ab und zu die politischen Erklärungen der Entführer verstehen, flucht auf die Bundesregierung und ist natürlich froh als alles vorbei ist. Nach **Ein Held der inneren Sicherheit** ist *Mogadischu Fensterplatz* der zweite Teil einer Chronik des Jahres 1977, der Wendepunkt der bundesdeutschen Geschichte« (Klappentext). Spiegelrezension und Fernsehkameras auf der Buchmesse waren F.C. Delius gewiß, die Feulletonisten spitzen schon die Stifte für den 3.Teil.

Eigentlich gehört das folgende Buch in den Rahmen hier gar nicht rein. Aber *Bommi Baumanns* Wie alles anfing gehört auch heute noch zum Standard fürs Regal '68er und folgende. Literarisch nicht besonders wertvoll, aber spannend und ehrlich die Bewegung beschreibend hat es manch einen Jugendlichen begeistert. – Nach 12 Jahren literarischer Abstinenz meldet sich Bommi nun wieder auf dem Buchmarkt zurück. Mit **Hi Ho – wer nicht weggeht, kommt nicht wieder** hat er den Vogel abgeschossen. »In dieser on the road story schildert der Autor seine Flucht vor BKA und Interpol – eine Flucht, die ihn in 33 Länder auf 3 Kontinente führte« (Verlagswerbung) Eine Anekdote jagt die nächste – Dope, Waffen, Frauen und ab und zu ein paar Sprüche über seine Ex-Genossen. Alle werden älter und irgendwann ist auch mal ein

Berliner Anzünder

Bommi Baumann out. Ob Onkel Bommis Kiffergeschichten nun den vom Hoffmann und Campe Verlag erwarteten Umsatz erreichen, ich bezweifle es. Bleibt ihm nur zu wünschen, daß er sich genug Vorschuß geholt hat.

Daniel Cohn-Bendit

1968 *Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus. Charakter und Strategie der revolutionären Bewegung*

1975 *Der große Basar. Reflexionen aus der Geschichte der letzten 10 Jahre*

1987 **Wir haben sie so geliebt, die Revolution**, 250 Seiten A4-Format, viele Photos, großzügig gesetzt mit 8 Seiten Korrekturrand, 34.-DM.

Interviews unter dem Motto: Die Revolutionäre von gestern und ihre Karrieren. Der eine an der Börse, der andere im Knast. Dieses Manifest grenzenloser Selbstbeweihräucherung ist kein Ärgernis – es ist einfach überflüssig. Oder doch nicht: Etwas Dekoration für den aufsteigenden Yuppi, damit die Szene sieht, daß außer Video und CD auch noch gelesen wird.

Für interessierte noch folgender Hinweis auf **Bibliographien:** Das Projekt *Beiträge zur Geschichte der Stadtguerilla in der BRD und Westberlin* hat ein Literaturverzeichnis mit ca. 500 (!) Titeln zusammengestellt. Das Archiv umfaßt auch Veröffentlichungen, die das Thema nur streifen (Datenschutz, innere Aufrüstung, Studentenbewegung, bestimmte juristische Fragestellungen und Texte zur Stadtguerilla in anderen Ländern). Desweiteren gibt es noch eine Broschüre **Das schwarze Loch – Die verdrängte und unterdrückte Geschichte der BRD** mit 60 Seiten kommentierten lieferbaren und 30 vergriffenen Titeln zum Thema.

Besprochene Literatur:

– SDS Westberlin/Sybille Plogstedt (Hrsg.) Internationaler Vietnam Kongreß 1968, Verlag Libertäre Assoziation/Reprint Hamburg 1987, 176S., 16,80DM

– Linkeck, Karin Kramer Verlag/Reprint Berlin 1987, 108 S. A-3-Format, 49,80DM

– Pieter Bakker Schut (Hrsg.), Das Info, Neuer Malik Verlag, Kiel 1987, 336 S., 28.-DM

– Herausgeberkollektiv: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte/RAF–BRD, GNN Verlag, Köln 1987, 130 S., A-4-Format, 8.-DM

– Klaus Hartung u.a. (Hrsg.) Der blinde Fleck, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1987, 256 S., 25.-DM

– Oliver Tolmein, Detlef zur Winkel: Nix gerafft, Konkret Literaturverlag, Hamburg 1987, 168S./18.-DM

– Michael Sontheimer, Otto Kallscheuer (Hrsg.): Einschüsse, Rotbuch Verlag, Berlin 1987, 192S., 16.-DM

– Die Antwort der Brüder des Gerold von Braunmühl an die RAF. Eine Dokumentation, Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg 1987, 126 S., 7,80DM

– RZ: Der Weg zum Erfolg, Selbstverlag 1987, 450 S., 16.-DM

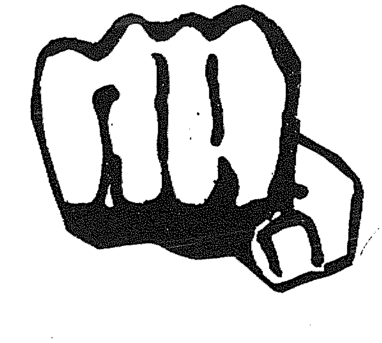
– Friedrich Christian Delius: Mogadischu Fensterplatz, Rowohlt, Reinbek b. Hamburg 1987, 264 S., 29,80DM

– Bommi Baumann, Hi Ho, Fröhlich & Kaufmann im Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1987, 206 S.; 24.-DM

– Daniel Cohn-Bedit: Wir haben sie so geliebt, die Revolution, Athenäum Verlag Frankfurt 1987, 256 S., 34.-DM

– Projekt »Beiträge zur Geschichte der Stadtguerilla in der BRD und Westberlin«, Literaturverzeichnis, 45 S., A-4-Format, 8.-DM

– Das schwarze Loch, Eine Bücherliste, 16 S., 1,50DM. Beide Bibliographien sind über *AurorA, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19* zu beziehen, das »Schwarze Loch« liegt eventuell auch kostenlos in Linken Buchläden aus. Alle anderen Titel (außer »Weg zum Erfolg«) sind im gesamten Buchhandel erhältlich.



Projekt Arthur – ein Film über die Militanz



Eine *offene* Diskussion und Auseinandersetzung in der BRD-Linken über den bewaffneten Kampf hätte der neue Film *»Mythos '68. Die Wurzeln der Revolte«* der Medienwerkstatt Freiburg werden sollen. *»Projekt Arthur – Die Gewaltfrage«* ist nun als Videokassette für Veranstaltungen beziehbar – wie kam es zu dieser reduzierten Fassung?

Unfähigkeit der Themenumsetzung oder Selbstzensur der »Medis« scheiden aus, auch wenn *Wolfgang Pohrt* in typischer Anlehnung an den K-Gruppen-Stil vergangener Tage meint, daß »Freiburger Kleingewerbetreibende besser ihre Finger« von solch wichtigem Thema »lassen sollten«. (Konkret 1/88) Warum Intellektuelle (in marxistischen Zeitschriften) es nach wie vor nötig haben mit dem Kleinbürgervorwurf gegen gegen andere Intellektuelle vorzugehen, bleibt Pohrt's Geheimnis, das sein Ghostwriter Gremliza bestimmt eines Tages aufdecken wird. Der über '68 so »sachkundige« Pohrt sollte sich in Zukunft mehr an den Sponti-Spruch halten *»Wir sind alle Kleinbürger«* – als den Revolutionsmythos weiterzuschreiben, wonach Revolutionäre (männliche?) Helden sind, die sich »über ihre Kleinlichkeit, ihre Ängste und ihre Schwächen hinwegsetzen« und gar »Fakten schaffen, die fortwirken, wenn der revolutionäre Elan erlahmt ist.« Was muß der Mensch im Kopf haben! Wenn *das* alles sein soll, kann er den Begriff »Revolutionäre« auch durch »Faschisten« ersetzen, die haben auch »Fakten« wie die »Diktatur der Partei« geschaffen. Doch übergehen wir Pohrt, dessen Drang zum Schreiben um Aufzufallen immer häufiger zu *Flops* führt; – schade, denn manches war anregend – bevor's zur bloßen Attitüde verkam.

Die *Medienwerkstatt* wollte das gewählte Thema zusammen mit Beteiligten angehen. Es sollten Leute aus dem SDS, der RAF, der Bewegung 2. Juni, der RZ zu Wort kommen. Die einzige Bedingung war, daß *alle Gruppen vorkommen* sollten. Nach ersten Vorgesprächen bildete sich eine Projektgruppe, die den Film vorbereitete und zunächst die Mitarbeit aller Gruppen erreichte. Erstes Mißtrauen kam auf, als die Filmförderung des Landes Hessen 1985 Mittel zusagte.

Von Seiten der RAF wurde eine *klare Linie* für die inhaltliche Aussage des Films gefordert; – eine solche »klare Linie« konnte es jedoch nach Ansicht der Medienwerkstatt schon deshalb nicht geben, weil ja gerade die verschiedenen Ansätze des bewaffneten Kampfs vorgestellt werden sollten und die RZ z.B. sich in Ablehnung der RAF-Strategie konstituierte. Der Konflikt konnte nicht beigelegt werden; die vorläufige Einigung besagte, daß sich einzelne RAF-Mitglieder unter der Bedingung zu Interviews bereit erklären, wenn diese nicht verfälschend wiedergegeben werden. Sie behielten sich das Recht vor, den Film als erste zu sehen und gegebenenfalls stoppen zu dürfen. Die Medis ließen sich auf diese Formel ein.

Es entstand ein Film, in der die Medienwerkstatt bewußt die Beteiligten sprechen läßt; unkommentiert, (was Pohrt prompt als »Demutshaltung« gegenüber den »authentischen Gesprächspartnern« mißinterpretieren *will*) um die Erfahrungen der einzelnen für eine heutige Diskussion verwertbar zu machen. Unkommentiert als Diskussionsanreiz schon deshalb, weil ähnliche Äußerungen durch das Etikett »terroristisch« auch in der Linken meist weggeschoben und eingeordnet bzw. tabuisiert wurden.

Als der Film im Sommer '87 fertiggestellt war, nutzten die RAF-Angehörigen ihr Vetorecht aus und stoppten den Film. Zwar wurde den Machern des Films nicht vorgehalten, daß sie verfälschendeingegriffen hätten, doch paßten gerade die unkommentierten Äußerungen der *anderen Befragten* – vor allem Knofos vom 2.Juni – der RAF politisch nicht ins Konzept!

Da das Konzept vorsah, alle unterschiedlichen Strategien darzustellen, war der ursprüngliche Film gestorben. Ein inhaltlicher Eingriff in die Aussagen der anderen Beteiligten schied ebenso aus, wie etwa sich über das Veto hinwegzusetzen. Ein nochmaliger Kompromiß kam trotz Vermittlungsversuchen nicht zustande; die politische Sicht der RAF oder keine?!!

Projekt Arthur

Ganz vergessen wollten die Freiburger ihr gedrehtes Material nicht. »Projekt Arthur – Die Gewaltfrage« ist jedoch ein völlig anderer Film geworden. Er stellt nicht mehr die Frage nach dem bewaffneten Kampf und ist keine Auseinandersetzung mehr, mit den unterschiedlichen Theorien und Aktionen. Es geht letztlich um die Vorgeschichte, das Entstehen der Militanz. SDS und Kaufhausbrandstiftung, die RAF ist nur noch durch die Bezüge der anderen Gesprächspartner vertreten. Die anderen, das sind Walter Moßmann, Thorwald Proll, Karl-Heinz Roth und Norbert »Knofo« Kröcher.

Walter Moßmann versucht – bisweilen etwas altväterlich – die Situation und Stimmung, die die '68er Generation prägte verständlich zu machen; Filmausschnitte aus



dem Vietnamkrieg, über Che, Dutschke- und Marcuse-Reden, Demoaufzeichnungen unterstützen ihn dabei; – zeigen aber auch, wie Mythen über Bilder entstehen. Knofo kommt später darauf zurück, wenn er beschreibt, wie entscheidend für seine Politisierung und die seiner Umgebung die Photos vom Massaker der US-Truppen an der Dorfbevölkerung von My-Lai waren.

Thorwald Proll erzählt über den Kaufhausbrand, die zugrundeliegende Motivation und verdeutlicht nebenbei, wie wenig diese Militanz mit Terrorismus zu tun hatte, wie sehr sie aus der Kritik der Warengesellschaft entstand und von breiten Kreisen der Studentenbewegung mitgetragen wurde. Und wieviel es bedurfte, bis der Staat und die RAF im wechselseitigen Prozeß diesen politischen Grundkonsens der Linken zerstört hatten, um zur heutigen Indifferenz der meisten, zum politischen Schattendasein der Linksradikalen bzw. zum Opportunismus der »Ex-Linken« zu führen. Filmausschnitte von Kunzelmann-, Teufel- und Langhans-Aktionen verdeutlichen die erfrischende Provokation damaligen Lebensgefühls.

Karl-Heinz Roth macht deutlich, wie wichtig die Verbindung zwischen Studenten, Rockern und Arbeiterjugendlichen gerade für die Herausbildung der Militanz war.

Knofo beschreibt diesen Prozeß der gegenseitigen Annäherung gerade von der anderen Seite her, den Haschrebellen u.a., die wie er, erst über die emotionale Betroffenheit und die Bereitschaft zu Aktionen zu Büchern kamen und begannen anarchistische Raubdrucke zu lesen, die gerade in Berlin zu kursieren begannen. [Da sich der Gegenstand des Films auf die Entstehung der Militanz beschränkt, sind nun offensichtlich Knofos »Anstoß erregende« Passagen zu RAF-Aktionen (Vergleich Lorenz-Entführung der Bewegung 2. Juni als Erfolg, Stockholm-Aktion der RAF als Mißerfolg) nicht mehr im Film enthalten.]

Eine eingeblendete Rede Rudi Dutschkes zur Springer*enteignung* zeigt die Denkbarkeit massenhafter Militanz und verdeutlicht die Distanz, die zwischen '68 und '88 liegt. Schlägt doch – imvollbesetzten Hörsaal '68 nur einer die Hände vor dem Kopf zusammen, würde Dutschke heute als weltfremder Sektierer belächelt und sich nur auf wenige Getreue verlassen können. Insofern ist der Film spannend; er läßt über die Distanz, die wir empfinden, erahnen, welche bewußten und unbewußten Prozeße in den letzten 20 Jahren stattgefunden haben, welche Energie der Staat mobilisiert haben muß, um dieser »Zeit-Stimmung« wieder *HERR* zu werden.

Was bleibt ist das offensichtliche Scheitern und logischerweise ein Neuanfang. Und vor diesem Ende wird das Veto der RAF einsichtiger; einen Neuanfang kann es für sie nicht geben, und um ihr Scheitern einzugestehen; – bedürfte es mehr als die geforderte Diskussionsfähigkeit und Toleranz unter Linksradikalen. Insofern ist der Film – gesehen mit den Augen der RAF – zumindest genauso ärgerlich, wie der von ihren Angehörigen verhinderte.

Projekt Arthur – Die Gewaltfrage 1968; 72 min., u-matic, 1987. Verleihstelle und Kontakt: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel. 0761/709757.

von Wolfgang Haug

Photo: Medienwerkstatt Freiburg



Wolf im Schafspelz – Berliner Flüchtlingspolitik



von Antifa-Gruppe Berlin

Stellungnahme zur Weisung des Innensenators Kewenig (Berlin) vom 1.10.87 »Regelung des Verbleibs von Ausländern die
a) nach rechtskräftigem Abschluß des Asylverfahrens zur Ausreise verpflichtet sind
b) wegen der Lage im Libanon geduldet werden

Die schwerverständliche Weisung, deren Fallen erst nach längerem und gründlicherem Studium zu erkennen sind, riefen große Hoffnungen bei den Flüchtlingen hervor. Wider Erwarten aber sind sich alle Gruppen und Organisationen, die seit längerem der Flüchtlingspolitik Widerstand entgegensetzen, einig, daß diese Weisung keine Änderung in der Asylpolitik bedeutet, sondern deren Fortsetzung mit dem Versuch, den Dummen und Gutgläubigen Sand in die Augen zu streuen.

Die Weisung ist grundsätzlich eine *Abschiebungsweisung*. Während sie nur für eine relativ kleine Zahl von Flüchtlingen den Verbleib in Westberlin durch die verschiedenen zu erfüllenden Bedingungen möglich macht, schreibt sie die Ausweisung bzw. Abschiebung für einen sehr großen Teil der Flüchtlinge vor.

Die Weisung Kewenigs verspricht allen »Altlasten«, gemeint sind die Flüchtlinge, die vor dem 1.1.1981 nach Westberlin einreisten, eine Aufenthaltserlaubnis für zunächst ein Jahr, die dann zweimal um je zwei Jahre verlängert werden soll. Weiter sollen auch Flüchtlinge aus dem Libanon, die Kinder haben, mit einer Aufenthaltserlaubnis bedacht werden.

Von der »Altlastenregelung« sind ungefähr 3000 Flüchtlinge betroffen. Die meisten Flüchtlinge kamen aber erst nach 1981, so aus der Türkei, aus Kurdistan, aus Ceylon, aus dem Iran, aus dem Irak usw. Die Weisung sieht nach II ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge aus dem Libanon vor, die nach 1981 gekommen sind, sofern sie Kinder haben. Auch Jugendliche aus dem Libanon, die keine Eltern hier haben, können zunächst für ein Jahr hierbleiben. Alleinstehende Libanesinnen und Libanesen und Flüchtlinge aus allen anderen Staaten, die nach dem 1.1.81 gekommen sind, haben nach IV 2.1. und 2.2. auszureisen, wenn ihr Asylantrag negativ entschieden ist.

Für alle Flüchtlinge, die einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis aufgrund dieser Weisung stellen wollen, gilt die Bedingung, daß die ihren Asylantrag selbst zurückziehen müssen, sofern er noch läuft. Hier gilt die Ausnahme, daß nur Anträge, bei denen der Bundesbeauftragte gegen ein positives Urteil des Bundesamtes in die Berufung gegangen ist, nicht zurückgezogen werden müssen. Also, der Flüchtling selbst darf nicht gegen den Staat klagen, wenn er ein Jahr Aufenthaltserlaubnis haben will.

Wir sehen in dem Zwang, den Asylantrag zurückziehen zu müssen, den Versuch des Senats, das »kleine Asyl« durchzuboxen. Die Bundesregierung versucht seit längerem, das Asylrecht abzuschaffen, indem sie Flüchtlinge für einen begrenzten Zeitraum dulden will, um sie dann nach Überprüfung der politischen Situation des Herkunftslandes wieder zurückzuschieben. Diese Weisung läuft darauf hinaus.

Der Flüchtling ist gezwungen, die von ihm selbst vorgebrachten Behauptungen und Beweise der politischen Verfolgung auch selbst zu widerrufen, selbst für nichtig zu erklären. Das ist ein widerwärtiger Propagandaschachzug des Senats: während er seit Jahren den Haß und den Rassismus in der Bevölkerung durch seine Lügen geschürt hat, nämlich daß es keine Verfolgung, keine Verfolgten gäbe, sondern nur »Rauschgifthändler, Schmuggler, Illegale, Kriminelle, Terroristen ...«, sollen jetzt die Flüchtlinge selbst die Verfolgung, Ausbeutung und Ausrottung in ihren Herkunftsländern verleugnen und sich als Ausländer für ein Jahr Aufenthalt bewerben. So braucht das Bundesamt bei der Beurteilung von Asylanträgen keine Stellung mehr zu beziehen zu den Terrorstaaten. Gerade die lange Bearbeitungszeit der vor 1981 gestellten Asylanträge weist darauf hin, daß sich das Bundesamt hier um eine Entscheidung gedrückt hat. Diese Anträge haben eine Chance auf Anerkennung und deshalb sollen gerade diese jetzt zurückgezogen werden. Es ist jedem Flüchtling davon abzuraten, seinen Asylantrag zurückzuziehen:

– Wer garantiert in diesem Staat, daß sie die versprochene Verlängerung von 2×2Jahren auch erhalten? Vertrauen in diesen Staat hat keine Berechtigung – er schafft neue Gesetze, neue Erlasse, wann immer er es will.
– Weiter zu bedenken gibt die Weisung, die allen Staatenlosen, dies sind in der Regel Kurden und Palästinenser aus dem Libanon, einen Fremdenpaß zugesteht, der aber auf Westberlin und die BRD begrenzt ist. Nach der Genfer Konvention sind Fremdenpässe nicht zu begrenzen. Warum aber nun für Kurden und Palästinenser?

Hierfür haben wir nur eine Erklärung: der palästinensische Widerstand hat sich im Libanon in den letzten Monaten verstärkt und im besetzten Palästina ist er unaufhaltsam zu einem Volksaufstand angewachsen. Diese Stärke der Kämpfe im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung der PLO stellt eine Bedrohung für die reaktionären Kräfte im arabischen Raum dar. Insbesondere der Staat Israel gerät immer mehr unter den Druck, die Legitimität eines palästinensischen Staates akzeptieren zu müssen. Die begrenzte Ausstellung eines Fremdenpasses soll die PalästinenserInnen auf deutschem Boden festnageln, damit sie sich nur unter erschwerten Bedingungen wieder in den palästinensischen Kampf einreihen können.


Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz S. 2

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Falsche Schüsse und falsche Schlüsse

Gorbatschow zum Stand der Perestroika

Der "Schwarze Montag"

Vorboten einer tiefen Krise des Imperialismus

Golfkrieg — Ein Mordsgeschäft

Ein Krieg der nie aufhören darf

ARBEITERKAMPF 288
(erschienen am 16.11.87)

★ **Startbahn**
Falsche Schüsse und falsche Schlüsse. Argumente gegen den Versuch, die Autonomen zum Sündenbock zu machen und ihnen ihre Bündnisfähigkeit abzusprechen. Schüsse aus dem Irgendwo. Ein Versuch die verwirrende und schuldzuweisende Berichterstattung — auch in der linken — Presse zu ordnen. Dokumentation von ersten Stellungnahmen. Die GRÜNE Staatsfrömmigtkeit.

★ **Hafenstraße**
Hamburger Aufstand? Dohnanyi als Friedensstifter?

★ **Golfkrieg**
Ein Krieg der nie aufhören darf. Die Industriestaaten verdienen durch Waffenlieferungen an beide Seiten. NATO-Flottenaufmarsch: Die Brandstifter als Feuerwehr.

★ **Der „Schwarze Montag"**
Vorboten einer tiefen Krise des Imperialismus.

★ **§ 218**
Ein Überblick über den Stand der Bewegung.

★ **„Neues Denken" in der DKP —**
gibt's das denn? Interview mit dem Schriftsteller Erasmus Schöfer, der in der DKP die Belastbarkeit der innerparteilichen Demokratie erprobt.

Ein Kuhhandel steht auch hinter der in der Weisung angekündigten Absicht, alle alleinstehenden jungen Libanesen abzuschieben. Diesen Flüchtlingen bleibt im Libanon nichts anderes übrig, als sich ihren Lebensunterhalt in irgendeiner Armee der verschiedenen um die Macht ringenden Gruppen zu verdienen, da es keine andere Arbeit gibt. Hierdurch würden die Kampfeinheiten wieder gestärkt und es bestünde die Gefahr der erneuten Zunahme von Unruhen. Hieran hätte auch der Staat Israel erklärtermaßen ein Interesse. Der israelische Staat, für den der Libanon seit Jahren ein Objekt der Begierde ist, benutzte immer die inneren Unruhen als Argumente für seine Eroberungsangriffe.

Die Weisung, die die Abschiebung aller Flüchtlinge mit abgelaufenen Asylverfahren aus allen anderen Staaten als dem Libanon vorsieht, schreibt auch die Ausweisung aller Straftäter fest, gleichgültig, wann gekommen, woher und warum:
Flüchtlinge, die vor dem 1.1.81 zu mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, haben *Auszureisen*. Ebenfalls Flüchtlinge, die nach dem 1.1.81 kamen und zu mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurden. Beachtenswert ist hierbei, daß auch die Summe einzelner kleiner Delikte, wenn sie mehr als 90 Tagessätze zusammenbringen, auch zur Ausweisung führen. Jeder weiß, wie schnell die zusammenkommen: Flüchtlinge haben 2.30 DM Taschengeld pro Tag, die nicht einmal ausreichen für eine U-Bahn-Fahrt hin und zurück, es fehlt an Spielsachen, Bekleidung usw. Übergriffe der »Arbeitsgruppe gezielte Ausländerfahndung« undPöbeleien sowie Angriffe von Rassisten auf der Straße provozieren den Widerstand des Flüchtlings, für den er vor Gericht immer den Kürzeren zieht.

Die Regelung für Straftäter gilt auch für strafunmündige Kinder »mit serienmäßigen kriminellen Handlungen ...« Diese sind »mitsamt der Familie abzuschieben,« weil »zu vermuten ist, daß die Erwachsenen die Kinder zu ihren Straftaten angehalten oder zumindest diese geduldet haben.«

Hier ist Kewenigs Rassismus offensichtlich. Während der bundesdeutsche Staat wegen der ungeheuren Zunahme von Delikten bei deutschen »Straftätern« immer mehr unter den Druck humanistischer Kräfte im Lande gerät, nicht nur durch Strafe, sondern auch durch Therapie dem Problem zu Leibe zu rücken, hält er »kriminelles Handeln« bei Flüchtlingen und Ausländern überhaupt für unabänderlich und versucht nun durch Sippenhaft das Problem mit der Wurzel auszurotten. Es wird wohl Eltern in Zukunft nichts anderes übrigbleiben, als ihre Kinder totzuschlagen um zu beweisen, daß sie die Taten ihrer Kinder nicht dulden, denen es nicht immer gelingt, den Verlockungen dieser Konsumgesellschaft ohne einen Pfennig in der Tasche zu widerstehen oder die rassistischen täglichen Angriffe und Erniedrigungen widerstandslos hinzunehmen.

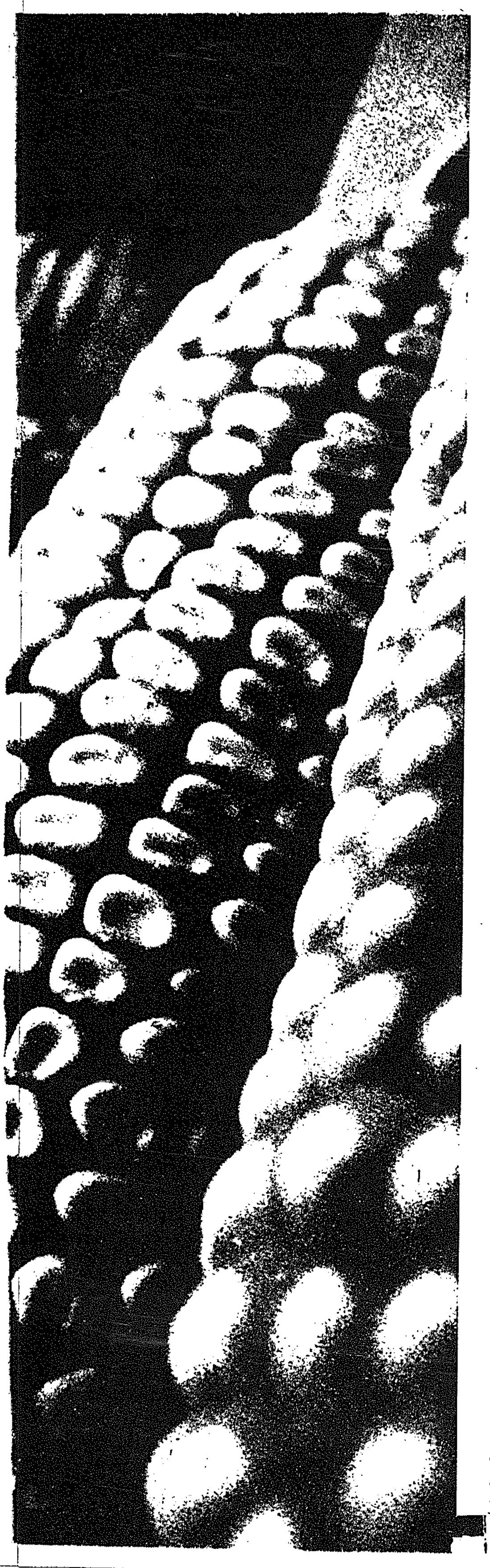
Die sich zunächst für unachtsame Ohren human anhörende Weisung ist nichts anders als ein propagandistischer Schachzug und ein menschenverachtendes Sonderangbot an den Widerstand gegen die herrschende Flüchtlingspolitik, der Versuch, ihn zu befrieden, zumindest ihn zu spalten.
Die Weisung enthält
– ein wenig Humanität für eine kleine Gruppe von »Altlasten«
– die Konstruktion eines großen Gefangenenlagers für Palästinenser und staatenlose Kurden
– den zwangsweisen Rücktransport von dem größten Teil der Flüchtlinge hier
– den Zwang, die eigenen Asylgründe zu widerrufen, zu verleugnen für ein Jahr Sicherheit in West-Berlin
und sie startet einen erneuten Versuch, das wachsende Bewußtsein über das Flüchtlingsproblem zu zerschlagen, indem Kewenig nun Ausländern das großzügige Angebot einer Aufenthalterlaubnis unterbreitet.

Was heißt das für unsere Praxis?

Wir bereiten uns auf eine große Abschiebungswelle vor, vielleicht die größte bisher, aufgrund dieser Abschiebeanweisung. Auf den Tischen der Beratungsstellen erscheinen vermehrt die Papiere der Ausländerpolizei »Ausreiseaufforderung .... ansonsten werden wir Sie zwangsweise abschieben ...«
(Konkret:) Bei 87 Jugendlichen aus dem Libanon sind Jugendstrafen auf Bewährung ausgesetzt. Hierbei ist besonders wichtig, daß Jugendstrafen nie unter 6 Monaten liegen und sie somit die 90 Tagessätze bei weitem überschreiten. 14 Jugendliche sitzen in der Plötze, 15 Jugendliche in Moabit ... Immer mehr Frauen kommen zu uns mit einer Ausreiseforderung, weil sie ihrer Pflicht nachgekommen sind, für hinreichende Kleidung ihrer Kinder zu sorgen, dieses eben bargeldlos, weil das Sozialamt die Bekleidungshilfe zum x.ten-Male verweigert hatte...
... (es geht nach wie vor um die)
– Durchsetzung des faktischen Aufenthaltsrechts gemeinsam mit den ImmigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD über den Widerstandgegen die Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge.
– Die Verteidigung von Flüchtlingen gegen rassistische Überfälle, konkrete Unterstützung von Flüchtlingen
– Unterbringung der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge
– Widerstand gegen Razzien der Ausländerpolizei
– Widerstand gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel
– Widerstand gegen Zwangsarbeit und Niedriglöhne

IWF – Eine Mordmaschine kann man nicht reformieren

von Detlef Hartmann



I. Ein Moralkartell der Heuchelei: Das Mordopfer wird entschuldigt (entschuldet)

Zur Zeit passiert etwas Gespenstisches. Millionen Ermordete, Hungernde, Kranke erhalten Atteste von den Mördern und deren Nutznießern, daß sie selbst an ihrem eigenen Tod und Elend unschuldig sind. Sie erhalten posthum die Versicherung, daß man sich nachträglich bemühen würde, etwas zu verändern. Man würde etwa dafür sorgen, die Waffe umzubauen (vielleicht einen neuen Lauf, vielleicht einen besseren Schalldämpfer, vielleicht sogar ganz neue Waffen). Man beeilt sich zu beteuren, daß sich die Mörder bisher ganz ungehörig benommen hätten. Man würde darauf dringen, sie durch andere aus derselben Familie zu ersetzen.

Die Akteure dieser Schmiere? Richtig: Ich spreche von denjenigen, die mit apologetischem Vokabular vom »unverschuldeten Elend« und allenfalls den abwiegelnden Hinweisen auf vorgebliche Fehlleistungen eines Weltfinanz- und Wirtschaftssystems im Profitinteresse des Kapitals die Unschuld zur Schau tragen, die der Reformer braucht, nicht nur um alles beim Alten zu lassen, nein: um die neue Runde einzuläuten. Die Eindeutigkeit der Geschichte des Weltwirtschaftssystems, das mit der Konferenz von *Bretton Woods* (vgl. auch *SF-16, 4/84: »Der IWF hat schon mehr Regierungen gestürzt als die Militärs«*) und der Gründung des IWF und der Weltbank eingeleitet wurde, verbieten es, das schönfärberische Wort »Reform« überhaupt noch in den Mund zu nehmen.

Hunderte Millionen Hungertote, soziale Verwüstungen nie gekannten Ausmaßes, Flüchtlingsströme, die unter den ökonomischen Peitschen der politischen Bedingungen des IWF durch die Lager getrieben werden, sie alle sind nicht etwa eine Fehlentwicklung. Sie waren das beabsichtigte Ergebnis der in der Geschichte des Kapitalismus gigantischsten, der letzten »Reform« der Weltwirtschaft, die das eigentliche Ziel des 2.Weltkriegs war, und sie alle lagen zugleich in der »Absicht« dieser Reform. Und wenn die Reformer nunmehr anheben, diese Reform zu reformieren, dann heißt das nichts anderes, als daß sie nur an der Apparatur der Maschinerie drehen, mehr nicht.

Dieser Teil der Geschichte ist von der Wirtschaftsgeschichte praktisch seit dem Stop der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie vor Moskau, der die Wende einleitete, systematisch unterschlagen worden, zu Recht: den die Wahrheit hätte der neuen Reformwelle von vornherein den Schein der Unschuld geraubt. Sie ist jedoch für uns entscheidend. Jeder von uns muß an ihr messen, auf welche Seite er sich begeben will. Auf die Seite derjenigen, die mithelfen, eine Mordmaschine zu reformieren oder derjenigen, die sie bekämpfen wollen. Es ist eine politische und moralische Entscheiduung zugleich, die nicht gerade dadurch erleichtert wird, daß wir solange gut von der Maschine gelebt haben und offenbar erst jetzt in der Krise daran denken, genügend Kritik zu mobilisieren, um die Reform zu erleichtern.

Wohlgemerkt: Die Vorgeschichte des IWF und der Weltbank ist keine Geschichte eines Mordkomplotts, das Kapital mordet nicht aus Lust und durch Verabredung. Es ist schlimmer. Aufgeklärte reformistische Ansätze räumen immerhin ein, daß der IWF durch das Diktat der Weltmachtintegration die Bedingungen der Versorgungder Unterklassen (Subsistenzproduktion, Ausbeutung durch die jeweiligen nationalen Lumpenbourgeoisien oder im sogenannten Staatssektor) zertrümmert hat mit der Folge von Hunger und Vernichtung. Sie räumen auch ein, daß dieses Diktat die Phase der Rationalisierung der peripheren Landwirtschaften und Industrien fortsetzt und das im Interesse des multinationalen Kapitals. Nun: Diese Zertrümmerung und Zerstörung war das eigentliche Ziel der »neuen Ordnung« aus NS, USA, Großbritannien und ihr Mittel war von Anfang an die *»Entwicklung«*. Es ist der rationale Kern der Entwicklungsstrategie, der aus gesellschaftlicher Zerstörung durch Neue Technologien ›Wert‹ machte. Wert, der im ungleichen Tausch das Wachstum des metropolitanen Kapitals nährte, unseren »Wohlstand«. *(»metropolitan«, ursprünglich kirchlicher Begriff, bezeichnete alles, was zum Kirchenbezirk eines Erzbischofs gehörte; hier: Kapital in den Metropolen, in den Zentren der Industriegesellschaften westlicher Prägung; Anm. SF-Red.)*

II. Die »Neuen Ordnungen« als Waffe gegen die Klasse

Den sozialtechnologischen Overkill in der Endphase dieser »Reform« begreifen wir nun aus der Geschichte der »Neuen Ordnungen«. Ich kann sie hier nur grob und in wesentlichen Momenten skizzieren, die für die aktuelle Auseinandersetzung mit dem *IWF* und der »Schuldenkrise« wesentlich sind. Ich verweise auf die etwas umfassendere Darstellung in Heft 14 der Zeitschrift *Autonomie*.

Die »Neuen Ordnungen« waren die Antworten der entwickeltsten Fraktionen des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals auf die große Wirtschaftskrise der 30er Jahre. Seine Verwertung war sowohl in den Metropolen, als auch in der imperialistischen Peripherie blockiert. Obwohl hier der Platz zur Darstellung der metropolitanen Seite fehlt, will ich dennoch betonen, daß es keineswegs in erster Linie die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen war, die den Durchbruch in neuen Wachstumsindustrien hemmte. Vielmehr waren es die vielfältigsten Formen des Klassenwiderstands, die das Kapital dazu drängten, die Reorganisation seiner Verwertungsbedingung zunächst im Großraum, dann in der globalen Dimension zu suchen (für den Nationalsozialismus hat dies in erster Linie Tim Mason in mehreren Publikationen dargelegt, für die USA fehlt bisher eine gründliche Untersuchung. Ich werde an anderer Stelle darlegen, daß es die Klassenauseinandersetzungen in der zugespitzten Phase der Fabrikbesetzungen 1935 bis 1937 waren, die in die schärfste Rezession innerhalb der Weltwirt-

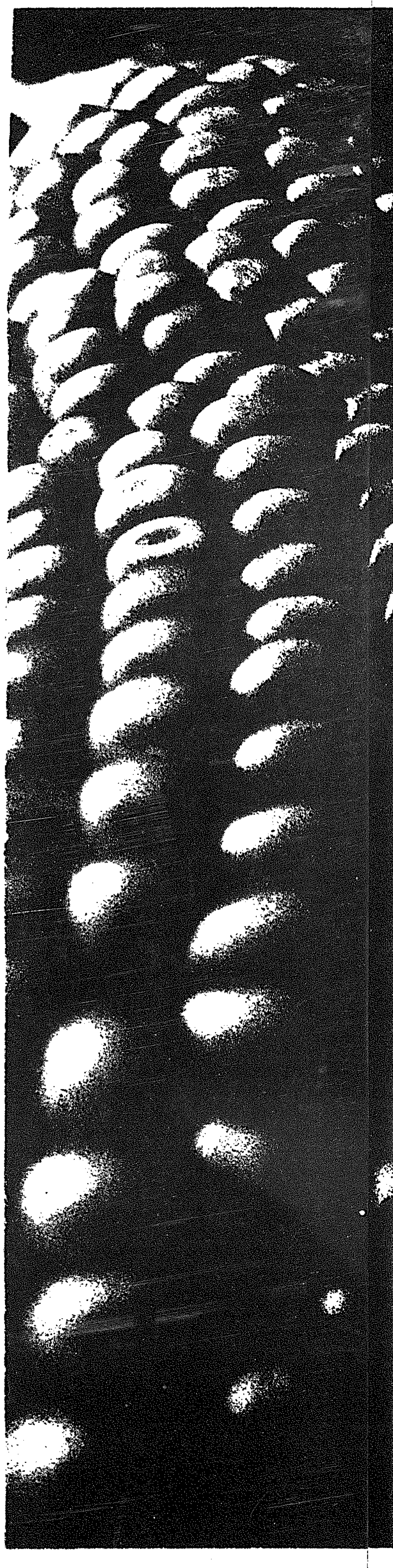
schaftskrise 37/38 einmündeten und das Kapital auch in der USA zwangen, die Reorganisation in einem neuen Weltwirtschaftskonzept zu suchen.)

Wichtiger für uns ist die **Blockierung der Verwertung** des metropolen Kapitals in der imperialistischen Dimension. Hier müssen wir lernen, in die sozialen und ökonomischen Bedingungen »unterhalb« der Reichweite der üblichen bürgerlich-ökonomischen Begrifflichkeit einzusteigen, um die wirkliche soziale Natur der Verwertungsblockierungen zu erkennen. Die Begriffsebene vorgeblich »ausgebeuteter Länder«, »fehlender Märkte« reicht nicht aus, vielmehr schirmt sie das wirkliche Feld der Auseinandersetzungen ab. Natürlich kann man sagen, das Kapital sei für seine Akkumulation darauf angewiesen, neue Märkte zu erobern, in neue Märkte zu expandieren und darin blockiertgewesen. Aber dies trifft nicht den entscheidenden Kern. Diesen hat das Kapital und seine wissenschaftlichen Propagandisten in der Dynamik der sich vertiefenden Krise damals durchaus richtig begriffen: Die Steigerung der Produktion und der Verwertung der metropolitanen Arbeitskraft war an die Steigerung der Wertschöpfung in der imperialistischen Peripherie gebunden. Es mußte dort mehr privat angeeigneter »Wert« geschaffen werden, um metropolitanes Wachstum zu garantieren und zu nähren. Aus den damaligen kolonialen Formen der Landwirtschaft war aber keine Steigerung herauszuholen. Zudem nutzte eine neue nationalistische Bourgeoisie in der Peripherie den Zusammenbruch des Welthandels zu einer neuen Dynamik von der Metropole abgekoppelter Wertschöpfung. Das State Department jammerte in den 30er Jahren zunehmend, daß neue Investitionszyklen sich in den verschiedenen Ländern der Peripherie bereits gefährlich abgekoppelt hätten. Man verurteilte dies damals als »ökonomischen Nationalismus«. Die Akkumulationskrise in den Metropolen war also nur dadurch zu überwinden, daß eine neue Dynamik abhängiger Wertschöpfung sowohl in der Landwirtschaft als auch in den neuen Industrien eingeleitet würde. Dies war der Begriff der »Krise« in der Vorstellungswelt des Kapitals. Sie erklärt nicht den entscheidenden Grund der Blockierung: Die Drohung der sozialen Revolution aus den Bewegungen der Unterklassen.

III. Grund für die Blockierung: Die soziale Revolution

Warum fand das Kapital in den Ländern der drei Kontinente nicht genügend »Wert« vor, um steigende Mengen von Industrieprodukten abzusetzen, vor allem aber: Technologie der landwirtschaftlichen Rationalisierung – wie Maschine, Agrochemie (Pestizide, Düngemitttel) und Saatgut? In der Weltwirtschaftskrise stieß das Kapital in dramatischer Zuspitzung auf die soziale Bedeutung der Blockierung, auf das sozialrevolutionäre Potential des bedeutensten Segments der damaligen Weltgesellschaft: den ländlichen Unterklassen. Zweidrittel der Weltbevölkerung waren damals an die landwirtschaftliche Produktion gebunden, in den drei Kontinenten waren es um die 80%. Davon war der größte Teil, man kann fast sagen sämtliche dieser hundert Millionen von Menschen an die sozialen und technischen Formen der Subsistenzproduktion gebunden. Substistenzdörfer, Halbpächter etc. entrichteten Überschüsse und Dienstleistungen als Renten an Verpächter und Landadlige, soweit sie »befreit« waren, wanderten unsichere und stagnierende Quantitäten in die lokalen Märkte. Selbst die kolonialen Plantagenarbeiter, ob als Tagelöhner oder in »Gegenleistung« für überlassene Stückchen Land lebten zum größten Teil mit ihren Familien von der Subsistenzproduktion (vorwiegend der Frauen). Dies gilt sogar für den allergrößten Anteil der handwerklichen und industriellen Saisonarbeiter ... Der vorherrschende soziale Typus der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion (wenngleich schon weitgehend erodiert durch Pachtsystem) war die »halbkommunistische« oder »bauernkommunistische« Dorfgemeinschaft, die überall auf der Welt ähnlich organisiert war. In Jugoslawien etwa hieß sie *Zadruga*, in Rußland *Mir* oder *Obschina*, in Mexiko *ejido*. Sie alle waren geprägt durch »rückständige« technische Produktionsmittel (wie Ochse, Holzpflug, je nach Region), durch die Tendenz, die Produktion den Bedürfnissen anzupassen (die Expansion derbewirtschafteten Felder folgte – wenn möglich – der Bevölkerungsentwicklung), die Nichtexistenz des Eigentums an Grund und Boden in unserem Sinne (weitgehend war Landverkauf nicht erlaubt), das Vorherrschen von Gemeindegebieten (Allmenden) zur gemeinschaftlichen Nutzung und vor allem die Regeln kommunitärer Existenzsicherung in Notzeiten. Alle diese Eigenschaften setzten der Realisierung von Überschüssen und damit der sozialen und ökonomischen Einbeziehung in den Marktzusammenhang Grenzen. Allerdings ist romantizistisches Behagen etwa in Form der neuen Dorf- und Subsistenzmythen nicht am Platz...

Wichtiger ist, daß sich in den revolutionären Auseinandersetzungen (etwa der rumänischen Revolte von 1908 oder den einigen hunderten größeren Aufständen, die den eigentlichen Motor der russischen Revolution darstellten) gezeigt hatte, daß die alten Formen der Steigerung der Wertabschöpfung an die absolute Grenze gestoßen waren: die Existenzsicherung der Unterklassen. Eine Steigerung der Renten hätte die Beseitigung der für die Ausbeutungsinteressen »überflüssigen Esser« bedeutet. Dies mußte einmal an den noch wirksamen sozialen Existenzgarantien der Dorfgemeinschaft scheitern, zum anderen daran, daß alle Ansätze der technologischen Durchdringung gescheitert waren, insbesondere, weil sie eben gerade an der Erhöhung der Wertabschöpfung gebunden waren. Diese Konfrontation von Verwertungsinteressen und ökonomischem Druck der Unterklassen und ihrem Existenzrecht drückte sich nicht nur in Revolutionen, Revolten, Aufständen aus. Selbst noch die hilflosen Formen der Eindämmung der Unterklassen etwa durch Landreformen, Landverteilungsprogramme (die in den 20er Jahren in Europa den brüchigen Frieden von Versailles sicherten) waren nur der Ausdruck der Schwäche des Kapitals und seiner Agenturen gegenüber den ländlichen Unterklassen. Die verschiedensten Landreformen im Wege der Parzellierung und Landverteilung schnürten die abschöpfbare Produktivität eher noch ein. (. . .) Die Kredite, mit denen das US-Kapital sein eigenes Exportwachstum selbst gefüttert hatte, wurden nicht zurückgezahlt, weil weitere Wertmassen den peripheren Unterklassen nicht mehr abzupressen waren. Der Stop der Schuldenrückzahlung vorwiegend aus Lateinamerika und Südosteuropa war die Form, in der sich der Unmut der Unterklassen in die Metropolen übertrug.





**IG Farben:
Die Welturaufführung der Sojastrategie
als Modell für »Entwicklung«
in der »Neuen Ordnung« des NS-Großraums**

Worauf es ankommt ist dies: die Verwertungsdynamik des Kapitals war an der Peripherie blockiert durch Schranken, die zugleich technologisch, ökonomisch und sozial waren, ohne daß diese Momente voneinander getrennt werden könnten. Der Londoner *Survey of International Affairs* diagnostizierte Anfang der 30er Jahre in Südosteuropa eine zugespitzte vorrevolutionäre Situation, die USA waren durch mexikanische Landarbeiterrevolten angegriffen, die sich in den Jahren '34 und '35 bis ins amerikanische Kalifornien hinein fortsetzten, durch die sandinistische Revolution und die kubanischen Aufstände der Bauernligen des Jahres 1933 (dem eigentlichen Motor der 33er Revolte auf Kuba).

Damit waren die Verwertungsperspektiven des Kapitals, war das Überleben des kapitalistischen Systems an die globale Perspektive einer Politik der gesellschaftlichen Zertrümmerung der sozialen Basis von Lebensformen der ländlichen Unterklassen gebunden. Das Kapital hing auf Gedeih und Verderb davon ab, ob es ihm in einem weltweiten Rationalisierungsangriff gelingen würde, deren soziale und moralische Substanz zu zerstören, dieüberflüssigen Esser zu vertreiben und die dadurch gewonnenen Werte für investive Zwecke abzuschöpfen. ... Entwicklungshilfe, Agrarinvestition, Rationalisierung, soziale Zerstörung, Auskämmung und Vertreibung von auf diese Weise technisch produzierten Flüchtlingsmassen überflüssiger Esser und schließlich die Schaffung von »Reichtum« austauschfähiger ökonomischer Werte gegen metropolitanes Wachstum, ja sogar Begriffe von »Hebung des Lebensstandards« – alles dies sind nur verschiedene Ausdrücke derselben Strategie. Sie mußte letztlich auf die Beseitigung der nicht mehr benötigten Anteile der Vertriebenen durch physische Vernichtung hinauslaufen: In Vernichtungslagern (so die nationalsozialistische Variante), in Hungerlagern und Elendsregionen (so die »liberalistische« Nachkriegsversion...)

Schon Mitte der 30er Jahre zogen die IGFarben in ihrer neuen Funktion als zentrale Agentur des 4-Jahres-Plans die Konsequenzen aus der Blockierung der agrochemischen Verwertung. Als Entwicklungshelfer im besten Sinne der ›grünen Revolution‹ setzten sie – eine Weltpremiere der mörderischen Sojastrategie – Kolonnen von Entwicklungshelfern und Landwirtschaftsexperten nach Südosteuropa (mit Unterstützung der lokalen Bourgeoisien) in Marsch. Sie sollten die technischen Voraussetzungen eines großflächigen Anbaus von Soja und anderen Ölsaaten, Faserpflanzen schaffen, unter großzügiger Bereitsstellung von Krediten. Absichtlich wurden Pflanzen gewählt, deren wertbildender Charakter als *cash crops* schon damals gesichert war, da sie nicht zu den Grundnahrungsmitteln gehörten und nicht dem Konsum durch die »überflüssigen Esser« (so der damalige Wortgebrauch) anheim fielen. Diese Entwicklungshilfe war der plastischste Kern einer Entwicklungsstrategeie, in der sich etwa Tengelmann an das Ölsaatgutgeschäft ankoppelte, Reemtsmaa für die Ausweitung der Produktion von Tabak in Bulgarien und Griechenland als *cash crops* sorgte etc. Eingebettet war sie in die kreditfinanzierte industrielle Erschließung von weiteren Rohstofförderungen. Letztlich handelt es sich hier um eine Form der Kapitalisierung, deren technologische Qualitäten zugleich die Zerstörung der sozialen Orte der Subsistenz im Auge hatten. Sie leitete die Dynamik einer »abhängigen Entwicklung« ein, die zunächst gegen die imperialistische Konkurrenz des amerikanischen und englischen Kapitals durch die Grenzen des Großraumkonzepts abgesichert wurde. Zugleich aber war diese Absicherung der funktionelle Rahmen zur Sicherung des Zugriffs technischer, sozialer, ökonomischer und politischer Gewalt in einem einheitlichen Raumkontinuum im oben beschriebenen Sinne. Die Krisendynamik der nationalsozialistischen Akkumulationsstrategie zwang den Nationalsozialismus, diesen Rahmen schließlich in einer Abfolge von Blitzkriegen militärisch für eine Steigerung sozial-technologischer Rationalisierungsmaßnahmen sicherzustellen. Schon in den ersten Tagen des polnischen Überfalls setzte unter den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit offen das Gesamtprogramm einer Großraumrationalisierung ein, in der die Instrumente ziviler »Entwicklungshilfe« nur durch die militärischen Formenersetzt und intensiviert wurden. Vernichtung und Vertreibung von jüdischen und nichtjüdischen Polen im Generalgouvernement wurden strategisch mit der Rationalisierung von Verwaltung, Produktion und Reproduktion gekoppelt: Zur »Auskämmung« der Fremdarbeiter und Aussonderung der übrigen für die Vernichtung zunächst in Arbeitslagern, dann in Vernichtungslagern. Eine Neuzusammensetzung der Klasse in einem neuem, bevölkerungspolitischen Sinn wurde nunmehr international reorganisiert, abgestuft von dem deutschen Vorarbeiter über den importierten Fremdarbeiter bis hin zu denjenigen, die für die Vernichtung »IG Auschwitz« und den Konzentrationslagern selektiert wurden. (Die technologisch/ökonomische Koppelung von Vernichtung und Entwicklung in der nationalsozialistischen Agrarpolitik in Polen haben *Susanne Heim* und *Götz Ali* in ihrer Arbeit »Ein Diener der Macht« gut dokumentiert. Die Dynamik einer abhängigen Entwicklung wurde im Modell einer neuen internationalen Arbeitsteilung des ungleichen Tauschs von Kapitalgüterproduktion im Kernland und Rohstoff und Halbfertigwarenproduktion an der Peripherie eingeleitet. Der finanztechnische Vermittlungsmechanismus für die »Neue Ordnung«, die als Modell auf alle nachträglich hinzugewonnenen Gebiete ausgedehnt wurde, war das schon erwähnte »Zentralclearing« oder »Clearing-Union«. Es war als über-nationaler Kreditmechanismus ohne Begrenzung ausgestaltet, der den Werttransfer aus der Peripherie wie auch den langfristigen Kredit aus der Metropole etwa in Entwicklungsvorhaben in beliebiger Höhe vermitteln sollte. Es war ein System fester Wechselkurse unter dem Diktat der Leitwährung Reichsmark, das dem späteren System von Bretton Woods entscheidende Merkmale *vorwegnahm*. (Erwähnt sei hier nur das Diktat der Kurspflege, das den angeschlossenen Landeszentralbanken der umliegenden Länder aufgebürdet wurde und das in der kurzen Zeit seiner Existenz fast alle über zwei Nachkriegsjahrzehnte sich erstreckenden Entwicklungen des Systems von Bretton Woods vorwegnahm: so z.B. die Technik, durch dieses Kurspflegediktat Inflation aus der Metropole in die Peripherie zu exportieren und damit einen versteckten Werttransfer in die Metropole einzuleiten und zugleich die Kreditbasis für Kapitalexport zu schaffen). Als einer der wenigen (natürlich neben denjenigen, die die

Kopien dieser NS-Institution in die Nachkriegsweltwirtschaft verlängerten) hat *Franz Neumann* in »Behemoth« ihre zentrale Bedeutung richtig eingeschätzt, wenn er sagte, daß der imperialistische Charakter Deutschlands in ihr am sichtbarsten werde. Die »Clearing-Union« war dafür vorgesehen, als finanztechnischer Motor die nationalsozialistische »Neue Ordnung« im Frieden zu vollenden. Dies hat sie dann auch geatn, wenn auch nicht mit der Metropole »Deutschland« sondern mit der Metropole USA.

V. Die »Neuen Ordnungen« der USA und Großbritanniens

Noch vor dem ersten Schuss in Polen richteten sich die USA mit dem entsprechenden Projekt einer panamerikanischen »Großraumwirtschaft« regelrecht kooperativ auf das NS-Projekt »Neue Ordnung« in Europa ein. Es wurde aus einem Kartell der keynesianisch orientierten Monopole, Keynesianern aus dem State Department, dem Handels- und Schatzministerium (Treasury), dem einflußreichen SEC (Securities and Exchange Commission) und schließlich sozialimperialistisch orientierten Gewerkschafternaus AFL und CIO betrieben, unter begeisterter Anteilnahme Roosevelts, der in den ersten Monaten nach dem Polenüberfall sogar die propagandistische Initiative intern übernahm. Ziel war es, ein Entwicklungskonzept im gesamtamerikanischen Großraum durchzusetzen, eine »Neue Ordnung« (»new order«), herausgebildet als panamerikanische »Nord-Süd-Achse« (»North-South-Axis«), wie es im internen Sprachgebrauch hieß. Die Nord-Süd-Achse war absichtlich in konkurrierender Koexistenz zur »Achse Berlin-Rom-Tokio« konzipiert. Harry White steuerte als Vertreter des Schatzministeriums und unmittelbarer Untergebener Morgenthaus das erste Modell des »Internationalen Währungsfonds« bei, damals »Interamerikanische Bank« genannt. Dieses hat er dann mit Eintritt der USA in den Weltkrieg stetig bis zur Konferenz von Bretton Woods auf globales Niveau hochkopiert. Collado (späterer erster Präsident der Weltbank) komplettierte es von Seiten des State Department (unterstützt vom Handelsministerium) um das Modell einer riesigen zentralen Agentur mit Sitz in Washington. Sie sollte die gesamte Produktionsstruktur Lateinamerikas an einem Modell der abhängigen Entwicklung orientieren, die die lateinamerikanische Produktion auf allein mit den USA austauschfähige Güter verschieben sollte. Aufgabe des neuen von Roosevelt persönlich als »interamerikanischer Koordinator« eingesetzten Nelson Rockefeller war die Koordination der gesamten technischen, sozialen und ökonomischen Vorstöße des neuen Entwicklungshilfemodells.

Um Wiederholungen zu vermeiden, weise ich darauf hin, daß es um dieselben Techniken der landwirtschaftlichen Entwicklung im Wege der großräumigen landwirtschaftlichen Rationalisierung, Anbindung an die metropolitane Agrochemie und Technologie ging, wie in der »Neuen Ordnung« des Nationalsozialismus. Als Finanzmedium war ein nur in Lateinamerika gültiger »L-Dollar« vorgesehen (Roosevelt, der imperialistische Phantast, nannte ihn »Unitam«). Der Handelsverkehr zwischen den Großräumen, d.h. zwischen dem amerikanischen und dem nationalsozialistischen Großraum sollte nur über die zentrale Agentur in Washington laufen, das lateinamerikanische Kapital sollte das Recht verlieren, direkt mit der Außenwelt zu verkehren.

In der interamerikanischen Bank und der genannten Washingtoner Zentralagentur waren bereits alle technischen Momente des späteren IWF und der Weltbank vorhanden: Leitwährungsstruktur, Quotenregelung (anhand des Handelsvolumens, die den USA das absolute Veto sicherte), Techniken der Flexibilisierung der Kreditinstrumentarien, die die langfristige Integration in die neue internationale Arbeitsteilung einer abhängigen Entwicklung im Markt des Großraums und später der Welt sichern sollte etc. Die Betreiber dieser Idee waren im übrigen intern offen (ohne dies allerdings nach außen zu äußern) von den revolutionären Vorzügen der nationalsozialistischen Finanzierungstechniken begeistert. Roosevelt versprach sich von diesem Zugriff einer Totalrationalisierung des amerikanischen Großraums gigantische Investitionsperspektiven für das US-Monopolkapital.

Von England war trotz des Krieges nicht viel die Rede. Die USA brauchten es um die Grenzen des gesamtamerikanischen Großraums durch die englische Seeblockade gegen den nationalsozialistischen Großraum abzusichern und gedachten im übrigen, das englische Empire zu beerben. Als das englische Foreign Office am 30. Juli 1940 darum bat, das englische Empire in dieses Konzeptmiteinzubeziehen, erhielt es sogar öffentlich die demütigende Antwort, es hätte in diesem Projekt nichts zu suchen. In einer zähen Politik des inner-imperialistischen Grabenkampfs gelang es Churchill und Keynes, den Wert des englischen Widerstands gegen Nazideutschland für die USA deutlich zu machen und Keynes klinkte sich in den Kampf um die »Neuen Ordnungen« mit dem Modell der »Clearing- Union« im Projekt eines englischen Großraums ein, das eingestandenermaßen und offen von der nationalsozialistischen »Clearing-Union« kopiert war. (Er habe dem nationalsozialistischen Modell bei der Entwicklung seiner »Clearing Union« viel zu verdanken, erklärte er und fand die nationalsozialistische Propaganda der »Neuen Ordnung« im Juni 1940 »... *ziemlich ausgezeichnet, wenn der Name »Großbritannien« an die Stelle von »Deutschland« oder »Achse« gesetzt würde.«*)

Wie dem auch sei, der Weg der im Krieg konkurrierenden, jedoch nach einem Modell konstruierten »Neue Ordnungen« in das Nachkriegswirtschaftssystem von Bretton Woods ist grundsätzlich nur noch von zweitrangigem Interesse. Zwar sind die Veränderungen der Details im imperialistischen Gerangel zwischen England und den USA (Deutschland schied nach der Niderlage vor Moskau aus) nicht ohne historisches Interesse, ihr wechselvolles Schicksal stellt jedoch nur die jeweiligen Anpassungen an die Kriegssituationen dar. Das panamerikanische Modell selbst erlitt in der Konferenz von Havanna im Juli 1940 offiziell seine Pleite am Widerstand aus Lateinamerika. Rückblikkend war es nur das Labor, dessen tragende imperialistische Techniken und Institutionen direkt in die Neue Ordnung von Bretton Woods übersetzt wurden.



Hunderte Millionen Tote: der Erfolg des Weltwirtschaftssystems von Bretton Woods

VI. Hunderte Millionen Tote: der Erfolg des Weltwirtschaftssystems von Bretton Woods

Es ist mehr als Unsinn, das Weltwirtschaftssystem von Bretton Woods, die Entwicklungshilfe, den IWF, die Weltbank (ja sogar die sogenannte »Schuldenkrise«) mit dem Vorwurf zu beleidigen, sie seien gescheitert, weil sie hunderte Millionen Hungertote, weltweites Elend, zerstörte Volkswirtschaften nicht haben verhindern können. Nein *umgekehrt*: sie waren erfolgreich, weil sie genau *das* geleistet haben, wozu sie eingesetzt waren:

– Sie haben in einer 40-jährigen Angriffswelle die Weltlandwirtschaft technisch und sozial rationalisiert, indem sie hunderte Millionen Menschen vertrieben, die vom Land lebten, ihre sozialen Zusammenhänge zerstörten, die das Überleben sicherten.

– Sie haben mit dieser Angriffswelle, aus dieser Zerstörung »Werte« herausgelöst, quasi aus vernichtetem Leben Gold gewonnen, das das Wachstum der Monopole und ihrer Metroploen garantierte, das den Absatz so *guter* Dinge wie Atomanalgen, chemische Gifte, Waffen erst möglich machte.

– Sie haben in diesem technologischen Angriff alle ihre Instrumente fortentwickelt, die man unter dem Begriff »Weltmarktintegration« zusammenfaßt: technologisch-organisatorische Abhängigkeiten einer neuen internationalen Arbeitsteilung, in denen Verwertung, Kontrolle und Kommando unmittelbar verschmolzen sind.

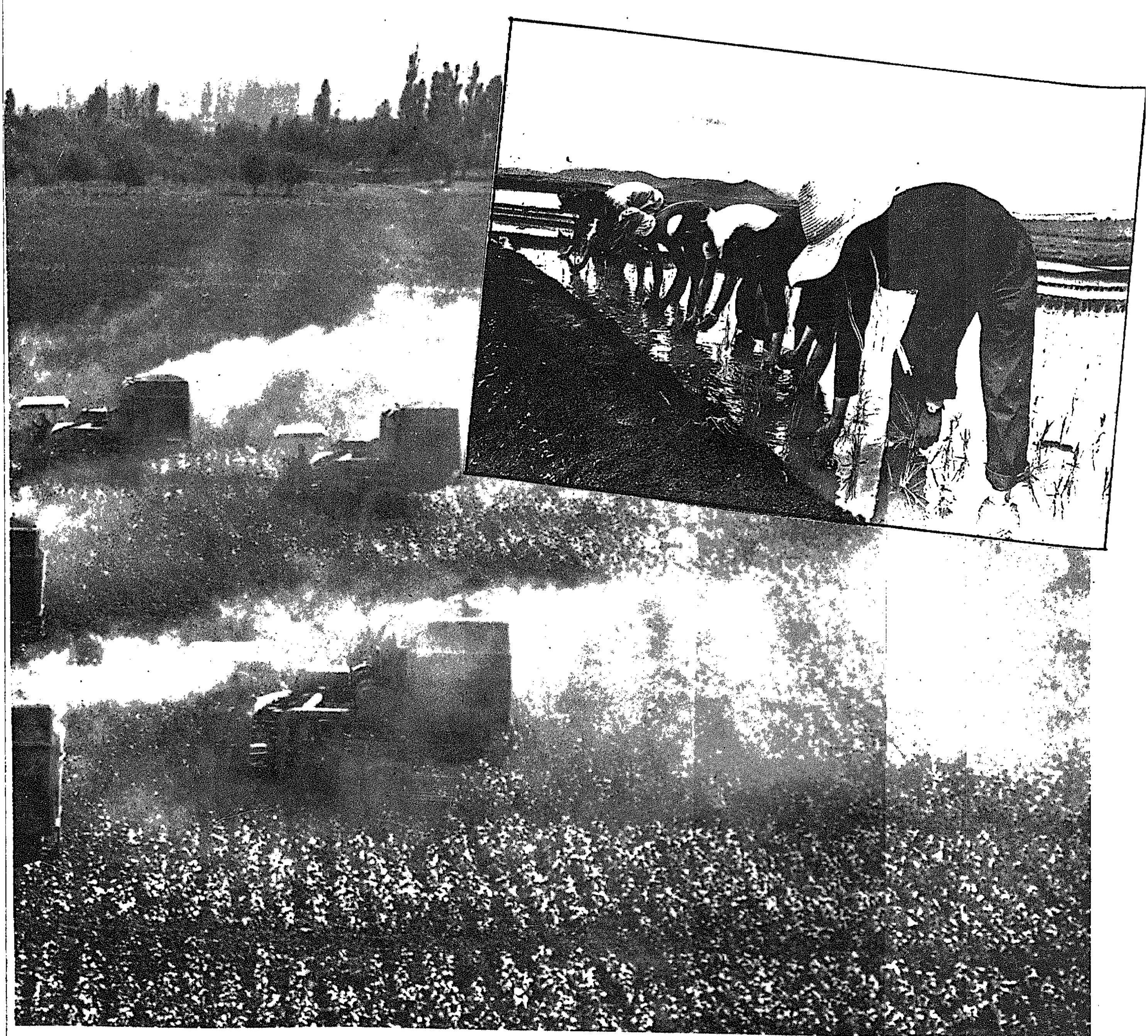
Diese »Weltmarktintegration« ist erfolgreich, weil sie Überleben dem Diktat des Geldes unterworfen hat (»Geld ist der Grund, warum hungrige Nationen nichts zu essen haben«, hieß es im *International Herald Tribune* 1984 treffend und triumphierend auchzu Brasilien, dem drittgrößten Nahrungs-(Futter-)mittelexporteur der Welt.)

– Sie ist erfolgreich, weil sie die nationalen Lumpenbourgeoisien durch ihr technologisches Kommando zertrümmert hat und den nationalen Klassen nunmehr scheinbar unangreifbar als transnationales Kommando aus den Weltkathedralen des Monopols entgegentritt.

– Sie ist so erfolgreich, weil sie jede Befreiungsbewegung im nationalen Rahmen illusorisch gemacht hat, weil die Posten, die national noch zu besetzen und »zu befreien« sind nur noch Verwaltungsposten sind.

Es ist der Erfolg des Systems, nicht seine Fehlleistung, daß es durch seine bürgerlich-ökonomischen Mechanismen eine globale Klassenzusammensetzung betrieb, die ein Abbild dessen ist, was das deutsche Kapital in direktem, brutalen Planungszugriff vor 1945 durchsetzte: ein Gefälle von metropolitanen Kernarbeitern über den Migrationsparia und den trikontinentalen Arbeitslagerinsassen bis zu denen, die fürs nackte Überleben arbeiten (food for work) und denjenigen, für die das System keine Überlebensperspektoive mehr bereit hält, den Opfern eines statistisch betriebenen Völkermords, ... der Aussonderung der nicht mehr Überlebensfähigen (vgl. dazu *Autonomie Nr.10* und die *Materialien gegen die Flüchtlingspolitik*).

Es hieße Eulen nach Athen tragen, hier noch im einzelnen zu belegen, wie die Strategie von sozialer Zerstörung und Weltmarktintegration, von Vernichtung durch Entwicklung, von Auflösung sozialer Strukturen in eine Weltarbeitsmarkt- und -sozialpolitik im Rahmen und durch die neuen Instrumentarien der »Schuldenkrise« noch verschärft wurde. Die Sanierungs- und Stabilisierungsprogramme des IWF, die Versuche, sie unter dem neuen Etikett »Strukturprogramme« auf



die Weltbank zu verlagern, um den IWF vorläufig aus der Schußlinie zu nehmen, all dies spricht eine ausreichend deutliche Sprache und schwitzt die Kontinuität der »Neuen Ordnungen« von 1940 aus allen Poren.

Doch Vorsicht. Es geht hier nicht nur um die Erkenntnis, daß das System von Bretton Woods, IWF und Weltbank Waffen des Kapitals sind, es geht um Konsequenzen. Eine ist, daß man diese Waffen ebensowenig reformieren kann, wie einen Panzer. Man kann sie nur bekämpfen. Jede Beschränkung auf Reformen so wie sie heute von »links« vorgetragen werden, heißt nichts anderes als – das Geschäft des Kapitals betreiben, in einer subtilen Geländearbeit das Arsenal an die Widerstände und Blockierungen anzupassen, es verbessern, heißt einmal wieder, die Aufgabe einer Grenzträgerschaft der kapitalistischen Gewaltmaschine zu übernehmen, zu der bekanntlich ja die linken Reformisten geeignet sind wie niemand sonst. Alle, die von »Umbrüchen« reden, die ihre Reformvorstellungen in eine neue Entwicklungswelle der kapitalistischen Akkumulation einbringen, stellen sich in diesen Dienst. In der Tat, sie wissen, daß das Kapital diese Grenzträgerschaft braucht. Die Verwertungsblockierungen, die die Klassenauseinandersetzungen dem Kapital seit Ende der 60er Jahre entgegenhalten, sind ohne die Anpassungsleistungen einer internationalen linksreformistischen Sozialpolitik nicht zu durchbrechen. Vergessen wir nicht: es waren die linkskeynesianischen Entwicklungspolitiker, die der Gewaltwelle der alten »Neuen Ordnung« schon damals das Räderwerk schmierte. Es ist schwer, sich in der Metropole zu diesen Erkenntnissenbereit zu finden. Durch ein dickes cash-crop genährtes Steak ist die Sicht einfach schlecht. So kann es denn um nichts anderes gehen, als sich auf die Waffen der »Umbrüche« einzustellen, die das Kapital nunmehr in den Dimensionen einer übernanationalen Verwertungs-Finanz- und sozialen Reorganisation schmiedet. Es sind wie immer bei der Lancierung einer »neuen Welle« der Entwicklung und des Wachstums die Waffen der Neuen Technologien.

Anmerkungen:

Ein ausführlicherer Aufsatz *Detlef Hartmanns* zur Entstehung des IWF und zum Zusammenhang zwischen Großraumpolitik und Subsistenzwirtschaft findet sich in *Autonomie* Nr.14, S.217-287, wiederaufgelegt 1987, Vertrieb: AurorA-Vertrieb, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19.

Weitere Literatur:
– Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Frankfurt 1977.
– Timothy Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1975.
– Teresa Hayter: The Creation of World Poverty. London 1981.

Kritische Anmerkungen der SF-Redaktion:

Wir haben uns entschlossen diesen Vortrag *Detlef Hartmanns* zur Diskussion zu stellen, weil es ihm gelingt, wesentliche Zusammenhänge in der Entwicklung des Kapitalismus bis heute in Verbindung mit dem IWF zu beschreiben. Aus anarchistischer Sicht kommt in seiner Analyse jedoch die Rolle der Staaten bei weitem zu kurz. Sie scheint nur dort auf, wo es – fast schon überraschend – nicht gelungen ist, eine panamerikanische Großraumpolitik umzusetzen, oder wo es Großbritannien doch noch schaffte, Einfluß auf die Gestaltung der Weltwirtschaft nach 1945 zu erlangen. D.h. *Detlef Hartmanns* Beitrag analysiert »idealtypisch« (das Schicksal aller Theorie?) die Entwicklungsbedingungen des Kapitals für eine Ausweitung des Profits. Er übernimmt dabei (in spiegelverkehrter Form) die Sicht des Kapitals und aus dessen Sicht, sind die beschriebenen Strategien »folgerichtig« und angestrebt. Richtig ist auch, daß diese Strategien Einfluß ausüben, auch auf uns. Falsch wäre es jedoch, aus dem Analysierten zu folgern, daß es keine anderen Faktoren gibt, keine anderen Interessen; falsch wäre, anzunehmen, daß allein die Existenz des IWF, der Weltbank, der »Gipfel« etc. darauf hindeutet, daß die nationalen Kapital- und Machtinteressen keinerlei Rolle mehr spielten. Deshalb sind wir natürlich nicht der Ansicht, daß die Politik von Bretton Woods »die nationalen Lumpenbourgeoisien ... zertrümmert hat«, sondern meinen, daß sich im »Großraum Weltmarkt« durchaus noch verschiedene Kräfte und Interessen gegenseitig Gewinne streitig machen, auch wenn die Hegemonie der USA unbestritten ist.

Eine andere Einschränkung betrifft die Assoziationen, die der Begriff »Großraum« weckt. Die Analyse geht von deutscher Eroberungspolitik (»Blitzkrieg«, Südosteuropa) aus, d.h. ein Konzept besetzter und abhängiger Länder. Der deutsche *Staat* stülpt – und das ist ganz wesentlich – den anderen Ländern seine (wie uns scheint in Zusammenarbeit mit dem deutschen Kapital, aber nicht in Abhängigkeit von einem über-nationalen Kapital) ökonomischen Vorstellungen über. Dies scheint ein wesentlicherUnterschied zur heutigen Situation, der aus *Detlef Hartmanns* Analyse herausfällt. Nur wenn er Italien und Japan miteinbezieht, was er an einer Stelle andeutet, käme er zu einem vergleichbaren Gebilde von politisch selbstständigen, ökonomisch von einem über-nationalen System abhängigen Staaten wie wir es heute vorfinden. Wie *dieses* Verhältnis zwischen (herrschenden?) Staaten und einem über-nationalen (herrschenden?) Kapital zu bestimmen wäre, scheint uns die entscheidende Frage, die in der Auseinandersetzung gegen den IWF-Kongreß in Berlin 1988 beantwortet werden muß und die aus vorliegendem Diskussionsbeitrag nicht abzuleiten ist, weil die Rolle der Staaten einfach als irrelevant ausgeblendet wird.

Trotzdem gibt der Artikel eine wertvolle Starthilfe, um die wirtschaftlichen Veränderungen (immer nur deren Tendenz, Gegenbeispiele ließen sich finden), die sich mit der letzten Wirtschaftskrise andeuteten zu begreifen und Schlüsse für die heutige Reorganisation des Kapitals zu ziehen. War es 1934f. vor allem die Landwirtschaft, die rationalisiert wurde, sehen wir diesen Prozeß heute als weitgehend durchgeführt und müssen feststellen, daß es nun die herkömmliche Industrie betrifft. Die Ungleichzeitigkeit mit der diese Prozesse in den verschiedenen Ländern ablaufen, lassen jedoch eine eindimensionale Theorie nicht zu, – und schön dialektisch lassen sie gerade deshalb Widerstandsmöglichkeiten offen.

Dies nur als erste Anmerkungen, wir hoffen auf eine weiterführende Diskussion im *SF* und anderswo. Nur noch eine Begriffserklärung zum Schluß: immer wenn wir es (konstruktiv) mit Marxisten zu tun haben, hagelt es Begriffe, deren Inhalt nicht ohne weiteres allen klar ist. Wenn dann jedoch auch noch dieselben Begriffe für verschiedene Inhalte benutzt werden, so wird es besonders problematisch: Unter »Neuzusammensetzung der Klasse« versteht *Detlef Hartmann* in seinem Beitrag offensichtlich eine neue Hierarchisierung der abhängigen Klasse im wirtschaftlichen Großraum, also z.B. vom (geschlechtsunspezifisch!) Facharbeiter bei IBM bis zum hungernden Arbeitslosen in Indien. Unter demselben Begriff versteht (vgl. *SF-26)* die *wildcat* diejenigen Menschen, von denen sich ein theoretisches Konzept erhofft, daß sie sich heute als neues revolutionäres Subjekt herausbilden (– also zur Lohnarbeit Gezwungene, Marginalisierte etc.), d.h. in diesem Fall natürlich, daß die Beteiligten untereinander egalitäre Positionen, Rechte etc. haben.

wh

Kurzes

☆ **Suche** 0-Nummer des SF und Band 2 von Volins "Die Unbekannte Revolution". Wolfgang L., Tel. 05021/61692 (nach 16 Uhr, öfters versuchen).

☆ **Biete** Anarchismus – was ist das?, Ergebnisse und Kommentar einer Meinungsumfrage in Münster 1987, 31 S., 2.- + Porto. Bezug: *Verlag Schwarzer Mond, Uta Demes, Rh. Freer. Str.2, 4358 Haltern, Volksbank Gronau, BLZ 401 640 24, Kto. 140 966 801.*

☆ **Archiv**: Seit 7 Jahren wird in Münster ein Infoladen betrieben, der inzwischen das wohl größte Archiv der autonomen Bewegung zusammengetragen hat. Das *Umweltzentrum Münster* ist aus der Anti-AKW-Bewegung entstanden; neben diesem Schwerpunkt kamen im Lauf der Zeit hinzu: Antimilitarismus, Landwirtschaft, Gesundheit, Alltagsökologie, industrielle Zerstörung, Überwachung, Kampf gegen Arbeit, Frauen und Widerstand.

Finanziert wird die Arbeit durch Verkauf von Büchern, Broschüren und Zeitschriften sowie durch Spenden. Das Archiv umfaßt 10 000 Titel, darunter 100 Zeitschriften. Ortsansässige können kostenlos entleihen, andere kopieren lassen. Auswärtige können anreisen oder bestellen. Ein Archivschlüssel kann zugesandt werden. Neben der finanziellen Unterstützung sollten Arbeitsmaterialien zu den genannten Themen kontinuierlich ans Umweltzentrum gesandt werden, damit neue Gruppen nicht permanent bei Null anfangen müssen.
Kontakt: *Umweltzentrum e.V., Scharnhorststr. 57, 4400 Münster. Öffnungszeiten: DI, Mi: 15–18 Uhr, Do: 13–18 Uhr. Tel. 0251/521112.*

• **Eine linke FAZ-Karikatur vom 7.11.87.** Aus Antikommunismus versehentlich zu politischer Klarheit? Die *FAZ* druckte eine Karikatur mit Kronstadt und der Ukraine. (Eingesandt von Ulli aus Fulda).

☆ Die Titel aus der **Reihe Libertäre Wissenschaft** werden SF-LeserInnen zum verbilligten Subskriptionspreis angeboten, da es bei diesen Titeln aufgrund ihrer niedrigen Auflagen zu relativ teuren Buchpreisen kommt. Wer also den einen oder anderen Titel haben will überweist den Subskriptionspreis bis zum 15.4.88 auf das *Postscheckkonto Nr. 138 74-706 - Trotzdem Verlag - Postscheckamt Stuttgart.* Wir merken die Bestellungen vor und liefern bei Erscheinen umgehend aus.
Folgende zwei Titel erscheinen zum Mai und Juni 1988:

– Hans-Ulrich Grunder: Weibliche Bildung im 19. Jahrhundert. Die Konzepte einiger anarchistischer und bürgerlicher Pädagoginnen. Verglichen werden die Positionen von *Mary Wollstonecraft* und *Adrienne A. Necker de Saussure, Louise Michel und Rosette Niederer-Kasthofer und Josephine Stadlin* sowie *Emma Goldman und Hedwig Dohm.* Ca. 200 Seiten, 20.-DM, Subskriptionspreis: 15.-DM incl. Porto.

– Holger Jenrich: Anarchistische Presse nach 1945 in der Bundesrepublik. Die Arbeit gibt einen detaillierten Überblick über alle in der BRD bis heute erschienenen Zeitungen und Zeitschriften, über die Gründe ihrer Einstellung, über ihre Probleme, Repression, mangelnde Wirtschaftlichkeit und Qualität,Insidertum etc. ca. 350 S., 32.-DM, Subskriptionspreis: 20.-DM, incl. Porto.
Bestelladresse: Trotzdem☆Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1 (neue Postfachnummer und neue PLZ ab 1988!!).

☆**Suche** alle Artikel von und über *Emma Goldman*, von 1890 bis heute, die in Zeitschriften erschienen sind. Bereits erfaßt sind Fanal, Der freie Arbeiter, Erkenntnis und Befreiung, Der Syndikalist, Der Pionier, Freiheit (nur bis 1890), Der Sozialist, Der Kampf (HH), Der Kampf (Berlin), Die Schöpfung, Die Internationale (FAUD), Die Aktion. Von allen anderen Zeitschriften jeweils nur Einzelexemplare, wer also in der einen oder anderen Zeitschrift liest, bitte dran denken! Kontakt: *Wolfgang Haug, PF 1159, 7043 Grafenau-1.*

•**Oberpfalz Rückblende** – das *Infobüro Altenschwand* hat einen umfangreichen Pressespiegel erstellt und will diese Arbeit monatlich weiterführen. Thematisch umfaßt die *Rückblende* die gesamte Berichterstattung im Zusammenhang mit der **WAA**. Zum Beispiel: Bau- und Genehmigungsverfahren, Widerstand, Aktionen, Veranstaltungen, Repression, Prozesse, Aufrüstung der Polizei, Geblubber der Regierung, die wirtschaftliche Situation der Oberpfalz (Maxhütte) etc. Der Erlös für die *Rückblende* (6.-DM bei Einzelbestellung, 48.-DM jährlich, 5.-DM bei Wiederverkauf ab 5 Ex:) wird für die Arbeit des Info-Büros verwandt (Prozessbetreuung, Ermittlungsausschuß, Infoverbreitung etc.).
Kontakt: Infobüro Altenschwand, Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr; Tel. 09434-3368; Kto.-Nr. Ch. Miller, Schmidt Bank Schwandorf, Kto.-Nr. 70 024 030, BLZ 750 310 70.

☆**Termine:** Die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion Wustrow bietet wieder Seminare an. Darunter:
Vom *6.-8. Mai* **Erfahrungen mit dem all-täglichen Sexismus** (Nur für Frauen). Es sollen Alltagserlebnisse und Fragen wie Sexismus und Militarismus bearbeitet werden. Referentin: Antje Kirbis.
Vom *27.-29. Mai* **Martin Buber und M.K. Gandhi** – In einem offenen Brief kritisierte Martin Buber 1939 Gandhis Stellungnahme zur Palästina-Frage und zur Situation der deutschen Juden während der Zeit um die »Reichskristallnacht« 1938. Buber attackiert insbesondere die ungebrochene Bedeutung von gewaltfreiem Widerstand, selbst unter den totalitären Bedingungen einer (Führer-)Diktatur. Bislang kaum bekannte Dokumente sowie das jeweilige Selbstverständnis beider Persönlichkeiten sollen diskutiert werden. Gewaltfreie Aktionen unter faschistischen Verhältnissen untersucht werden. Referenten: Christian Bartolf und Arnold Köpcke-Duttler.
Kontakt: *Bildungs-u. Begegnungsstätte, Kirchstr. 14, 3135 Wustrow, Tel. 05843-507.*



»Auf der Suche nach Orten des Widerstands«

von Wolfgang Haug

Bei nachfolgendem Beitrag handelt es sich um die Neubearbeitung des FLI-Themas »Tendenzieller Verfall der Arbeit« anläßlich der »1. Regensburger Fachtagung für Lust und Freiheit« im Dezember 1987. Wir halten es für sinnvoll diese Diskussion angesichts der Suche nach linksradikalen Konzepten und politischen Perspektiven neu zu beleben. Wir haben jedoch den Blickwinkel der Thesen verändert und diese selbst »entschärft« und fragen weniger nach der Analyse der Industriegesellschaft und unseren darüberhinausgehenden Utopien, dafür mehr nach dem Ausgangspunkt zukünftiger Widerstandsmöglichkeiten. D.h. wir stellen die Thesen in den Diskussionsrahmen um »Alltag – Klasse – Strukturen schaffen«; dies vor allem deshalb, weil der Beitrag in SF-26 auf breite (zustimmende wie ablehnende) Resonanz stieß, der Schluß jedoch als zu verkürzt empfunden wurde.

Bislang sind die Thesen zur Auflösung und Verfall der Arbeit, die sich als Diskussionsansatz verstanden, meist als Diskussionsergebnis aufgefaßt worden; und weil sie als Ergebnis provokativ wären, kam es überhaupt nicht zu einer wirklichen Diskussion, sondern zur Äußerung von einem ganzen Sammelsurium von Vorurteilen. Deshalb will ich diesmal nicht mit den Thesen beginnen, sondern jede Menge Vorbemerkungen loswerden.
Zuerst will ich sehr ausführlich einleiten, warum das Forum für libertäre Informationen 1984 und 1985 über das Thema diskutiert hat und vor allem darauf hinweisen, daß diese Diskussion nicht zuende geführt wurde. Nach dem Erstellen der *Sondernummer* Verfall der Arbeit des Schwarzen Fadens löste sich die Berliner Anarchogruppe, die diese Thesen aufgestellt und in die Diskussion gebracht hatte auf. Das Thema blieb sozusagen an der Redaktion des SF als Verbreiterin der Sondernummer hängen.

Als Annäherung an das Thema nehme ich mir eines der vielen Vorurteile, die in den letzten Jahren gerade innerhalb der linksradikalen Bewegung geäußert wurden, nämlich: es gehe uns darum, die Arbeiterklasse zu verleugnen, bzw. den Anarcho-Syndikalismus und Unionismus zu demontieren. Deshalb zunächst, was war der Syndikalismus und Unionismus?
Meine Antwort wäre: spezifisch anarchistisch beeinflußte Gewerkschaftsorganisationen, die sich zeitweise gerade in Deutschland auch als Kulturbewegung verstanden und eigene Vorstellungen einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft über die Betriebe entwickelten. Wie bei anderen linken Gruppierungen betrachteten und betrachten sie die ArbeiterIn als das revolutionäre Subjekt, mit dem es eine Systemveränderung durchzusetzen gilt.
Ob es überhaupt angebracht ist eine Revolutionsvorstellung über ein – meist theoreti-

sches, – revolutionäres Subjekt zu entwikkeln, wäre die erste kritische Hinterfragung herkömmlicher linker Politik. (?!)
Die Mittel der Anarchosyndikalisten und Unionisten waren: Sabotage, Generalstreik, Besetzung der Betriebe, Produktion in Selbstverwaltung, Vernetzung der Kollektivbetriebe. Da diese nur in den 20er Jahren in Italien und nach 1936 in Spanien in die Realität umgesetzt werden konnte, blieb der Mehrzahl der Anarchosyndikalisten anderer Länder nicht viel mehr als uns heute: Antimilitarismus, Bewußtseins-Bildung, Kultur, Emanzipation der Frauen und der Jugendlichen auspatriarchalischen und hierarchischen Strukturen, Beteiligung an Unruhen, wie z.B. den Erwerbslosenaufständen, der Roten Ruhr Armee gegen den Kapp-Putsch, den Märzaufständen; freie Schulinitiativen, Demos usw.
In diesen Einzelbereichen finden wir - soweit wir historisch interessiert sind, - genügend Spuren der Anarchosyndikalisten, Rätekommunisten und Anarchisten; doch kann die Geschichtsschreibung der Herrschenden auch ganz gut darüber hinweggehen; - was soviel heißt, wie, daß der gesellschaftliche Einfluß der Anarchosyndikalisten wie Anarchisten doch sehr begrenzt war. Trotzdem müssen wir festhalten, daß dort, wo die Geschichtsschreibung nicht an den Anarchisten vorbeikommt, also in Spanien und in den 20er Jahren in Argentinien und Italien, es die Verbindung mit dem Syndikalismus war, die dem Anarchismus diese gesellschaftliche Breitenwirkung ermöglichte. Schauen wir uns weiter um, wo ein ähnlicher Einfluß möglich wurde, so fällt eigentlich nur ein anderer Faktor auf: die Verbindung der anarchistischen Theorie und Bewegung mit einer weit verbreiteten Zeitstimmung, wie der Antikriegsstimmung in Deutschland nach 1918 und in Rußland nach 1917.

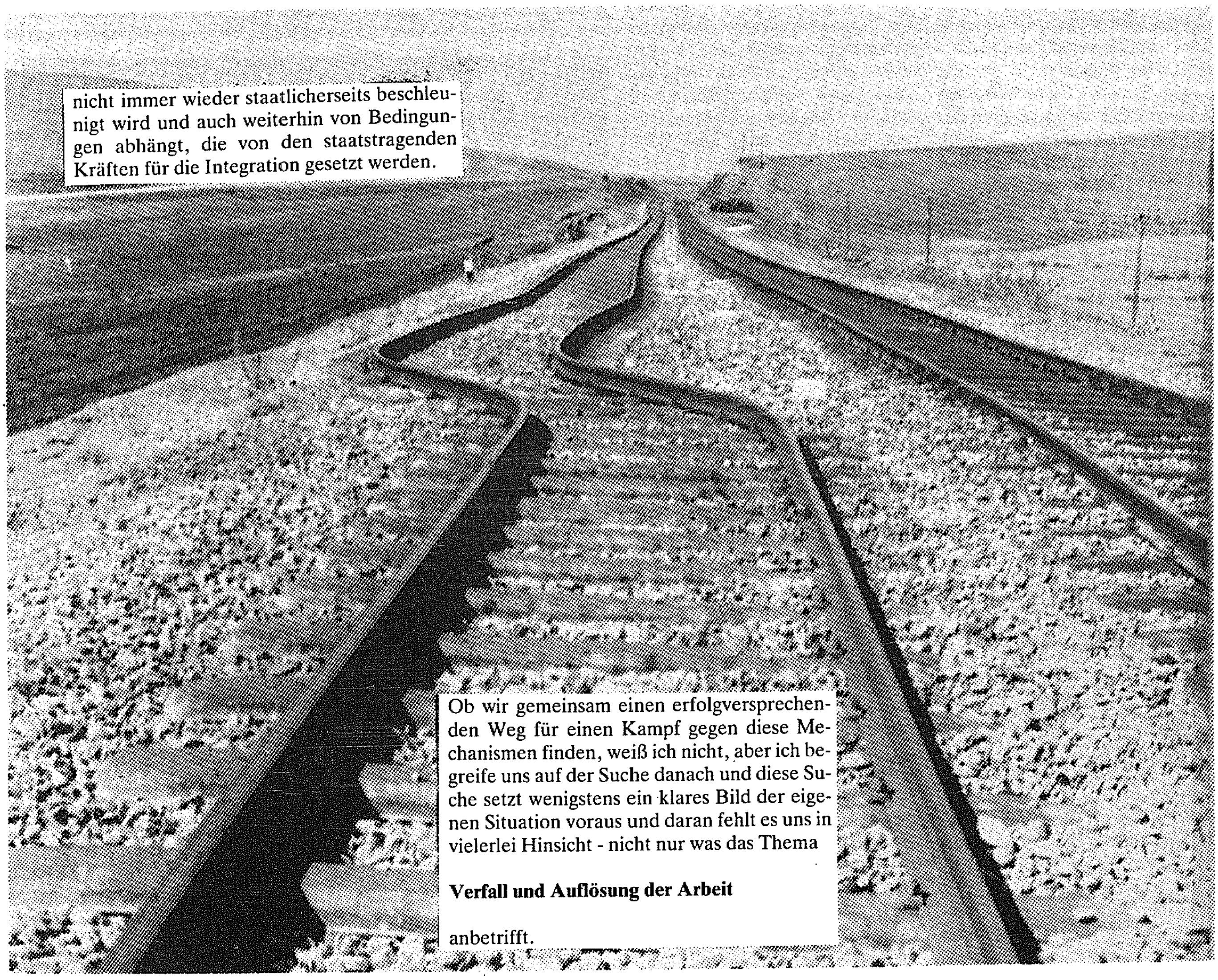
Unsere Ausgangsthese, die wir nachweisen wollen wäre demnach: die Verbindung mit der Arbeiterklasse wird es in Europa nicht mehr geben. Unsere nächste Frage wäre deshalb: welche Verbindung mit einem allgemeinen Bedürfnis, das dazu noch keine Eintagsfliege sein darf, sondern übergreifenden gesellschaftsverändernden Charakter entfalten können muß, könnten wir uns vorstellen? "Bedürfnis" ist dabei sicherlich das falsche Wort.

Für die Thesen gab es jedoch auch noch eine zweite Herangehensweise: diese andere Überlegung setzt daran an, warum der Anarchosyndikalismus und der auf die Arbeiterklasse sich beziehende Linksradikalismus allgemein heute keinerlei Breitenwirkung mehr hat - und vermutlich und dazu kommen wir anhand der Thesen, - mehr haben kann. Dazu gibt es viele Einzel-Erklärungen: zu wenige Vertreter, nach dem Krieg eine Mentalität für das individuelle Vorwärtskommen bei Ablehnung aller politischen Theorie, staatliche Repression und Propaganda, keine Finanzen, keine Medien, ein übermächtiger DGB usw. - doch all diese guten Gründe erklären nicht, warum der Syndikalismus auch international keine Rolle mehr spielt.

Eine Mitursache, die sich auch besonders an der heutigen Situation der spanischen CNT illustrieren läßt, ist die Ablehnung sozialpartnerschaftlicher Einrichtungen als Integrationsmechanismus des Kapitals, bzw. parteilich gelenkter Scheinvertretungen im Staatskapitalismus. Unsere gewünschte Politik ist eine, die auf den Bruch mit den herrschenden Mechanismen zielt. Eine solche Politik heute zu vertreten, bedeutet zumindest die gesellschaftliche Isolation zu riskieren. Am Beispiel der CNT beobachteten wir mehrere Abspaltungen, die immer wieder vom gleichen Mechanismus bestimmt waren: nämlich: zumindest einige Punkte des Sozialpakts anzunehmen, wie die Wahl von Betriebsräten, um aus dem totalen Abseits in den Betrieben und der Gesellschaft rauszukommen. Der Staat oder die herrschenden Kräfte, ob Kapital oder Sozialistische Partei bestimmen also die Auseinandersetzung und stellen die radikalenKräfte nicht nur bei uns, sondern auch anderswo vor immer die gleiche Sitation: entweder den Bruch zu verfechten und die Aversionen aller gesellschaftlich integrierten Gruppen abzubekommen - bis hin zur Kriminalisierung durch die real Herrschenden, oder aus der entstehenden Isolierung auszubrechen, indem Teile der Überzeugungen fallen gelassen werden. Die Entwicklung der GRÜNEN führt uns vor, wo dieser zweite Weg enden kann, was nicht heißen soll, daß die GRÜNEN nicht noch weiter gehen als sie schon gegangen sind, und daß dieser Prozeß

Photo: Manfred Kampschulte





nicht immer wieder staatlicherseits beschleunigt wird und auch weiterhin von Bedingungen abhängt, die von den staatstragenden Kräften für die Integration gesetzt werden.

Ob wir gemeinsam einen erfolgversprechenden Weg für einen Kampf gegen diese Mechanismen finden, weiß ich nicht, aber ich begreife uns auf der Suche danach und diese Suche setzt wenigstens ein klares Bild der eigenen Situation voraus und daran fehlt es uns in vielerlei Hinsicht - nicht nur was das Thema

Verfall und Auflösung der Arbeit

anbetrifft.

Deshalb zurück zum Thema und zur Frage, warum wir im FLI keine Hoffnungen auf neue, alte Klassenkampf-Konzepte setzen, auch wenn sie von Jobbern neu definiert eingebracht werden. Warum wir es als Zeitvergeudung und Energieverschwendung ansehen, wenn alle Kraft in ein Projekt "Klassenkampf" - über die sogenannte Neuzusammensetzung der Klasse - gesteckt wird.

Diese Arbeiterbewegung wird zumeist von sozialdemokratischen Konzepten geprägt. Was soviel bedeutet, daß es weniger um das Erstellen einer Theorie und anschließenden oppositionellen Praxis über die industriellen Veränderungen in dieser Gesellschaft ging und geht, sondern vielmehr um eine Politik, die an den Interessen der Noch-Beschäftigten nach Lohnzuwachs ausgerichtet ist und die Nicht-mehr-Beschäftigten sozial ruhigstellt. Daß diese Interessen auch mit dem Vereinzelungsinteresse des Kapitals *übereinstimmen*, bleibt unproblematisiert, führt jedoch zur weiteren Schwächung der Reste der Gewerkschaftsbewegung. Während es z.B. um die Kritik am Industrialismus geht, fordern die ÖTV, oder der DGB Lohnerhöhungen, um den binnenwirtschaftlichen Konsum anzukurbeln und so unser Wirtschaftssystem zu stabilisieren. Die Integration der Gewerkschaften in die Warengesellschaft hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Menschen über käufliche Scheinbefriedigungen (scheinbare Wiederaneignung der entfremdeten Arbeit) von wahrer Selbstbestimmung und politischer Aktivität abgehalten und zu passiven Konsumenten gemacht wurden. (Diesen Prozeß wieder umzukehren, wäre Ziel libertärer *(Anti-)Politik*; (Anti-)Politik deshalb, weil wir gerade weg kommen wollen von allen herkömmlichen Politikvorstellungen wie Parlamentarismus, Delegieren eigener Interessen, Parteien, Trennung zw. Politik und Privat/Alltag etc.) Über 40 Jahre solcher Gewerkschaftspolitik in Europa und den USA erklären zur Genüge, daß die Arbeiterschaft in diesen Gebieten momentan sicher nicht mehr revolutionäres Subjekt der Geschichte ist.
Wäre es jedoch nur die Bewußtseinsfrage, die die Arbeiterklasse daran hindert, wieder zu einer gesellschaftlich-innovativen Kraft zu werden, so könnten wir uns in den Kampf um das richtige Bewußtsein stürzen und Modelle entwerfen, Aktionen mittragen usw. - alles im Vertrauen darauf, daß die herrschenden Gesellschaftssysteme nach wie vor nicht an der Arbeiterklasse bzw. der ins Lohnverhältnis gezwungenen Klasse vorbeikommen; und deren Kraft irgendwann nachgeben müssen, würde diese Kraft nur politisch richtig genutzt.

Neue, alte Konzepte verfolgen diese Linie und setzen darauf ihre politischen Perspektiven. Dabei müssen jedoch vor allem die Arbeits- und Klassenkämpfe aus z.B. Südafrika herhalten, um überhaupt noch hoffnungsvolle Szenerarien zur Veranschaulichung der eigenen Wünsche vorzeigen zu können. Doch gerade die Auseinandersetzungen in Südafrika könnten und müssten als Beispiel für einen allumfassenden Widerstand, der sich aus dem Alltag entwickelt, analysiert werden.

Hier setzen nun die Thesen zum Verfall der Arbeit an: Wir gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse ihre alte gesellschaftsverändernde Rolle nie wieder wird spielen können; daß sie ihre Chance zumindest in Europa und den USA endgültig verpaßt hat. Und daß es deshalb ein Fehler wäre, gerade unsere linksradikalen Veränderungsabsichten wieder neu und hauptsächlich auf die Klassefrage auszurichten. Warum?

Seit etwa der Mitte der 60er Jahre vernichtet jede Mark, die in traditionellen Industriezweigen investiert wird, mehr Arbeitsplätze als sie schafft. Gleichzeitig schaffen Investitionen in innovative Industrien weniger Arbeitsplätze als solche früher in der traditionellen Industrie.

Seit etwa den 70er Jahren kennen wir erneut das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit als hervorstechendstes Merkmal sozialer Krise und wirtschaftspolitischer Veränderung. Dazu gehören Schwarzarbeit, Emigrationsstop, Doppelarbeit, Ausländerhetze, Arbeitsvermittlungsbüros etc.
Den Beginn dieser Entwicklung können wir mit den Stichworten Öl- oder Energiekrise beschreiben, die jedoch mehr als Profitkrise verstanden werden muß.
Seit der sogenannten Ölkrise beschleunigte die Industrie den Umstrukturierungsprozeß, was zu einem Innovationsschub in Richtung Neuer Technologien führte.



Große Koalitionen, historische Kompromisse, neokonservative Konzepte sorgten auf der politischen Ebene für die Durchsetzung dieser neuen Richtung - wobei sich allerdings die Distanz zwischen Politikern und Bevölkerungsmehrheit im Vergleich zu den Aufbaujahren in der BRD wieder vergrößert. (Z.B. neoliberlae Konzepte, die für einen freien Markt eintreten und in der Tendenz von Thatcher und Reagan aufgegriffen wurden, bauen auch die letzten sozialstaatlichen Absicherungen ab und geben sich keine Mühe mehr ihre Herrschaft über eine Identifikation der Bevölkerung mit dem Staat abzusichern. Eine Bruchstelle, die in unsere Suche nach Ansatzpunkten eingehen sollte!)

Die Zahl der Fabrikarbeiter wird systematisch verringert, Stichworte von der Flexibilisierung und Mobilität prägen den alten Sektor industrieller Arbeit, Heimarbeit und Teilzeit- und Honorartätigkeit kennzeichnen den Sektor Neuer Technologien.

Für den Bereich der Teilzeitarbeit läßt sich anhand von Veröffentlichungen der Industrie- und Handelskammern (Dez. 1987) feststellen: *»Die Teilzeitbeschäftigung ist im vergangenen Jahrzehnt nahezu unabhängig von konjunkturellen Schwankungen gestiegen. Es gibt am deutschen Arbeitsmarkt zur Zeit knapp 600.000 Teilzeitarbeitsplätze mehr als 1976 . . . mittlerweile 3 Millionen Beschäftigte in Teilzeitjobs . . . Teilzeitquote von 12% . . . Holland, Großbritannien und Norwegen können auf doppelt so hohe Quoten verweisen. . . . die Produktivitätseffekte der Teilzeitarbeit sind gewöhnlich um ein Vielfaches größer als die zusätzlichen Kostenbelastungen«* (für die Betriebe, Anm. wh).

Als allgemeine Tendenz steigt die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich während die in der Produktion sinkt.

D.h. nichts anderes, als daß sich die Industrie in eine Richtung reorganisiert, in der sie tendenziell von der MassenarbeiterIn unabhängig wird.

Diese Entwicklung beschreiben wir als »Tendenziellen Verfall der Lohnarbeit« - die als bisheriger Kristallisationspunkt menschlichen Widerstands im Kapitalismus durch die Umstrukturierungen zunehmend ausgespielt hat. Der in den Dienstleistungsbereich abgeschobene Mensch kann nicht mehr wirkungsvoll über Generalstreiks in für die Gesellschaft lebensnotwendige Produktionsbereiche eingreifen. Selbst alte Errungenschaften wie der 8 Stunden-Tag sind auf lange Sicht zu untergaben, wenn für Heimarbeit nach abgelieferter Leistung bezahlt wird, die Atomisierung der Lohnabhängigen nimmt momentan (d.h. solange wir nichts dagegen organisieren) außerhalb der Fabrik zu. Toni Negri beschreibt die Strategie des Kapitals heute als Prozeß, in dem das Kapital davon ausgeht, daß "das Proletariat um so produktiver ist, je zerstreuter und zersetzter es ist". Johannes Agnoli ergänzt, daß "Heimarbeit" kein "naturwüchsiger Prozeß, sondern vielmehr die strategische Antwort des Kapitals auf Streikbewegung und Sabotage und Absentismus (also Krankfeiern) ist."

Und wie diese Umstrukturierung vor sich gehen kann, illustrierte ein Bericht der taz schon 1979 am Beispiel der Textilindustrie in Italien: Familien kaufen die Maschinen für die Heimarbeit (über Kredite z.B.). Damit sind jedoch die Produktionsmittel nicht mehr wie in der Fabrik vom Warenproduzenten getrennt, sondern dessen Situation ist einem Handwerkerstatus vergleichbar, und diese Entwicklung dürfte auch ein entsprechendes Bewußtsein nachsichziehen.

Für die Industrie bedeutet es zunächst eine ökonomische Entlastung, weil die Anschaffungs- und Unterhaltungskosten für die Maschinen entfallen. Dazu kommt, daß die sozialen Abgaben für die Beschäftigten eingespart werden können, schließlich sind diese Familien jetzt selbst Produzenten und müssen ihre Absicherungen in ihren Produkten eingerechnet haben. Die Preise für diese Produkte bestimmt jedoch die abnehmende Industrie, weil die Vereinzelung der - in unserem Beispiel "Familien" - fortgeschrittener ist, und eine solidarische Gemeinschaft Gleichbetroffener erst entwickelt werden muß. Damit wird jedoch auch deutlich, daß die bisherigen Widerstandsmöglichkeiten über Klassenkämpfe in der Fabrik zunehmend nicht mehr existieren werden. (Ganz ähnliche Entwicklungen lassen sich vor allem imBereich von ComputeranwenderInnen beschreiben.) Am Beispiel der Textilindustrie der BRD läßt sich auch der zweite Weg über die Roboterisierung der Betriebe mit »eindrucksvollen« Zahlen nachweisen: Seit 1970 wurden 470 000 Stellen in der bundesdeutschen »Krisenbranche« »wegrationalisert« um die Konkurrenzfähigkeit zu den »Billiglohnländern« in Südostasien zu erhalten. Ein deutlicher Beleg dafür, daß Marx' Analyse, wonach *»allein lebendige Arbeit Mehrwert und Profit produziert«*, auf den Kopf gestellt worden ist.

Und in diesen Zusammenhang stellen wir die so intensiv geforderte Volkszählung: effektiv wird eine Restrukturierung des Kapitals nämlich nur dann, wenn

a) die Produktionsprozesse automatisiert werden und

b) die Reproduktionsbereiche und Neue Technologie- Produktionsbereiche trotz Atomisierung in Heimarbeit etc. erfaßt und kontrollierbar bleiben!

Deshalb gelangten wir zu der These: Eine durch ökonomische Bestimmungen determinierte Linke geht mit dem Verfall ihrer Voraussetzungen unter, sofern sie nicht in der Lage ist, die Veränderungen zu begreifen und ihre Theorie und Praxis neu auszurichten.

Nehmen wir eine weitere Entfaltung der Produktivkräfte an, in der die menschliche Arbeitskraft tendenziell aus dem Produktionsprozeß verdrängt wird, so muß sich linke Politik der ökonomischen Bestimmung entziehen und allgemeiner werden.

Allgemeiner kann - folgen wir Negri - heißen: Je mehr das Kapital die Normen der Produktion auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnt, umso mehr muß sich Widerstand in all diesen Bereichen entwickeln. Negri definiert diese Entwicklung als Übergang vom Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter, er will weg von der Lohnerhöhung und hin zum Mindesteinkommen, weg von der Sozialpartnerschaft hin zu Aneignungen, weg von Gewerkschaftlertum hin zu Selbstverwaltung. D.h. aber auch, er - und damit ein Großteil der Operaia-Ansätze - verbleibt immer noch ausschließlich im Bereich der "Arbeit".

Klar erscheint nun, daß sich Widerstand zunehmend weniger innerhalb der Produktionssphäre organisieren läßt; Kämpfe gegen Stillegungen wie der englische Bergarbeiterstreik oder der derzeitige Streik um den Stahlstandort Duisburg sind gerade weil es gegen die Stillegung geht, ein Beleg für diese Entwicklung (wobei es in solchen Auseinandersetzungen natürlich nach wie vor darum geht, Widerstand zu unterstützen und eine übergreifende Politisierung des Konflikts zu erreichen, die über den Anlaß "Arbeitsplatz erhalten" hinausweist) als ein Beweis für die Vitalität des Klassenkampfgedankens. Gerade der Stahlkonflikt kann die stattfindende Entwicklung besonders drastisch verdeutlichen: Zwischen 1974 und 1987 wurden allein in der BRD bereits 95 000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie »wegrationalisiert«, das waren 40% aller Arbeitsplätze! In der jetzigen Auseinandersetzung geht es um weitere 40 000 Arbeitsplätze (in Duisburg 10000, im Saarland 4800, Oberhausen 3000, Hattingen 2900, Peine-Salzgitter 2800, Düsseldorf 2500, Oberpfalz 2200, Siegen 1900, Mülheim 1300, Osnabrück 1200, Bremen 600 und Troisdorf 600; Angaben aus Stuttgarter Zeitung v. 12.12.87). Und diese Zahlen sind noch irreführend, weil sie denVerlust der »nachgelagerten Betriebe« (Zulieferfirmen etc.) nicht erfassen. Übrig bleiben in der BRD damit ganze 97 000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie. Nun könnten wir annehmen, daß dies eine rein bundesdeutsche Entwicklung sei, die gerade durch die Subventionierung und Verstaatlichung anderer Stahl-Produzenten in der EG mitverursacht sei. Dem ist jedoch nicht so: vielmehr sind von 1974 bis 1987 innerhalb der EG alle Arbeitsplätze in der Stahlindustrie um 53% reduziert worden und machen im Moment, bei sinkender Tendenz, insgesamt nur noch 380 000 Arbeitsplätze aus. (Oder anders ausgedrückt: in Luxemburg wurden von 10 Betrieben 5 geschlossen, in Frankreich, das seine Werke subventioniert, von 10 Betrieben 6, in Großbritannien, das verstaatlichte, von 4 Betrieben 3 geschlossen.)

Wenn die Trennung zwischen Produktionsprozeß und Reproduktionsprozeß zunehmend aufgehoben wird, d.h. also, wenn Produzieren und Konsumieren in Zukunft beides innerhalb der Reproduktionssphäre stattfindet, müssen unsere Widerstandsmöglichkeiten gegen die Verwertungsmechanismen dieses Systems im Alltag gesucht werden.
Allgemeiner oder anarchistischer gesprochen: unsere gesellschaftliche Perspektive gegen die drohende Atomisierung und Durchkapitalisierung ist die der Autonomie: der Selbstorganisation der Arbeit **und** des Alltags. Dabei werden unsere Konzepte nicht





von der Ökonomie losgelöst, aber diese bestimmt unsere Ansätze nicht mehr wie sie dies in den alten, neuen Klassenansätzen tut. Klassen-Ansätze wie sie etwa von der *wildcat* neu formuliert werden, halten wir deshalb für ineffektiv, weil nun zu dem Fakt, daß der Klasse - die in der BRD nach dem Faschismus und über die Wiederaufbauphase zunächst *bewußtseinsmäßig* nicht mehr existierte, - nun auch zunehmend die materiellen Grundlagen genommen werden, - was andererseits nicht heißen soll, daß Ausbeutung, Abhängigkeit von Lohn, Hierarchien etc. wegfallen - oder Widerstand unnötig wird. Die Frage geht vielmehr dahin, wie dieser Widerstand aussehen kann, welche Basis er haben muß.
Von einer "Neuzusammensetzung der Klasse" (wildcat-Ansatz) könnten wir uns nur dann etwas versprechen, wenn weiterhin die Determinanten einer zukünftigen Gesellschaft von der Ökonomie gesetzt würden. In dem Maße, wie ein Wesensmerkmal der Ökonomie - die menschliche Arbeitskraft im Produktionsprozeß - überflüssig oder an den äußeren Rand gedrängt wird, kann die Klasse aber nicht mehr über den Klassenkampf die Grundlagen für den notwendigen Widerstand liefern. Wer dennoch aus der beschriebenen Entwicklung, die zu einer Arbeiteraristokratie (Facharbeiter) - ideologisch auf Seiten des Kapitals - und zu einer Masse von Jobbern, HeimarbeiterInnen, Dienstleistungsbeschäftigten und Arbeitslosen geführt hat und weiter führen wird, einen neuen Klassenansatz und die verstärkte Organisation der "neuen Klasse" ableitet, verbleibt in den alten linken Denkkategorien. Mit diesem Instrumentarium wird der Arbeiterklasse, jetzt der "neuzusammengesetzten" Klasse, die Erringung der Selbstbestimmung zugetraut, die nach wie vor über die Arbeit erreicht werden soll, also genau über die Sphäre, die von Anfang an fremdbestimmt war!

Verlassen wir die Begrifflichkeit von "Klasse-Arbeit-revolutionäres Subjekt" so stellt sich die Frage, was tritt an deren Stelle?
Eine Einigung darüber dürfte im Fall des "revolutionären Subjekts" relativ leicht zu erzielen sein, seit es seitens der Feministinnen auch in aktuellen Diskussionen den *Emanzipations*begriff wieder gibt. An die Stelle der Arbeit wollen wir den *Alltag* (in dem Arbeit als ein Bereich enthalten sein soll) setzen und - wohl sehr viel umstrittener - an die Stelle der Klasse, das alte anarchistische Wunschpaar *Kollektiviät/Individualität*. Was soll das heißen?

Wenn die Umstrukturierung des Kapitals greift, müssen wir vom gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsbereich - also vom Alltag - als dem Bereich zukünftigen Widerstands ausgehen. Das Subjekt der Emanzipation ist dann jedoch nicht mehr auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, zum Proletariat oder zu einer vielfältig definierten Schicht von Deklassierten einschränkbar. Selbst in nur ökonomischen Kategorien gedacht, wären es nicht mehr nur die ArbeiterInnen, sondern alle, die im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsbereich in abhängigen Verhältnissen leben müssen - also beispielsweise gerade auch die nicht-produzierenden Hausfrauen (-männer). In diesem Sinne nähert sich auch eine ökonomische Analyse dem alten anarchistischen Anspruch, die Unterdrückten nicht an ihrer objektiven Klassenlage ("theoretische Klassenzusammensetzung") festzumachen, sondern am Herrschaftsverhältnis, dem sie unterliegen.
Herrschaft begreifen wir jedoch tiefgreifender als patriarchalische Herrschaft und nicht mehr in erster Linie als ökonomische Herrschaft. Vielmehr ist die Ökonomie nur ein Bereich, der Herrschaft konstituiert; andere Bereiche wären die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die Trennung in öffentlich und privat oder das soziale Prestige über bestimmte gesellschaftlich-vermittelte Rollen, institutionalisierte Gewalt etc.

Ein neuer Ansatz für Widerstand im Alltag wäre also überall dort zu finden, wo es um die Überwindung von Herrschaftszuständen geht. Als unseren Ausgangspunkt, um Abhängigkeiten und Herrschaft zu bewerten und zu bekämpfen, müssen wir - wollen wir nicht neue Mythen von Masse oder Klasse rekonstruieren - die Emanzipation des Individuums begreifen. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Selbstbestimmung denkbar.
Wir haben gesagt, daß Arbeit wesentlich fremdbestimmt ist; wir haben auch gesagt, daß eine Bedingung für Herrschaft die Trennung von öffentlich-und-privat ist und wir haben festgestellt, daß der Umstrukturierungsprozeß des Kapitals, die progressiven Momente des Arbeitsbereichs (massenhafter Widerstand z.B.) vollends zunichte macht und die Bereiche von Produktion und Reproduktion - also öffentlich und privat - teilweise verschmilzt. D.h. aus dieser Analyse unserer jetzigen Situation müßten sich Ansätze für gesellschaftlich-wirksame linksradikale (Anti-)Politik entwickeln lassen.

Wenn wir den Ansatz "Klasse"-"Arbeiter" etc. verlassen, ist dies ein erster Schritt in die richtige Richtung, denn wir verlassen damit die Definition der Herrschenden, die den Menschen lediglich über seine Funktion bestimmen. Zulange hat die Linke diese Definition verinnerlicht und die eigene Identität an ihrer Funktion im Kapitalismus festgemacht. Eine solche Denkweise verhindert jedoch von vornherein eine wirkliche Überwindung derherrschenden Zustände. In Wahrheit geht es um die Emanzipationsfähigkeit des ganzen Menschen und nicht um die Umgestaltung einer Funktion. Deutlicher ausgedrückt: es geht nicht nur darum, daß wir die Produktion in Selbstverwaltung übernehmen und damit ein Herrschaftsverhältnis zu Vorgesetzten abschaffen, sondern es geht auch darum, daß wir uns aus der Abhängigkeit zur Arbeit, zum protestantischen Arbeits- und Leistungsethos und zur Industriegesellschaft selbst, also auch zu den in Selbstverwaltung hergestellten Produkten befreien und unsere Identität nicht mehr über Arbeit bestimmen sondern über soziale und gesellschaftliche Strukturen, über unsere *soziale Praxis*, in der wir als Individuen gemeinsam mit anderen leben. Ein solcher Abschied von der Arbeit bzw. ein Abschied vom Proletariat bedeutet keinen Abschied von der Kollektivität. Daß diese Kollektivität neu geschaffen werden muß, daß sie die Mechanismen der Warengesellschaft, die zur Atomisierung führen, überwinden lernen muß, begreife ich als unser politisches Projekt. Unser Ziel, eine Kollektivität im Alltag, dürfte bei weitem konkreter sein als die abstrakte Kollektivität der Klasse, die zumeist "theoretisch" bleibt, obwohl sie doch immer "politisch" werden soll. Daß sie nicht mehr "politisch" werden *kann*, liegt daran, daß die gemeinsamen kollektiven Arbeits- und Kampfformen mit der Umstrukturierung der Arbeit nicht mehr notwendigerweise aus der gemeinsamen Erfahrung der Zwangsarbeit entstehen. Die Kollektiverfahrung (der Zukunft) wird sich zunehmend auf die Neu- und Wiederaneignung der sozialen Beziehungen verlagern und ihre Motivation aus anderen Quellen beziehen als aus denen der gemeinsamen (Zwangs-)Arbeitserfahrung. Die Gemeinsamkeiten der Individuen, die ihnen Kollektiverfahrungen ermöglichen, müssen sich über praktische Situationen, über politische Absichten/Bedürfnisse/Utopien, über Widerstand gegen Bedrohungen/Repression etc. neu herstellen. Eine ähnlich *globale Gemeinsamkeit* wie über den Zwang zur Arbeit/ Zwang zur Freizeit wird es in naher Zukunft jedoch nicht mehr geben!! Es sei denn wir

nehmen die grundsätzliche, immer vorhandene, aber für politisches Handeln wohl ebenfalls zu abstrakte, Fremdbestimmung und den individuell/kollektiven Kampf dagegen als neue Grundlage.

Wenn wir unter diesem Aspekt die sozialen Bewegungen der letzten Jahre betrachten, so stellen wir fest, daß sie längst als Emanzipationsprozesse losgelöst von Klassenansätzen funktionieren. Daß in ihnen längst ein Wechselspiel zwischen Individualität ("Betroffenheit") und Kollektivität ("Widerstand") stattfindet, daß sich Gemeinsamkeit laufend und immer wieder neu definiert, und daß es gar nicht so selten ist, daß sich dieser Widerstand lokal verankert und somit Alltagserfahrung für die Betroffenen geworden ist. Die von Autonomen häufig geäußerte Unzufriedenheit mit diesen Ein-Punkt-Bewegungen, mit dem modischen Springen von einer Bewegung zur nächsten, mit der Feuerwehrmentalität gegen die jeweils neuste Ungeheuerlichkeit des Systems etc. hat auch mit der herkömmlichen Denkweise zu tun, die sich einen eigenen Gegenentwurf zur Gesellschaft über das Funktionieren von kollektivem Massenwiderstand im Sinne eines Klassenkampfs, einer Partei, einer Weltrevolution oder doch zumindest einer Revolution denkt. Richtig an dieser Kritik ist, daß einzelne Bereiche zu Ungunsten anderer unnötig großen Zulauf erhalten, während die Arbeit der anderen zusammenbricht. EineUrsache dafür sehe ich jedoch gerade in der alten Denkweise begründet, die immer nach einem geeigneten Hebel sucht, das System zu kippen und sich deshalb schnell enttäuscht von einer Bewegung abwendet, um auf eine andere aufzuspringen. Wann wird endlich begriffen, daß es gerade um die Vielzahl von Bewegungen geht, und daß nur eine Unzahl sozialer Bewegungen geeignet ist, dem herrschenden System unberechenbar gegenüberzutreten? Jede Vereinheitlichung auf einen Hauptansatz macht uns kalkulierbar, erpreßbar und eröffnet Mittel und Wege für wirksame Gegenstrategien. Und nicht zuletzt: jede Vereinheitlichung auf einen Hauptansatz schafft neue interne Hierarchien und beinhaltet so bereits im Gegenmodell einen neuen autoritären Charakter, oder gar einen Anspruch auf Totalität.
Richtig an der Kritik ist deshalb die Forderung nach Verantwortlichkeit und Kontinuität politischer Arbeit - gerade der Linksradikalen -, denn eine Ungeheuerlichkeit wird nicht dadurch weniger gefährlich, weil eine zweite auftritt. Falsch ist jedoch m.E. eine Schlußfolgerung, die über eine politisch verbindlichere Organisation größere gesellschaftliche Durchsetzungsfähigkeit - gar revolutionäre Kraft - erwartet; diesen Weg haben gerade die GRÜNEN auf Kosten der Bürgerinitiativbewegung bis zur vollständigen Reintegration ins System beschritten. Einer linksradikalen Organisation wäre derzeit entweder - über abgerungene Zugeständnisse - dasselbe Schicksal beschieden oder die vollständige Kriminalisierung gewiß.

Es kann also nur darum gehen, über die Betroffenheit hinaus, Zusammenhänge herzustellen, politisches Bewußtsein zu schaffen, das den Alltag der Menschen zum Ausgangspunkt nimmt und den unendlichen Abstand zur herrschenden (Partei-)Politik herausstreicht und entwickelt. Dabei darf *Alltag* jedoch gerade nicht zum neuen modischen Schlagwort der anti-parlamentarischen Linken verkommen. Mit dem *Alltagsbegriff* haben wir eben nicht den lange gesuchten neuen Hebel mit dem wir die herrschenden Zustände aus den Angeln heben. Im Gegenteil: wir müssen diesen Politikansatz – als Antipolitik – zuerst mit Inhalten füllen und diese Inhalte werden noch dazu von Ort zu Ort verschieden aussehen müssen. Ein Berliner Stadtteilarbeit-Konzept wird nicht ohne weiteres auf Frankfurt übertragbar sein, aber erst recht nicht auf Städte mittlerer Größe oder auf Dörfer. Gemeinsam ist jedoch allen, die mit diesem Begriff eine Neubestimmung ihrer politischen Praxis versuchen werden, die Einsicht, daß nur über die Politisierung des Alltags die festgestellten Tendenzen zur »Privatheit«, zur Isolation der Szene (»Inseldasein«), zur »Feuerwehr-Politik« aufgebrochen werden können.

Photo: Herby Sachs



Anmerkungen:
Literatur zu diesem Artikel, der sich z.T. als Zusammenfassung bereits erarbeiteter Ansätze für eine Neubelebung der Diskussion versteht und deshalb auf den FLI-Thesen und den Beiträgen von Johannes Agnoli, Günter Hartmann und Toni Negri zum Teil wörtlich zitierend aufbaut:

- Günter Hartmann: Der Mensch als handelndes Subjekt, Schwarzer Faden, Sondernummer Arbeit
- FLI-Thesen zu Verfall und Auflösung der Arbeit, Schwarzer Faden, Sondernummer Arbeit
- André Gorz: Wege ins Paradies, Rotbuch
- Guy Debord: Die Gesellschaft des Spektakels, Nautilus
- J. Beck u.a.: Mann-Frau-Maschine, Schwarzer Faden Nr.15; aus: Maschinen-Menschen/Mensch-Maschine, rororo 1983
- *Johannes Agnoli: Die verstreute Fabrik, alternative Nr.130/131*
- *Toni Negri: Vom Fabrikarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter, alternative Nr.130/131*
- *Leonhard Spielhofer: Die Spitze des Eisbergs. Weitere Schließungen zu erwarten, Stuttgarter Zeitung, 12.12.1987*

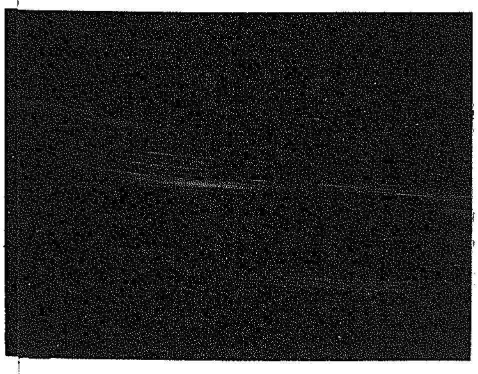
Interview mit Murray Bookchin, Okt. 1984, Teil II

übersetzt von Harald Simon

Der erste Teil des Interviews mit ***Murray Bookchin*** (SF-26, 4/87) endete mit der Schilderung über die Straßendiskussionen in New York und das yiddisch-politische Milieu; über dessen Bedeutung Bookchin im Folgenden erzählt. Das Interview führte *Peter Einarssen* im Oktober 1984.

Die Schulen waren also Schauplätze für Kämpfe. Man diskutierte mit den Lehrern in der Klas se. Ich erinnere mich, daß immer wenn Ge schichte an der Reihe war, der Lehrer vorher wußte, daß ich gegen die gängige Posi tion argumentieren würde.





Murray Bookchin: Ein weiteres großes Forum stellte die Schule dar. Es gab zu der Zeit eine enorme Schülerbewegung. Die *American Student's Union*, eine Einheitsfront aus der von den Kommunisten kontrollierten *National Students' League*, der NSL, und der von den Sozialisten kontrollierten *Student League for Industrial Democracy*, zählte zwischen 150 000 und 200 000 Mitglieder. Die Schulen waren also Schauplätze für Kämpfe. Man diskutierte mit den Lehrern in der Klasse. Ich erinnere mich, daß immer wenn Geschichte an der Reihe war, der Lehrer vorher wußte, daß ich gegen die gängige Position argumentieren würde, so zum Beispiel zur französischen Revolution oder etwa zu John Brown (Brown hatte gegen die Sklavenhalter der Südstaaten gewaltsamen Widerstand organisiert und war zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, Anm. des SF) und dem amerikanischen Bürgerkrieg. ... In Wirtschaft gab es auch niemals Frieden. Der Lehrer konnte nicht unterrichten. Es gab immer einen Kommunisten oder einen Sozialisten, der die Grenznutzentheorie mit der Arbeitswerttheorie herausforderte. Man mußte die Grenznutzentheoretiker dieser Zeit, die sehr populär waren, lesen und man mußte etwas über Keynes wissen. Das alles auf der High School, nicht im College. Es gab ständig Gruppen, politische Gruppen, Foren, Treffen auf der Wiese, Strategiediskussionen beim Lunch, und es gab Schülerstreiks. Auf nationaler Ebene gab es jedes Frühjahr eine richtige Welle von Streiks, in deren Verlauf man den neuen Oxford-Eid ablegte, welcher lautete: »Ich werde weder mit Worten noch durch mein Verhalten meine Regierung unterstützen.« Der Eid entstand an der Oxford University und verbreitete sich weltweit an alle Universitäten. Es gab allgemeine Streiks, bei denen sich Millionen Schüler beteiligten, nicht nur die Colleges, die High Schools inbegriffen. Die High Schools waren also sehr intensiv, es gab politische Fraktionen und ständig fanden Debatten statt.

Es gab also ein äußerst vielseitig strukturiertes Gemeinwesen. Und es gab unzählige Demonstrationen. Am 1. Mai gab es eine riesige Demonstration. Ich entsinne mich an 1935, es waren eine viertel Million Arbeiter da – nicht Studenten, nicht Jugendliche: Arbeiter. Mit ihren Gewerkschaftsflaggen, – normalerweise rot mit goldenen Buchstaben. Es ist unmöglich, das alles zu vermitteln, die Energie und die Bands, die Folkloregruppen – verschiedene ethnische Gruppen kamen in ihren Nationaltrachten, und sie spielten ihre nationale Musik, so daß eine Band nach der anderen kam, und man an einem Ende die Internationale, und am anderen Ende ein ungarisches revolutionäres Lied hören konnte. Und jüdische Chorgruppen, es gab eine ganze Reihe von Chorgruppen, Leute, die marschierten und einstudierte Musik im Chor sangen, die die Lieder aus ihrem eigenen ethnischen Background sangen, und, vor allem, revolutionäre Lieder. Dann kamen die Jugendlichen. Diese waren immer am Ende einer Demonstration, weißt du, sie waren relativ unbedeutend.

Und natürlich ging die Streikwelle über das ganze Land, sieBhielt einige Jahre an. Fabrikbesetzungen, dieses intensive Gefühl der Solidarität, der Zugehörigkeit zu einer enorm radikalen Gewerkschaft, mit der Arbeiterklasse im Aufwind, elektrisierten damals die Tage. Jeder Tag war eine Erfahrung. Du wachtest morgens auf und warst verrückt danach, etwas zu tun . . . wohin würdest du als nächstes gehen, war die Frage. Da du arbeitslos warst, gab es nichts, wo du hingehen mußtest. Man mußte sich also entscheiden. Ich hatte eine Art Menü: Sollte ich zu einer Solidaritätsdemonstration gehen? Sollte ich durch die Straßen und die U-Bahnen ziehen und Geld für Spanien sammeln? Sollte ich, nachts, zu einem Treffen im Freien gehen? Sollte ich eins machen? Sollte ich in den Park gehen und mich an den Debatten beteiligen? Sollte ich den Park der Trotzkisten heimsuchen – die Trotzkisten hatten ihren eigenen Park – und dort mit ihnen debattieren? Oder sollte ich in den Park der Sozialisten gehen – weil auch sie ihren Park hatten – und mich mit ihnen in Diskussionen verwickeln? . . . Und es gab diese enorme Literatur.

Und dann kam die WPA – *Works Progress Administration*. Roosevelt gab uns Kultur. Er meinte, man müßte Autoren Jobs geben. Orson Welles führte im Crotona Park mit der Mercury Theater Group Stücke auf... Wir machten auch eigene Theaterstücke. Bei jeden Treffen erledigten wir zunächst das Geschäftliche des Treffens und die restlichen zwei Drittel bestanden aus einem Unterrichtsteil, zu dem entweder jemand als Redner eingeladen wurde, oder Leute aus der eigenen Gruppe redeten. Sie mußten zeigen, daß sie sich in ihrem Thema auskannten, egal wovon sie redeten. Es konnte sich um die Pariser Kommune handeln – Aspekte der russischen Revolution, die kommende Krise in Amerika, die Haltung gegenüber Roosevelt, dem Spanischen Bürgerkrieg ... die verschiedensten Themen. Die Idee des Unterrichts war in den Vierteln allgegenwärtig. Es gab Häuser, die ausschließlich von Kommunisten geführt und finanziert wurden, eine ganze Menge Häuser. Die Sozialisten hatten ihre Häuser. Und es gab Schulen, auf der 14. Straße die *Workers School*, die Akademie der Kommunisten, wo man *Das Kapital* gründlich studieren mußte, richtig zum Wesentlichen kommen mußte. Dazu gab es kleinere Schulen, wie die »Abatüring«, die sozialdemokratisch yiddische Schule. Dort wurde an kleinen Tischen zur gleichen Zeit Yiddisch und Sozialismus gelehrt. Es war eine normale Schule, zu der man nach der staatlichen Schule ging. Der IWO, *International Worker's Order*, hatte ebenfalls seine eigene Schule, um

mit den Sozialisten zu konkurrieren. Es gab die *International Labor Defence*, eine unglaubliche Vielzahl von Gruppen...

Dann gab es die Intelligenz, für die du dich wahrscheinlich am meisten interessierst, die New Yorker jüdische Intelligenz. Sie gruppierte sich um bestimmte Magazine: die *Partisan Review* war damals eine sehr wichtige Zeitschrift. Dwight McDonalds *Politics* war später eine weitere, so in den 40ern. Und es gab die verschiedenen Organe der Parteien und die Greenwich Village Cafes. Nicht bloße Cafeterien, richtige Wirtschaften, in denen man auch Alkohol bekam. Die *Black Horse Tavern* war die spezielle Taverne der Sozialisten und Trotzkisten; der Intellektuellen. Auch von John Dos Passos. (US-Autor, SF) Man konnte James T. Farrell treffen, den Autor der Trilogie "Studs Lonigan" oder Sidney Hook; diese Leute waren damals ... unserer Ansicht nach, die besten Schriftsteller Amerikas. Auch Auden, den Dichter, – den aber bei den Kommunisten. In den kommunistischen Cafes konnte man Clifford Odets treffen. Es gab damals nicht diese "Führer undGefolge"-Geschichte, und keine Trennung der beiden. Die eigentliche Frage war, was man zu sagen hatte. Es gab viele Agoras (politische Versammlungsplätze, SF), das ist es, worauf ich hinaus will, es gab diesen politischen Körper, es gab eine starke Arbeiterbewegung, es gab anfang des 2. Weltkriegs den wirklichen Glauben daran, daß der Krieg zu einer Revolution führen würde, und daß er nicht so lange andauern würde, wie er schließlich andauerte. Er dauerte länger als der erste Weltkrieg, er endete nicht mit einer Revolution, die Arbeiterbewegung brach zusammen, diese Welt begann zu zerfallen.

Einarsson: Lag das am Krieg?

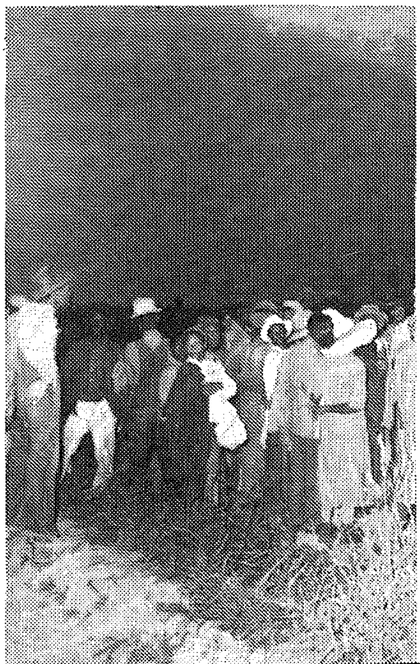
Bookchin: Nun, es lag wohl in erster Linie daran, daß die Leute älter waren. Die Leute, die ehemals in ihren 30ern, 40ern oder ihren 20ern waren, kamen allmählich in ihre 50er, 60er und 70er. Der Kontakt zu den ursprünglichen Kulturen der Einwanderer schwand damit. Natürlich hielt die Jugend diese Kulturen aufrecht, obwohl sie in Amerika geboren waren, denn sie kannten die Sprache, die Traditionen, die Geschichte, ihnen waren diese Ideale eingeprägt worden, und sie waren sehr sehr kreativ. Sie prägten mit ihren reichen europäischen Sprachen sehr stark die englische Sprache. Sie brachten ihre yiddischen, irischen, italienischen Idiome in eine Sprache, die sich andernfalls zur reinen Geschäftssprache entwickelt hätte. Was in beträchtlichem Maße der englischen Sprache in Großbritannien passierte...

Einarsson: Du sprichst die ganze Zeit von der ersten Generation, denjenigen, die in ihrer Jugend in die Staaten kamen?

Bookchin: Nun, die, über die ich spreche, schrieben in ihrer eigenen Sprache ... Sie hatten ihre eigenen Zeitungen, und ihre Zeitungen waren größer als die englischsprachigen. Sie hatten indirekt Einfluß auf die amerikanische Kultur, nicht direkt. ... Sie setzen lediglich ihre Kultur fort, sie brachten sie in die Neue Welt, und sie isolierten sich nach und nach von ihr. Sie benutzten die englische Sprache nicht kreativ. Im Grunde genommen lebten sie nostalgisch in der Neuen Welt, indem sie in ihrer Sprache der Alten Welt schrieben, in ihrer Art und Weise lebten, die Dinge der Alten Welt taten, und in ihrem Leben nur sehr wenig änderten, es sei denn, daß es ihnen aufgezwungen wurde. Man konnte einen Job in der Textilindustrie bekommen, ohne ein Wort Englisch zu beherrschen. Die Bosse waren yiddisch, die Angestellten waren yiddisch, die Songs waren yiddisch, die Parolen waren yiddisch, man kam fast nicht mit Englisch in Berührung. Es gab fünf yiddische Tageszeitungen, an erster Stelle den *Tag*, die liberale Zeitung, dann kam der *Forwerts*, der sozialistisch war. Im Radio gab es ein einstündiges, yiddisches Programm. Zu Beginn des Programms erklang die Internationale, die in die Marseillaise überging, um dann in einem nostalgischen russischen Revolutionslied zu enden, und das alles innerhalb einer Minute. Danach kam dann direkt ein Nachtrichtenteil in Yiddisch und dann wieder revolutionäre Lieder, Kommentare und Stücke, kleine Dramen, yiddische soap operas und sozialistische soap operas (rührselige Hörspiele, Anm. SF). Die drittgrößte yiddische Zeitung war die *Freiheit* und die war kommunistisch. In New York City hatte sie eine Auflage von weit über 200 000 Stück. Und es gab auch kleinere, wie die *Freie Arbeiterstimme*, dieanarchistisch war, und auch noch kleinere. Und sie erschienen täglich. Na ja, die *Freie Arbeiterstimme* kam nach einer Weile nur noch wöchentlich, aber die anderen kamen täglich heraus, und sie verkauften sich besser als die radikalen englischsprachigen Zeitungen.

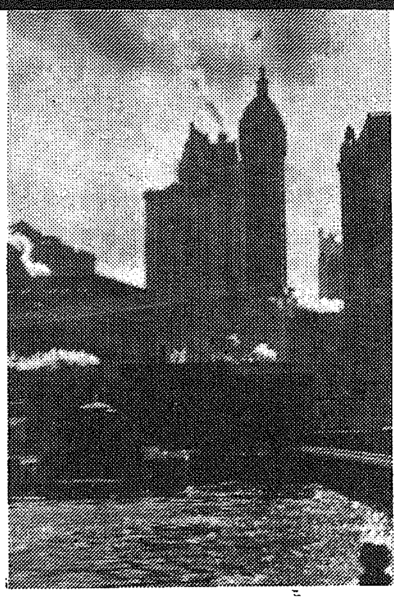
Andererseits gab es eben diese englischen Zeitungen. Diese wurden von den Kindern der Einwanderer geschrieben, in Englisch, was die alten nicht so gut schreiben konnten – sie waren nicht zu Hause. Die Jungen schrieben also im *Daily Worker* oder dem *New Leader*, der damals führenden sozialistischen Zeitung, später im *Militant* und der sozialistischen Zeitung, ich hab vergessen, wie die hieß – es gab einen ganzen Haufen Zeitungen. Es gab auch große Tageszeitungen, wie z.B. eine, die *PM* hieß, die versuchte, zu *Daily News*, *New York Times* und den anderen in Konkurrenz zu treten. Ein ganzer Kader linker Journalisten kam von dieser Zeitung – Max Lerner, Leute wie er, die später zur *New York Post* gingen und dieser ihren liberalen, Links-Mitte-Touch gaben. Sie waren früher alle Mitglieder der »Young Communist League«.

Also, auf was ich hinaus will, daß die innovative Kultur nicht von den Alten geschaffen wurde, die noch immer in ihrer eigenen Welt lebten, sondern von deren Kindern, weil diese die yiddische und die englische Sprache beherrschten, weil sie zwischen den beiden Welten standen, sie waren diejenigen, die mit dem Übergang am stärksten konfrontiert waren. Sie nahmen das Beste des Alten, und hoffentlich das Beste des Neuen, und im günstigsten Fall, der nicht der Normalfall war, entstanden so neue Ideen. Sie begannen mit radikalen Publikationen, und darüber kamen sie in alle möglichen Bereiche: das Schreiben von Drehbüchern, Schauspielerei, Theaterarbeit, ... sie schickten Photographen in den Süden, um das Leid der Appalachen und der Schwarzen zu zeigen, sie betrieben Gewerkschaftszeitungen, organisierten die Gewerkschaften – und sie brachten die Sprache und die Art und Weise der Alten Welt in die Gewerkschaften: sie benutzten die Hände, wenn sie sprachen, wohingegen die meisten Amerikaner ihre Hände still halten, so als ob sie gekreuzigt worden wären, an einen Schreibtisch





Sie nahmen das Beste des Alten, und hoffentlich das Beste des Neuen, und im günstigsten Fall, der nicht der Normalfall war, entstanden so neue Ideen.





Es war also die Jugend die Einfluß auf die amerikanische Kultur hatte und noch immer hat. Woody Allen ist eines der raren Über bleibsel...



Es war auch Straßenkultur. Es war keine institutionalisierte Kultur. Man lebte sie in den Straßen, an den Straßenecken und in den Parks, in den Appartmenthäusern.

oder so was.

Es war also die Jugend die Einfluß auf die amerikanische Kultur hatte und noch immer hat. Woody Allen ist eines der raren Überbleibsel... begreift man Woody Allen als kreativ ...muß man begreifen, daß er genau aus diesem Milieu kommt, obwohl er eigentlich schon etwas jünger ist. Aber er hatte Kontakt zum Village. Wenn du »Annie Hall« (dt. »Der Stadtneurotiker«, Anm. d. Üb.) gesehen hast, es ist die Welt, die damals gelebt wurde, und der Kontakt zwischen Juden und Nichtjuden war schon sehr eigenartig. Du kannst sehen, wie unwohl er sich fühlt, als er in »Annie Hall« bei der Familie sitzt, und sie über Großmutters Schinken reden. Meine Mutter hätte keinen Schinken anrühren können, obwohl sie eine Radikale war. Sie hätte sich übergeben müssen. Das war, als ob man Urin oder so was trinken würde. Das bedeutete Schinken für sie. Woody Allen gibt einem die Idiomatik – die Spannung, verstehst du, er kann nicht für einen Moment still sitzen.

Man kann nicht einmal Charlie Chaplin verstehen, wenn man nicht weiß, daß er Jude war und in dieser Spannung der beiden Welten lebte. Man könnte viele der Theaterstükke – wie »Waiting for Lefty« von Clifford Odets – nicht verstehen, ohne dieses Aufeinanderprallen zu kennen. Oder den Einfluß, den diese jüdischen Gemeinden auf die nichtjüdischen hatten, insofern alssie mit den Autoren der Zeit in Berührung kamen. (Bookchin erwähnt John Reed und Max Eastman; SF) Es ist unmöglich all diese Phänomene zu begreifen, ohne diese zweite Generation zu begreifen, die in dem Spannungsfeld zwischen der Alten und der Neuen Welt lebte und ... überall, wo sie auftauchte innovativ wirkte. Und nun sterben sie nach und nach aus.

Heute ist das Fernsehspiel die übliche Form. Aber damals waren wir von »Waiting for Lefty« völlig aufgewühlt. Heute schaut man sich meistens – sicher nicht immer, aber die meisten Leute machen es so – Filme an, um unterhalten zu werden; ... damals ging man zu den Schauspielen, um sensibilisiert zu werden ... Man kam mit mehr heraus, als man hineingegangen war. Das war damals der Anspruch der Kultur...

Es war auch Straßenkultur. Es war keine institutionalisierte Kultur. Man lebte sie in den Straßen, an den Straßenecken und in den Parks, in den Appartmenthäusern. Man lebte sie nicht in hübschen kleinen Konzerthallen. Wir gingen oft zu Goldmans Band. Er hatte eine Blaskapelle .... und das waren öffentliche Konzerte! Verstehst du, in jedem Park war ein Podium, und dort gab es alles mögliche, von einem Straßenquartett bis hin zu einer Blaskapelle.

Eine andere Sache war, daß man damals, da wir nicht dieses ganze Stereo- und Aufnahmeequipment hatten und das Radio uns noch nicht an der Gurgel hing – vergiß das Fernsehen –, in gewisser Weise auftreten mußte. Partys waren nicht bloß herumsitzen und sich betrinken, zwei Leute, die miteinander reden, drei Leute, die miteinander reden, andere, die herumlaufen, bis man schließlich betrunkener und betrunkener wird, und man schließlich nicht mehr kann, oder nach Hause fährt, und sich dort zurückzieht. Normalerweise war eine Party ein Zusammentreffen vieler Leute, die dann viel Spaß hatten, bis schließlich jemand sagte: »Laßt uns jetzt von jemanden ein Gedicht anhören!« Und dann wurde etwas vorgetragen, oder imitiert. Es entstand eine sehr gesunde Energie, wenn nach einer Weile plötzlich jemand seine Scheu ablegte, und öffentlich etwas vortrug. Der Humor war sehr derb, es wurden Witze gerissen. Ein ständiger Monolog von Witzen; du kamst um vor Lachen ... Die Party war eine Aufführung, und von den Leuten wurde erwartet, voll und ganz mitzumachen. ...

Einarsson: Du schreibst nie von ...

Bookchin: Ich schreibe nie von diesen Dingen.

Einarsson: Ich denke, das ist schade.

Bookchin: ... Ich würde nicht über Partys sprechen, wenn ich nicht plötzlich getrieben würde zu graben ... Es gab endlose Picknicks. Heute picknicken die Leute nicht mehr so wie wir früher. Wir machten das mit viel Energie! Picknicks und Grillpartys. Nicht die Grillpartys, wie heute in den Vorstädten, mit exotischen Sachen ... Wir hatten eine kleine deutsche Blaskapelle von der Roten Front. Weißt du, die Deutschen in New York waren alle Kommunisten bevor sie Nazis wurden. Es war schon sehr komisch. In Yorkville waren sie Kommunisten und als Hitler an die Macht kam wurden sie zu Nazis. Bevor Hitler an die Macht kam, hatten wir die Rote Front. Sie trugen graue Uniformen mit braunen Gürteln. Sie sollten die Faschisten bekämpfen, die Sturmtruppen; sie sahen aber aus wie die Sturmtruppen, bis daraufdaß sie graue statt braune Hemden trugen. Sie hatten eigene Bands und spielten immer diese Lieder, die ich dir heute vorgesungen habe. »Wir sind die junge Garde des Proletariats» Wir kannten mehr deutsche Lieder als aus allen anderen Sprachen, außer den songs der IWW. Deshalb bin ich nicht in der Lage, mit Anarchisten zu singen, weil fast alle Lieder, die ich kenne, alte SPD und KPD Lieder sind.

Und es gab Kampagnen für politische Gefangene Tom Mooney und die Scottsboro Boys, die nicht nur politisch verfolgt wurden, sondern auch als Schwarze. Tom Mooney war ein Anarchist, dem zur Last gelegt wurde, 1919 eine Bombe gelegt zu haben. *Free Tom Mooney and the Scottsboro Boys* war ein Lied, das wir auf allen Demonstrationen sangen. Tom Mooney wurde allerdings nie freigelassen. Ich glaube er starb im Gefängnis. Die Scottsboro Boys kamen irgendwann raus. Aber wir sangen es immer. Viele Kampagnen gab es für richtige alte Anarchisten. Ich erinnere mich natürlich an die Auswirkungen des Todes von Sacco und Vanzetti. Ich war noch ein Kind, aber ich wurde wachgerüttelt. Das ganze Viertel wurde wachgerüttelt, als sie auf dem elektrischen Stuhl hingeroichtet wurden. Die Leute weinten, heulten. Sie zeigten die die Zeitungen, als wollten sie es in dein Gedächtnis einbrennen. Weißt du, wie es die Iren machen, sie sagen: »Das haben die Briten deinem Vater angetan. Vergiß niemals, daß die Briten deine Feinde sind«. So erinnere ich mich also daran, wie Sacco und Vanzetti hingerichtet wurden. Meine Großmutter sagte zu mir: »Schau, das tun sie den armen Italienern an, die Arbeiter sind.« Verstehst du, sie sprachen nicht von Anarchisten, natürlich nicht. »Das tut der Kapitalismus den Leuten an.« Und sie hatten dieses grausige Bild – Zeichnungen, keine Photos – mit den Beiden, wie sie mit diesem Ding auf dem Kopf auf dem elektrischen Stuhl sitzen.

Und wir hörten endlose Geschichten über die Alte Welt. Endlose Geschichten über die Revolutionen, über den Waffenschmuggel an der Grenze zur Zeit des Zaren, über die Helden, über die Narodniki, die Studenten, die aus den Großstädten in die kleinen Dörfer gingen, um zu den Bauern zu sprechen. Sie taten das bis Anfang unseres Jahrhunderts, nicht nur im 19. Jahrhundert. Und wir hörten endlose Geschichten, Legenden über Stenka Rasin und Milian Pugaschow. Ich kannte Stenka Rasin und Milian Pugaschow bevor ich Robin Hood kannte. Wir hörten diese Banditengeschichten und bekamen Postkarten mit Zeichnungen von ihnen gezeigt. »Auf dem Weg nach Sibirien«, diese eine werde ich nie vergessen. Man sah wie sie, tief in ihren Schals vergraben, gegen den Schnee ankämpften, und man sah wie sie von den zaristischen Soldaten, mit ihren aufgepflanzten Bajonetten angeschnauzt wurden . . . Eine andere Postkarte zeigte eine Hand, die durch ein Bankett, einen Tanz, bei dem die Reichen mit guten Anzügen bekleidet sind, und unter dem sich die Unterdrückten befinden, plötzlich durch den Marmorboden durchbricht, auf dem die Reichen tanzen: entsetzte Gesichter, hier ist die Faust der Revolte . . . (vgl. Abbildung in *SF*-Nostalgienummer 1985, Artikel von Arno Klönne: Marx – 100 Jahre nach seinem Tode, S.38)

Wir hatten ein Buch, das hieß »The Crime of the Twentieth Century«, welches voll war mit Photographien aus der Zeit der russischen Revolution. Es war unglaublich, wie ein photographisches Protokoll. Es war eigentlich ein prozaristisches, antibolschewistisches Buch, aber wir betrachteten immer die Bilder mit den marschierendenBolschewisten, Seite für Seite ... Und dann kleideten wir uns wie sie. Lederjacken. Wir versuchten, wie die alten Kommissare auszusehen, die Volkskommissare.

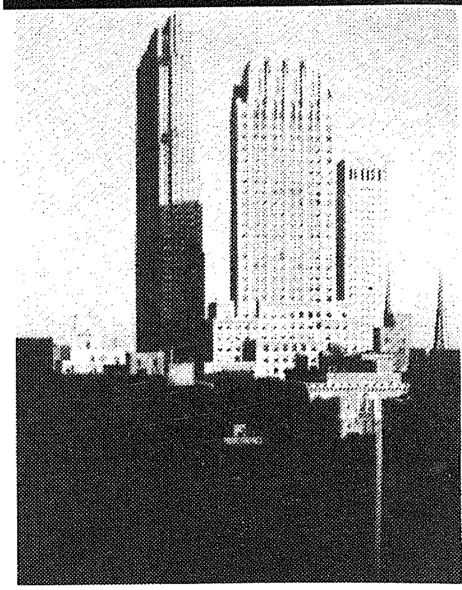
Einarsson: Und nun hast du alles hinter dir gelassen, du stehst jetzt auf die anglo-amerikanische Kultur. Ich sehe da einen Gegensatz zwischen deinem Background, ganz und gar der eines Einwanderers, New York, Großstadt; – und der politischen Perspektive, die du aufzeigst, Stadt, Land, New England. Gibt es nichts, was einem die Kultur der Einwanderer geben kann?

Bookchin: Den Idealismus. Den Humanismus. Aber ich glaube nicht mehr daran, daß es möglich ist ... Man kann nicht eine Welt wiederfinden, die jetzt für immer der Vergangenheit angehört. Das ist so, als würde man sagen: »Was kann den Polen das jüdische shtetl geben?« Das gibt es nicht mehr. Hitler hat es ausgerottet! Es wäre wahrscheinlich von selbst verschwunden, aber darum geht es nicht; die Sache ist: es ist verschwunden. Das eine, was diese Kultur einem gibt, ist eine gewisse innovatorische Kraft. Du bist aufgeschlossen – was selbst bei Leuten, die in der anglo-amerikanischen Tradition erzogen wurden, nicht immer der Fall ist. Du bist idealistisch. Du weißt, daß deine Person mit Idealen zusammenhängt, daß du sonst deine Identität in dieser Welt verlieren würdest, und deine Individualität. Das ist ebenfalls sehr wichtig, es ist beinahe ein Akt der Selbsterhaltung, nicht nur ein gesellschaftlicher Akt. Und du bist grundsätzlich großzügig mit Empfindungen, Du wirst wütend über Dinge, bei denen Menschen ruiniert werden, das ist tief in dir drin. Aber der Rest verliert sich. Du kannst nach wie vor ein guter Redner sein, und Idiome benutzen – die Leute mögen das, es ist sehr aussdrucksstark – aber deine Botschaft wird nicht mehr die gleiche sein. Du sprichst nicht mehr über die Arbeiterklasse, die voran schreitet, rote Fahnen, die entrollt werden, Eroberer der Welt, darüber sprichst du nicht mehr. Nun benutzt du die gleiche Sprache, die gleichen Idiome, um zu versuchen aufzuzeigen, womit Amerikaner konfrontiert sind.

Meine Kinder kennen meine Welt nicht, außer sie hören davon, wenn ich davon erzähle, oder wenn sie ihre Großmutter besuchen, oder ihren Großvater. Dann sehen sie sie und sie lieben sie. Wir aber mußten mit ihnen klarkommen. Die Kinder betrachten ihre Großeltern als Museumsstücke. Als wir jung waren, stellten sie die Mehrheit dar, und wir waren in der Minderzahl. Und heute sind sie lediglich Relikte. Sie sind wie kleine gefrorene Stücke – in die Zeit eingefroren. Und wenn ich diese Eltern besuche, die jetzt auf die 90 zugehen, und ich ihre Wohnung betrete, dann ist das nicht nur sie sehen, sie in Yiddisch reden hören und sehen, wie sie sich bewegen – sie machen alles sehr langsam und sehr sorgfältig, sie vertrauen der modernen Industrie überhaupt nicht. Bei ihnen muß alles handverpackt sein, jede einzelne Tomate. Sie wollen nichts Verpacktes kaufen. Sie wollen kein verpacktes Brot kaufen. In einer Zeit, in der die meisten Amerikaner vorgefertigte Produkte kaufen, kochen sie alles selbst. Sie kaufen nichts, sie machen alles aus Rohmaterialien, und arbeiten sich Schritt für Schritt an ihre Mahlzeit heran. Und wenn ich dann zu ihnen komme und dort esse – wie sie ihre Rühreier machen, ohne Mayonnaise, wohingegen Amerika mit Mayonnaise überhäuft ist! – und wenn ich ihren Salat esse, der ganz sorgfältig gewaschen worden ist, wenn ich sehe, wie sie ihr Geschirr abwaschen – siebenutzen nicht einmal Seife, zuerst kratzen sie es ab, sie machen das sehr gründlich –, sie trinken aus ihren alten Gläsern, richtigen alten »Jahreszeitengläsern«, d.h. Gläser mit einer Kerze drin – diese werden gründlich ausgespült – und sie sehen nicht wie normale Gläser aus, es sind sehr dicke Gläser, und sie trinken aus ihren alten Tassen und benutzen ihr altes Besteck. Ich gehe dort durch und sehe, daß alles stehengeblieben ist, 1935. Die Couch ist die, an die ich mich entsinne, aus der Zeit, als ich ein Kind oder ein Jugendlicher war, das Radio ist immer noch ein altes Radio – es läuft nicht! Sie lassen es nur dort, weil es zum Tisch paßt, einem alten Tisch, auf dem ein solches Radio stehen sollte. Das einzige, um das ich mir Sorgen mache, ist »mein Gott, wenn sie sterben, wird dann diese Wohnung auseinandergerissen?« Kein Museum könnte das duplizieren – mit ihnen darin rumlaufend – was sie in der Wohnung haben. Alles in diesem Haus, außer dem Fernseher und vielleicht ein paar Aschenbechern, geht zurück auf zwischen 1925 bis 1935, und ist in dieser Zeit festgehalten worden.

Weißt du, es nimmt einen ziemlich mit, darüber zu reden, weil New York sich so verändert hat, wenn ich heute in die Viertel gehe, in denen ich lebte und aufwuchs, die sind völlig ausgebrannt. Das Haus, in dem ich geboren wurde, ist jetzt mit Metall verkleidet und bald wird es abgerissen. Das Zimmer, in dem meine Großmutter starb: ich sehe immer noch die vom Feuer geschwärzten Fenster vor mir, es ist nämlich ausgebrannt. Nur eine Frage der Zeit, bis das Gebäude abgerissen wird

Du bist idealistisch. Du weißt, daß deine Person mit Idealen zusammen hängt, daß du sonst deine Identität in dieser Welt verlieren würdest, und deine Individualität.



Weißt du, es nimmt einen ziemlich mit, darüber zu reden, weil New York sich so ver ändert hat, wenn ich heute in die Viertel gehe, in denen ich lebte und aufwuchs, die sind völlig ausge brannt.

– und ich erinnere mich noch daran, wie es errichtet wurde. Also diese Eruption von Wurzeln treibt einen rauf nach Vermont, auf der Suche nach etwas ... Und es bringt einen auch auf amerikanische Geschichte, wenn man keine andere Geschichte haben kann, um nach bestimmten Verbindungen und Assoziationen zu suchen. Ich kann nicht zur russischen Revolution zurückgehen, ich hasse sie! Ich wünschte, es hätte sie nie gegeben!

Aber als ich jung war, erfüllte sie mein ganzes Leben. Mit anderen Worten, Geschichte gibt und nimmt wieder weg. Und das ist, was passiert ist. Nun gehen diese Intellektuellen, und was man danach haben wird, ist ...

Einarsson: Woody Allen.

Bookkchin: Nun, Woody Allen wird auch gehen, weil seine Art von Humor ein bestimmtes Publikum voraussetzt. Ist er denn so populär in Schweden?

Einarsson: Er ist enorm populär. Ist das ein gutes Zeichen?

Bookchin: Ich weiß nicht. Verstehen sie denn den yiddischen Background von Woody Allens Filmen?

Einarsson: Ich denke, den Leuten entgeht die Hälfte der Witze, aber das macht ja nichts, es gibt ja genug davon.

Bookchin: Oh ja!! »Annie Hall« ließ die Katze aus dem Sack. Viele Juden waren von »Annie Hall« entsetzt. Alles was sie denken, und alle Probleme, die sie haben, und alles was sie in New York erleben, wenn sie mit der nichtjüdischen Bevölkerung in Berührung kommen, all das liegt vor einem ausgebreitet, alle Ängste, alle Sorgen. Er hat eine antisemitische Bemerkung eingebaut, hast dudas gehört, wie er »June ist« sagte, er sagte es wie »Jew-n first«. Er teilt die Leinwand zwischen der jüdischen Familie beim Essen, und den Wespen beim Essen. Sie sitzen da und essen wie verrückt, und alle reden über Großvaters Magengeschwür, und ihre Münder sind voll, als Annie Hall hereinkommt und »Pastrami mit Mayonnaise« bestellt. Das ist ganz unmöglich!!! Er ist schockiert. Ich weiß nicht, wie ich es sagen soll. Es ist unglaublich. Man könnte ebensogut Ketchup in einen Kaffee schütten. So würde ein Jude darauf reagieren, und er weiß nicht, was er damit anfangen soll. Und dann als sie sagt: »Lah-di-dah«, das ist so giftig. Niemand würde »Lah-di-dah« sagen. Und er ist schockiert. Er weiß nicht, was er mit ihr machen soll, die ganze Zeit nicht. Oder die Szene mit dem Hummer. Juden essen keinen Hummer, zumindest traditionell nicht, sie wollen keine Schalentiere essen. Die Hummer leben. Es ist undenkbar im jüdischen Leben, etwas Lebendiges zu nehmen, und es in einen Topf mit kochendem Wasser zu werfen. Oder die Art, wie sie dann zusammenkommen, und die Rolle, die er in ihrem Leben spielt, und die Art, wie sie sich trennen, sind Dinge, die ich immer und immer wieder persönlich erfahren habe. Ich habe sie mit meiner schottisch-irischen Frau erlebt: sie erziehen und sich danach trennen. Verstehst du, was ich meine?

Einarsson: Wir sollten besser aufhören, nicht wahr?

Bookchin: Ich denke auch.

Einarsson: Ich will dich nicht danach fragen, was man mit den Traditionen machen soll. Ich wollte nur von ihnen hören.

Bookchin: Die amerikanischen oder die yiddischen Traditionen?

Einarsson: Nun, beide.

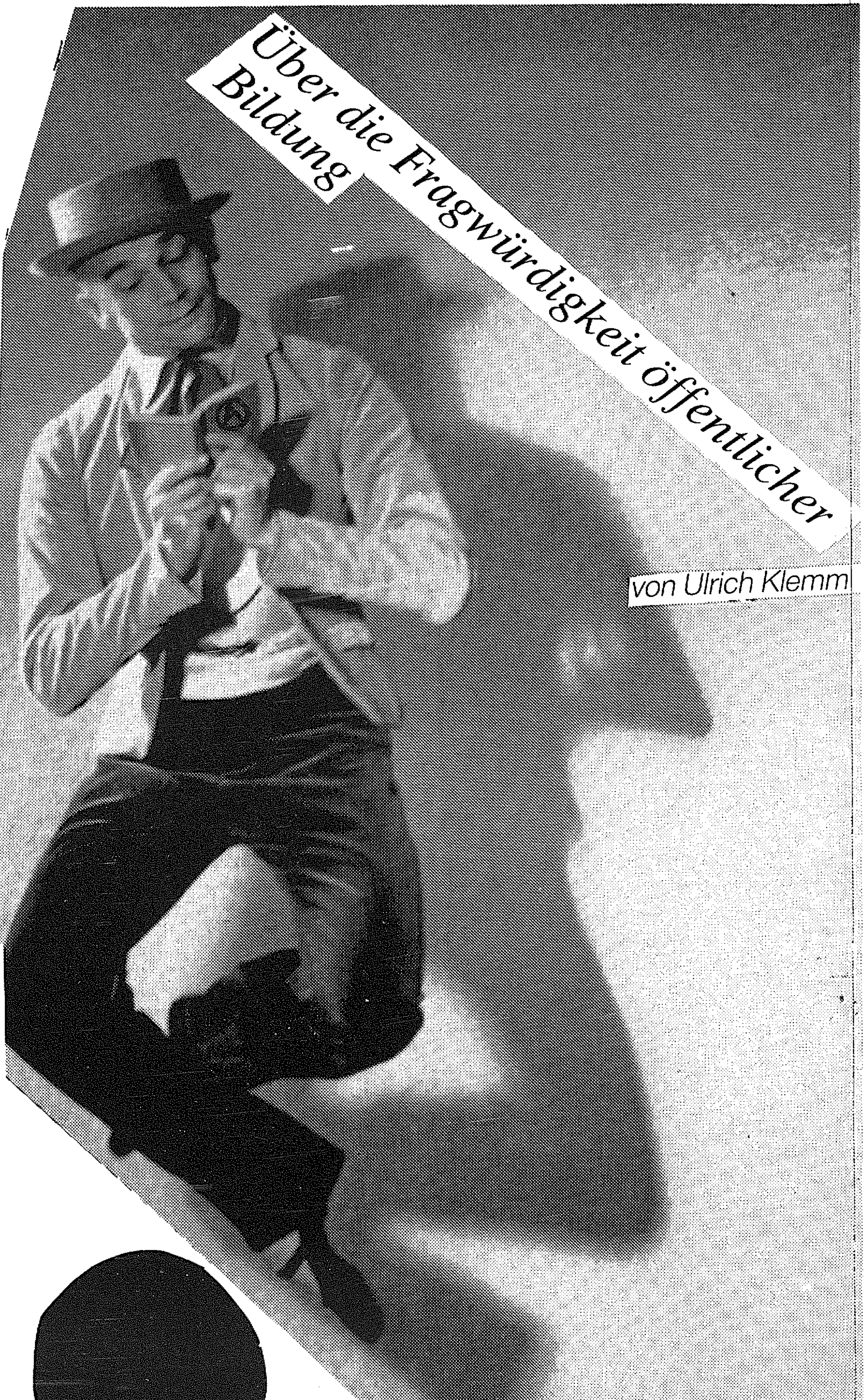
Bookchin: Sie werden sterben, und sie werden verschwinden und das einzige, was ich wünschen kann ist, daß sie, wie mit Hilfe von Alchemie, in einen Idealismus für eine ganz andere Generation verwandelt werden können. Es ist heute sehr wichtig geworden, Autobiographien zu schreiben, weil die Welt, die verloren ist, oder die stirbt, nicht vernünftig an eine andere Generation weitervermittelt wird. Und nicht nur das: es wird nicht verallgemeinert. So wie ich es in Irving Howes Autobiographie gesehen habe. Endlich hat ein Mann meines Alters eine Autobiographie geschrieben, die von einem anderen, der ein Recht hat, eine Autobiographie zu schreiben, mit Respekt behandelt wird – er ist nicht ein Kid von 28 Jahren, der darüber spricht, wie schlecht es ihm mit 16 ging. Er ist jetzt weit über 60. Die Hälfte der Leute, die er erwähnt, kenne ich persönlich, als Freunde. Ich las seine Autobiographie, und ich fand, er verallgemeinert nicht von ihr. Er weiß nur, was für eine schöne Zeit er hatte, welche Spannung bestand, und wie nostalgisch er die vergangene Zeit empfindet. Er weiß nicht, weshalb diese Spannung bestand, warum sich etwas verändert hat, was sich geändert hat, und warum er sich dort befindet, wo er sich jetzt befindet, warum die Welt sich da befindet, wo sie sich heute befindet.

Über die Fragwürdigkeit öffentlicher Bildung

von Ulrich Klemm

»Letztlich ist es also der übermäßige Einfluß des Staates – genauer der hier für den Staat handelnden Schulverwaltung und der Kultusbürokratie –, der die Verwirklichung der vorgeschriebenen Bildungsziele eher behindert als fördert. Langfristiges Ziel muß es daher sein, den Einfluß des Staates im gesamten Schulwesen zu vermindern, um die notwendigen Freiräume für eine Orientierung der Bildungsprozesse an pädagogischen Erfordernissen anstatt an Erlassen und anderen Vorschriften zu schaffen.

Gegenwärtig besteht allerdings keine Hoffnung darauf, daß sich in absehbarer Zeit der Einfluß des Staates auf das Schulwesen zurückdrängen ließe. Für eine derartig grundlegende Reform fehlen die hierfür erforderlichen allgemeinen politischen Vorbedingungen«[3]



Die staatliche Zwangsschulpflicht, die seit ihrer Institutionalisierung vor ca. 200 Jahren bis heute allgemein als eine soziale und politsche Errungenschaft gilt, gerät ins Zwielicht. War diese Entwicklung der Schulpflicht tatsächlich ein Fortschritt? Muß sie nicht vielmehr als eine Wirklichkeit des Despotismus und der Totalität gesehen werden?

Diejenigen z.B., die es wagen, die Schulpflicht zu verweigern und ihren Kindern eine nicht-staatlich sanktionierte Bildung ermöglichen wollen, werden kriminalisiert und diskriminiert (wie das aktuelle Beispiel des bayrischen Lehrers Bernhard Bartmann zeigt). Der Staat und vor allem die zuständige Bürokratie verteidigen mit allen Mitteln den Schulzwang, erheben ihn zum Ausdruck eines demokratischen Bewußtseins und sehen dabei nicht das Gewaltmoment ihres Anspruchs, der ihr Handeln sowohl politsch als auch pädagogisch despotisch macht.

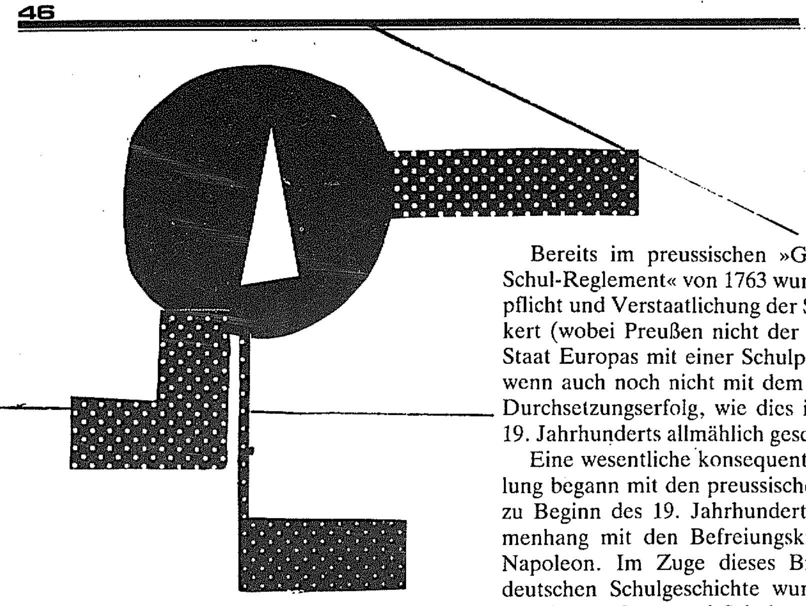
Schule als Staatsschule sowie das Staatsmonopol in Sachen Schulbildung ist – so die These – ein zutiefst antidemokratisches Element und ein Relikt imperialistischer, nationalistischer und feudaler Machtinteressen aus dem 19. Jahrhundert. Das Problem von nichtstaatlichen und alternativen Schulen ist heute weniger das von fehlenden alternativen pädagogischen Ansätzen oder von Nachfrage. Die Schwierigkeit liegt vielmehr bei der Erblast des antidemokratischen Schulwesens, d.h. im Machtanspruch des Staates auf Bildung.

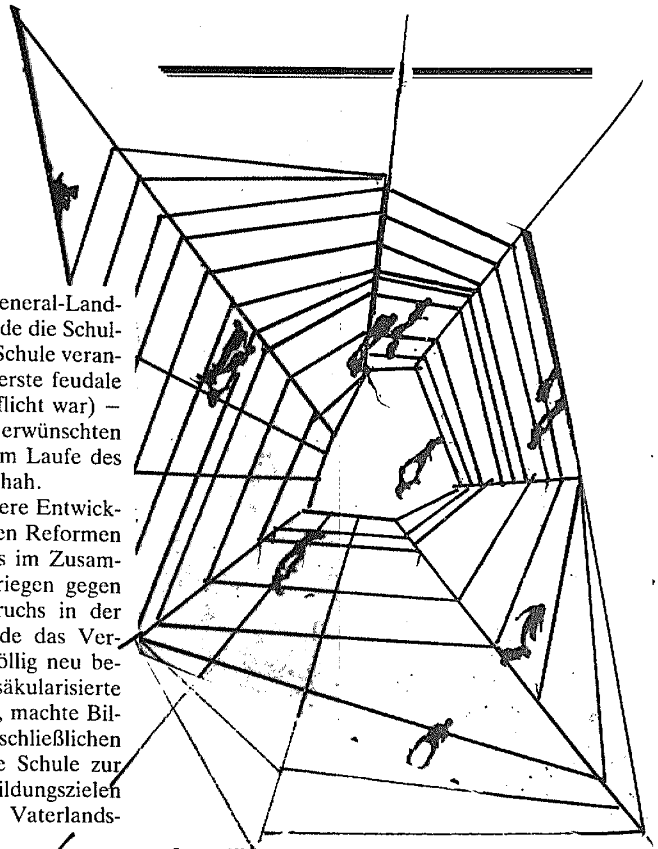
Ein zentraler Indikator für die Gewährung von politischer Freiheit in einer Gesellschaft ist der Zugang zu und der Umgang mit Bildung.

Zur Genese schulischer Willkür

Die bereits oben angedeutete These von der historischen Errungenschaft der Schulpflicht erscheint problematisch, wenn man sich fragt, ob die moderne Gesellschaft seit Einführung dieses Zwangs freier, vernünftiger, gerechter oder friedlicher geworden ist. Der Prozeß der allgemeinen Verschulung und Entwicklung des öffentlichen Schulwesens ging parallel zur Ausbildung zentralistischer Nationalstaaten und verfolgte selten primär pädagogische Ziele. Es ging dagegen um politische Kontrolle (Stichwort: Untertanenerziehung) sowie um die ökonomische Verwertbarkeit von Menschenpotential für kapitalistische Privatinteressen und nationalpolitische Machtansprüche.

Der Gedanke, daß es Kindern durch Schulpflicht besser gegangen wäre, ist eine Fiktion. Einmal griff die Schulpflicht im 19. Jahrhundert bei weitem noch nicht so umfassend wie heute; das staatliche Bildungsnetz war wesentlich grobmaschiger; dieKontrolle wurde weniger rigide gehandhabt und außerdem bewahrte die Schule Kinder bis in die jüngste Gegenwart keineswegs vor Kinderarbeit. Im Gegenteil: Zur Arbeitskraftausbeutung kam noch die staatliche Untertanenerziehung und Prügelpädagogik hinzu.



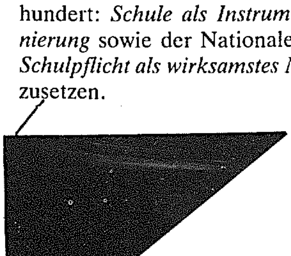


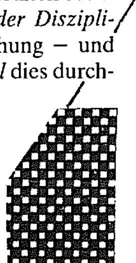
Ein öffentliches Schulsystem als Garant für fehlende Kinderarbeit und -ausbeutung sowie als Garant gegen Verwahrlosung und für mündige Bürger, erscheint heute zweifelhaft wenn man betrachtet, welche Bedeutung die politisch gewünschte und pädagogisch präsentierte Kriegs- und Feindhetze in den Staatsschulen autoritärer politischer Systeme bei den letzten Kriegen in Europa spielte.

Will heißen: Bei jenen jungen Erwachsenen, die mit Hurra in den Krieg zogen, begann das Elend bereits in der Schule, als sie ideologisch verwahrlost und auf einen Feind und einen Krieg »pädagogisch« vorbereitet wurden.

Die Schwierigkeit bei der Begründung einer entstaatlichten Alternativschulkultur hat in Deutschland im oben beschriebenen Sinne eine ausgeprägte historische Komponente, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht und mitverantwortlich für heutige Verhältnisse ist. 1819 schrieb Johann Wilhelm Süvern, Professor für Philologie und Staatsrat im preussischen Innenministerium, in seinem epochemachenden Schulverfassungsentwurf: *»Die öffentlichen allgemeinen Schulen sollen mit dem Staate und seinem Endzwecke in dem Verhältnisse stehen, daß sie, als Stamm und Mittelpunkt für die Jugenderziehung des Volks, die Grundlage der gesamten Nationalerziehung bilden. Die Erziehung der Jugend für ihre bürgerliche Bestimmung auf ihre möglichst allgemein-menschliche Ausbildung zu gründen, sie dadurch zum Eintritt in die Staatsgemeinschaft zweckmäßig vorzubereiten und ihr treue Liebe für König und Staat einzuflößen, muß ihr durchgängiges eifriges Bestreben sein.«*[4]

Was Süvern hier zum Ausdruck bringt, sind nicht nur die Ziele eines liberalen preussischen Bildungsbeamten unter Wilhelm von Humboldt, sondern steht auch stellvertretend für die Funktion der Schule im letzten Jahrhundert: *Schule als Instrument der Disziplinierung* sowie der Nationalerziehung – und *Schulpflicht als wirksamstes Mittel* dies durchzusetzen.





Bereits im preussischen »General-Land-Schul-Reglement« von 1763 wurde die Schulpflicht und Verstaatlichung der Schule verankert (wobei Preußen nicht der erste feudale Staat Europas mit einer Schulpflicht war) – wenn auch noch nicht mit dem erwünschten Durchsetzungserfolg, wie dies im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich geschah.

Eine wesentliche konsequentere Entwicklung begann mit den preussischen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den Befreiungskriegen gegen Napoleon. Im Zuge dieses Bruchs in der deutschen Schulgeschichte wurde das Verhältnis von Staat und Schule völlig neu bestimmt. Der preussische Staat säkularisierte und okkupierte das Schulwesen, machte Bildungsreformen zu seiner ausschließlichen Angelegenheit und erklärte die Schule zur Staatsschule mit den obersten Bildungszielen Gottesfurcht, Frömmigkeit und Vaterlandsliebe.

Im Laufe dieser Auseinandersetzung um Schule-Staat-Gesellschaft kristallisierte sich als Hauptproblem die Frage heraus: Wem gehört die Schule? Es ging vor allem darum, den Einfluß der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf die Schule zu klären bzw. gesetzlich und politisch zu legitimieren.

Die Bildungsdiskussion der letzten 150 Jahre in Deutschland ist demnach in weiten Teilen eine Schulverfassungsdiskussion, bei der am Ende der Staat als Sieger hervorging. *»Die große Bildungsfrage im Sinne freier, ungehemmter Entwicklung kann und wird nur entschieden werden im Widerspruch und im Kampf mit allen jetzt den Staat lenkenden (und für sich ausbeutenden?) Parteien und darum nicht auf dem Wege der Gesetzgebung und nicht unter der Führung eines Minsiters.«*[5] Diese Einschätzung des radikal-liberalen Schulkritikers Eduard Sack bringt die Diskussion um die Staatsschule gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf den Punkt und kennzeichnet den pädagogischen und politischen Zweifel an der Staatsschulidee.

Quo vadis Schulkritik?

Der historische Exkurs verdeutlicht die Rolle des Staates im Bildungsbereich, wie sie sich bis heute unwesentlich verändert hat: Der Staat als Verwalter und Hüter der Elementarbildung. Diese rechtspolitische Dimension des Verhältnisses von Staat und Schule hält gerade in jüngster Zeit bei den Genehmigungsverfahren von unabhängigen Elternschulen eine zweifelhafte Ernte. So wurde beispielsweise im Fall der *Freien Schule Kreuzberg* (Berlin) im Dezember 1986 vom Bundesverwaltungsgericht festgestellt, daß eine Schule in freier Trägerschaft (private Grundschule) mit einem besonderen pädagogischen Interesse keinen Anspruch auf richterliche Entscheidung beim Zulassungsverfahren hat.[6] Eine Genehmigung ist vielmehr Sache der Schul*behörde*!

Das heißt, daß die Anerkennung des »besonderen pädagogischen Interesses« (Art.7, Abs.5, GG), das zur Errichtung von Privatschulen gesetzlich vorgeschrieben (!) ist, ganz im Ermessen derjenigen liegt, die sich als Gralshüter der Elementarbildung begreifen.

Ivan Illich sprach 1970 von der Schule als »Heilige Kuh« der Industriegesellschaft.[7] Ganz in diesem Sinne erscheint das staatliche Pflichtschulsystem auch heute als ein sakraler Tempel, deren Priester einen Götzendienst am Mythos der öffentlichen Bildung leisten – und dies vorsätzlich und zielgerichtet.

Ein institutionalisierter und öffentlicher gesellschaftlicher Bereich, der sich um Bildung bemüht und dabei eine »friß Vogel oder stirb«-Strategie verfolgt, d.h. Angst vor Alternativen hat, entlarvt sich selbst und wird zu einem politschen und pädagogischen Ärgernis.

Der englische Sozialwissenschaftler und Anarchist *Colin Ward* fordert aufgrund dieser Verfaßtheit von Schule und Staat: *»Nachdem wir den Staat als eine restriktive Institution zum Schutz von Privilegien erkannt haben, sollten wir nicht den Fehler begehen zu fordern, daß ein Gesetz eingebracht werde, welches pädagogische Diskriminierung verbietet. Hingegen sollten wir auf dem Recht bestehen, daß alternative Bildungsverfahren gleichberechtigt miteinander in Wettbewerb treten. Als der Kaiser den Philosophen fragte, was er tun solle, antwortete der Philosoph: ›Geh nur ein wenig zur Seite. Du stehst mir im Licht‹!«*[8]

Inwieweit dieses ›Bestehen auf Recht‹ jedoch dazu führt, eine Demokratisierung oder Entstaatlichung des Bildungsbereiches zu realisieren, bleibt fraglich und erscheint angesichts der jüngsten Erfahrungen in der BRD zweifelhaft. Das öffentliche Bildungssystem ist heute an einem Punkt angelangt, wo es nahezu unmöglich erscheint, entscheidende Reformen durchzusetzen. Die rechtliche und bildungspolitische Verkrustung des Schulwesens hatein Maß angenommen, angesichts dessen selbst progressive Ansätze zur Veränderung zur Kosmetik erstarren.

Wo liegt hier eine Perspektive? Etwa im individuellen . »Schulkampf« progressiver Lehrer, die verzweifelt an der Idee einer anderen, besseren Schule festhalten und einen ›langen Marsch durch die Institutionen‹ riskieren oder aber in einer mehr oder weniger illegalen und isolierten Alternativschulbewegung?

Das Problem scheint woanders zu liegen: Die Schule ist in den letzten Jahren zusehends aus dem Blick radikaler Kritik geraten. Viele Lehrer, Eltern und Schüler haben sich mit den Verhältnissen nicht nur mehr schlecht als recht arrangiert, sondern auch nach mehr ›Mut zu Erziehung‹ und ›Leistung‹ gerufen (u.a. angesichts düsterer Arbeitsmarktsituation).

Solange die Bildungsfrage aber nicht mit derselben hartnäckigen und breiten Kritik wie etwa der Umweltschutz oder der Frieden diskutiert wird, solange besteht wohl kaum Aussicht, heute Grundlegendes zu ändern.

Anders ausgedrückt: Solange kein massiver politischer Wille von Betroffenen geäußert wird, bleibt alles beim Alten. Aber: Ist das öffentliche Vertrauen in die öffentliche (d.h. staatliche) Bildung tatsächlich so stabil wie es erscheint? Ist es nicht eher Resignation vor übermächtigen bürokratischen Strukturen, die jede Initiative abtötet?

Wenn dieses Vertrauen vorhanden sein sollte, dann sind freie Alternativschulen auch in Zukunft exotische Pflanzen in einer Wüste und bleiben beliebte Ausflugsorte erziehungswissenschaftlicher Botaniker, und der einzelne Lehrer, der versucht, jenseits seiner verordneten Lehrpläne eine andere Bildung zu vermitteln, bleibt ein Einzelkämpfer ohne Wirkung.

Schulkritik muß angesichts solcher Befürchtungen die Inselhaftigkeit der Universitäten und Alternativschulen verlassen und muß – dies ist wohl nicht nur eine Binsenweisheit, sondern auch ein frommer Wunsch – öffentliche Strukturen und Sensibilität schaffen, wie dies vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Ökologie- und Friedensbewegung geschah.

Solange der Bildungspolitik nicht mit demselben Mißtrauen begegnet wird, wie dies für andere gesellschaftliche Bereiche zutrifft, und das Schulsystem nicht als ein zentrales Element struktureller und staatlicher Gewalt gesehen wird, das vielen Kriterien verpflichtet ist, jedoch anm wenigsten pädagogischen, solange wird die traditionelle und ideengeschichtlich glückliche Ehe zwischen Bildungs- und Herrschaftspolitik sowohl gedanklich als auch praktisch nicht zu trennen sein.

Die Staatschule muß als eine politische Institution diskutiert werden, nicht als eine pädagogische, wenn es um Schulreformen gehen soll. Es geht nicht um die Frage nach didaktischen Alternativen. Die politische Funktion des Staatsschulsystems in einer Gesellschaft muß thematisiert werden.

Ein Patentrezept zur Lösung des bildungspolitischen Knotens gibt es sicher nicht, andererseits besteht bei den politisch Verantwortlichen derzeit wohl auch wenig Interesse das Schulsystem zu entkrusten und von feudalen und antidemokratischen Traditionen zu lösen. Was bleibt ist die Hoffnung auf eine Empörung von Betroffenen angesichts zunehmender staatspädagogischer Repression.

Die Kriegsdienstverweigerung wird mit humanitären und ethischen Argumenten legitimiert. – Wir sollten einmal darüber nachdenken,ob nicht dasselbe ethische und humanitäre Denken für eine Schulverweigerung spricht; denn schließlich sind Schulpflicht und Wehrpflicht die Geschwister desselben Vaters: des Nationalismus.

Anmerkungen

1 Zur aktuellen Situation in der Alternativschulbewegung vgl. die Informationsschrift »alternative SCHULE«, die 4×jährlich über die Redaktion *Klaus-Peter Thiele, Gretchenstr. 32, 3000 Hannover* erhältlich ist; ebenso H. Röhrs (Hg.): Die Schulen der Reformpädagogik heute. Handbuch reformpädagogischer Schulideen und Schulwirklichkeit. Düsseldorf 1986. ebenso: Eddi Taubert: Freie Schulen heute, in: Werkstattbericht Pädagogik Band II, Grafenau 1988.

2 N. Kranemann: Schulkritik aus der Sicht der Beteiligten – Schüler, Eltern, Lehrer; in: M. Heitger (Hg.): Umgang mit Schulkritik, Münster 1984, S. 74.

3 E. Stein: Die verfassungsrechtliche Bedeutung Freier Schulen, in: M. Behr (Hg.): Schulen ohne Zwang, München 1984, S. 174f.

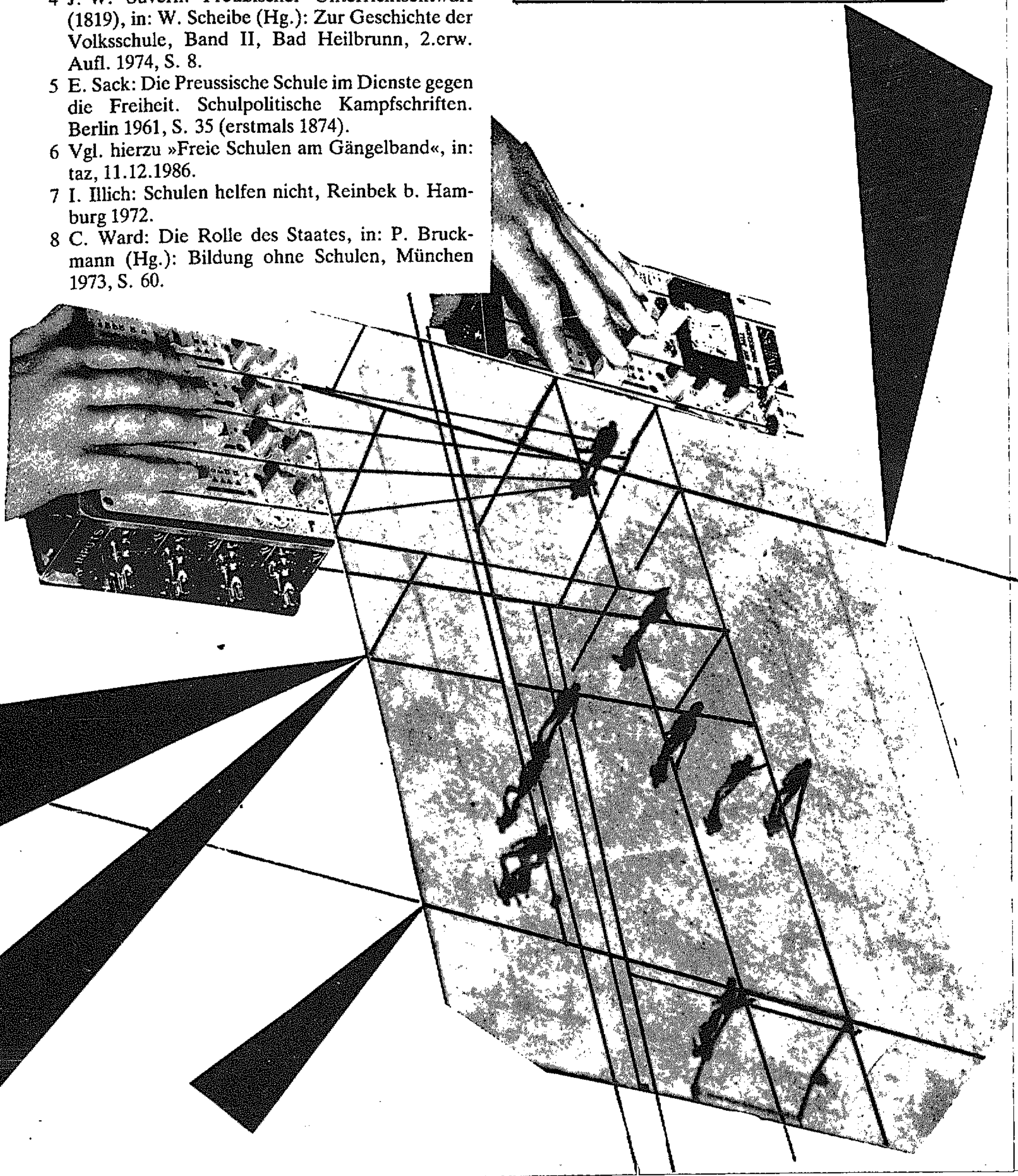
4 J. W. Süvern: Preußischer Unterrichtsentwurf (1819), in: W. Scheibe (Hg.): Zur Geschichte der Volksschule, Band II, Bad Heilbrunn, 2.erw. Aufl. 1974, S. 8.

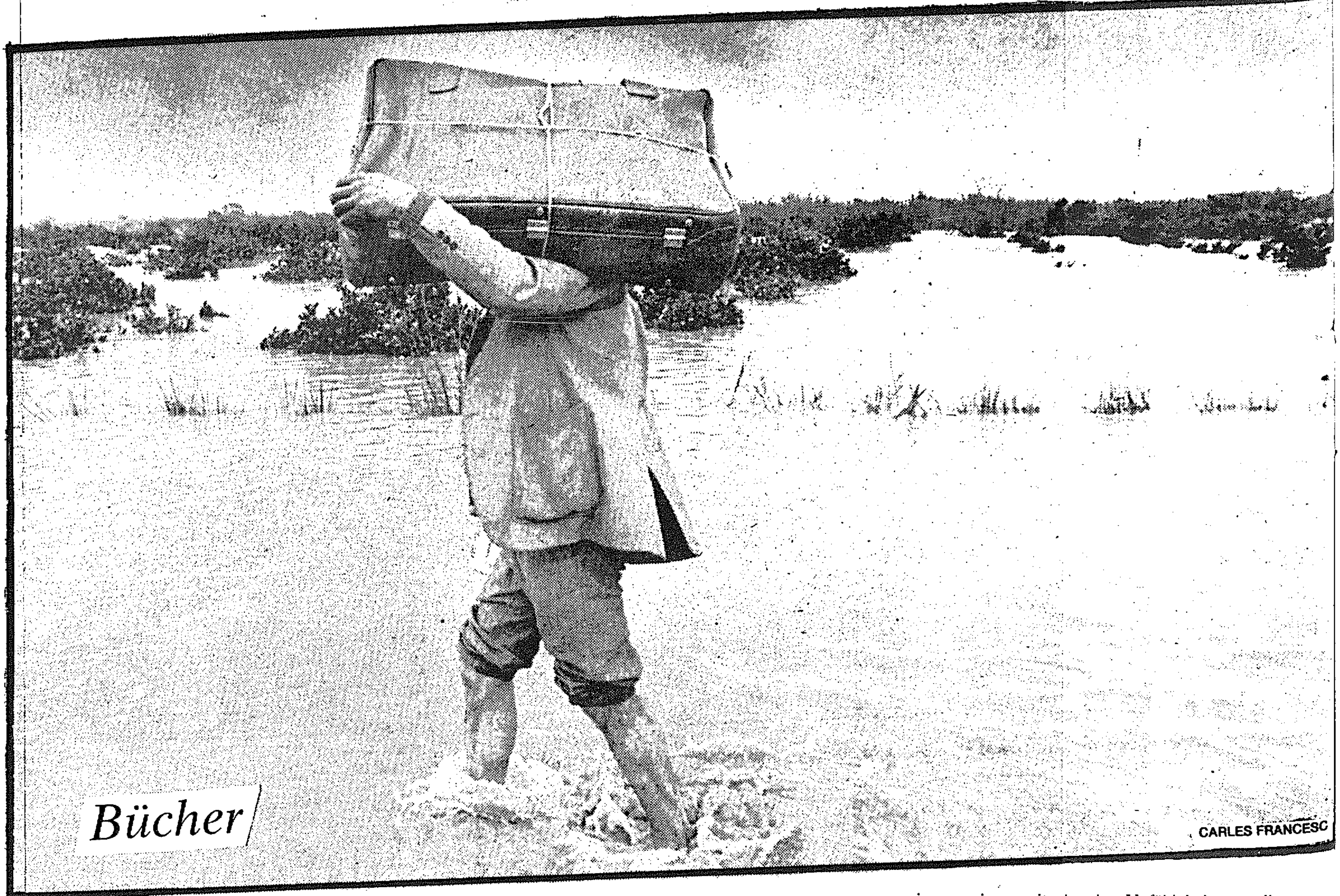
5 E. Sack: Die Preussische Schule im Dienste gegen die Freiheit. Schulpolitische Kampfschriften. Berlin 1961, S. 35 (erstmals 1874).

6 Vgl. hierzu »Freie Schulen am Gängelband«, in: taz, 11.12.1986.

7 I. Illich: Schulen helfen nicht, Reinbek b. Hamburg 1972.

8 C. Ward: Die Rolle des Staates, in: P. Bruckmann (Hg.): Bildung ohne Schulen, München 1973, S. 60.





Bücher

CARLES FRANCESC

* *Testimonios 3 – revista de coordination libertaria; Apdo. Postal 7–1286, Col.Roma, Mexico, D.F.06700*

Testimonios ist eine in Mexiko herausgegebene libertäre Zeitschrift, die von der äußeren Aufmachung sofort ins Auge fällt. Auf dem Umschlag ist eine Mauer – grau – die durch einen breiten blauen Pinselstrich geteilt einen Riß durch die Wand zeigt. Hinter dem perspektivisch vorderen Teil verschwindet gerade noch sichtbar das flüchtende Bein des Malers, der den Mauerbruch herbeiführte. Auf der Flucht vergaß er den Farbeimer auf dem »Blaue Utopie« zu lesen ist – die Farbe der Hoffnung Mauern zu trennen.

Im Innenteil gibt es teils lustige, teils groteske Graphiken – einige Photomontagen und zwei kurze Comicgeschichten a la Freakbrother oder Crumb. Sie sind nicht mein Geschmack – ich hasse diese Reduktion in Wort und Bild. Die Zeitschrift beginnt inhaltlich mit einem Artikel zur Gentechnologie – Informationen und Einschätzung. Es schließen sich einige Seiten Biographie über Murray Bookchin – seine Entwicklung, IWW und seine Ideen an. Neben Pierre Clastres – oh Schreck laß nach, Fritjof Capra – Texte aus der »Wendezeit«.

»Reflexionen« folgen, die den Anspruch einer modernen libertären Zeitschrift benennen, sich mit den widersprüchlichsten Themen zu beschäftigen. Das Bild eines vielseitigen Diskussionsforums entsteht, um die Gegensätze des Anarchismus aufeinanderprallen zu lassen und um einen großen Sprung über den eigenen Tellerrand zu wagen.

»Auf der Suche nach einer Utopie und einem praktischen politschen Diskurs bewegen sich die Reflexionen auf dem schmalen Grad zwischen Hoffnung und Abgrund.«

Eine Geschichte von Romain Rolland und ein Aufsatz von Jorge Luis Borges mit dem Titel »Eine mögliche Zukunft«, der die reale Fiktion einer menschlichen Gesellschaft in überschaubaren Kommunen entwirft, füllen mit dem Abdruck zweier Briefe von Kropotkin an Lenin, einer spanischen Biographie über Emma Goldmanund einem ökologischen Text des ersten alternativen »Nobelpreisträgers« den zweiten Teil der Zeitschrift. Zum Schluß kurz ein Eindruck aus dem Editorial:

»Veränderungen, Veränderungen und nochmals Veränderungen in dieser Ausgabe. Viele Monate nach dem vorgesehenen Termin erscheinen wir wieder. Warum erst jetzt? Die Zeitschrift stellte uns nicht zufrieden, sie entsprach noch nicht unseren Vorstellungen.

Wir schreiben, weil es uns gefällt, weil einige von uns glauben, daß sich Leute für das, was wir zu sagen haben, interessieren und daß es noch Menschen gibt, die nicht die Hoffnung verlieren eine Unruhe zu stiften, die sich in den Herzen einiger unserer Leser einnistet und lebt. Wir versuchen mehr Bewegung und Leben zu geben, in dem wir verschiedene Themen behandeln. – Monographien als Beilagen – aktuelle Interviews – Reportagen, damit klar bleibt, daß wir nicht zu Botschaftern der Wahrheit werden wollen, denn wir haben einfach keine Wahrheit vorzuweisen. Wir versuchen lediglich anders fortzufahren in unserem libertären Selbstverständnis.«

Herby Sachs

☆ *Rolf Cantzen: Weniger Staat – mehr Gesellschaft. Freiheit – Ökologie – Anarchismus. Frankfurt 1987, fischer alternativ, 272 S., 14,80 DM.*

»Die Wetter schlagen um:
Sie werden kälter.
Wer vorgestern noch Aufstand rief,
ist heute zwei Tage älter.«

Thomas Brasch

Trotz erstarkender anarchistischer Bewegung und mannigfaltiger, teilweise erfolgreicher Bemühungen auf verschiedenen, sprich: vielfältigen Ebenen zu einer Rekonstruktion sozialer Beziehungen zu gelangen, kann an zumindest zwei wesentlichen Defiziten, denen sich m. E. alle AnarchistInnen stellen müssen, wollen sie zu einer »vollstrukturierten Gesellschaft« (Martin Buber) gelangen, die das Erbe des Staates antritt, nicht vorbeigesehen werden: Zu sprechen ist von der bislang unzureichenden Zurkenntnisnahme bisheriger anarchistischer Praxis sowie von einer weitgehenden Unfähigkeit, uns die zahlreichen libertären Theorieansätze anzueignen und sie in den aktuellen sozialen Auseinandersetzungen nicht nur gegenüber der bürgerlichen, sondern auch der marxistischen Ideologie an gesamtgesellschaftlicher Relevanz gewinnen zu lassen.

Dieses Auffinden und Zurkenntnisbringen libertärer Theorien hat sich *Rolf Cantzen* in seinem jüngst erschienenen Buch, »Weniger Staat – mehr Gesellschaft. Freiheit – Ökologie – Anarchismus« zur Aufgabe gemacht. Hierbei geht es dem Autor aber keineswegs um eine Ideengeschichte des Anarchismus, sondern um das Aufgreifen und zur Debatte stellen libertärer, ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Alternativen im Anarchismus – herausgearbeitet vor allem an den Vordenkern Proudhon, Bakunin, Kropotkin und Landauer – versucht der Autor seine These von der Zeitgemäßheit des Anarchismus, eines »Konstruktiven Anarchismus«, zu belegen, um so zu einer kritischen Neu- bzw. Wiederaneignung anarchistischer Anschauungen, zu einer »Rehabilitierung« libertären Gedankenguts zu gelangen. Cantzen beabsichtigt, dem Anarchismus seine Originalität, seine Wesenheit, zurückzugeben, ihn wegzubringen von der weitverbreiteten, hartnäckigen Ansicht, er sei lediglich ein linksradikales Korrektiv bzw. Anhängsel des längst auf dem Misthaufen der Geschichte abgelegten Marxismus.

Einleuchtend, wenn auch Widerspruch herausfordernd, wirkt sein Plädoyer für den »Austritt aus dem Kapitalismus«, das er der seiner Meinung nach unzeitgemäßen und sogar verhängnisvollen Zielsetzung einer Zerschlagung des hochgerüsteten Staatsapparates entgegenhält. Findet sich im Anarchismus der Anspruch, daß das Ziel einer humanen Gemeinschaft schon auf dem Weg dorthin erkennbar sein soll, so bezieht sich der Autor hierbei vor allem auf den leider bis heute weitgehend übersehenen bzw. mißverstandenen Ansatz Gustav Landauers, sich vom Kapitalismus abzuwenden. Anhand von dessen Siedlungs- und Genossenschaftsgedanken, bei denen es sich nicht um ein Niederkonkurrieren des Kapitalismus, sondern um Einübung in Selbstbestimmung, dezentrale Selbstorganisation, Solidarität sowie praktische Vernetzung handelt, erhalten die Inhalte libertärer Theorien in der aktuellen

Diskussion um Selbstverwirklichungsprojekte konkret bei den Möglichkeiten einer Alternativökonomie sowie einer dringenden Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens ihre besondere Gewichtung.

Inhaltlich weiterführen könnten m.E. auch Cantzens Reflexionen zum Verhältnis Ökologie und Anarchismus. Seine Kritik vor allem an Bookchins utopisch-harmonistischem Anarchismusverständnis, das einseitig von einer Harmonie der Interessen, nicht aber von deren Konflitkaustragung spreche, sowie dessen Naturbegriff, aus dem heraus dieser die in der Natur bzw. Naturgeschichte begründete Anarchie vorgefertigt vorfinde, setzt der Autor Landauers Diktum eines Bestrebens, mit Hilfe eines Ideals eine neue Wirklichkeit zu schaffen und nicht die angeblich nicht-hierarchischen, dezentralen, komplementären Strukturen der Natur auf die Organisierung eines libertätewen Gemeinwesens zu übertragen: »Es läßt sich also nicht von der vermeintlich strukturellen Ähnlichkeit vom anarchistischen Gesellschaftsideal und von (. . .) Prozessen in der Natur direkt und mit Notwendigkeit darauf schließen, daß der Anarchismus mehr als andere politische Theorien ›ökologisch‹ ist. Gleichwohl muß man festhalten, daß aufgrund jener spezifischen Mentalität das theoretische Denken im Anarchismus der Ökologie entgegenkommt.« (S. 216f.) So sind für Cantzen auch nicht anthropologische Grundannahmen von der Vernunftbegabtheit der Menschen allein, die zu Freiheit und Herrschaftslosigkeit führen, sondern vor allem die Bedürfnisse und das Wollen der Menschen, ohne Staat, Bevormundung und Reglementierung zusammenzuleben. Die Verbindung von Ökologie und Anarchismus hin zu einem »Wiederanschluß an die Natur« sieht der Autor in der Entwicklung einer dezentralen, libertären Ökonomie auf der Grundlage weitgehender Autarkie mit einer kleinen, demokratisch kontrollierbaren Industrie und der Koordination von Konsumtion und Produktion von unten nach oben in Rätekörperschaften als realisierbar.

Während Cantzen sowohl dem kollektivistischen Anarchismus (Bakunin, Most) dessen Staatsfixiertheit als auch den liberalistischen Libertären (Makkay, Gesell) ökonomische Engleisigkeit vorwirft, plädiert er für einen von ideologischem Treibsand befreiten, zeitgemäßen Anarchismus, der mit seinen herrschaftskritischen Prinzipien von Selbstbestimmung, Selbstorganisation, Antistaatlichkeit, Antizentralismus und Antipatriarchalismus gesamtgesellschaftlich schrittweise verändernd zu wirken vermag. Während seine Vorstellungen von »systemüberwindenden Reformen« allerdings etwas blaß bleiben und noch weiterer Ausführungen bedürfen, ist ihm darin zuzustimmen, die »konstruktiven«, d.h. heute anwendbaren Ansätze im Anarchismus in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sowohl hinsichtlich der Entwicklung aktueller Konzepte einer radikalen Herrschafts- und Staatskritik als auch in der Praxis, z.B. in die sozialen Bewegungen, einzubringen, um so den notwendigen Prozeß einer Vergesellschaftung des Staates sowie einer Reorganisation unserer Gesellschaft von Grund auf voranzutreiben: »Die Strategie der Entstaatlichung durch Rückzug in die Nischen des Systems« und die dortige Neuorganisation autonomer Bereiche sowie die Vergesellschaftung herrschaftlich-kapitalistischer und staatlicher Strukturen sind wichtige Teilelemente eines sofortigen ›ungeduldigen‹ Beginns der Veränderung des Bestehenden. Somit richten sich libertäre Perspektiven gegen die von Marxisten propagierte (. . .) revolutionäre Geduld, mit der die Realisierung der Ideale und der Anspruch auf ein besseres Leben in der Gegenwart abgewiesen werden. Die Ungeduld verhindert hingegen eine Vertröstung auf eine ferne Zukunft, wendet sich gegen jeglichen (geschichtsphilosophischen) Fatalismus und stehteiner Instrumentalisierung der heutigen Generationen im Namen künftiger entgegen.« (S. 240f.)

Siegbert Wolf

☆ *Martin Henkel: Narziss und Goldstein. Abschließendes zur Bhagwan-Affäre; Basel/Frankfurt, Stroemfeld/Roter Stern 1986, 219 S., 18.-DM.*

Die jüngste Publikation des Bochumer Sozialwissenschaftlers ist nicht nur als eine Art von Abrechnung mit den Machenschaften Bhagwans und seiner Anhänger zu verstehen, sondern sie ist eine Auseinandersetzung mit dem psychischen Phänomen des Narzißmus, der für Henkel nicht nur eine Erscheinungsform eines »Neuen Sozialisationstypus« (Michael Lukas Moeller) repräsentiert (S.60 u. 210), sondern der Parallelen mit Repräsentationsformen anderer Kommunardenbewegungen aufweist. Deshalb ist für ihn die Sekte Bhagwan keine Religion bzw. eine, die Jugend entmündigende Jugendreligion (S. 42f.), so wie sie besorgte Kirchen- und Landesvertreter gerne verstanden wissen (S. 34f.), sondern schlichtweg Sekte, die Henkel immer psychoanalytisch begreift (S. 210). Dabei beruft er sich auf den Narzißmusbegriff von *Heinz Kohut*, dem selbst nicht kritiklos gegenüberzustehen ist. Nach Meinung *Herbert Marcuses* war Kohut als langjähriger Vorsitzender der Vereinigung amerikanischer Psychoanalytiker führender Vertreter einer »revisionistischen« Psychoanalyse, die einen gesellschaftskritischen Ansatz im Sinne Sigmund Freuds nicht weiterentwickelte, da er ihn für westliche Gesellschaften als erledigt ansah. Dieser Art von Psychoanalyse ginge es letztlich nur noch darum, so Marcuse, den psychisch gestörten Menschen der Gesellschaft anzupassen, damit er wieder funktioniere (S. 59f.). Die Kritik an Kohut scheint berechtigt, was die mangelnde Reflexion seiner aufgestellten Kriterien betrifft. Seine Kriterien des Narzißmus selbst scheinen allerdings diskussionswürdig, insbesondere wenn man die von Martin Henkel gestiftete Parallele zwischen Bhagwan-Sekte und anderen Kommunardenbewegungen weiterhin im Auge behält. Henkel denkt da insbesondere an die »Sekte« der von *Otto Muehl* in den 70er Jahren geleiteten *AAO-Kommune*, die sich, wenn man die Schriften Wilhelm Reichs genauer studiert, *fälschlicherweise* auf diesen wie auf einen Messias berief. Phänomenologisch, so Henkel, habe die AAO-Sekte wohl ganz anders ausgesehen. Was AAO und Bhagwan aber vereine, sei die Leugnung liebevoller Zweierbeziehungen und eine Gewalthierarchie, die in der AAO als »Bewußtseinshierarchie« ausgegeben wurde. Was den Sannyasins Meditation und Therapie sei, das sei in den AAs die Selbstdarstellung gewesen. Die AAO benutzte andere Termini, doch ihre Formen waren die der späteren Bhagwan-Sekte: »eine Hierarchie, Isolation der Mitglieder, Beziehungslosigkeit untereinander, Stabilisierung der nur teilweise aufgearbeiteten psychischen Defekte, schließlich Intrigen und Kriminalität, Drogen-Mißbrauch.« (S.167)

In diesem Zusammenhang besitzt Martin Henkel sogar den provokativen Mut zu behaupten, daß hier »eine Gruppe, die sich zum großen Teil aus Mitgliedern der linken Alternativbewegung zusammensetzt, die Formen einer faschistischen Organisation annimmt.« (S. 168). Dabei geht er im Sinne Erich Fromms, der im Narzißmus die Persönlichkeitsstruktur des Faschismus abgebildet sieht und die Gesellschaft auffordert, Verantwortung für anderen,für die Welt zu übernehmen, über Kohut hinaus. Trotzdem scheint Martin Henkel mit dem Benutzen der Narzißmus-Kriterien von Kohut nicht ganz fehlzugreifen, wenn er mit ihnen einen Teil der 70er-Jahre-Gesellschaft zu charakterisieren versucht. Er nennt z.B. die Unfähigkeit zu sinnvollen Beziehungen und diese zu erhalten; das Suchen nur der eigenen Befriedigung; die ständige Angst vor dem leicht zu bedrohenden grandiosen Selbst; die Unfähigkeit des Ertragens von Kritik; das Beherrschen von Menschen, um der eigenen Kränkung zuvorzukommen (S. 49f.); – alles Phänomene – ohne pathologisieren zu wollen –, die den »Momentpersönlichkeiten« der 70er Jahre nahekommen, deren regredienter Subjektivismus eine eigene Art von (Underground-)Literatur zauberte, wie es bei Rolf-Dieter Brinkmanns und R. R. Rygullas *Acid* nachzulesen ist und schon früh (1971) von Klaus Wagenbach in *»Das Individuum als Kollektiv, und umgekehrt«* kritisierend angesprochen wurde. Zwangskollektivismus: das zeigt sich bei Bhagwan auch im Umgang mit den Kindern, die – wenn sie schon einmal da sind (Frauen mit Kindern bringen keine Leistung mehr) – der ganzen Kommune gehören. Sträubten sich die Kinder nicht sichtlich, gegen ihren Willen von den Eltern fortzukommen, so wurden sie nach Herringswell zwangsinterniert. (S. 170)

Ein Vorteil der Studie Martin Henkels ist das Aufweisen vielfältiger Kriterien von Narzißmus im Sinne Kohuts, die dieser wie jener aber leider nicht weiter reflektiert. Auffällig z.B. ist, daß nach Kohut (1973) insbesondere Mädchen von narzißtischen Störungen gefährdet sein sollen und daß diese Mädchen später »leicht eine verächtliche Haltung gegenüber jungen Männern« entwickeln (S. 214). Und Martin Henkel stellt fest, daß »in der Regel« der Vater der nicht-narzißtische Elternteil in einer Bhagwan-betroffenen Familie ist (S. 169), hingegen somit die Frau (und/als Mutter) eher mit dem Narzißmus Angebot von Bhagwan liebäugelt. Nähere Gründe, weshalb das Potential an Frauen dort so hoch ist (neben ehemaligen Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten, S. 24), bedenkt auch er, als ein direkt Betroffener nicht. Er thematisiert nur die durch die Sektentherapie aufgedeckte Problematik der Bhagwan-Frauen, – häufiges Auftreten von Magersucht –, lapidar als ›nicht so werden zu wollen wie die Mutter‹ (S. 90). Für eine gesellschaftskritische Studie ist das etwas zu wenig an Begründung und motivationaler Erklärung. Vielleicht wähnten die von solchen Gemeinschaften affizierten Frauen dort ein höheres Maß an persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten, z.B. auch an der Ausübung von Herrschaft ähnlich der Frauen in den Ketzerbewegungen des Mittelalters (vgl. Martin Humburg: Gewaltfreier Kampf. Historische und psychologische Aspekte ausgewählter Aktionen aus Mittelalter und früher Neuzeit. Gießen 1984) zu finden, als im angebotenen herrschenden System. Zumindest konnte die neue, fremde und andersartige Gemeinschaft eine Alternative zur gemeinten repressiven Wirklichkeit bieten, auch wenn sie im Grunde genommen keine sein konnte, weil sie herrschende Formen unter anderen Zeichen reproduzierten. Und des weiteren mag vielleicht auch der »mädchenhafte« Kampf gegen die immerböse Mutter mehr heißen, als nur deren Ablehnung, sondern eher sich dahinter die weibliche Ablehnung eines angebotenen männlichen Klischees von Muttertum und Mütterhaftigkeit verbergen. Solche Fragestellungen kamen weder Kohut 1973 noch Henkel 1986 in den Sinn, und wenn der Vorzug dieser Studie die Aktualisierung des Problems des Narzißmus an schon Bekanntem ist, so ist ihr Mankodas Defizit von Weiter-Bringendem.

Thea A. Struchtemeier

Die Grenzen der Schatten – Versuche zu einer »Kulturkritik«, Teil II

von Herby Sachs



Kunst und Politik

»Es ist etwa so: es gibt Luftlinien an jeder Seite deines Kopfes, deines Blickes, – Zonen, die deine Augen, deinen Geruchssinn, deinen Geschmack anhalten, – das heißt, daß du von außen begrenzt wirst, und über diese Grenze kannst du nicht hin ausgelangen, wenn du glaubst, du hättest etwas vollständig wahr genommen, so hat dieses Etwas doch nur, wie der Eisberg, ein Stückchen draußen und zeigt es dir, während der ungeheure Rest jenseits deiner Grenze liegt . . .«

aus: Rayuela Himmel und Hölle
von Julio Cortazar
Suhrkamp tb, Frankfurt 1987

Zur Kunst

Die Qualität der Kunst als utopischer Entwurf liegt in der Phantasie der Menschen unabhängig vom vorgefundenen Material auf der einen Seite, – eng verflochten jedoch mit der sozialen Situation auf der anderen Seite. Ihre wesentliche Eigenschaft ist die Menschlichkeit und das Streben nach Freiheit. Die Haltung und Gewichtung bewegt sich mit der Struktur der Wahrnehmung und Lebensweise der Menschen in den verschiedenen Formen sozialer Verhältnisse.

Wenn keine Bereitschaft vorhanden ist, die Vorstellungen mit der Wirklichkeit in einen Dialog zu setzen, wird die Anpassung größer, – die Distanz der künstlerischen Produktion zur Wirklichkeit geringer.

Die herrschende Funktionalisierung der Kunst und ihre willkürliche Vereinnahmung ihrer sozialen Intentionen widerspricht noch nicht der Möglichkeit, die Wirklichkeit in der Kunst zu enthüllen und zu verändern. Deshalb gilt es, Kunst aus der Nische der Unbeweglichkeit hervorzuholen, um die Chance wahrzunehmen, die außerordentliche Phantasie der Menschen mit dem Wunsch nach Utopie in einen Akt der Selbstbestimmung zu setzen.

Ein zentrales Interesse der Kunst als Utopie besteht in dem Versuch fixierten Ideen, Konventionen und ständiger Grenzziehung mit Verweigerungen, Spaltungen und Verwirrungen in vielfältigem Ausdruck zu begegnen. Um aus dem Kreislauf idealer Bilder zu einer Irritation der ständig neu simulierten Klischees zu gelangen, ist eine Radikalisierung mit Hindernissen und Brüchen, die zerstörend und gestaltend wirken, notwendig. Die Kunst entsteht aus der Gesamtheit der Vorstellungskraft und der sozialen Realität der Menschen, – deren wesentliche Eigenschaft das Zusammenspiel von »Hirn und Herz« ist. Aus allem Zusammen, der sozialen Zerrissenheit – dem Traum – der Liebe – dem Tod – der Gesellschaft und nicht nur aus dem bewußten Teil, sondern auch aus der Dimension, die fern jeden vernünftigen Denkens ist.

Die Mittel – Distanz oder Identifikation?

Der Anspruch, Kunst setzt sich mit der Gegenwart auseinander, d.h. mit real existierenden Problemen einer Innenwelt/Außenwelt, unterstützt den Versuch historische, künstlerische Vorgänge in ein Verhältnis zum Heute oder zur Zukunft zu setzen.

Die Kunst hat zwei Möglichkeiten:

Einmal nichts anderes zu tun als das vorgefundene Material zu illustrieren. Illustration von Ideen ruft Identifikation hervor, reproduziert Altbekanntes und schließt ein kritisches Verhältnis als Hoffnung für einen Entwurf der Zukunft aus. Zum Anderen, das vorgefundene Material zu verwandeln, d.h. auf die Ebene der Überhöhung als spielerisch-experimentelles Moment zu transportieren, um eine mögliche Korrektur des jeweils Gegenwärtigen mitzuführen. Kunst ist Fiktion – die mögliche Produktion anderer Wirklichkeiten. Experimente und Entwürfe können festgefahrene Strukturen (Wahrnehmung, soziale Auseinandersetung etc.) auflösen. Sie ist eine sinnliche Möglichkeit gegen Selektion und Ausgrenzung.

Kunst und Politik

Kunst und Utopie bereichern das Leben und die Wirklichkeit wenn Grenzen und Regeln (des Alltags) überschritten werden. Ein Fundus nicht wahrgenommener Möglichkeiten gesellschaftlicher Wirklichkeit entsteht. Das Labyrinth der Phantasie gewinnt seine Vielfalt aus der Wirklichkeit – die Fiktion wird lebendig und entwickelt eine Gegenwirklichkeit. Sie ist eine Scheinwelt, doch Utopie und Freiheit entstehen u.a. aus dem Kontext von Traum und Realität. Soziale Gegenentwürfe finden in einer künstlichen Welt statt. Sie gibt für wenige Augenblicke eine Ahnung ande-

ren Lebens frei. Das reicht nicht zu einer tatsächlichen Veränderung, doch Kunst und Utopie konfrontieren einen steigenden Realitätsverlust mit »Bildern der Sabotage«. Sie probieren aus, erinnern und verwerfen verschiedene Variationen einer Wirklichkeit, die beharrlich unbrechenbar bleibt in einer berechenbaren Welt. Subversiv im Leben und Denken sind Haltungen der Menschen, die nicht in Koordinatensysteme zwingbar sind. Sie verbreiten Unruhe in den Hierarchien des Wissens und der Macht, die auf Fragen immer nur die Antworten ihrer Wertsysteme haben.

Die Kunst, die an gesellschaftliche, politische Ziele gefesselt wird, sich als politische Kunst funktionalisieren läßt, reduziert ihre ästhetische Form und ihren Inahlt. Sie wird zur illustrativen Agitationskunst im Sinne eines sozialistischen Realismus oder faschistischer »Übermenschenkunst«. Endgültige Ordnungen werden konstruiert. Das Primat politischer Strategien spricht nur eine einzige Sprache – die Installierung patriarchaler Herrschaftsinstrumente, die zur perfekten Erfassung, zu Kategorien des Richtigen führen: Die Herrschaft eines Staates, der ausgrenzt, aussondert, umerzieht.

Eine Linke, die ihre politische Existenz nur ableitet aus dem ständigen Kampf gegen Repression und Willkür wird immer massive Angriffe gegen die Kunst als Mittel der Herrschenden vortragen. Die Vorwürfe reichen von der Herstellung einer »dekadenten Ersatzwelt« bis zu der [illegible] Denkweise, jede Kunst entzieht sich gesellschaftlicher Verantwortung. Die verändernde Möglichkeit der Kunst liegt nicht in der Nachahmung der Politik mit aufgesetzten Mitteln, sondern sie konfrontiert die Repressivität der Politik mit dem Genuß an der angestrebten Zukunft. Nach bisheriger Erfahrung kann eine befreite Gesellschaft die Zwänge nicht abtragen, die sie beim Widerstand gegen Repression und Autorität angehäuft hat. Die Denkweise schlägt zurück auf die, die sich gegen Patriarchat und Puritanismus, Rassismus, Entfremdung und Hierarchie wenden.

Die dogmatische Linke benutzt die Verbindungen von Kunst und Politik, um ihre Ziele durchzusetzen und gesteht ihr letztendlichnur die eingezäunte Spielwiese zu.

Doch eine Begegnung von Kunst und Politik findet erst statt, wenn eine ständige gegenseitige Korrektur möglich ist. Utopie entsteht in den jeweiligen Zwischenräumen, die das Bekannte verlassen können, um sich dem fremden Unbekannten (Experiment) zu nähern.

Das Verhältnis von Utopie und Gesellschaft – die Möglichkeit des Zusammentreffens – beruht wesentlich auf dem Zutrauen in die Wiederaneignung der Sinne und der kritischen Wahrnehmung; aber ebenso auf dem Mißtrauen in Kommunikationssysteme, die die Zertrümmerung der Sinne als Zweck haben, um sie später wieder zusammenzusetzen und sie als neue Wahrnehmungskäufer auf dem freien Markt der entsinnten Technologien wiederzufinden. Auf dem Markt der Wahrnehmung kontrolliert der Wahrnehmungslieferant. Und wer die Form und den Inhalt der Ware bestimmt in einer zunehmend flüchtigeren Welt, bestimmt die Welt und setzt ihr Bild fest.

»Das Entschwinden der Sinne – Auge, Ohr, Nase, Zunge und tastende Hand – ist nur ein Aspekt jenes längst in Gang befindlichen Rückzugs der Wirklichkeit aus unserem Leben. Die Wirklichkeit zieht sich aus unserer Lebenswirklichkeit im selben Maße zurück, in welchem das Fiktionale, die soziale Simulation, überhandnimmt.« (Bernd Guggenberger, Sein oder Design – Zur Dialektik der Abklärung, Rotbuch-Verlag Berlin 1987).

In diesem Zusammenhang wird die Verbindung von Kunst und Politik für soziale Gegenentwürfe notwendig. Ihre *Haltung* ist eine soziale in einer »unmenschlichen« Welt.

Soziale Gegenentwürfe in einer nach allen Seiten abgesicherten Welt – auch die Gegenentwürfe einer imaginären Welt – können eine mögliche Hoffnung auf bewegliche Revolte mit sehenden Augen, hörenden Ohren und tastenden Händen sei, um innerer und äußerer Kolonisation die Phantasie der scheinbar »Ohnmächtigen« entgegenzusetzen.

Im Versuch sich der ständigen Anpassung – »der sozialen Simulation« zu verweigern, kann ein Gegenmilieu entstehen, das die »zugekleisterte« Realität transparenter werden läßt und die Sinne neu bildet.

Das experimentelle Mittel, Realität umzubilden und abzuändern, reißt die Kunst aus der passiven Zone. Sie steht im Leben. Sie erhält einen sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhang und kann in einer schnelllebigen Zeit den allzu starken Sog des Konformismus zerstören.

»Im Kunstwerk fixiert man das noch nicht Erkennbare oder noch nicht Determinierte und diese gelten uns als wichtigste und schöpfungshafte Stadien des Realen. Damit aber wird der Kunst eine bedeutendere Aktivität zugewiesen, indem man vermittels der Vision und der Bilder neue Realität und Objekte schafft. Somit entsteht ein Realitätszuwachs und Kraft der Bilder zerstört man unermüdlich den geordneten definitiven Kosmos des Logikers, d.h. Kraft der Kunst erhält man das Chaotische . . . (aus: Gestalt und Begriff von Carl Einstein in: Verschollene und Vergessene, Hrsg. Sibylle Penkert, Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1970).

Die Überhöhung/Übertreibung in der Kunst

Die Chance, Freiheit und Utopie wahrzunehmen, ist fast die Pflicht der Kunst heute, um der Verengung der Phantasie und die Umstrukturierung der Gefühle mit Brüchen zu konfrontieren, die Ausdruck einer Welt sind, die *auch* sein könnte.

In diesem Sinne ist Kunst stets Verwandlung des vorgefundenen Materials. Desto entwickelter die Ebene der »Überhöhung/Übertreibung« (Verfremdung) desto geringer ist ihr konservatives Element. Die Überhöhung ist ein Mittel, um die Wirklichkeit bis an die Grenze von Täuschung und Trugbild künstlerisch neu zu produzieren, – deren scheinbare Objektivität und die statischen Gesetzmäßigkeiten, die sich nur als Wirklichkeit ausgeben, zu entlarven.

Wirksam arbeitet sie mit vermeintlicher Sinnestäuschung. Die Übertreibung macht nicht Halt vor den Grenzen der Unberechenbarkeit – der Ratlosigkeit – der Irritation. Im Gegenteil, sie entwickelt Haltungen in vielfältiger Weise für anderes, um dem Knast der Eindimensionalität ein Schnippchen zu schlagen.

Die Überhöhung als Methode vertraut oder verstößt in einer Zeit maßloser Überreizung der Sinne den »künstlerischen Schein«, sie entwickelt ein Verhältnis zu Elementen individueller oder kollektiver Rebellion in der Kunst. Sie verarbeitet Erfahrungen oder verwirft sie. Das Experiment findet nicht im luftleeren Raum (Elfenbeinturm) statt, sondern korrespondiert ständig mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, um sie im gleichen Moment wieder verlassen zu können.

Die Verbindung von Kunst und Utopie beruht wesentlich auf dem weiten Spielraum der eigenständig entstandenen Assoziationen im Verhältnis KünstlerIn/Publikum zu der ungeheuren Menge an künstlerischen Möglichkeiten, die die Welt der Wirklichkeit um Vieles übertrifft. Überhöhung bezeichnet Vorgänge detailliert; setzt der Willkür und Beliebigkeit eine Haltung und damit den Weg der produktiven Aneignung des Materials entgegen.

Der Zuwachs des Materials durch Vision bestimmt die Qualität des künstlerischen Produkts. Das Maß ist die Bildung neuer Wirklichkeiten, die dem Abbild – der Nachahmung – entgegensteht. In der Überhöhung wächst die Wirklichkeit. Die Harmonisierung der Welt durch bloße Nachahmung vergrößert die Geschwindigkeit des Vernichtungsprozesses von Bewegung und Experiment. Den »tödlichen Generalisierungen« fällt die Überhöhung als Methode zum Opfer, sie erzwingen die Trennung von Kunst und Utopie. Sie berauben die Kunst ihrer fiktiven Elemente, werden beschreibende Ästhetik, entgestalten die Kunst und liquidieren ihren verwandelnden Charakter.

Die Reduktion auf Nachahmung und Illustration des vorgefundenen Materials als Gegensatz zur Verwandlung ist konservativ. Sie unterscheidet sich wesentlich von der Überhöhung durch die Vereitelung sozialkritischer Intentionen. Ihre Mittel sind bedingungsloses Einverständnis und nicht die Konfrontation, Brüche oder Distanz.

Die Nachahmung strebt der Ganzheit entgegen, harmonisiert Wirklichkeit und mystifiziert das Verhältnis von Kunst und Realität. Eine Begegnung von Kunst und Politik findet jedoch statt, wenn ein Mit- und Gegeneinander in einer ständigen Überprüfung des Verhältnisses möglich ist. Das Verhältnis beider zueinander ist bestimmt durch die Gleichzeitigkeit der Vorgänge, die die Eigenbewegung der Kunst in Zusammenhang mit den zu verändernden Verhältnissen bringt.

Dinge der Innen-und Außenwelt werden beobachtet, montiert, verwandelt, in die Zukunft projiziert und in die Gegenwart zurückgeworfen. Der ambivalente Charakter von Kunst und Politik wird, wenn er zu einem eindeutigen Verhältnis gezwungen seinsollte, den Graben zwischen Aufbruch und aufrührerischem Drang nach kultureller Zerstörung gegen die Identifikation zu Gunsten des Letzteren verschieben. Die ausgegrenzte Seite wird dem Irrtum einer neuen Ordnung und der Macht der Zwänge über die Utopie mit der Möglichkeit einer freien selbstbestimmten Wirklichkeit begegnen. Nun wird die Kunst nicht mehr zur Harmonisierung der Wirklichkeit beitragen, sondern sie kann die Menschen als ständiger innerer und äußerer Unruheherd auf dem »steinigen Weg in die Freiheit« begleiten.



Intellektuelle in Ambivalencia – ein Künstler- und Schriftstellerkongreß 50 Jahre danach

von Kjartan Fløgstad

übersetzt von Jürgen Wierzoch

1937, mitten in Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, wurde in Valencia ein antifaschistischer Schriftstellerkongreß abgehalten. 50 Jahre danach, wurde mit einem neuen Kongreß für Künstler die Erinnerung an diesen berühmten Kongreß abgefeiert. Kjartan Fløgstad, einer der interessantesten Schriftsteller Norwegens hat diesen Kongreß besucht und seine subjektiven Eindrücke über die heutigen literarischen »Größen« festgehalten. Die Übersetzung erfolgte aus nynorsk, eine der beiden offiziellen norwegischen Sprachen. Der Originaltext erschien in *Norsk Litteraer Arbok 1987, Verlag Det Norske Samlaget.*

Jürgen Wierzoch

Auf der Brust des weißen T-Shirts steht mit großen Buchstaben *King Kurt.* Ich kenne diesen König Kurt nicht und erhasche nur die Umrisse eines Fabeltieres mit Guitarre, während der Kerl mit dem T-Shirt von der Straße kommend den Speisesaal passiert. In der Küche steht sein Vater und schlägt aus Eiern und Olivenöl Mayonnaise. Durch die Kordeln in der Türöffnung zwischen Speisesaal und Küche sehe ich, wie sich der junge König Kurt wortlos beugt und den Vater sachte auf die Wange küsst. Der Alte, mit weißer Schürze und Joggingschuhen, schlägt unangefochten weiter.

›Zwei Bier und ein Cola nach Tisch 5!‹, schreit die Mutter des jungen Mannes. ›Und beeil dich ein bißchen!‹ Sie ist es, die im Speisesaal serviert. Oder besser: Sie regiert, alleinherrschend – als Königsmutter oder Prinzessin. Ihre Worte sind Gesetz. Ohne Hast trottet der junge König Kurt raus in die Bar und beginnt mit Flaschen und Gläsern zu klappern.

Der Speisesaal hat 7 Tische. Draußen in der Bar stehen Leute Schlange, mit dem Glas in der Hand und warten auf einen freien Platz. Der Raum hat – halbhoch – kühle Fliesen, einen elektronischen Ventilator unter der Decke. In der leichten Brise unter dem Ventilator leitet die Königsmutter in der Restaurantdynastie mit barscher Miene die Geschäfte. Der Empfang, den wir erhalten, ist fürstlich. Wir haben Erbsensuppe gegessen mit gebratenem Schinken und danach gebratenen Tümmler mit vielen Tomaten und Zwiebeln.

Nur einmal wird die Königsmutter wirklich grimmig, nämlich auf die Frage, ob der gebratene Tümmler auch frisch ist. Da schaut sie streng auf uns herab und versichert, daß, selbstverständlich *alles*, was sie serviert, frisch ist, die Tümmler kommen eben aus dem Meer, die Feigen und Morellen zum Nachtisch sind frisch vom Baum gepflückt. Für Artischoken ist es zu früh im Jahr, darum werden diese nicht serviert, obwohl sie auf dem Menu stehen. Es ist eine Mahlzeit, die in den meisten Orten der Welt für Geld nicht zu kaufen ist....

Ruhiger Samstagnachmittag im Viertel um den Ruzafa-Markt. Der Mittelmeerwind säuselt warm in den Baumspitzen über uns. Wir überqueren die angenehme Avenue, gehen auf der Schattenseite durch die leeren Straßen im alten Zentrum, mit dem Hotel Victoria, dem legendären Pressehotel des Bürgerkriegs, dem Hotel aus Nordahl Griegs »Spanischer Sommer«, aus »Jung muß die Welt noch sein«, dem Hotel des 2.antifaschistischen Schriftstellerkongresses im Juli 1937.

Die Zimmeretage ist zu einer Bank geworden, die sich düster und dunkel um die stillen Medien schließt, – Geld und Macht. In der geräumigen Barlandschaft neben dem Speisesaal in der ersten Etage, ist es still und in den braunen Lederstühlen sitztniemand. TV & Relaks steht auf einem Schild am Eingang. Schamvoll versteckt sich ein einarmiger Bandit hinter einer Säule, das Fernsehen knattert nordamerikanische Videobilder im Maschinengewehrtakt. In vielen Sprachen, auch der spanischen, wird der Bürgerkrieg der *Zivile Krieg* genannt. In der Bar im alten Hotel Valencia sind wir an einem der Frontabschnitte des zivilen Kriegs in der Medienlandschaft, – dem unablässigen Eindringen des Bilderstroms in unser persönliches und kollektives Gedächtnis, in Geschichte, Zusammenhang, Reflexion, Gespräch, Nachdenken.

Die Bar ist dunkel und kühl und geformt wie ein Grotte. Das Fernsehen flimmert auf den Höhlenwänden. Wir schauen nicht hin, es schaut auf uns, wir sind drinnen in einer victorianischen Ausgabe von Platons Höhlenmetapher. Ein weißgekleideter Kellner taucht plötzlich aus dem braunen Schatten des Raums, spricht freundlich mit uns, serviert Kaffee und ein Glas, das nach Carlos I. benannt ist, worauf er wieder in den Schatten eintaucht. Doch nicht, bevor er uns die Küche gezeigt und den Unterschied zwischen den 3 spanischen Wörtern für Fliesen erklärt hat: *losa* und *baldosa* sind Fußbodenfliesen von verschiedener Größe, *azulejos* für die Wände.

So wissen wir das. Wir gehen zurück zu den verschlissenen Lederstühlen. Der erste Saal im Hotelgebäude liegt in Höhe der Baumspitzen der Avenue. Durch die offenen Fenster sehen wir wie der Wind in den Palmenkronen rüttelt, sehen das Spiel von Licht und Schatten im Laubwerk und sehen den Wind sich verfangen, – in unsere Stille, in die Gardinen, in die hohen Topfpflanzen auf dem Fußboden, in die weißen Decken, die auf den Tischen im Speisesaal flattern.

II.

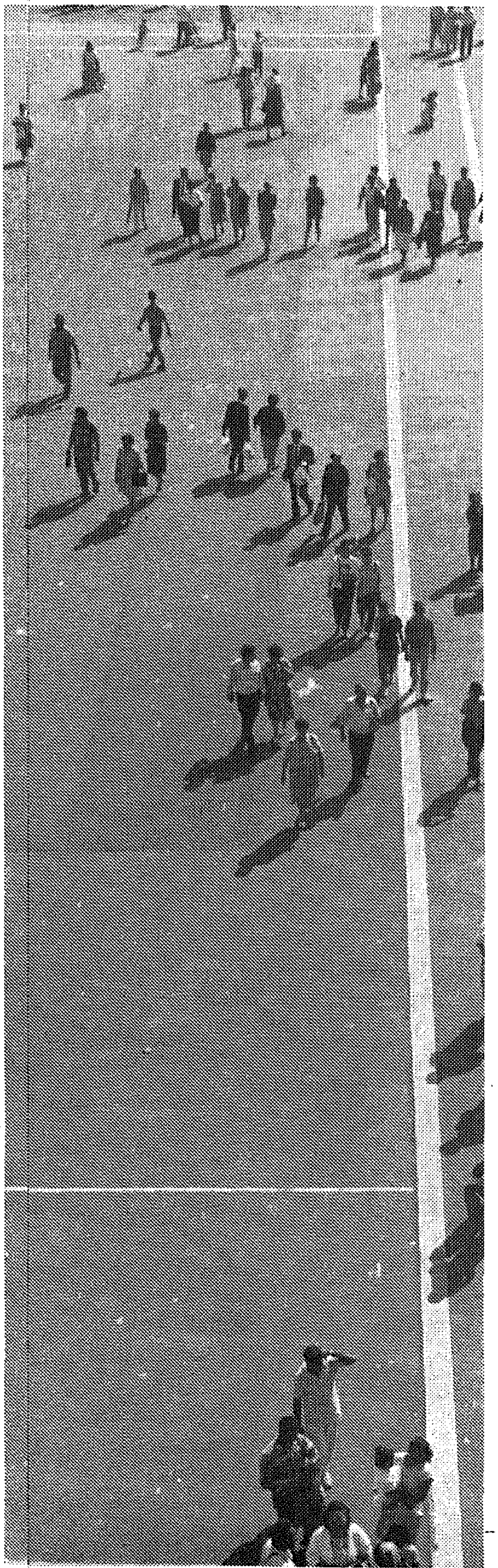
»Zu Viele von uns haben Reden gehalten«, schrieb Nordahl Grieg nach dem antifaschistischen Schriftstellerkongreß 1937. Doch er schrieb in einer der am seltensten gesprochenen Sprachen der Welt und es ist kaum wahrscheinlich, daß seine Aussage die Redelust auf Dauer gedämpft hätte, obwohl schon andere als die norwegisch Sprechenden die Botschaft verstanden.

In der Eröffnungsrede zum Kongreß für Künstler und Intellektuelle, der im Juni 1987 die Erinnerung an den berühmten Kongreß während des Bürgerkriegs feiern soll, erzählt *Octavio Paz*, der mexicanische Poet, daß 1937 eine Gruppe von Kongreßteilnehmern an die Front aufs Universitätsgelände bei Madrid reiste. Nachdem sie durch die Gebäude, die einmal Vorlesungssäle, Auditorien, Aula und Bibliotheken waren und nun zu reinen Festungen ausgebaut, gegangen waren, erreichten die Delegierten einen militärischen Posten, bestehend aus Sandsäcken und Mauernblöcken. Der Offizier, der sie herumführte, deutete mit Zeichen an, still zu sein. Von der anderen Seite der Mauer waren deutlich Stimmen und Gelächter zu hören.

›Wer ist das?‹ fragte flüsternd ein Delegierter.

›Das sind die Anderen‹, antwortete der Offizier. Und Octavio Paz führt weiter aus: »Die Antwort machte mich nachdenklich und danach unendlich verzweifelt. Plötzlich und ein für alle Mal hatte ich entdeckt, daß der Feind menschliche Stimmen hat.«

1937 war Octavio Paz ein junger Mann mit vagen kommunistischen Sympathien und mit einem Buch hinter sich. 50 jahre später ist er ein herumwandelndes ideologisches Monument. Wenn schön geredet werden soll, humanistisch und antikommunistisch, z.B. auf der Buchmesse in Frankfurt am Main oder auf dem Osloer Poetry Festival, ist Paz der Richtige. Auf dem Kongreß in Valencia, der den 50sten Jahrestag des Widerstandes gegen den Faschismus feiert und die Verteidigung der legalen Regierung Spaniens, ist er Ehrenpräsident und ideologische Frontfigur. Der



Lyriker *Rafael Alberti,* der auch 1937 dabei war, ist weiterhin Kommunist und daher nicht Ehrenpräsident. Und der deutsche *Walter Janka* ist weder ein bekannter Autor, noch Ehrenpräsident. Er ist Drucker, 1914 in Chemnitz geboren, gleichaltrig mit Paz. Zusammen mit seiner Frau ist Janka mit dem Auto von Ostberlin zum Kongreß gefahren. Im Gepäck hat er einen Redebeitrag und eine Biografie, die eine klassische zentraleuropäische Lebensgeschichte des 20. Jahrhunderts erzählt.

Schon 1933 wurde Walter Janka von den Nazis wegen antifaschistischer Aktivität verhaftet. Bis 1935 sitzt er in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Im selben Jahr verliert er seine deutsche Staatsbürgerschaft und wird an die Tschechoslowakei ausgeliefert. Im Herbst 1936 kommt Janka nach Spanien und tritt in die Internationalen Brigaden ein. Als gemeiner Soldat und später als Offizier kämpft er in der 11. Brigade des Thälmann-Batallions bei Jarama und Guadalajara. Von 1937 bis zum Zusammenbruch der Repbulik, ist Janka Kommandeur des 491. Batallions der 27. Division unter den Kämpfen in Aragon und Katalonien. Drei Mal wird er schwer verletzt. Nach der Niederlage warten zunächst 2 Jahre in französischen Konzentrationslagern. 1941 gelingt es ihm nach Mexico zu kommen, wo er bis 1947 bleibt. In diesem Jahr kommt er zurück nach Ostdeutschland, wo er seither gelebt hat, zunächst als Verleger, Journalist und Dramatiker, um danach ein stilles Leben für Kinder und Enkel als Pensionist zu führen.

Am Freitag, dem 19. Juni 1987 soll Walter Janka in einer Podiumsdiskussion das Wort erhalten über den Bürgerkrieg, gesehen mit den Augen der Anderen. 50 Jahre nach dem Bürgerkrieg hat Octavio Paz herausgefunden, daß die faschistischen Feinde von damals mit menschlicher Stimme sprachen. Wird er auch seinen ideologischen Gegnern von heute das Recht geben, ihre menschliche Stimme zu gebrauchen?

Rechtzeitig hat Janka der Kongreßleitung seinen Beitrag zur Podiumsdiskussion geschickt. Am Vormittag, an dem die Diskussion stattfinden soll, teilt ihm der Diskussionsleiter, der nicht unbekannte Romanautor *Juan Goytisolo,* mit, daß sein Beitrag doch nicht paßt. Aber er könne ihn ja von seinem Platz im Saal aus beisteuern. – Das Treffen beginnt pathetisch damit, daß Goytisolo vom Podium her Janka aufruft: ›Ist Herr Janka hier? Ist Herr Janka hier?‹

Herr Janka ist nicht hier. Herr Janka reist von Valencia nach Hause, ohne die Möglichkeit erhalten zu haben, seine menschliche Stimme zu gebrauchen. Der Bürgerkrieg wird nicht mit den Augen der Anderen gesehen.

Am Nachmittag desselben Tages gibt's eine neue Podiumsdiskussion, über Intellektuelle und Gewaltanwendung. Unter den Podiumsteilnehmern sind 2 Exilcubaner, aber keiner, der Castros Cuba verteidigt. Die Exilcubaner sagen beide, daß Cuba unter Castro ein einziges, großes Gefängnis ist. Endlich erhält *Lisandro Otero* aus Cuba das Wort – vom Saal her – um sich gegen die Beschuldigungen zu verteidigen, ein intellektuellerGefängniswärter zu sein. Lisandro ist ebenfalls nicht sehr glücklich mit seinem Wortbeitrag. Und das eine Wort gibt das andere. CIA! Faschist! – *Daniel Cohn-Bendit* greift ein, so als befände er sich immer noch 1969 in der Studentenversammlung in Bergen oder Berlin. Die Diskussion über Intellektuelle und Gewaltanwendung endet mit einem Handgemenge, bevor der Diskussionsleiter die Gemüter beruhigen kann und verbietet, mehr über Cuba zu sagen.

Doch das war ein Stich ins Wespennest. All die byzantinischen Intrigen über Prestige, Politik, Macht und Positionen, welche die Vorbereitungen zur Konferenz geprägt haben müssen, kommen an die Oberfläche. Thronbesteiger, Palastrevolutionäre, Rachemorde, Vätermorde. Der Streit zwischen den literarischen Fürstenhäusern von heute, ist schon in den Renaissance-Tragödien von William Shakespeare und Christopher Marlowe geschildert.

Für den Antikommunisten Paz und für Goytisolo, *Jorge Semprun* und die anderen Stalinisten von gestern, die jetzt ihre stalinistische Vorzeit exorzieren wollen, haben die Feinde von damals, d.h. die Faschisten, schließlich menschliche Stimmen bekommen. Doch ihren Feinden von heute, d.h. den Kommunisten, die in Spanien für die Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus kämpften, wird das Wort verweigert. Hier ist niemand aus Nicaragua. Rederecht erhalten auch nicht jene, die ein kleines, karibisches Land gegen imperialistische Ausbeutung und organisierte Kriminalität verteidigen – trotz aller seiner Fehler und Mängel.

Der Kongreß von 1987 ist sowohl eine Aufführung in Antikommunismus, als auch eine Demonstration von *»Pluralismus«* in der »offenen Gesellschaft«. Dieser Pluralismus verweigert einem alten, deutschen Antifaschisten den Rednerstuhl, weil seine Meinungen unbehaglich sind. Und dieser Pluralismus arrangiert eine Diskussion über Cuba mit ausschließlich Exilcubanern auf dem Podium. Das ist erschreckend und lehrreich. Das zeigt, wie der Pluralismus sich formal in einer pyramidalen, hierarchischen Struktur organisiert, in einem literarischen, scholastischen System, das so aussieht:

An der Spitze Ehrenpräsident Paz.
Unter ihm das Exekutivkomitee.
Unter diesem die Teilnehmer der Podiumsdiskussion
Unter diesen wiederum jene, die Beiträge zur Konferenz liefern, doch diese nicht vortragen dürfen.
Und unter diesen die gemeinen Teilnehmer der Konferenz.
Und unten, am Boden der Pyramide, die Bevölkerung von Valencia, die im Saal anwesend sein darf.

Demokratie und individuelle Freiheit setzen Gleichheit voraus. »Der Einzelmensch kann nicht frei sein, wenn nicht alle frei sind, wenn nicht alle gemeinsam frei sind«, wie Habermas es ausdrückt. Pluralismus ist Hierarchie, also Ungleichheit. Der Kongreß in Valencia 1987 zeigt zweierlei: Er zeigt, daß die kulturelle Hegemonie in der europäischen (jedenfalls der lateinischen) Intelligenzia gewechselt hat. Und er demonstriert, daß Pluralismus Ungleichheit bedeutet. Das Wort ist frei, doch für einige ist es freier, als für andere.

III.

In katholischen Ländern wird ein Donnerstag im Juni mit arbeitsfrei und langen Prozessionen durch die Straßen gefeiert.Für einen Skandinavier, mit Luther und Pontoppidan (Henrik Pontoppidan (1857–1943), däni-

scher sozialkritischer Schriftsteller, Anm. SF-Red.) als Hintergrund, ist Corpus Christi, der Name dieses speziellen, heiligen Donnerstags, ein nicht kleines, religiöses Mysterium. Sollte nicht nach Christi Himmelfahrt und Pfingsten die Wanderung Jesus' auf unserer sündigen Erde, sein Leiden, Tod, seine Auferstehung und Himmelfahrt, ein abgeschlossenes Kapitel sein?

So läßt sich fragen und auch nicht zehn weise Katholiken, mit zusammen 100 Jahren Aufenthalt in Nonnenschulen hinter sich, können darauf ohne weiteres anworten. Erst einige Wochen später erhalte ich einen Brief aus Parma, wo ein italienischer Philosoph, Spezialist über den Begriff der Arbeit bei Marx, nach einem Quellenstudium erklären kann, daß erst die Gegenreformation im 17. Jahrhundert ›Corpus Christi‹ gestiftet hat, um die Eucharistie zu feiern, d.h. das allerheiligste Abendmahlsbrot, als Christi reinen Körper. Dies als Polemik gegen die Protestanten und skeptischen Lutheraner, die der symbolischen Seite des Altargangs ein größeres Gewicht beigemessen haben müssen.

Daß der internationale Kongreß für Intellektuelle und Künstler 1987 im Hauptland der Gegenreformation an den Tagen rund um Corpus Christi stattfindet, wirkt verständlich. Hier gibt's viel neukonvertierte Glut und inquisitorischen Eifer. Wahrlich ist auch die politische Gegenreformation der 80er eine große Koalition. Hier treten umgewendete (eben: umgewendete, doch sonst unveränderte) Stalinisten in einem heftig gemischten Chor auf, der das ideologische *Desperanto* der letzten Tage singt, zusammen mit alten Liberalen, neuen Dissidenten und verbissenen Trotzkisten, wie dem Franzosen *Castoriadis* (den wir für einen in Paris lebenden Griechen und libertären Sozialisten halten, Anm. SF-Red.) Die Harmonie ist ergreifend, herzzerreissend und betäubend. *Stephen Spender* – als einziger – muß sich erheben und das Gedenken an Kommunisten verteidigen, die während des spanischen Bürgerkriegs fielen. Darüberhinaus ist »Stalinimus« das Stichwort, welches die Geschichte hinwegzaubert und alle abweichenden Ansichten brandmarkt. Der Triumph des Stalinismus als Anti-Stalinismus.

Natürlich sind da auch Redner, die nicht in die Litanei der politischen Gegenreformation einstimmen. Der sehr englische Historiker *Peter Burke* spricht sehr gut über das Verhältnis zwischen Mikrohistorie und Makrohistorie, zwischen Hochkultur und niederer Kultur. Der Palästinenser *Fawez Traboulsi* erinnert an Beirut als das gegenwärtige Guernica und indirekt an die politischen Konsequenzen des Eurozentrismus. In der hierarchischen Männerpyramide kommt *Ebba Haslunds* Beitrag über Feminismus im Norden zur rechten Zeit. Und die Italiener halten die Köpfe kühl. Der Autor und Pessoa-Experte *Antonio Tabucchi* spricht schön über das lange Gedächtnis der Literatur gegen das monströse Vergessen des Bildes. Wann wird die italienische Literatur der 80er in Skandinavien entdeckt? Außer Tabbucchi selbst: *Daniele del Giudice, Gesualdo Bufalino*?

Weitere auf der Rednerliste: *Georges Soria, Hans Christoph Buch, El Pais-Redakteur Cebrian, Agnes Heller, Jorge Edwards, Stanley Tigerman:* all zu viele hielten all zu viele Reden.

IV

Von Valencia fuhr ich fast direkt nach Moskau und Armenien, wohin ich auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes gereist war. Der Eindruck ist derselbe – zwei Länder, beide in starker Veränderung begriffen. Die Literatur, die Schriftkultur, ist nicht das Medium, in welchem Veränderungen zuerst und am stärksten zum Ausdruck kommen. Das gilt für die sowjetische Perestrojka und das gilt für die spanische Transición, die Demokratisierung nach Franco. Wenn die Version des Marxismus' der *Grouchos* nicht die herrschende ist, so tendiert der Marxismus-Leninismus zu marxistisch-lennonistischem Pop in Moskau und zu Marxismus-Hellenismus in den transkaukasischen Republiken.

In Spanien ist es deutlich, daß der Kongreß für Künstler und Intellektuelle in Valencia 1987 ein völlig anderes Ziel hat, als die Erfahrungen vom Bürgerkrieg zu deuten und diese Einsicht zum Verstehen der Welt, 50 Jahre später, zu benutzen. Für die Hauptpersonen des Kongresses handelt es sich um die Teufelsaustreibung früherer stalinistischer Sünden aus ihren eigenen Körpern. Octavio Paz ist als literarischer Hohepriester berufen, der Sünden vergibt und ewiges, literärisches Leben verspricht. Doch, wenn einer, der sagt, er habe in allem gefehlt, als er Stalinst war, jetzt mit demselben Eifer behauptet, er habe in allem recht als Antistalinist – wie kann man ihm glauben?

Ein Mann wie Jorge Semprun (am bekanntesten als Manuskriptautor für Costa Gavras) bleibt ebenso stalinistisch in seinem Antikommunismus, wie er gewesen ist, als er sich gegen abweichende Meinungen im Zentralkomitee der spanischen KP wandte. Dort war Semprun bis 1964 dabei. Doch man hört nicht auf Stalinist zu sein, nur weil man Antikommunist wird. Ganz im Gegenteil, wie sich zeigt. Und dieser stalinistische Antikommunismus ist die deutlichste Bedrohung gegen freien Meinungsaustausch, gegen die offene Diskussion von Ideen, gegen das Nachdenken, im Kongreßsaal in Valencia, in den heißen Junitagen 1987.

Die Vormittagsschicht am nächsten Tag muß unterbrochen und der Saal geräumt werden, wegen einer anonymen Bombendrohung. Corpus Christi ist der Tag, an dem der heiße Sahara-Wind über's Mittelmeer kommend, die spanische Ostküste erreicht. Ein spanischer Soziologe, mit einem Charme, der vom Rednerstuhl her die Zuhörer dazu bringt, begeistert zu nicken und zu lächeln bei Begriffen wie Industriegesellschaft, Gesellschaftsformation und Dismodernismus (als Ersatz für Postmodernismus), versteht es augenblicklich, mich für den Gedanken zu begeistern, einen Abstecher nach Albufera zu machen. Dort ist es schön und ländlich und gutes Essen aus dem Meer servieren sie auch. Albufera. Hört sich gut an.

Während der Kongreß wieder in Gang kommt und der Soziologe weiter redet – über Konsensproduktion und Kommunikologen und Dismodernismus, finde ich die Haltestelle des Busses nach Albufera. Der Busfahrer ist die reinste Hilfsbereitschaft. ›Albufera!‹ ›Natürlich geht ein Bus nach Albufera!‹ ›120 Peseten kostet die Tour. Such dir einen Platz.‹

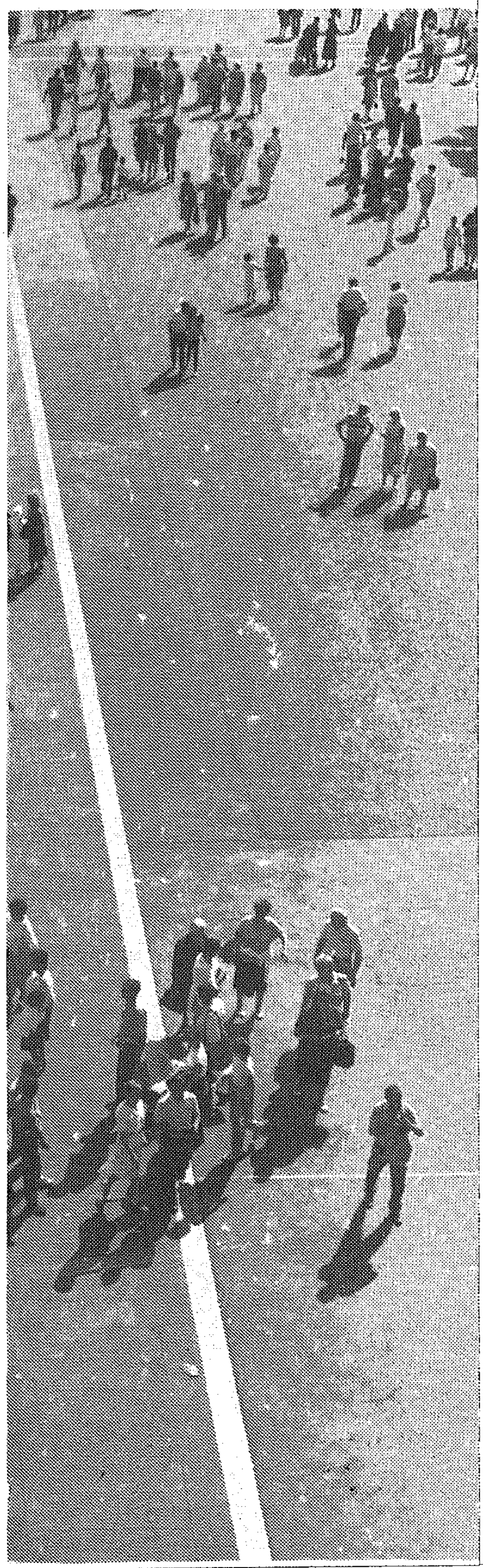




Photo: Manfred Kampschulte

Umgeben von Badegästen mit Strandmatten und kurzen Hosen, fahren wir durch die Außenbezirke von Valencia. Zunächst in Richtung Hafen, El Grao, wo ich mal vor 15-20 Jahren war und noch historische Ereignisse erinnere, wie das als ich von einem freundlichen, jungen Mädchen schwarze Mokassins kaufte. Ein Stückchen aus der Stadt haben wir so das Mittelmeer auf der linken Seite, wie ein blaue Gardine zwischen Himmel und Erde. Daserste Dorf, südlich von Valencia, heißt Saler. Es macht in jeder Hinsicht einen sympathischen und charmierenden Eindruck. Ich werfe dem Fahrer einen fragenden Blick zu. Er verneint mit Kopfschütteln, reißt das Lenkrad herum und schwingt hinunter, dem Strand entgegen. Nein, noch nicht Albufera.

Vom Badestrand von Saler fahren wir zurück durch das Dorf. Dann direkt auf die Autobahn. Die Landschaft ist flach und moorartig. Wir rasen weiter. Mir schwant nichts Ungutes. Der Fahrer bremst plötzlich und der Bus hält. Auf der rechten Seite der Strasse liegt ein großer Binnensee. Der Fahrer öffnet die Tür. Bitte schön: Albufera.
Albufera.
Ich steige aus. Der Bus fährt weiter. Ich stehe alleine auf dem endlosen Asphaltstreifen. Auf der rechten Seite des Asphalts wächst aus der Sanderde trockener Fichtenwald und Riedgras. Weit hinter dem Fichtenwald ragen die Spitzen einiger moderner Wolkenkratzer. Ich drehe mich um. Stehe mit dem Rücken zur Strasse. Ein kleiner, grasbedeckter Abhang ist das Einzige, was sie vom See trennt. Ein schmaler Pfad führt zum Wasser. Da unten liegt eine Anlegestelle, an der zwei Ruderboote vertaut sind. Zwei Männer sitzen im Schatten eines zerzausten Baumes und es sieht so aus, daß sie die Boote ausleihen. Um nicht zu hilflos auszusehen, frag ich rasch, ob die Boote zu leihen sind. Ihre Lippen deuten keine Verneinung an. Sie lösen die Vertauung, ich tauche die Ruderblätter in das trübe Brackwasser und rudere auf dem Albuferasee. Ich habe Stadtbekleidung an und rudere auf dem Albuferasee herum. Ein Hut wäre nützlich. Die Sonne brennt. Albufera ist kein Dorf, wie ich dachte, sondern ein Binnensee. So kann's gehen. Auf der anderen Seite des Sees, weit entfernt, erhebt sich das Land kaum merklich über der Wasseroberfläche. Auf einem solch großen See zu rudern, läd zum Nachdenken ein. Keine Redner, die sich gegenseitig Löcher in die Köpfe schreien. Ich rudere, versuche die Ruder so lautlos wie möglich einzutauchen. Stalinismus und Stalinismus, ja, ja. Nach einer Viertelstunde scheint mir, daß ich ehrenhaft zurückrudern kann. Mit einem unergründlichen Ausdruck nimmt der Ausleiher Tross und Geld entgegen.

Was nun? Kein Bus ist zu sehen, doch die Autoschlange in Richtung Stadt nimmt zu. Während die Bootsleute das Ruderboot vertauen und sich anschicken, vergeblich auf neue Kunden zu warten, kreuze ich die Straße und gehe in den Fichtenwald, in Richtung Wolkenkratzer. Aber ich hätte bessere Schuhe haben sollen. Mit Sand in den Schuhen denke ich an die Mokassins, die ich in Grao kaufte und an das Mädchen, von dem ich sie kaufte und ziehe mein Hemd aus, krempel die Hosenbeine hoch. Und die Wolkenkratzer kommen näher. Das sind moderne Bauwerke mit Wohnungen, voll von Feriengästen und Leuten, die glücklich in den Schwimmbassins auf den Dächern der Garagenbauten plantschen. Doch kein Cafe in Sicht, keine elende Bar, um den Durst zu stillen. Und kein Bus. Auch Strand und das blaue Mittelmeer sind nirgends zu sehen. Ich gebe auf, drehe mich um und komme wieder zur Autostrasse. Die liegt jedenfalls dort, wo ich sie vermute. Die Autoschlange ist jetzt zum Stehen gekommen. Ich gehe, die Autos stehen. Nach 10 Minuten kommt ein Schild am Strassenrand: *Saler 4 km.* Die Sonne brennt. Die Autos der Wochenendtouristen blasen einen heißen Dampf von Abgasen auf mich. Am Horizont kann ich den Umriss eines Dorfes ahnen. Ich habe immer noch Zeit zum Nachdenken. Ich gehe und gehe und gehe. Mir gelingt es, dieBotschaft des Kongresses, an dem ich teilnehme, in vier absurden Punkten aufzusummieren:

1. Nicht General Franco gewann den Bürgerkrieg, das taten Demokratie und Monarchie.
2. Die Kommunisten trugen nichts bei zur Verteidigung der legalen Regierung und der Demokratie in Spanien.
3. Der Stalinismus ist die größte Gefahr, die heute Latein-Amerika bedroht.
4. Die demokratische Hoffnung heute ist Guatemala, von dem immer mit Respekt und Enthusiasmus gesprochen werden muß.

So sagen es jedenfalls die Herren, Paz, Semprun und *Vargas Llosa.* Wieder und wieder pauken sie die alten Begriffe der einfachsten Gedankengebäude der Gegenwart ein: Offene Gesellschaft, Geschlossene Gesellschaft, Totalitarismus, Stalinismus.

Am Ende der Straße erkenne ich jetzt das Dorf Saler wieder. Aber ich habe noch so viel zu gehen, daß ich das Absurde noch einen Schritt weiter treiben kann. Die Konklusion muß dann so aussehen: Wenn es stimmt, daß die Monarchie ein wichtiger Grant für eine demokratische Regierungsform ist und wenn es stimmt, daß die Demokratie heute auf dem

Vormarsch in Latein-Amerika ist (abgesehen von Cuba und Nicaragua), dann muß die Abwesenheit von stabilen Monarchien der wichtigste Mangel der Volksregierungen in Latein-Amerika sein.

Ich sehe das Dorf Saler nur noch einige hundert Meter vor mir, mit Zeitungsstand, Bushaltestelle, Cafe. Da habe ich eine Vision! Beide, Octavio Paz und Mario Vargas Llosa haben alte, römische Kaisernamen. Oktavian und Marius. Die Lösung ergibt sich von selbst: Sowohl in Mexico, als auch in Peru, sollten die Dichterhäuptlinge jeder seine Dynastie gründen.

König Oktavian I. von Mexico!

König Marius I. von Peru!

5 Minuten später habe ich einen großen Teller der kalten Gemüsesuppe bekommen, welche die Spanier *gazpacho* nennen. Das kalte Licht des Nachdenkens meldet sich auch. Ich denke, daß diese Sache mit den Dichterkönigen ja Platons Idee war und Platon war der erste Totalitätsdenker und Gründer der geschlossenen Gesellschaften, demnach fast der erste Chef des KGB, wollen wir den Freunden der offenen Gesellschaften glauben. In ihrer Version wurde Platon der erste und größte Verräter gegenüber dem Gesellschaftsmenschen Sokrates, als er sich von der Gesellschaft zurückzog und den Rest des Lebens in der Akademie lebte.

Ein Teller mit gebratenem Tintenfisch landet auf dem Tisch vor mir. Auf dem Bürgersteig gegenüber sammeln sich Leute an der Haltestelle. Ich bin weder in König Marius' noch in König Octavians Reich, dagegen in dem König Kurts! Ich bezahle das Essen, überquere die Straße, reihe mich in die Schlange ein. Hier wird laut diskutiert, wann der Bus wohl kommt und fährt. ›In einer Stunde!‹ ›Nein, einer halben!‹ ›Nein, er ging vor einer halben Stunde!‹ ›Du kannst ruhig einen Kaffee trinken gehen!‹ Indem ich dieses Vorhaben ausführen will, kommt der Bus wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Mit der Schlange presse ich mich hinein. Schleudernd, mit großer Fahrt häng' ich an der Leine bis nach Valencia.

V.

Als die Franco-Armee 1936 die Außenbezirke von Madrid erreichte,Bals La Pasionaria ihr leidenschaftliches *No Pasarán!* ausrief und als die internationalen Brigaden in den Streit um das Aushalten an der Front gerieten, verließ die legale, spanische Regierung das »einsame und feierliche Madrid«, wie Neruda in »Spanien im Herzen« schrieb und zog zur Ostküste, in die relative Sicherheit nach Valencia. Während einiger, harter Kriegsjahre, war Valencia Sitz der legalen Regierung und Hauptstadt der spanischen Republik, obwohl Madrid das eigentliche Symbol des Widerstandes war. Immer noch steht das Hotel Victoria im Zentrum der Stadt, ungefähr so, wie damals, als die Welt noch jung war und das Hotel überfüllt von ausländischen Gesandten und Brigadisten und Journalisten und Delegierten.

In späteren Jahren, in der Übergangsperiode drückte der Wechsel von der autokratischen Regierungsform zur pluralistischen Demokratie, seine drastische Prägung auf das tägliche Leben in Spanien. Die sexuelle Revolution in Spanien startet an einem Freitag 1976, wie es heißt. Kulturelle Energie, hinter den vielen Jahren politischer Dämmerung des Franco-Regimes aufgebaut, brach plötzlich hervor. Selbst war ich in Spanien 1974 und danach vergingen 10 Jahre. Diese Zeit markierte den Unterschied zwischen zwei ungleichen Gesellschaften und der größte davon war im Alltag zu beobachten, im Lebenstil, im täglichen Leben. Die Generationskulturen, vor allem die massenmediale Jugendkultur, hatte die anakronistische, francistische Einheitskultur gespalten. All dies kam zum Ausdruck in der Musik, Film, Video, neuen Rauschmitteln und in Kleidern und Moden.

Auf diesem letzten Gebiet war Valencia ohne Zweifel die Hauptstadt in den Übergangsjahren nach Franco. Kleidermoden. Die Stadt wurde die spanische Modehauptstadt genannt. Spanische Modefachleute waren es, die das Schlagwort *La arruga es bella* erfanden: Falten auf dem Kleidungsstück sind schön.

Je länger der internationale Kongreß für Künstler und Intellektuelle 1987 dauert, je deutlicher wird es, daß der Kongreß ideologischer Ausdruck dieses Schlagwortes ist. Bürgerkrieg und Antifaschismus ist nicht mehr an der Tagesordnung, sitzt nur noch da, in politische Falten gekleidet. Aber sind diese Falten auch schön? Nachdem ich die Schneider von fertiggesäumten, aber gefalteten Meinungen, während der Arbeit gesehen habe, ist es naheliegend, zu sagen, daß die politischen Falten der Modeschöpfer a la Paz, Vargas, Semprun nicht sehr schön sind. Aber elegant sind sie, das ist so wahr, wie sicher. Während sich der Kongreß, irgendwo zwischen AmbiValencia und ValenCIA, dem Ende zuneigt, wird die Stadt Valencia, vollends verdient, auch den Platz als die ideologische Modehauptstadt einnehmen.

In der Dämmerung desselben Abends geht die Corpus Christi Prozession durch die Straßen von Valencias altem Stadtzentrum, im Viertel, in dem die Kathedrale steht. Der Aufzug, der den größten religiösen Festtag der Gegenreformation feiert, ist purer, spanischer Barock. Heilige und weniger heilige Jungfrauen, eine nach der anderen, Katafalken, Kruzifixe, Kustümaufzug aus dem alten Testament, tunikabekleidete Priester, die Fischereiinnung (aus Albufera?) in ihrer feinsten Aufmachung, schallende Militärmusik, vollgestopfter Bürgersteig und dichter Weihrauch, Abgas und Konfetti über den Infanteristen mit den aufgepflanzten Bajonetten, mutig marschierend zum Kampf gegen die Feinde der Wahrheit.

Den besten Beitrag höre ich am letzten Tag des Kongresses. EsBist an der Zeit, Geschenke zu kaufen und mit heim zu nehmen. Ich stehe unten in der Hotelrezeption und erkundige mich. Luxushotel, adretter junger Mann in Hoteluniform hinter dem Tresen. Unter der Uniformjacke auf dem T-Shirt müsste König Kurt stehen. Er lächelt mir zu:

›Ja, was gibt's?‹

›Ich möchte gerne wissen, wie lange heute am Samstag die Geschäfte geöffnet haben?‹

Er wird ernst, schaut mich sicher an und sagt in seinem königlichen kastilianisch:

›Alle die großen Kaufhäuser öffnen um 10 Uhr und bleiben geöffnet bis acht am Abend.‹

Heute ist ein guter Tag für den, der Geld ausgeben will. Die Welt des Kapitals ist sehr weise eingerichtet.

oder: Die Sprache ist die Bürokratie der Seele

von Ulli Mamat

Die sichere ideologische Bedachung geht dem wilhelminischen Bürger abhanden, nun schutzlos steuern sie der lauernden Katastrophe zu – die kleinbürgerliche Fassade birgt die Apokalypse in sich. Seitdem gilt »Weltende« als das expressionistische Gedicht überhaupt und ist mit einer Aura von Zauberhaftigkeit umgeben, denn es schien, den Zeitgenossen zufolge, den antibürgerlichen Protest der frühexpressionistischen Generation von Künstlern auf den Punkt zu bringen. Pathetisch schrieb J.R. Becher, er war noch DDR-Kulturminister: »Diese zwei Strophen, o diese acht Zeilen schienen uns in andere Menschen verwandelt zu haben, uns emporgehoben zu haben aus einer Welt stumpfer Bürgerlichkeit, die wir verachteten und von der wir nicht wußten, wie wir sie verlassen sollten.«

Scheinbar prophetisch nimmt es die folgenden Katastrophen vorweg, zusammengefügt aus disparat erscheinenden Bildsplittern. Im sozialgeschichtlichen Kontext der Epoche wird klar, daß die Simultaneität nicht nur ein Stilmittel war, sondern auch ein Erlebnis des kulturellen und sozialen Wandels.

Berlin, vielleicht der größte soziale Schmelztiegel zu dieser Zeit brachte diese Entwicklungen zusammen. Der 2. Industrialisierungsschub bereitete in gehörigem Tempo die Massenproduktion vor, moderne Technologien, Autos und Flugzeuge, Massenmedien, soziale Entwurzelung und Anonymität brachten die geordnete Männerriege um den Kaiser ins Wanken.

»Wer sind wir?
Wir sind die Menschen aus den großen Städten. Herausgetrieben in die Luft gepfeilte Silhouetten zwischen Jahrhunderten. Wir sind die, denen ein Aufenthalt auf der Haut schmerzt; Sekunden der Enttäuschung würden unvergeßlich brennende Wunden der Langeweile fürs Leben. Es muß alles so schnell vorüber, daß die Vergangenheit zischend wie ein Staubschweiß in die Luft fährt. Um uns die Luft muß zittern. Niemals warten!«
(Ludwig Rubiner: Der Dichter greift in die Politik, vgl. Anm.1)

Jacob van Hoddis, anagrammatisch für Hans Davidsohn 1887 in Berlin geboren, sog diese Großstadterlebnisse ein (»Dichtung am Leben«) und bannte sie in markante Zeilen. Gegenüber heute war er zu Lebzeiten kein Unbekannter. 1909 gründete er mit Kurt Hiller und anderen den »Neuen Club«, später dann das »Neopathetische Cabaret«. Hauptsächlich in Cafehäusern wurden dann Aufrufe, Polemiken und Dichtungen (»für Abenteurer des Geistes«) vorgetragen. Zeitschriften wie die *Aktion* oder *Der Sturm* ergänzten diese Öffentlichkeit.

Damit diese nicht nur literarische Bewegung nicht ganz in Vergessenheit gerät, will der Arche Verlag, Zürich, die Veröffentlichung expressionistischer Texte fortsetzen. Eines dieser Bücher ist im letzten Jahr erschienen *»Jacob van Hoddis – Dichtungen und Briefe, herausgegeben von Regina Nörtemann«.*

Neben den Dichtungen und Briefen, enthält der voluminöse Band (600 Seiten) Erinnerungen der ZeitgenossInnen, und ein Essay »Jacob van Hoddis – Grundsteinopfer des Expressionismus?«, in dem Regina Nörtemann Leben und Werk reflektiert.

Im Oktober 1912 wurde, wie auch heute noch üblich, Jacob van Hoddis auf Veranlassung seiner Angehörigen – mit einer Injektion widerstandsunfähig gemacht – in eine Berliner Anstalt zwangseingesperrt.

Seitdem wird J.v. Hoddis auch von seinen Freunden wie E. Loewenson u.a. in einer Dichotomie Dichtung/Wahnsinn gesehen. »Er war ein Opfer seines waghalsigen Experimentierens mit sich selbst. . . (Erwin Loewenson 1958). Für Psychoanalytiker und andere Psychenkundigen hatte J.v. Hoddis ein »Galgenlied« parat:

Das Ur-ich und die Ich-Idee
Gingen selbander im grünen Klee:
Die Ichidee fiel hin ins Gras,
Das Ur-Ich wurde vor Schreck ganz blaß.
Das sprach das Ur- zur Ichidee:
»Was wandelst du im grünen Klee?«
Da sprach die Ichidee zum Ur-
»Ich wandle nur auf deiner Spur.« –
Da, Freunde, hub sich große Not:
Ich schlug mich gegenseitig tot.

Fünf Wochen später flüchtet Jacob van Hoddis mit Hilfe Ludwig Rubiners[1] (laut Fritz Max Cahén hatte Rubiner ihn aus der Nervenheilanstalt entführt) nach Paris und wohnt in Rubiners Wohnung, die dieser gemeinsam mit Carl Einstein gemietet hatte. In einem Brief an die Mutter will er verbindliche Garantien, daß »jene medicinischen Belästigungen von Seiten der Familie nicht mehr vorkommen«, während seine Freunde versuchen einen psychiatrischen Gutachter zu engagieren, der ihm die »geistige Gesundheit« attestieren soll. In einem Brief (geschrieben von A. Kronfeld, 1913, Arzt und Psychiater, ab 1932 Direktor einer psychiatrischen Klinik in Moskau!) an E. Loewenson wird zugleich das Schizophrenie-Behandlungskonzept des bekannten Psychiaters Bleuler bekannt »jene tief in seiner psychischen Konstitution verankerten Energien umzulenken . . . dann nur am Beispiel ihrer direkten praktischen Befriedigungsmöglichkeit (seine ironische Lyrik wahnsinnig loben), drücken, das Andere mit Zögern, mit Lächeln (aber nicht verletztend) beiseitesetzen, so lange von »Phase« sprechen, bis er selber, der ja doch letzten Endes sich selber und seinen Erfolg will, in die leichter beschreitbare Bahn eingeleitet«.

Bleuler ging von der Theorie aus, die »normale« und »gestörte« Anteile annahm. Er prägte für die Prämisse das Etikett »Schizophrenie« (Spaltungsirresein), »eine Neigung, die eigene Phantasie über die Wirklichkeit zu stellen.«

Später greift er dann auf genetische Ursachen zurück, wie der König der deutschen Psychiatrie, Emil Kräpelin, der den Begriff »Dementia praecox« prägte und ein Klassifikationsschema entwarf, das in Untergruppen unterteilte: Hebephrenie (Jugendform der Schizophrenie), Paranoia usw. – Letzteres als Szene-Vokabular noch heute tief sozial verankert – Die Subjekte richten sich selbst!

1914 wird Jacob van Hoddis wieder interniert, Fluchtversuche scheitern, er kommt in Privatpflege. Bis er 1927 als »gemeingefährlich« und mit der Diagnose »Hebephrenie« in eine Tübinger Anstalt und später nach Göppingen geschleppt wurde.

Die Krankenakten, auch im Buch von Regina Nörtemann vorliegend, beschreiben deutlich die Entlastungsfunktion solcher Berichte, das Personal ist immer im Vorteil die Versionen des »Patienten« anzuzweifeln, um die Kooperation zu erzwingen. Aus Visionen werden dann Halluzinationen.

Kurz nach der Machtübernahme der Nazis 1933 wurde das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« verabschiedet. »Rassehygieniker« wie E. Rüdin waren in Amt und Würden; Rüdin war Leiter des genealogisch-demographischen Instituts an der deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München und Mitarbeiter Kräpelins. 1903 schon forderte er die Zwangssterilisierung von Trinkern. 1919 war er psychiatrischer Gutachter von Ernst Toller; er attestierte ihm »nervenkrank«. Schon seit Mitte der 20er Jahre versuchten die Neuropsychiater den massenstatistischen Nachweis zu erbringen, daß Schizophrenie vererbbar ist. Ziel war ein »bevölkerungsbiologisches Gesamtkataster«, das die Gesellschaft in »Minderwertige«, »Durchschnittsmenschen« und »hochwertige Bevölkerung« aufteilen sollte. Schon vor '33 fusionierten »Rassenhygieniker« und »Erbpsychiater«.

Jacob van Hoddis wurde 1933 in die Anstalt Bendorf-Sayn gebracht und 1942 als laufende Nr.8 deportiert und irgendwo in Polen von Biedermännern in schwarzer Uniform ermordet.

Jacob van Hoddis war Jude. Im Geheim-Schreiben von Eichmann, Leiter des Judenreferats im RSHA, an die Stapo Koblenz heißt es u.a.: »Zur Abbeförderung der für die Evakuierung nach dem Osten noch in Betracht kommenden Juden wurde mit der Reichsbahn die Bereitstellung des Sonderzuges DA 22 am 15.6.42 ab Koblenz nach Izbica bei Lublin vereinbart. An diesem Transport sind beteiligt: Stapostelle Koblenz mit 450 Juden, einschließlich der Schwachsinnigen aus der Heil- und Pflegeanstalt Bendorf/Rhein . . .«

Anmerkungen

1 vgl. Ludwig Rubiner: Künstler bauen Barrikaden, hrsg. von Wolfgang Haug, Luchterhand Literaturverlag Darmstadt und Neuwied 1988, Vorwort, nach einem Brief von Fritz Max Cahén an Paul Raabe vom 16.11.1961).

Verwendete Literatur:

Jacob van Hoddis. Dichtungen und Briefe, 600 S., 5 farb. Zeichn., 128.-DM, Arche Verlag Zürich, Editionen des Expressionismus.

Karl-Heinz Roth: Erfassung zur Vernichtung. Berlin 1984

Erving Goffman: Asyle, Frankfurt 1972

Armin Stauth: Von wegen schizophren, München 1984

Wambach: Der Mensch als Risiko, Frankfurt 1983 etc.

Empfehlenswert auch: Paul Raabe (Hrsg.): Expressionismus. Der Kampf um eine literarische Bewegung, Arche Verlag Zürich, [1]1965, [2]1987.



Jacob van Hoddis:

»… In 300 Jahren werden die Menschen sich an den Kopf fassen, wenn die unser Leben sehen.« (Tagebuch Georg Heym, 10.12.1911) Zu Anfang desselben Jahres »dieser trüben und vor Wahnsinn knallenden Zeit« wurde erstmals das berühmt-berüchtigte Gedicht *»Weltende«* des Jacob van Hoddis in der von Franz Pfemfert herausgegebenen Zeitschrift »Der Demokrat« veröffentlicht.

Weltende

Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut.
In allen Lüften hallt es wie Geschrei.
Dachdecker stürzen ab und gehn entzwei
Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut.

Der Strum ist da, die wilden Meere hupfen
an Land, um dicke Dämme zu zerdrücken.
Die meisten Menschen haben einen Schnupfen.
Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.

Das Wort als Scherge –



Goldy Parin-Matthèy und Paul Parin bei einem Interview

»Ich glaube, daß die anarchistische Utopie die menschlichen kreativen Möglichkeiten und den Respekt vor dem Menschen am besten gewährleistet, besser als das kommunistische Modell, an dessen Gerechtigkeit ich früher geglaubt habe.«

Diesen Satz von einer Psychoanalytikerin zu hören, ist zumindestens ungewöhnlich, haben sich die PsychologInnen doch zu einem großen Teil gar nicht mit gesellschaftlichen Konzepten beschäftigt, und haben linke PsychologInnen es getan, so war es vor allem der Marxismus, der zur Erweiterung ihrer Wissenschaft beigezogen wurde.

Versuche, Bezugspunkte zwischen dem Anarchismus und der Psychologie herzustellen, oder genauer gesagt: zwischen dem Menschen- und Gesellschaftsbild der anarchistischen Theorie und anthropologischen Konzepten der verschiedenen psychologischen Schulen, gibt es bisher kaum. An einem der wenigen Versuche mitbeteiligt ist jene Frau, von welcher der eingangs zitierte Satz stammt: *Goldy Parin-Matthèy*. Zusammen mit ihrem Mann, Paul Parin, und dem inzwischen verstorbenen Fritz Morgenthaler bildete sie sich zur Psychoanalytikerin aus; in Zürich arbeiteten die drei bis vor kurzem in einer psychoanalytischen Praxis. Gemeinsam unternahmen sie auch verschiedene Forschungsreisen nach Westafrika; diese bildeten die Grundlage zur Entwicklung der Ethnopsychoanalyse, einer Forschungsrichtung, welche in der Weiterentwicklung der Psychoanalyse heute ein große Rolle spielt.

Es sind vorerst lebensgeschichtliche Hintergründe, welche den Zusammenhang von Anarchismus und Psychoanalyse im Werk und der Tätigkeit von Goldy und Paul Parin begründen. Sie wurde 1911 in Graz geboren, 1937 ging sie nach Spanien. Er stammt aus Slowenien (geb. 1916) und studierte in Zürich Medizin. 1944 gingen beide zusammen nach Jugoslawien, um auf der Seite der Partisanen medizinische Zentren aufzubauen. In einem langen Interview, welches Mitarbeiterinnen des alternativen Lokalsenders LORA im Jahre 1986 mit Goldy Parin-Matthèy führten, berichtet sie von ihren Erfahrungen in Spanien sowie von ihren Überlegungen zum anarchistischen Gesellschaftsentwurf.

». . . ein Guerillakampf mit anderen Mitteln«

von Heinz Hug

Anarchismus als historische Lebenserfahrung

Die damlas fünfundzwanzigjährige Goldy Parin-Matthèy lebte in Österreich, als in Spanien die von faschistischen Generälen befehligten Militärs dazu ansetzten, das demokratisch-republikanische Spanien zu zerschlagen. Was für sie diese Ereignisse bedeuteten und was sie dazu bewog, mit den Internationalen Brigaden nach Spanien zu gehen, schildert sie so:

»Ich bin Schweizerin, in Österreich geboren und aufgewachsen und habe dort den Nationalsozialismus hautnah erlebt. Schon seit 1930 war Österreich durch das Anwachsen der Nationalsozialisten in Deutschland und im eigenen Land bedroht. Als 1933 Dollfuss als Bundeskanzler an die Regierung kam, das Parlament auflöste und den christlich-faschistischen Ständestaat ausrief, was man den Austro-Faschismus nennt, beschloß die Arbeiterschaft mit ihren bewaffneten republikanischen Schutzbundformationen, die nur der Sozialistischen Partei unterstellt waren, im Februar '34 den bewaffneten Sturz der Regierung. Am Vorabend des Aufstandes flüchteten die Bonzen, unter ihnen der Parteisekretär der Sozialisten, Otto Bauer, mit den Schlüsseln der Waffenarsenaledes Schutzbundes in der Tasche nach Prag. Der Generalstreik wurde darum nur teilweise befolgt; der Aufstand der Schutzbündler wurde von der vereinigten Armee der Polizei und den

bewaffneten christlichen Heimwehrmilizen nach langem Widerstand blutig niedergeschlagen. Es folgte die standrechtliche Liquidierung der Führer und Kämpfer. Die nächsten drei Jahre waren eine Zeit ständigen Anwachsens der Nazis in Österreich, Strassenschlachten der Arbeiter und Studenten mit Polizei und katholischer Heimwehr. Als '36 in Frankreich die Volksfront siegte und in Spanien die Republik ausgerufen wurde und sofort der Putsch der faschistischen Generäle einsetzte, wobei die anarchistischen Arbeitermilizen und Republikaner in Katalonien und in Zentralspanien den Putsch zum Stehen brachten, und ich von der Organisation der Internationalen Brigaden hörte, meldete ich mich sofort als Freiwillige. Ich war Röntgenassistentin und medizinische Laborantin – das konnten sie brauchen.«

In Österreich hatte sich Goldy Parin-Matthèy zwar keiner politischen Gruppe oder Partei angeschlossen, doch sie war an den geschilderten Ereignissen und am Kampf gegen den Faschismus stark beteiligt gewesen. Die zunehmende Faschisierung Mitteleuropas ließ jedoch diesen Kampf immer stärker als aussichtlos erscheinen; der Abwehrkampf des spanischen Volkes gegen die Franco-Truppen wurde für viele europäische Sozialisten zu jenem Ereignis, das die Auseinandersetzung zwischen der fortschrittlichen Bewegung und dem vorerst von den bürgerlichen Demokratien unterstützten Faschismus entscheiden sollte. Die Parallele zu heute ist evident: eine Resignation in den Industriestaaten in bezug auf die Möglichkeit einer Veränderung zu menschlicheren Verhältnissen, gleichzeitg der Versuch, die von der Peripherie ausgehenden Veränderungen (insbesondere in Nicaragua, in der Dritten Welt insgesamt) zu unterstützen. Gerade in diesem Zusammenhang sind die Schilderungen von Goldy Parin-Matthèy über ihren Weg nach Spanien aufschlußreich, vor allem die Beschreibungen der psychischen Auswirkungen ihres Unternehmens – nach Spanien zu gehen, war für sie eine Chance:

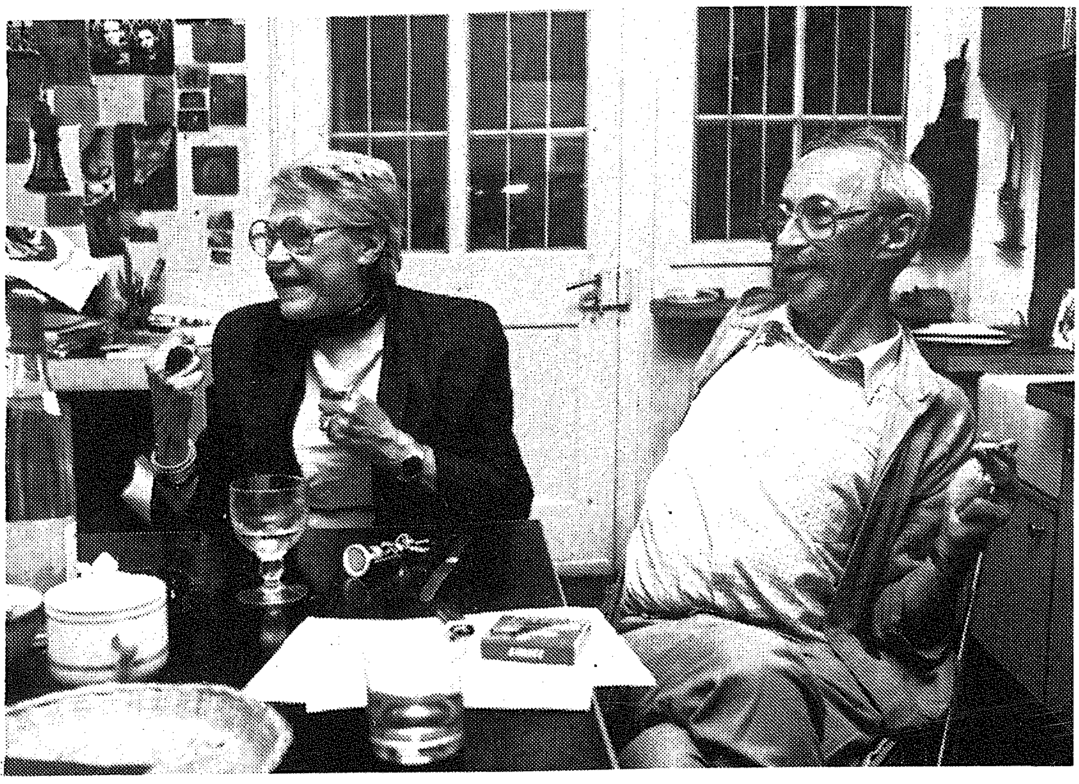
»In Österreich war gar nichts mehr zu machen. Und ich sah sofort: Das ist die Chance, vielleicht können wir dort noch die braunen Massen aufhalten. Es war ganz klar, in Österreich wußte man, daß der Krieg kommt, der 2. Weltkrieg. Also, ich hatte keine Angst, und es war außerordentlich spannend. Es war spannend, wie ich nach Spanien kam. In Österreich mußte alles klandestin geschehen. Es wurde von der Kommunistischen Jugend Wien organisiert, da bekam ich Ende März eine Fahrkarte nach Basel, und dort sollte ich mich in einem Lokal bei "dem Schwarzen" melden. Dann bin ich also nach Basel gegangen; "der Schwarze" hat mich dann weitergeleitet, mir eine Zugkarte erster Klasse Schnellzug in die Hand gedrückt, und so kam ich nach Paris. In Paris stiegen wir, die im Zug waren und die wir uns gegenseitig mißtrauisch beschauten, weil man ja nicht wußte, ob ein Spitzel dabei war, alle aus. Wir wurden mit Camions in das berühmte Hotel Espérance im 18. Bezirk, im Arbeiterbezirk, gebracht. Und das war nun außerordentlich eindrucksvoll: Den ganzen Tag kamen dort Freiwillige für Spanien von der ganzen Welt an. Das war so umwerfend. Die wurden dann weitergeschleust. Ich wurde aufgespart, weil es keinen Röntgenassistenten in Spanien gab, so war ich also wertvoll. Ich wurde dann mit einer Spezialtruppe nach Spanien geschleust, nach Südfrankreich zuerst, dann nachSète, dann wieder nach Montpellier, mit dem Taxi, weil unten in Südfrankreich die croix feu waren, die damals jeden, der verdächtig war, nach Spanien zu gehen, sofort verhaften ließen.

Endlich war es so weit. In Sète lag ein Kutter an der Reling, und ich bin mit den sieben Genossen – der eine war der Fliegende, der das spanische Gold nach Frankreich gebracht hatte, und andere waren Militärexperten aus Kanada, und dann waren noch litauische Ärzte dabei – also mit denen sind wir dann nach einem Signal in den Bauch dieses Schiffes gesprungen, und dann hat das Schiff abgelegt. Dann war hoher Seegang, wir wurden alle furchtbar krank und waren überhaupt nicht heldenhaft, bis wir dann eben in Figueras an die Küste kamen. Dort wurden wir in die Kasematten der riesigen unterirdischen Festung gebracht. Und das war nun wiederum dieses unglaublich umwerfende Erlebnis, was ich wirklich jedem wünschen würde. Aus der ganzen Welt, selbst aus Japan, waren Freiwillige da, jeder mit seiner eigenen Geschichte und großen Strapazen und Gefahren, und kamen dort zusammen, alle, um gegen den Faschismus in Spanien zu kämpfen.

Ein Ereignis stimulierte meine Wachsamkeit. Als wir – die tausend Freiwilligen aus den Kasernen von Figueras – in den Zug gesetzt wurden, wir Frauen und Männer der Interbrigaden, waren es gerade die heißen Mai-Tage 1937. Wir wurden in einen verschlossenen Zug gesetzt, mit verschlossenen Fenstern. So fuhren wir nach Barcelona. Wir sollten den Barrikaden-Kampf der Kommunisten zusammen mit den republikanischen Regierungstruppen gegen die anarchistischen Milizen der CNT und der trotzkistischen POUM nicht sehen. Man sagte, das seien Kämpfe der UGT, der Kommunistischen Vereinigten Arbeiterpartei, mit der Fünften Kolonne; die würden den Faschisten helfen. Warum wir das nicht sehen sollten, machte mich mißtrauisch und hellhörig.«

Über ihre Tätigkeit als Interbrigadistin in Spanien berichtet Goldy Parin-Matthèy in ihrem Interview nur wenig:

»In Albacete, einer kleinen Stadt in der Mancha (Zentralspanien), war die Basis der Internationalen Brigaden und der CSI, der Centrale Sanitaire Internationale. Nach langen klandestinen Schleichwegen kam ich Anfang Mai 1937 nach Albacete ins Röntgen, und alle waren happy, weil plötzlich gute Röntgenbilder entstanden. Anfang 1938 bekam ich den Auftrag, das zentrale Laboratorium der internationalen Brigaden aufzubauen. Als die Franco-Truppen im Herbst '38 den Vorstoß ans Mittelmeer bei Vinaroz schafften und das republikanische Spanien in zwei Hälften teilten, evakuierten wir von Albacete nach Vich in Katalonien am Hang der Pyre-



In Spanien 1937, rechts Goldy Parin-Matthèy



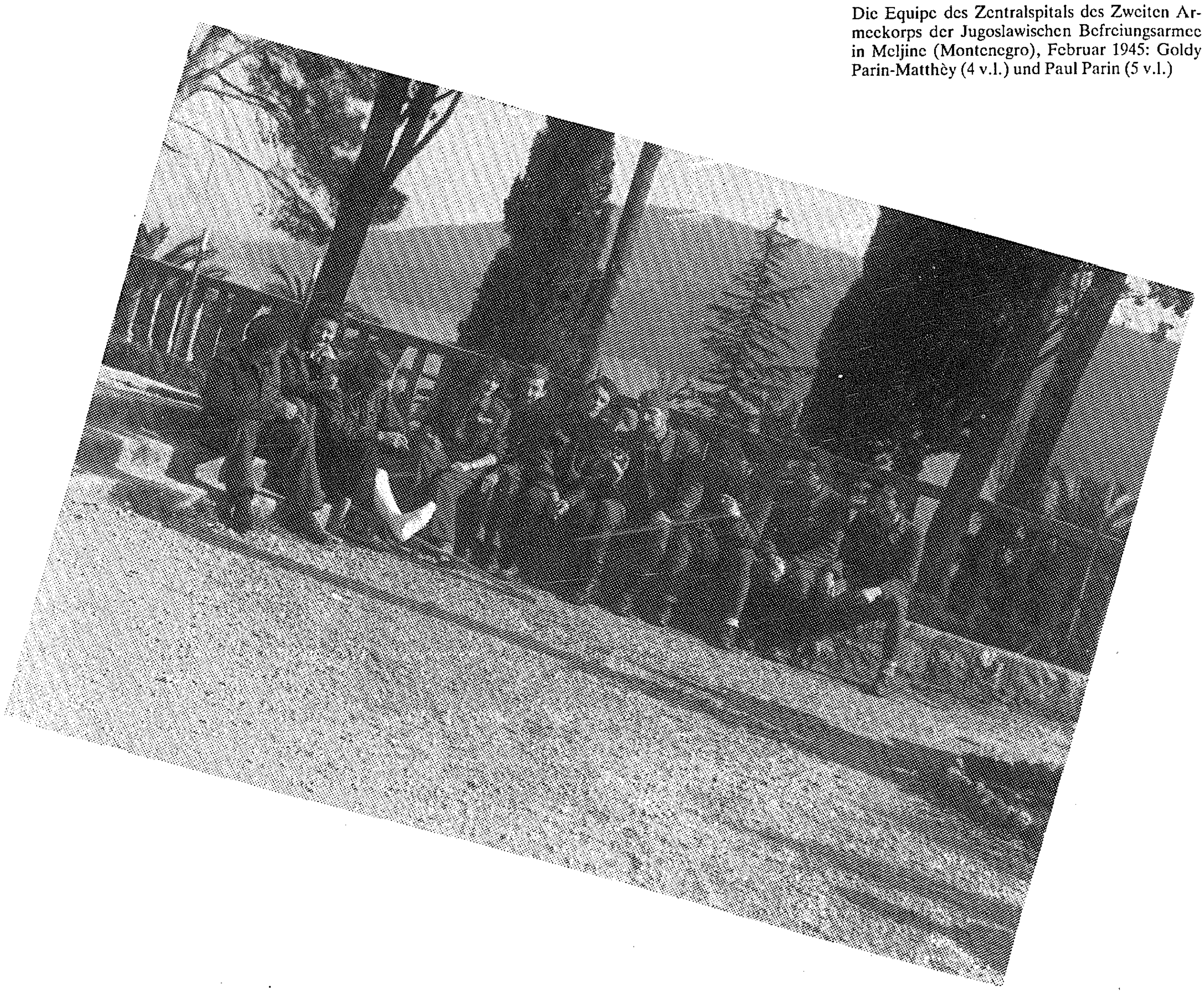
näen, ungefähr tausend Kranke und Verwundete (Typhusepidemien usw.). Als Franco-Truppen vor Barcelona standen, waren wir noch ungefähr 30 Frauen der CSI, die die Schwerstverwundeten in der Nähe der französischen Grenze an der Küste weiterbetreuten, diese evakuierten und schließlich selbst mit dem letzten Camion die französische Grenze erreichten. Hunderttausende der Spanier flohen mit uns. Im breiten Strom wälzte sich der Füchtlingsstrom der Bevölkerung zur Grenze, hinter uns waren die kleinen Einmann-Tanks der Italiener, nicht mehr schiessend, nur diese riesigen Massen vor sich her treibend. Dann – allez hopp – in ein Frauenkonzentrationslager in St. Zacharie nördlich von Marseille mit hundert spanischen Frauen und Kindern. Ende April '39 kam ich in die Schweiz, die ich vorher nicht kannte.«

Welche Aspekte des anarchistischen Konzepts Goldy Parin-Matthèy hervorhebt, hängt einerseits mit ihren Erfahrungen in Spanien und Jugoslawien, andererseits mit ihrer Tätigkeit als Psychoanalytikerin zusammen. Ihre Betonung der anarchistischen Utopie als Lebensnorm, in welcher der Mensch seine Möglichkeiten am weitgehendsten entfalten kann, erscheint mir besonders wichtig. Dazu sagte sie im Interview:
»Die anarchistische Utopie fördert Selbstverantwortung und das eigene Denken, lehnt Anpasserei und Abhängigkeit ab. Sie ist horizontal organisiert und schafft Vernetzungen unter gleichberechtigten Individuen. Was davon gelebt wurde: In Katalonien wurde es oft als Wunder bezeichnet, wie sehr diese revolutionäre, totale Umwandlung der Besitzverhältnisse ungefähr ein dreiviertel Jahr funktioniert hat. Die industrielle Produktion, Dienstleistungen, Verkehr und Landwirtschaft haben selbstverwaltet erstaunlich gut zu funktionieren begonnen. Die Anarchisten haben mitten im Krieg sogenannte befreite Gebiete geschaffen, wo sie begannen, ihre Art des Zusammenlebens als libertäre Gesellschaft zu kreieren. So viel Erfindungsgeist, Kreativität und gegenseitige Unterstützung sollte sich als Beispiel durchsetzen und nicht mit Macht durchgesetzt werden. Die republikanische Regierung, die dann schon ganz von der KP beherrscht wurde, ließ den Anarchisten wohl zu wenig Zeit, um ihre libertäre Ordnung als Beispiel zur Überzeugung und Motivierung der Bürger wirken zu lassen.«

Seit den Auseinandersetzungen zwischen Bakunin und Marx im Rahmen der Ersten Internationalen haben die gegenseitgen Abgrenzungsversuche zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem Anarchismus sowohl auf der theoretischen Ebene als auch in der praktischen Politik nie aufgehört; sie nahmen oft einen sehr ineffizienten, bisweilen tödlichen Charakter an. Von einer besonderen Härte waren sie zur Zeit der Revolution und des Bürgerkriegs in Spanien, vielleicht lag der Grund dafür gerade darin, daß der Anarchismus damals zu seiner größten Bedeutung gelangte. Über die Hintergründe dieses Konflikts sagt Goldy Parin-Matthèy:
»Das Konzept einer vertikalen Organisation der KP mit Diktatur des Proletariats und Übernahme der Macht ist derart diametral entgegengesetzt zum Konzept des selbstverantwortlichen, freiwilligen Zusammenschlusses und der gegenseitigen Hilfe, einem Tauschhandel ohne entfremdetes Geld als Tauschwert, daß die beiden Modelle kaum einen Kompromiß zulassen. Für später war ja im kommunistischen Konzept ein vages Absterben des Staates enthalten; das ist eigentlich eine anarchistische Forderung, von der man aber jetzt nicht mehr redet. Die eine Seite muß die andere als chaotisch beziehungsweise machthungrig verwerfen. Ordnung im KP-Konzept heißt: Die wissende Avantgarde bildet die Macht-Elite, die für die stummen Massen denkt und sie führt. Auf diese Weise sind die Menschen besser regierbar. Borkenau berichtet in seinem Tagebuch »The Spanish Cockpit« (dt. »Kampfplatz Spanien«, Klett-Cotta 1986; Anm. SF-Red.), von einem Gespräch mit einem bürgerlich-republikanischen Geschäftsmann in Barcelona 1936. Dieser sagt: ›Die Kommunisten sind die besten Organisatoren, besser als die anderen Parteien. Sie sind die konservativsten. Sie sagen: Zuerst Krieg, dann eventuell Revolution – aber zuerst käme die bürgerliche, danach dann die proletarische Revolution.‹

Die Infragestellung dieses anarchistischen Konzepts der Gleichzeitigkeit von Krieg und Revolution bildete einen der wichtigsten Streitpunkte zwischen der KP und den Anarchisten. Ein anderer bezog sich auf die »richtige« Organisation des militärischen Kampfes: Miliz oder Volksarmee? Nach Goldy Parin-Matthèy zeigte sich darin ein fundamentaler Widerspruch zwischen dem anarchistischen und dem kommunistischen Gesellschaftsentwurf: »Weshalb haben die Kommunisten 1937 begonnen, die unentschlossenen Bürger und Arbeiter zu bestechen, mit Geld und Rang, um sie ins republikanische Heer, das von der KP kontrolliert wurde, einzugliedern, z.B. das fünfte Regiment mit dem Kommunisten Lister als Befehlshaber. Die widerspenstigen anarchistischen Milizen, die nicht mitmachen wollten, wurden entwaffnet. Die Vorstellung, daß es Guerillatruppen womöglich hinter der Front unkontrollierbar vom zentralen Armeestab geben könnte, war ein Schreckgespenst.«

Die Equipe des Zentralspitals des Zweiten Armeekorps der Jugoslawischen Befreiungsarmee in Meljine (Montenegro), Februar 1945: Goldy Parin-Matthèy (4 v.l.) und Paul Parin (5 v.l.)



Daß es bei der Frage »Miliz oder Volksarmee?« um weit mehr ging als um die »richtige« Organisationsform bzw. Strategie im spanischen Bürgerkrieg, macht Goldy Parin-Matthèy deutlich, indem sie auf die weltkommunistischen Zusammenhänge verweist: »Wohin wäre Stalin mit seinen Säuberungen aller Genossen gekommen, die Eigeninitiative und eigenes Denken zeigten, wenn in Spanien die Anarchisten gesiegt, sozusagen hundert Blumen geblüht hätten? Ich habe den Konflikt insofern erlebt, als man die Milizen vor uns verteufelte. Aber die Internationalen Brigaden waren ebenfalls alle Freiwillige, und obwohl sie von Politkommissaren begleitet waren, herrschte bei uns der gleiche solidarische Elan wie bei den Milizen. Bezeichnenderweise wurden die Interbrigadisten, die in die Ostblockländer zurückgekehrt waren, 1948-49 fast alle umgebracht. Diese Genossen haben zuviel anarchistische Luft geatmet.«

Einer, der – aus ganz anderen Gründen – ebenfalls ein Opfer der stalinistischen Säuberungen wurde, war Trotzki. In bezug auf Spanien war er aus dem Lager der Kommunisten einer der schärfsten Kritiker der Anarchisten. Im Zusammenhang mit Fragen der feministischen Bewegung, deren Abdruck den Rahmen dieses Porträts sprengen würde, gibt Goldy Parin-Matthèy eine äußerst lesenswerte Charakterisierung von Trotzkis Kritik: »In Trotzkis zweibändigem Werk über den Spanischen Bürgerkrieg (vgl. ISP-Verlag, Frankfurt; Anm. der SF-Red.) findet man deutlich eine sogenannte männliche Verachtung für die als weiblich diskriminierte Ablehnung der Macht durch die Anarchisten. Er schmäht sie: ›Die verstehen nicht zu kämpfen; Revolutionen sind eben nur Männersache; Anarchisten sind Phrasendrescher, mutlos, murrend und flennend, haben nur Angst, sind durch und durch verweichlicht von der Routine friedlicher Zeiten‹ etc. Dieses weibliche Pack kann er nicht verstehen. Er, anstelle der Anarchisten, die in Barcelona zu 90 Prozent herrschten, hätte natürlich die Macht durch hierarchische Organisationsformen befestigt und an sich gerissen. Er, der Organisator der Roten Armee, trifft auf ein fremdes, unheimliches Phänomen. Er muß es entwerten, am besten vernichten. Die Geschichte gibt ihm nicht recht. Der jugoslawische Befreiungskrieg hat die Lehren aus Spanien beherzigt, er war militärisch nach anarchistischen Prinzipien organisiert: Milizen, Guerilla, eigenverantwortliche Gruppen, sofortige revolutionäre Umwandlung in befreiten Gebieten.«

Die große Anziehungskraft, welche vom anarchistischen Konzept ausging, blieb den Führern der Kommunisten und Sozialdemokraten keineswegs verborgen; sie sahen darin eine Gefährdung ihrerPolitik, die sie mit allen Mitteln zu bekämpfen suchten. Goldy Parin-Matthèy faßt diese Anziehungskraft weiter, sie zeigt sich überall dort, wo sich in der menschlichen Gesellschaft »Ungezähmtheit«, »Widerständiges« zeigt. Sie sagt: »Das emotionale Klima, das durch Solidarität und gegenseitige Hilfe so offen macht für Erfindungen und spontane und kreative Lösungen ist erschreckend und verführend für hierarchisch organisierte Massen wie für bürokratisch eingeengte Bürger. Das kleine Stückchen Ungezähmtheit, das in jedem Menschen steckt, drängt zu subversiven Ausbrüchen. Darum muß jede Regierung, die an der Macht ist, dieses Widerständige in den Regierten zu verhindern suchen. Wehret den Anfängen! Versucht jetzt nichts Neues! Jedes Regierungsgefüge, das an der Macht ist, Amerika wie Rußland, wie die sogenannten bürgerlichen Demokratien, fürchten Revolutionen wie eine giftige Ansteckung. Die absurde Bedrohung dieses Reagan-Amerika durch das kleine Nicaragua, das seine Revolution gemacht hat, ist bekannt. Da jedes Leben nach Veränderung drängt, geht von solch radikalen gesellschaftlichen Veränderungen ein Sog aus. Ja, davor hat Reagan solche Angst, daß er ständig noch zerstörerische Waffen anschaffen muß. Er kann sich nicht sicher fühlen. Ich habe vor kurzer Zeit von Yaak Karsunke in Berlin ein Gedicht bekom-

men, in dem er das Feeling in einer Demokratie heute beschreibt. Es gefällt mir so, daß ich es vorlese:

Aufruf in letzter Minute

glaubt der regierung! weil: sie ist die beste
– ihr selber habt sie schließlich seinerzeit gewählt –
was nützen euch jetzt zweifel & proteste?
so glaubt gefälligst, was sie euch erzählt!

sie ist korrupt? wißt ihr das erst seit heute?
(schon goethe schrieb doch: alles drängt nach gold)
& sie belügt euch? seid ihr wirklich sicher, leute
daß ihr die ungeschminkte wahrheit wissen wollt?

was heißt hier: sie verharmlost die gefahren
verkleinert sie, verschleiert & vertuscht?
wärs anders, brächtet ihr euch um in scharen
so sehr ist alles längst schon auswegslos verpfuscht

item: *glaubt der regierung. nichts sonst kann euch frommen.*
nach ihr: die sintflut. (sie wird vorher kommen)



Paul Parin (l.) und Goldy Parin-Matthèy im Zentralspital des 2. Armeekorps

Anarchismus als sozio-kulturelle Überzeugung

Wie aus den bisherigen Zitaten deutlich geworden ist, bildet die Lebensgeschichte von Goldy Parin-Matthèy keineswegs den alleinigen Bezugspunkt zum Anarchismus. Ihr anarchistisches Konzept findet seine Begründung in historischen Erfahrungen und Kenntnissen, in ihren sozio-kulturellen Überzeugungen und – wie sich noch zeigen wird – in den Erkenntnissen der Psychoanalyse. Der Anarchismus in Spanien und – danach – in Jugoslawien war für Goldy Parin-Matthèy kein episodisches historisches Ereignis. Wie sie im Interview betont, ist sie bis heute Anarchistin geblieben: »Als ich nach Spanien kam, wurde der Anarchismus gerade zerstört.Aber Ende 1937 habe ich im Norden von Albacete ein noch voll funktionierendes anarchistisches bäuerliches Kollektiv besucht. Ich war erstaunt, wie ähnlich es gegründet war auf Freiwilligkeit, Selbstverantwortung und solidarischem Zusammenschluß und gegenseitiger Unterstützung; genau das machte den Hauptcharakter der Internationalen Brigaden aus. Dort habe ich das Erleben und die Theorie des Anarchismus erst zusammengebracht.

Bei unserer freiwilligen Teilnahme am jugoslawischen Befreiungskrieg begegnete uns wieder der spezifisch befreiende und solidarische Charakter bei den kämpfenden und den verwundeten Menschen. Dort wurde das anarchistische Modell – gleichzeitig Krieg und Revolution – realisiert: Guerilla, Milizorganisation der Streitkräfte (jeder militärische Schritt wurde z.B. mit allen diskutiert), befreite Gebiete mit Zerstörung der alten Ordnung, Selbstverwaltungsstrukturen. Tito hat gegen die riesige Übermacht der italienischen und nationalsozialistischen Heeresmacht und ihrer weit überlegenen Bewaffnung den Krieg gewonnen. Die Erfahrungen nach dem Sieg über Hitler, als die Jugoslawen die Früchte ihrer so eigenständigen Revolution zu realisieren begannen, waren traurig. Wie wenn sie zu viel geblutet hätten und wenig Kraft zur Konsolidierung ihres eigenen im Krieg bewährten Modells gehabt hätten, schlichen sich Machttendenzen ein. Obwohl das Selbstverwaltungsmodell in Landwirtschaft und Industrie selbst in der Verfassung verankert ist, kann die Partei (Bund der Kommunisten) die Machtzügel nicht ganz aus der Hand geben. Das Experiment stagniert.«

Anarchistin ist Goldy Parin-Matthey auch als Psychoanalytikerin. Den Zusammenhang zwischen ihrem Engagement in Spanien und Jugoslawien und ihrer späteren Tätigkeit als Psychoanalytikerin beschreibt sie mit den folgenden Worten:

»Meinen Beruf als Psychoanalytikerin verstehe ich auch politisch und subversiv in diesem Sinn, daß Analysanden die verinnerlichten Machtstrukturen, die von der äußeren Welt durch die Sozialisation in ihr Inneres eingepflanzt sind, erkennen können. Sie lernen über ihre natürliche Widerspenstigkeit gegen allzu große Anpassung an die Verhältnisse ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche zur Selbstwerdung unterscheiden. Denkende Menschen sind schlecht regierbar, und Peter-Paul Zahl sagt: ›Das Gehirn ist das erotische Organ des Menschen‹.

Goldy Parin-Matthèy mit Verwundeten (Jugoslawien 1944/5)



Nach dem jugoslawischen Partisanenkrieg habe ich mir gesagt: So, und jetzt werde ich Analytikerin, weil das für mich – und ich habe es immer so aufgefaßt – ein Guerillakampf mit anderen Mitteln ist: in den einzelnen Menschen die Widerspenstigkeit und das Aufständische freizukriegen, so daß sie wieder leben und zu ihren eigenen Sachen kommen.«

Am Ende des Interviews faßt Goldy Parin-Matthèy ihr heutiges Selbstverständnis in die folgenden Worte:

»Ich würde mit Bertolt Brecht sagen, daß ich eine unwürdige Greisin bin, die sich nicht würdig weise bescheidet. Ich bin sehr neugierig. Mein Engagement gehört den Spuren, Inseln, anarchistischen Elementen im Menschen und außerhalb, die immer wieder hier und dort auf der ganzen Welt auftauchen, Kraft gewinnen, auch wieder verschwinden, je nach den Machtverhältnissen, auf die sie treffen. Natürlich setze ich auf die Jungen, die Achtziger-Bewegung war etwas Prächtiges, mit einem Aufbrechen von kreativem Witz und Humor und schön böser Denunziation der Macht. Solche befreienden Grenzüberschreitungenkommen sicherlich immer wieder vor, solange unsere Welt besteht. Ich will es mit Bernhard Shaw sagen: ›Der vernünftige Mensch paßt sich der Welt an, der unvernünftige Mensch besteht auf dem Versuch, die Welt sich anzupassen. Deshalb hängt aller Fortschritt vom unvernünftigen Menschen ab.‹«

Anarchismus als psychoanalytische Denkfigur

In den langen Jahren ihrer psychoanalytischen Tätigkeit haben Goldy Parin-Matthèy, Paul Parin und andere ihre Konzeption der Theorie und Praxis der Psychoanalyse ausgearbeitet und in vielen Publikationen dargestellt; auch darin werden Bezüpge zum Anarchismus deutlich. Selbstverständlich kann es hier nicht um die Aufarbeitung des Zusammenhangs von Anarchismus und Züricher Psychoanalyse gehen – hier müssen einige unsystematische Hinweise genügen.

In seinem zu Beginn der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts entstandenen Fragment »Gott und der Staat« spricht Bakunin von drei Grundprinzipien, welche die Bedingungen aller gemeinschaftlichen und persönlichen menschlichen Entwicklung bilden. Eine davon ist die gelegentlich im Bild des Luzifer veranschaulichte Empörung; gemeint ist eine instinkthafte Auflehnung gegen jegliche Einschränkung des Menschen, in erster Linie durch den Despotismus eines höchsten Herrschers (Gott), aber auch durch die vielfältige Repression der Gesellschaft und ihrer Institutionen, Empörung findet sich auch in bezug auf Grenzen, welche die Natur dem Menschen setzt. Auf diese Weise befindet sich der Mensch in einem stetigen Konflikt mit seiner Umgebung, der auch in einer durch die soziale Revolution veränderten Gesellschaft nicht einfach hinfällig wird. Liest man in den Schriften der Parins Ausführungen zur Triebhaftigkeit des Menschen, so wird man an jene Denkfiguren bei Bakunin erinnert. In Paul Parins Aufsatz »Die Verflüchtigung des Sexuellen« (1985) ist einmal die Rede von den »ewig rebellierenden, subversiven, ihrer Natur nach ungebärdigen Triebansprüchen« oder an anderer Stelle »vom subversiven Potential, von der lustbereitenden und die gesellschaftlichen Konventionen sprengenden Kraft der sexuellen Triebe«. Im Widerspenstigen, im Subversiven, in der chaotischen Seite der menschlichen Natur liegt viel Denk- und Gefühlsverwandtschaft zwischen dem Anarchismus und der Ausprägung der Psychoanalyse, um die es hier geht. In ihrer materialistischen Betrachtung allen seelischen Geschehens, in ihrem »dynamischen, offenen Modell« – wie Paul Parin in einem anderen Aufsatz (»Hexenjagd im Geistigen: Tendenzwende gegen die Psychoanalyse«, 1985) schreibt – trifft sich die Psychoanalyse durchaus mit der Bakuninschen Anthropologie ohne eine solche Parallelität überstrapazieren zu wollen, kann man noch einen Schritt weitergehen: Erst wenn sich der Instinkt der Empörung mit dem Denken, Bakunins zweitem Grundprinzip menschlicher Entwicklung, verbindet, wird Befreiung möglich. In Vergleich dazu kann die Tatsache gesetzt werden, daß die in der Psychoanalyse zentrale Befreiung der unterdrückten sexuellen Triebregungen ihrerseits viel mit Bewußtwerdungsprozessen zu tun hat.

Befreiung, Freiheit einerseits, Infragestellung von Macht, Institutionenkritik andererseits sind sowohl im Anarchismus als auch im psychoanalytischen Konzept Begriffe von zentraler Wichtigkeit.

In ihrem Aufsatz »Medicozentrismus« (1983) schreiben Goldy Parin-Matthèy und Paul Parin von einem »eminent menschlichen Anliegen, sich zu befreien«. Psychoanalytiker sein bedeutet für sie »Entdecker verborgener Triebkräfte und Anwalt unterdrückter Lebendigkeit sein; Ziel ihrer Tätigkeit ist nicht »Heilung«, nicht »Herstellung oder Wiederherstellung eines Zustandes, irgendeiner erwünschten Norm«. Befreiung im psychoanalytischen Sinne bedeutet eine Stärkung der autonomen Kräfte der Person, bedeutet eine größere Unabhängigkeit »von den sozialisierenden Faktoren, also von den Erziehungspersonen, von den Wünschen und Forderungen der großen Gestalten der Kindheit, sodann von sozialen Pressionen, unter denen ein Erwachsener lebt.« Ziel der psychoanalytischen Utopie ist auch jenes nicht-hierarchische menschliche Zusamenleben, von dem Freud als »Brüdergemeinde« gesprochen hat, welches – im Gegensatz zu straff organisierten politischen Gruppierungen – das stiftet, »was man Solidarität nennt, praktische Hilfsbereitschaft und freundschaftliches Anteilnehmen am persönlichen Schicksal«, wie Paul Parin in seinem Aufsatz »Die Angst der Mächtigen vor öffentlicher Trauer« (1983) schreibt.

Es wäre verfehlt, behaupten zu wollen, Parins hätten ihr Konzept der Psychoanalyse aus dem Anarchismus abgeleitet. Es geht vielmehr darum, gerade auf jene »Spuren, Inseln, anarchistische Elemente« hinzuweisen, von denen Goldy Parin-Matthèy in ihrem Interview spricht. In einem Interview aus dem Jahre 1984 sagt Goldy Parin-Matthèy:

»Ich war immer eine moralische Anarchistin: Jeder ist allein für sich selbst verantwortlich. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was auch ein Analytiker in Ausbildung erwerben und erleben muß, daß er ganz allein verantwortlich ist.« Und Paul Parin in einem Gespräch mit Aurel Schmidt (1979): »Ich pflege mich scherzhaft als einen ›moralischen Anarchisten‹ zu bezeichnen, nämlich als Anarchist in dem Sinn, daß der einzelne in möglichst kleinen Gruppen sein Anpassungs-und Veränderungspotential einbringen kann, wobei ich das Moralische ausdrücklich hinzufüge, denn man kann sich ja auch eine anarchistische Gesellschaft vorstellen, die die Zerstörung allen menschlichen Zusammenlebens zum Ziel hat.«

Literaturhinweis:
Alle erwähnten Aufsätze und Gespräche sind abgedruckt in: Paul Parin und Goldy Parin-Matthèy: Subjekt im Widerspruch, Frankfurt: Syndikat 1986

Weitere Publikationen:

- Fritz Morgenthaler, Goldy Parin-Matthèy und Paul Parin: Die Weisen denken zuviel. Psychoanalytische Untersuchungen bei den Dogon in Westafrika, Zürich: Atlantis 1963; München: Kindler 1972
- Diess.: Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst. Psychoanalyse und Gesellschaft am Modell der Agni in Westafrika, Frankfurt: Suhrkamp 1971
- Paul Parin: Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopsychoanalytische Studien, Frankfurt: Syndikat 1983
- Paul Parin: Zu viele Teufel im Land. Aufzeichnungen eines Afrikareisenden, Frankfurt: Syndikat 1985

Leserbriefe

btr. SF-26, 4/87 Artikel von Wolfgang Haug »Von der ideologisierten Klassenmacht zum Mythos neuer Nachbarschaft«

Durch die Vernachlässigung der Betriebsarbeit seit Mitte der 70er Jahre und die Verlagerung der Kämpfe nach »außen« ist es zu der von den Kapitalisten gewollten Trennung von Betrieb und Gesellschaft gekommen. (Die Demokratie hört vor den Werkstoren auf.) Die Linke hat sich auf den Tummelplätzen, die ihnen dieses System läßt, eingerichtet. Anti-AKW, Friedensbewegung, Hausbesetzung, Startbahn und dergleichen mehr. Sie hat versucht Sand in ein Räderwerk zu streuen, das an einer ganz anderen Stelle läuft – in den Fabriken, Büros und Geschäften, dem Lebensnerv des Kapitalismus. Schon über ein Jahrzehnt wurde es den DGB-Gewerkschaften und dem Gesetzgeber überlassen den Menschen in den Betrieben ihre Vorstellung von Arbeitskämpfen überzustülpen.

Ich gehe davon aus, daß dieser real existierende westdeutsche Kapitalismus (der Staat ist nur Handlanger) endgültig nur mit Hilfe des ökonomischen Hebels gekippt werden kann. Die vorher aufgeführten Kämpfe sind allerdings nicht sinnlos und falsch. Falsch ist nur, sie nicht in die Betriebe zu tragen. Konkret heißt dies, die Themen im Betrieb zu diskutieren, denn schließlich sind die Menschen im Betrieb nicht nur Malocher, sondern auch Mieter und von Radioaktivität und Lärm Betroffene, wenn sie zu Hause und auf der Straße sind. Meine Erfahrung nach geht dies auch blendend. Fast 8 Stunden kann man die KollegInnen in Diskussionen verwickeln. Voraussetzung, man muß als ›einer der ihren‹ gelten. Bei der Hüttendorfräumung hat sich das so ausgewirkt, daß die Leute im Betrieb angerufen wurden, die Klamotten hingeschmissen haben und in den Wald gefahren sind. Stellt euch so etwas einmal massenhaft vor. – Ein oder mehrere Betriebe stehen still, wenn im Stadtteil oder der Region ein Haus geräumt werden soll. Utopie? Sicherlich, aber eine denkbare. Was ich anstrebe ist eine Vernetzung der Widerstandsbereiche die gleichwertig nebeneinanderstehen, also den Betrieb nicht mehr außen vorlassen, sondern als wesentlichen Hebel zum Umsturz der Verhältnisse anerkennen.

Nun – wer geht in die Betriebe, die Büros und Geschäfte? Ich denke, wir müssen nicht erst reingehen, wie die 68er Studenten, die ebenfalls erkannt hatten, daß es ohne die »Prolos« nicht geht (und dann frustriert wieder aus den Betrieben ausgezogen sind). Wir sind zum großen Teil schon drin. Aber darüber wird in der Scene nicht geredet. Kohle hat man oder hat sie nicht. Wer um 6 oder 7 Uhr morgens aufsteht schweigt und schämt sich, weil er/sie immer noch drauf angewiesen ist, sich zu prostituieren. Wir arbeiten als Jobber, als Aushilfe, mit befristeten und unbefristeten (nicht mit garantierten und ungarantierten, wie es leider oft benutzt wird!) Verträgen. Auch Sozialarbeiter arbeiten im Betrieb (vom Staat oder Verein getragen) unter kapitalistischen Arbeitsbedingungen; nur, die meisten wissen es nicht. Das Wichtigste ist also als Erstes, die eigene Lage zu überdenken, zu erkennen, sie zu diskutieren und dann zu handeln. Wenn sich dann erst einmal etwas bewegt, ist es egal, ob die Menschen, die sich bewegen sich als Klasse verstehen oder nicht. Mir reicht es, wenn die Menschen mit diesem System unzufrieden sind und eine freie Gesellschaft anstreben.

Peter Herber, Frankfurt



btr. SF-25, 3/87 Artikel von Wolfgang Haug »Anarchistische Wochenzeitung«

Angeregt durch einen Ausschnitt eines Diskussionspapiers der *»Libertären Tage«* in Konkret 12/87 erinnerte ich mich an den nicht gelesenen Artikel aus SF 3/87. ... Was mir ganz stark gefehlt hat, war die Entstehung des »Rufs nach ...«

Erst mal zu mir: Ich bin vor 1 1/2 Jahren, nach einigen ätzenden Ortsmitgliederversammlungen bei den GRÜNEN (wo ich nie beitreten konnte) in die Kölner FAU eingetreten, wo ich mich politisch zu Hause fühle. Nur: Da treffen sich in ner Stadt mit gut 1 Million Einwohner einmal pro Woche so ca. 10 bis 15 Leute und die große Hoffnung läßt sich für jeden realistisch denkenden Menschen aus so einer Situation heraus wohl kaum entwickeln. Ich denke genau diese Situation ist übertragbar auf das meiste, was so im A-Spektrum läuft. Jeder klüngelt vor sich hin, trifft mit weiteren klar abgegrenzten Trüppchen auf dieser oder jener Demo zusammen und sonnt sich im Wissen über das unausgesprochen klare, gleiche Ziel. Nur bleibt für mich dabei die Perspektive auf der Strecke. Genau diese Zersplitterung ist die Auswirkung, der von dir so gepriesenen Meinungsvielfalt. Was steht der Meinungsvielfalt in einer gemeinsamen Schrift im Weg? Wie soll eine libertäre Gesellschaft gelebt werden, wenn es alleine unter Anarchisten nicht mal möglich ist über Gemeinsamkeiten zu reden und diese dann zu publizieren? Das muß ja nicht bedeuten, daß man keine Unterschiede mehr herausstellen könnte. Ich denke eine *Beilage* wäre schon ein guter A n f a n g. Dann wäre auch mal eine kontinuierliche themenbezogene Diskussion Aller miteinander möglich. Es ist ja sicher illusionär, daß alle Anarchisten demnächst auf den Libertären Tagen erscheinen oder hoffnungsvoll auf einen libertären Sender warten, aber eine gemeinsame Diskussionsbasis (und mehr will ich nicht) ist ja wohl das Minimum, um den Weg aus dem Grüppchen-Kämpfen-Dasein zu finden...

Rudi V., Köln

Alte SF-Nummern

Um neuen Abonnenten oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: **Für 4 alte Ausgaben schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken).** Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben, zusätzlich haben wir eine mit Anmerkungen, Register, Vorwort, Rezension und neuem Lay Out versehene *NOSTALGIENUMMER* (ebenfalls 10.-) zusammengestellt, die Texte aus den vergriffenen ersten 13 Nummern (0–12) enthält. Einzeln nicht mehr lieferbar: Nr. 0–14 (wer schnell ist kann einzelne Ausgaben vor Nr.14 noch bei Anares-Vertrieb, Mühle 27, 5270 Gummersbach-31 bekommen).
Nr. 15, 18, 20, 23 nur noch Restexemplare!

Nr. 15:☆Automatisierungsdebatte ☆ Interview mit A. Gorz ☆ Mann – Frau – Maschine ☆ Chaos Computer Club ☆ Antipädagogik – Libertäre Pädagogik? ☆ F. Ferrer ☆ Anti-Kriegsmuseum Berlin, Interview ☆ Europawahl-Nachschlag ☆ Faschismus – Antifaschismus ☆ Otto Reimers über Oskar Kanehl ☆ Augustin Souchy über Mexiko etc.

Nr. 16: ☆ Venedig-Berichte ☆ Feminismus und Anarchismus (Vortrag, Venedig) ☆ 1984 = Die Ware (Vortrag, Venedig) ☆ Zur Wende ☆ IWF-Kritik ☆ Kolumbien/Selbstverwaltung ☆ Atommüllpriester ☆ Buko-Bericht ☆ Prozeß gegen Horst Stowasser ☆ Über Oskar Maria Graf ☆ Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" ☆ Nachruf auf Otto Reimers

Nr. 17: ☆ Industrialismus-Kritik (Über Toffler) ☆ Sozialstaat oder Marktanarchie ☆ Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis ☆ Chile-Widerstandstage ☆ Angst des Bürgers vor dem Anarchismus (Casas Viejas) etc.

Nr. 18: ☆ Schwerpunkt Kultur: Theater im Zeitalter neuer Medienwelt ☆ Videofront ☆ Kultur oder wat? ☆ Wider die Vereinnahmung ☆ Über Carl Einstein + Rede über Durruti ☆Das andere Amerika (Filme) ☆ Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! ☆ CNT-Nachlaßstreit ☆ Politik und Kultur (Tschernyschewski) ☆ Irische Knäste (Teil 1) – Herrschaftskultur etc.

Nr. 19: ☆ Unruhen in Griechenland ☆ Geschichte der PASOK ☆ Murray Bookchin über libertären Kommunalismus ☆ Kritik der Subkultur ☆ Anarchismus und Mystik ☆ Uracher Kommune 1919 (Pliever, Becher) ☆ Frauen in der FAUD 1919-1933 ☆ Irische Knäste, Teil 2

Nr. 20: ☆ Anti-NATO-Kongreß ☆ Militarisierung der USA und UdSSR ☆ Bruch mit den GRÜNEN ☆ Unruhen in Spanien ☆ Interview mit Clara Thalmann, Teil 1 ☆ Deutscher Kolonialismus ☆ Barclays Anthropologieansatz etc.

Nr. 21: ☆ Kritik an den GRÜNEN und Selbstkritik ☆ Glotz' Hegemoniemodell ☆ VOBO wieder neu ☆ Staatskritik ☆ Interview mit Clara Thalmann (II) ☆ Mujeres Libres ☆ Stammheim - das Buch/ - der Film ☆ Franz Jung ☆Libertarians? ☆ Antisemitismus in der Linken etc.

Nr. 22: ☆ Tschernobyl und die Asylanten ☆ Linke und Ausländerpolitik ☆ Das Umbauprogramm der GRÜNEN ☆ Offener Brief der radikalen AKW-Gegner ☆ Appelscha-Treffen ☆ Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon ☆ Krise und Perspektiven der CNT heute ☆ Über Federico Garcia Lorca ☆ Georg Janthur's Bilder (Vierfarb-Mitteldruck) ☆Rolf Recknagel über unbekannte Marut/Traven Stories ☆ Die Exilliteraturreihe bei Fischer ☆ Erich Mühsam (DDR) ☆ Anarchismus und Antipädagogik ☆ Gotteslästerungsprozeß etc.

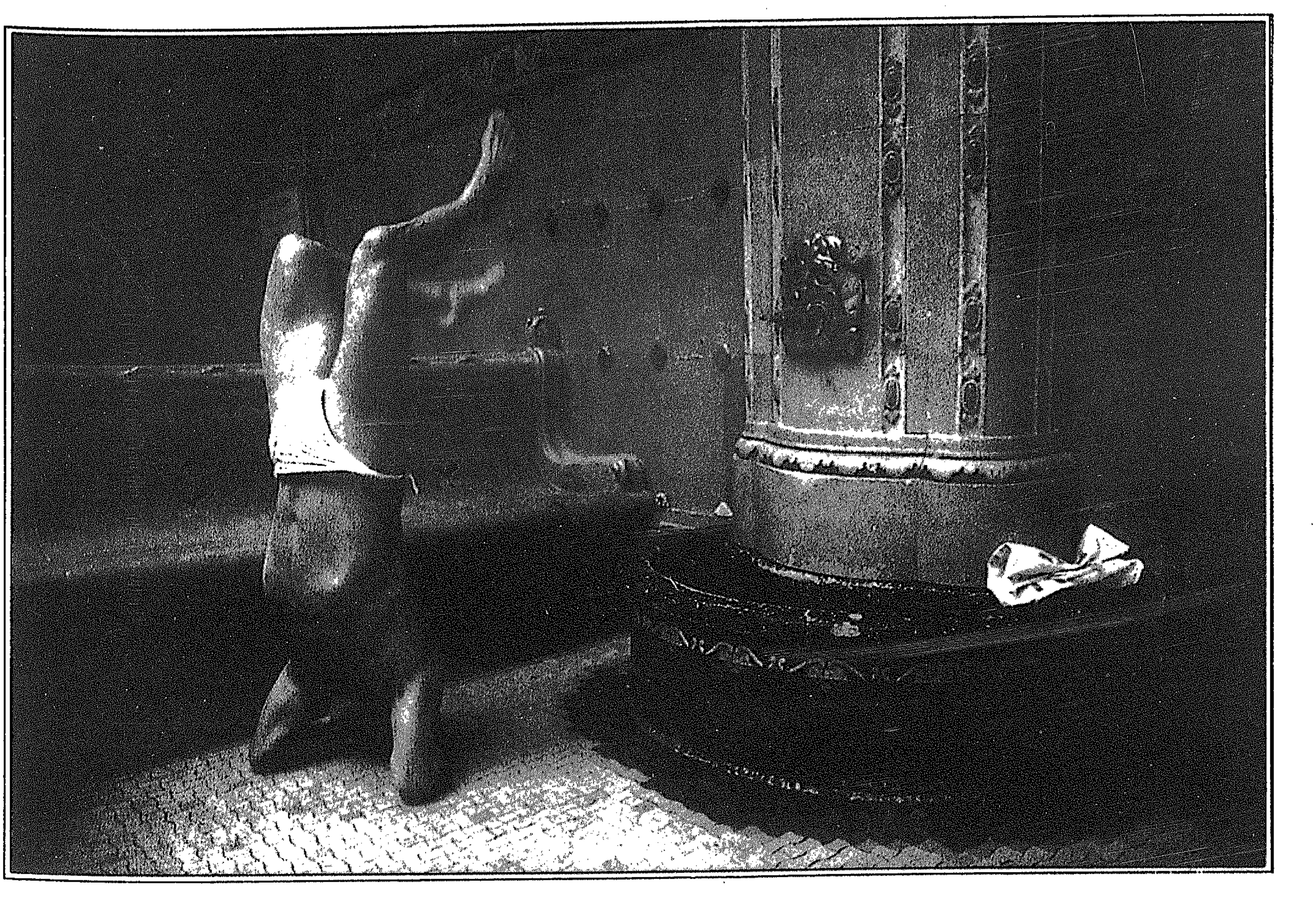
Nr. 23: ☆ FLI-Herbsttreffen ☆ Libertäre Zentren ☆ Lupus über Versuch einer Neubestimmung autonomer, antiimperialistischer Politik (RAF-Kritik) ☆ Spassguerrilla ☆ A-Kongreß in Australien ☆ Quo vadis – Femina? ☆ Totalverweigerer ☆ Die 1.NSDAP-Gruppe des Ruhrgebiets eine Abspaltung aus der FAUD? ☆ Spanienfilme und deren politischer Standort ☆ § 129a ☆ Kesseltreiben ☆ Neokonservatismus – am Beispiel Späths ☆ Robert Reitzel – Der arme Teufel ☆ Libertarians/Freenet-work-Diskussion etc.

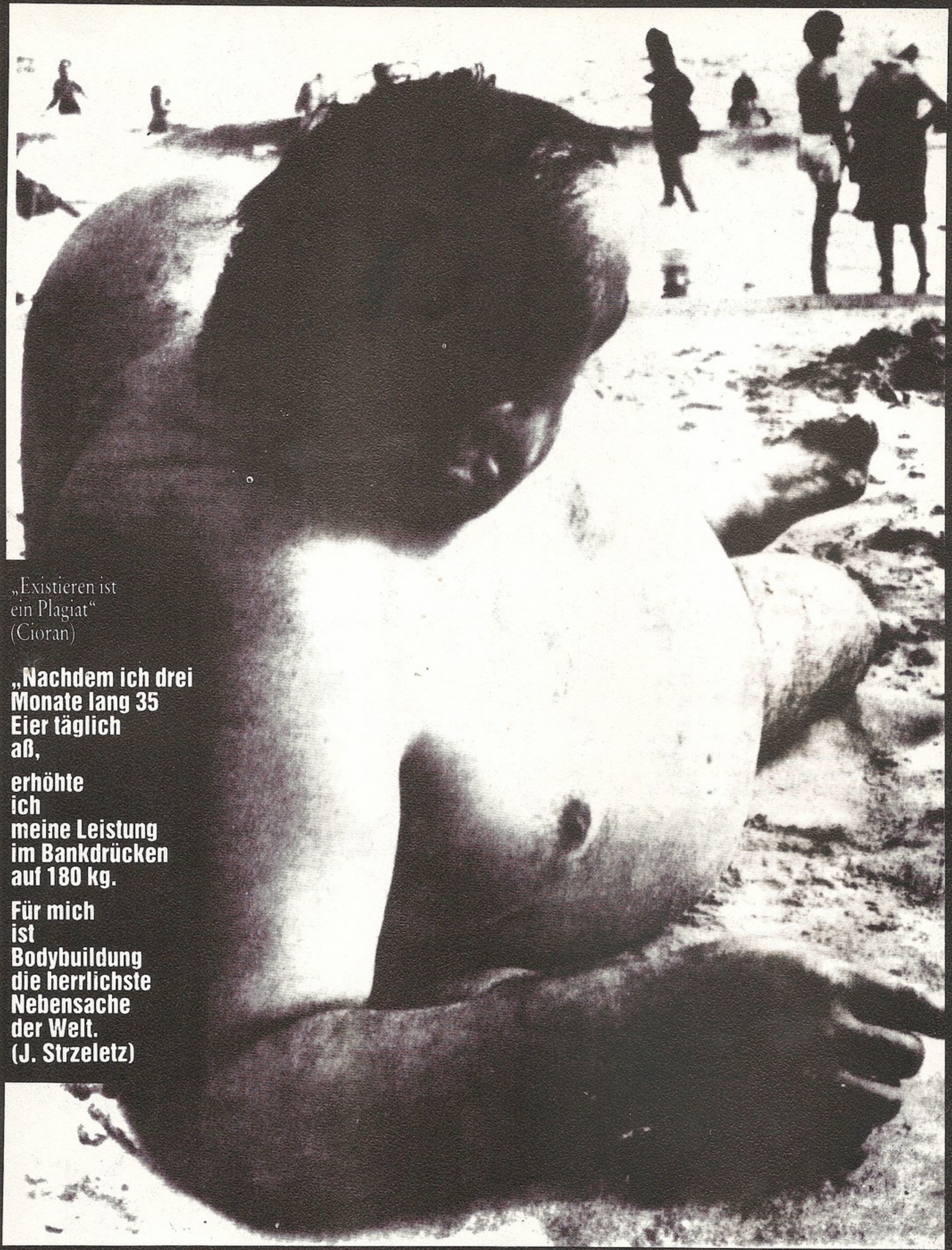
Nr. 24: ☆ Clara Thalmann über Flucht aus Paris 1940 ☆ Anarchoseminar Arnoldshain ☆ Soziale Bewegung – Libertäre Tage ☆ Wuppertaler Häuserkampf ☆ Totalverweigerer ☆ Den Knast ent-tabuisieren, Teil 1 ☆ Exil in Berlin – »Asylantenbehandlung« ☆ Wahlnachschlag: UngüLtiG, Trude Unruh und die Geisterfahrer ☆ Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft ☆ Hans Litten – eine »verbesserte« Fassung? ☆ Karl Otten – expressionistische Wurzeln ☆ Libertäre in Ungarn ☆ SMOT-Mitglieder freigelassen, Telefoninterview ☆ US-Basen in Grönland etc.

Nr. 25: ☆ Berichte über die Libertären Tage ☆ Standpunkt autonomer Politik, Teil 2 ☆ Soziale Bewegung ☆ Anarchistische Wochenzeitung? ☆ Berlin Kreuzberg – 1. Mai ☆ Ralf Reinders über die Bewegung 2.Juni ☆ 2. Juni – Gedenk-Feierlichkeiten der Linken? ☆ Neue Männer und Arbeit ☆ Frauenknast Gotteszell ☆ Französische Streiks ☆ Über Ernesto Sabato ☆ Fragmente zum Zeitgeist etc.

Nr. 26: ☆ Grüne New Age Politik ☆ Alltag – Klasse – Strukturen schaffen ☆ Freiburger Szene-Clinch ☆ Malik-Beschlagnahmeaktion ☆ Kulturkritik ☆ Rosella di Leo über Patriarchatskritik ☆ Ökofeminismus ? ☆ Interview mit Murray Bookchin, Teil 1 ☆ Geschichte der IWW ☆ Die Zukunft Osteuropas ☆ Berliner Mauer ☆ Mythos und Realität von Gräbern etc.

FLI (Rundbriefadresse!)
5552 Morbach-Merscheid: Rumpelstilz 2000, Birkenfelderstr.13 (Hier kann gegen 20.-DM pro Jahr der FLI-interne Rundbrief bestellt werden. *Tel. 06533/5354 (zwischen 10 und 17 Uhr);* **neue** Ktonr. 100 145 023, BLZ: 570 698 06 Raiffeisenbank Morbach; das Konto wird unter der Bezeichnung »ggh/FLI« geführt; das nächste **FLI-Treffen findet vom 1.6.–5.6. im Tagungshaus der Burg Waldeck im Hunsrück statt!! Bitte bei der RB-Stelle anmelden!**




„Existieren ist
ein Plagiat“
(Cioran)
„Nachdem ich drei
Monate lang 35
Eier täglich
aß,
erhöhte
ich
meine Leistung
im Bankdrücken
auf 180 kg.
Für mich
ist
Bodybuilding
die herrlichste
Nebensache
der Welt.
(J. Strzeletz)